Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF
# Juli 2008

# Monatsbericht des BMF
# Juli 2008

# Inhaltsverzeichnis

**Editorial** ..... **7**

**Übersichten und Termine** ..... **9**

Finanzwirtschaftliche Lage ..... 11

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes ..... 19

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht ..... 22

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 ..... 26

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik ..... 28

Termine ..... 30

**Analysen und Berichte** ..... **33**

Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften ..... 35

Politikwerkstatt „Krisenanfälligkeit von Schwellenländern im Lichte der aktuellen Finanzmarktturbulenzen“ ..... 57

Finanzmärkte: Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität ..... 61

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2007 ..... 69

Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen ..... 83

Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012 ..... 91

**Statistiken und Dokumentationen** ..... **105**

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung ..... 108

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte ..... 132

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 136

## Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

– nichts vorhanden;
0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
· Zahlenwert unbekannt;
X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
http://www.bundesfinanzministerium.de oder
http://www.bmf.bund.de
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,

die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen derzeit besonders komplexe Anforderungen an die Finanz- und Geldpolitik: Die Konjunkturentwicklung kühlt sich ab, aber gleichzeitig bleibt der Inflationsdruck, vor allem aufgrund steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise, weiter hoch. Auch die Risiken und Unsicherheiten an den Finanzmärkten sind noch nicht vollends überwunden. Wie Deutschland und andere Länder auf diese Herausforderungen reagieren, darüber geben wir Ihnen einen Überblick in dieser Ausgabe des Monatsberichts.

Inzwischen macht sich in den meisten Industrieländern eine Abschwächung der Konjunktur bemerkbar, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Vor allem Länder, die noch bis ins vergangene Jahr von boomendem Immobilienmärkten und einem positiven Konsumklima profitierten – wie die USA, Großbritannien und Spanien – sind jetzt mit einer deutlichen Schwächung des privaten Verbrauchs konfrontiert. Andere Länder wie Japan, Frankreich und Deutschland, die von sinkenden Immobilienpreisen nicht oder zumindest deutlich weniger betroffen sind, zeigen sich jetzt entsprechend widerstandsfähiger.

Die meisten Schwellenländer haben in den vergangenen Jahren ihre Anfälligkeit gegenüber Finanzmarktkrisen deutlich reduziert und sich zu einem Motor der Weltwirtschaft entwickelt. Sie haben ihre Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite verringert und in vielen Fällen in Überschüsse verwandelt. Zwar sind die USA immer noch der wichtigste Abnehmer für Exporte aus Schwellenländern, aber diese haben inzwischen größere Unabhängigkeit erreicht und sind stärker untereinander verflochten. Damit könnten die Schwellenländer sich bei den derzeitigen Finanzmarktturbulenzen als Stabilitätsanker erweisen und helfen, die Wachstumseintrübung in anderen Teilen der Weltwirtschaft abzufedern.

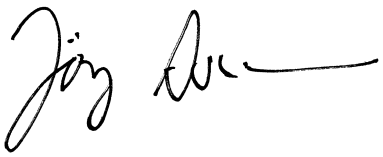
Um die Weltwirtschaft künftig besser gegen Finanzmarktturbulenzen zu wappnen, wie wir sie seit August vergangenen Jahres erleben, müssen Transparenz und Risikovorsorge auf den Finanzmärkten verbessert werden. Dafür hatte sich Bundesfinanzminister Steinbrück bereits während der deutschen G7/G8-Präsidentschaft im vergangenen Jahr eingesetzt. Eine wichtige Grundlage für weitere Schritte sind die Empfehlungen des Forums für Finanzmarktstabilität (FSF), eines internationalen Expertengremiums. Nach Ansicht des FSF müssen die Finanzinstitute kurzfristig vor allem Vertrauen wiederherstellen, indem sie ihre Verluste und Risiken offenlegen und ihre geschwächte Kapitalbasis wieder stärken. Mittelfristig empfiehlt das FSF eine stärkere Eigenkapitalunterlegung, Transparenz der Kreditverbriefungspraktiken und der Risikobewertung sowie besseres Liquiditätsmanagement und nicht zuletzt Verbesserungen der Rating-Verfahren. Um die Empfehlungen des FSF rasch umzusetzen, haben die G7 im April ein 100-Tage-Programm aufgelegt. Alle übrigen Empfehlungen sollen möglichst bis Ende des Jahres umgesetzt werden.

In den vergangenen Jahren hat die gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland der Finanzpolitik spürbar geholfen. So stiegen die

Staatseinnahmen im letzten Jahr um 10,2 %. Nicht zuletzt dadurch war es erstmals seit zwei Jahrzehnten – also auch erstmals seit der Wiedervereinigung – möglich, den gesamtstaatlichen Haushalt auszugleichen. Neben den gewinnabhängigen Steuern stiegen im vergangenen Jahr auch die Lohnsteuereinnahmen deutlich stärker als zuvor. Das reflektiert die Wirkung der anhaltend guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Auch wenn sich die Konjunktur in Deutschland bislang erfreulich robust zeigt, ist allerdings damit zu rechnen, dass die Wachstumsverlangsamung in den Volkswirtschaften wichtiger Handelspartner auch hierzulande Spuren hinterlassen wird. Deswegen gründet die Bundesregierung den Entwurf des Haushalts für 2009 und die Finanzplanung bis 2012 auf vorsichtigen Wachstumsschätzungen: In diesem Jahr rechnen wir mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,7 %, 2009 um 1,2 %.

Trotz dieser gedämpften Konjunkturaussichten hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, bis 2011 einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Wir wollen die Nettokreditaufnahme bis 2011 kontinuierlich auf Null senken und auch 2012 keine neuen Schulden aufnehmen. Das wollen wir vor allem mit moderaten Ausgabenzuwächsen erreichen, die 2009 bis 2012 mit jahresdurchschnittlich 1,5 % deutlich hinter dem Wachstum des nominalen BIP zurückbleiben. Gleichzeitig werden auch weiterhin Ausgabenakzente in wichtigen Politikfeldern gesetzt, z. B. bei der Bildung, Forschung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesen Bereichen sind für die kommenden Jahre überdurchschnittliche Ausgabenzuwächse vorgesehen. Das ist wichtig, um Deutschlands Wachstumspotenzial zu stärken und damit langfristig die Grundlagen für Wohlstand und Chancengleichheit zu sichern.



Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage ..... 11

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes ..... 19

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht ..... 22

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 ..... 26

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik ..... 28

Termine ..... 30

# Finanzwirtschaftliche Lage

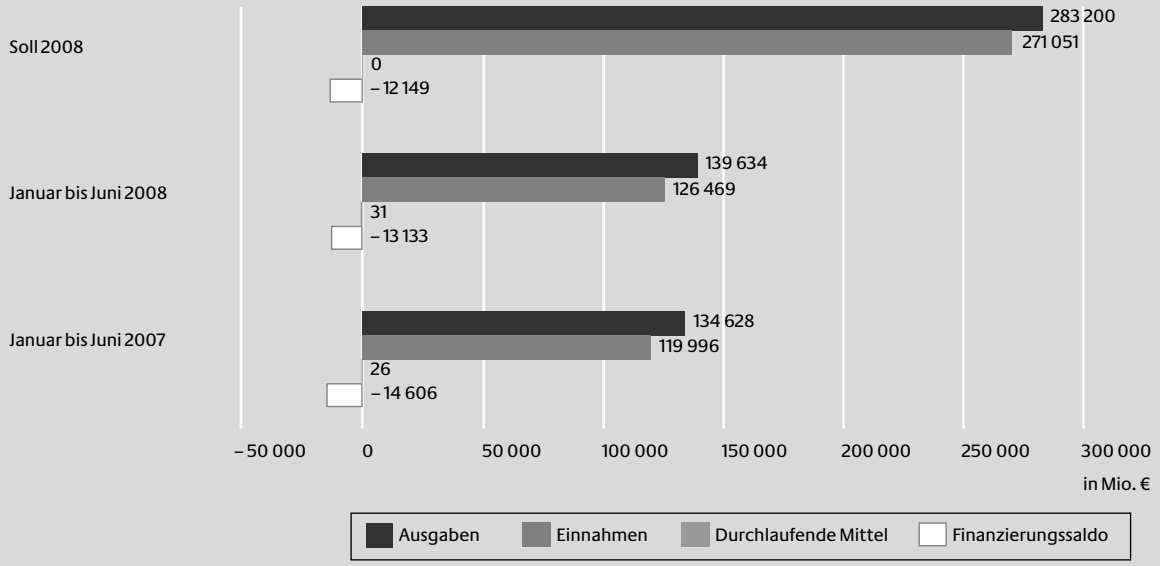
Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Juni mit 139,6 Mrd. € um 5,0 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 3,7 %). Ausschlaggebend für den Zuwachs sind weiterhin die Ende 2007 wieder aufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse und höhere Zinszahlungen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Anstieg

## Entwicklung des Bundeshaushalts

| | Soll 2008 | Ist-Entwicklung[1] Januar bis Juni 2008 |
|---|---|---|
| Ausgaben (Mrd. €) | 283,2 | 139,6 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in % | 4,7 | 3,7 |
| Einnahmen (Mrd. €) | 271,1 | 126,5 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in % | 6,0 | 5,4 |
| Steuereinnahmen (Mrd. €) | 238,0 | 111,1 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in % | 3,4 | 3,9 |
| Finanzierungssaldo (Mrd. €) | – 12,1 | – 13,1 |
| Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) | – | – 18,2 |
| Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €) | – 0,2 | – 0,0 |
| Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €) | – 11,9 | 5,1 |

[1] Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



der Ausgaben liegt zur Jahresmitte jedoch um einen Prozentpunkt unter dem für das Gesamtjahr 2008 veranschlagten Soll.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 126,5 Mrd. € um 6,5 Mrd. € (+ 5,4 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,2 Mrd. € (+ 3,9 %). Positiv entwickelten sich hierbei insbesondere die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer. Die Verwaltungs-

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

| | Ist 2007 | Soll 2008 | Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2008 | | Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2007 | | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Anteil in % | Mio. € | Anteil in % | in % |
| Allgemeine Dienste | 49 353 | 50 045 | 23 956 | 17,2 | 23 749 | 17,6 | 0,9 |
| Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 4 373 | 4 985 | 2 815 | 2,0 | 2 542 | 1,9 | 10,7 |
| Verteidigung | 28 540 | 29 299 | 14 344 | 10,3 | 13 486 | 10,0 | 6,4 |
| Politische Führung, zentrale Verwaltung | 7 930 | 6 043 | 2 727 | 2,0 | 3 904 | 2,9 | – 30,1 |
| Finanzverwaltung | 3 093 | 3 471 | 1 434 | 1,0 | 1 422 | 1,1 | 0,8 |
| Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten | 12 837 | 13 758 | 5 530 | 4,0 | 5 288 | 3,9 | 4,6 |
| BAföG | 1 092 | 1 297 | 668 | 0,5 | 650 | 0,5 | 2,8 |
| Forschung und Entwicklung | 7 146 | 7 835 | 2 734 | 2,0 | 2 596 | 1,9 | 5,3 |
| Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen | 139 751 | 140 322 | 75 478 | 54,1 | 73 979 | 55,0 | 2,0 |
| Sozialversicherung | 75 520 | 75 664 | 42 960 | 30,8 | 42 954 | 31,9 | 0,0 |
| Arbeitslosenversicherung | 6 468 | 7 583 | 3 792 | 2,7 | 3 234 | 2,4 | 17,3 |
| Grundsicherung für Arbeitsuchende | 35 679 | 34 895 | 17 101 | 12,2 | 18 014 | 13,4 | – 5,1 |
| darunter: Arbeitslosengeld II | 22 654 | 20 880 | 11 168 | 8,0 | 11 805 | 8,8 | – 5,4 |
| Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung | 4 332 | 3 900 | 1 972 | 1,4 | 2 180 | 1,6 | – 9,5 |
| Wohngeld | 876 | 1 000 | 191 | 0,1 | 260 | 0,2 | – 26,5 |
| Erziehungsgeld | 2 001 | 474 | 444 | 0,3 | 1 234 | 0,9 | – 64,0 |
| Kriegsopferversorgung und -fürsorge | 2 513 | 2 332 | 1 267 | 0,9 | 1 379 | 1,0 | – 8,1 |
| Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung | 853 | 999 | 430 | 0,3 | 377 | 0,3 | 14,1 |
| Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste | 1 743 | 1 771 | 582 | 0,4 | 670 | 0,5 | – 13,1 |
| Wohnungswesen | 1 225 | 1 223 | 454 | 0,3 | 560 | 0,4 | – 18,9 |
| Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen | 5 605 | 5 975 | 3 171 | 2,3 | 2 945 | 2,2 | 7,7 |
| Regionale Förderungsmaßnahmen | 1 023 | 711 | 350 | 0,3 | 306 | 0,2 | 14,4 |
| Kohlenbergbau | 1 772 | 1 900 | 1 817 | 1,3 | 1 662 | 1,2 | 9,3 |
| Gewährleistungen | 697 | 1 065 | 301 | 0,2 | 309 | 0,2 | – 2,6 |
| Verkehrs- und Nachrichtenwesen | 10 802 | 11 149 | 4 508 | 3,2 | 4 203 | 3,1 | 7,3 |
| Straßen (ohne GVFG) | 5 871 | 7 296 | 2 072 | 1,5 | 1 952 | 1,4 | 6,1 |
| Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen | 9 904 | 15 319 | 5 161 | 3,7 | 3 776 | 2,8 | 36,7 |
| Bundeseisenbahnvermögen | 5 263 | 5 054 | 1 337 | 1,0 | 2 336 | 1,7 | – 42,8 |
| Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG | 3 965 | 3 719 | 1 141 | 0,8 | 1 300 | 1,0 | – 12,2 |
| Allgemeine Finanzwirtschaft | 39 601 | 43 862 | 20 818 | 14,9 | 19 640 | 14,6 | 6,0 |
| Zinsausgaben | 38 721 | 41 818 | 20 005 | 14,3 | 19 189 | 14,3 | 4,3 |
| **Ausgaben zusammen** | **270 450** | **283 200** | **139 634** | **100,0** | **134 628** | **100,0** | **3,7** |

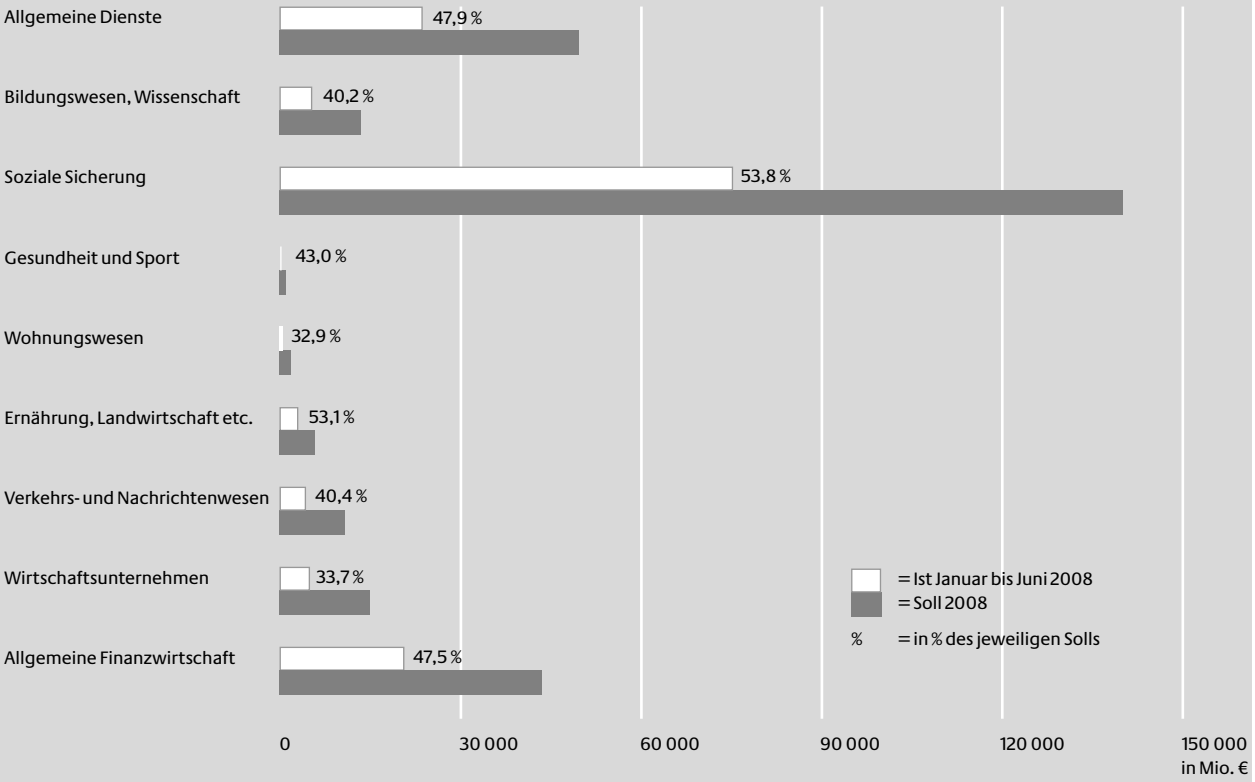
einnahmen legten im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis einschließlich Juni 2007 um +17,8 % zu.

Der Finanzierungssaldo bis einschließlich Juni fiel infolge der günstigen Einnahmenentwicklung mit – 13,1 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres geringer aus. Zwar lassen sich aus dem Monatsergebnis Juni 2008 noch keine belastbaren Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis ableiten, jedoch besteht nach derzeitiger Einschätzung die Erwartung, dass die im Haushaltsplan 2008 vorgesehene Nettokreditaufnahme eingehalten werden kann. Der in der u. a. Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 5,1 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von – 18,2 Mrd. € gegenüber.

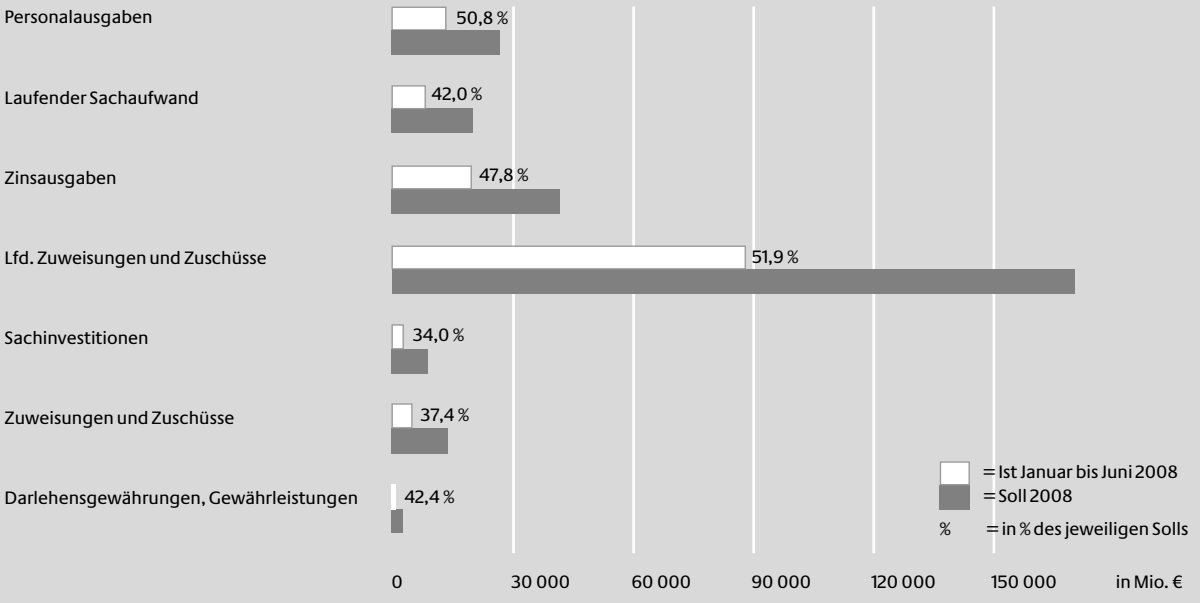
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

| | Ist 2007 | Soll 2008 | Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2008 | | Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2007 | | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Anteil in % | Mio. € | Anteil in % | in % |
| **Konsumtive Ausgaben** | **244 235** | **258 509** | **130 186** | **93,2** | **125 486** | **93,2** | **3,7** |
| Personalausgaben | 26 038 | 26 762 | 13 605 | 9,7 | 13 308 | 9,9 | 2,2 |
| Aktivbezüge | 19 662 | 20 276 | 10 116 | 7,2 | 9 850 | 7,3 | 2,7 |
| Versorgung | 6 376 | 6 486 | 3 489 | 2,5 | 3 458 | 2,6 | 0,9 |
| Laufender Sachaufwand | 18 757 | 19 778 | 8 297 | 5,9 | 7 837 | 5,8 | 5,9 |
| Sächliche Verwaltungsaufgaben | 1 365 | 1 473 | 578 | 0,4 | 537 | 0,4 | 7,6 |
| Militärische Beschaffungen | 8 908 | 9 581 | 3 993 | 2,9 | 3 518 | 2,6 | 13,5 |
| Sonstiger laufender Sachaufwand | 8 484 | 8 723 | 3 725 | 2,7 | 3 782 | 2,8 | – 1,5 |
| Zinsausgaben | 38 721 | 41 818 | 20 005 | 14,3 | 19 189 | 14,3 | 4,3 |
| Laufende Zuweisungen und Zuschüsse | 160 352 | 169 769 | 88 106 | 63,1 | 84 968 | 63,1 | 3,7 |
| an Verwaltungen | 14 003 | 14 463 | 5 444 | 3,9 | 6 447 | 4,8 | – 15,6 |
| an andere Bereiche | 146 349 | 155 307 | 82 784 | 59,3 | 78 677 | 58,4 | 5,2 |
| darunter: | | | | | | | |
| Unternehmen | 15 399 | 23 740 | 10 157 | 7,3 | 7 185 | 5,3 | 41,4 |
| Renten, Unterstützungen u.a. | 29 123 | 28 276 | 15 227 | 10,9 | 14 885 | 11,1 | 2,3 |
| Sozialversicherungen | 97 712 | 98 521 | 55 026 | 39,4 | 54 460 | 40,5 | 1,0 |
| Sonstige Vermögensübertragungen | 367 | 382 | 172 | 0,1 | 184 | 0,1 | – 6,5 |
| **Investive Ausgaben** | **26 215** | **24 658** | **9 448** | **6,8** | **9 142** | **6,8** | **3,3** |
| Finanzierungshilfen | 19 312 | 17 385 | 6 974 | 5,0 | 6 823 | 5,1 | 2,2 |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 16 580 | 13 924 | 5 202 | 3,7 | 5 218 | 3,9 | – 0,3 |
| Darlehensgewährungen, Gewährleistungen | 2 100 | 2 717 | 1 152 | 0,8 | 1 068 | 0,8 | 7,9 |
| Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | 632 | 744 | 620 | 0,4 | 537 | 0,4 | 15,5 |
| Sachinvestitionen | 6 903 | 7 273 | 2 474 | 1,8 | 2 319 | 1,7 | 6,7 |
| Baumaßnahmen | 5 478 | 5 783 | 1 972 | 1,4 | 1 784 | 1,3 | 10,5 |
| Erwerb von beweglichen Sachen | 909 | 1 010 | 331 | 0,2 | 321 | 0,2 | 3,1 |
| Grunderwerb | 516 | 480 | 170 | 0,1 | 214 | 0,2 | – 20,6 |
| **Globalansätze** | **0** | **32** | **0** | | **0** | | |
| **Ausgaben insgesamt** | **270 450** | **283 200** | **139 634** | **100,0** | **134 628** | **100,0** | **3,7** |

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2008




## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2008



# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

| Einnahmeart | Ist 2007 Mio. € | Soll 2008 Mio. € | Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2008 Mio. € | Anteil in % | Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2007 Mio. € | Anteil in % | Veränderung ggü. Vorjahr in % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **I. Steuern** | **230 043** | **237 955** | **111 142** | **87,9** | **106 990** | **89,2** | **3,9** |
| Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern: | 184 262 | 191 705 | 94 017 | 74,3 | 88 152 | 73,5 | 6,7 |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag) | 89 886 | 93 953 | 46 842 | 37,0 | 42 323 | 35,3 | 10,7 |
| davon: | | | | | | | |
| Lohnsteuer | 56 005 | 59 925 | 27 287 | 21,6 | 25 245 | 21,0 | 8,1 |
| veranlagte Einkommensteuer | 10 628 | 12 687 | 5 986 | 4,7 | 3 833 | 3,2 | 56,2 |
| nicht veranlagte Steuern vom Ertrag | 6 878 | 7 083 | 5 348 | 4,2 | 4 658 | 3,9 | 14,8 |
| Zinsabschlag | 4 918 | 5 317 | 3 438 | 2,7 | 2 757 | 2,3 | 24,7 |
| Körperschaftsteuer | 11 455 | 8 941 | 4 783 | 3,8 | 5 829 | 4,9 | – 17,9 |
| Steuern vom Umsatz | 92 755 | 96 601 | 46 783 | 37,0 | 45 392 | 37,8 | 3,1 |
| Gewerbesteuerumlage | 1 621 | 1 151 | 392 | 0,3 | 436 | 0,4 | – 10,1 |
| Energiesteuer | 38 955 | 40 335 | 14 238 | 11,3 | 13 770 | 11,5 | 3,4 |
| Tabaksteuer | 14 254 | 14 050 | 5 814 | 4,6 | 6 378 | 5,3 | – 8,8 |
| Solidaritätszuschlag | 12 349 | 12 800 | 6 694 | 5,3 | 6 197 | 5,2 | 8,0 |
| Versicherungsteuer | 10 331 | 10 540 | 6 490 | 5,1 | 6 416 | 5,3 | 1,2 |
| Stromsteuer | 6 355 | 6 600 | 3 141 | 2,5 | 3 644 | 3,0 | – 13,8 |
| Branntweinabgaben | 1 962 | 2 163 | 1 107 | 0,9 | 910 | 0,8 | 21,6 |
| Kaffeesteuer | 1 086 | 980 | 481 | 0,4 | 564 | 0,5 | – 14,7 |
| Ergänzungszuweisungen an Länder | – 14 933 | – 14 721 | – 7 259 | – 5,7 | – 7 415 | – 6,2 | – 2,1 |
| BNE-Eigenmittel der EU | – 14 337 | – 16 240 | – 8 253 | – 6,5 | – 6 593 | – 5,5 | 25,2 |
| Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU | – 3 929 | – 4 100 | – 2 240 | – 1,8 | – 1 870 | – 1,6 | 19,8 |
| Zuweisungen an Länder für ÖPNV | – 6 710 | – 6 610 | – 3 338 | – 2,6 | – 3 355 | – 2,8 | – 0,5 |
| **II. Sonstige Einnahmen** | **25 675** | **33 096** | **15 327** | **12,1** | **13 007** | **10,8** | **17,8** |
| Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit | 4 307 | 4 385 | 4 086 | 3,2 | 3 720 | 3,1 | 9,8 |
| Zinseinnahmen | 924 | 702 | 288 | 0,2 | 259 | 0,2 | 11,2 |
| Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse | 6 694 | 12 534 | 2 340 | 1,9 | 2 216 | 1,8 | 5,6 |
| **Einnahmen zusammen** | **255 718** | **271 051** | **126 469** | **100,0** | **119 996** | **100,0** | **5,4** |

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im Berichtsmonat um + 4,9 % gestiegen. Während die gemeinschaftlichen Steuern (+ 6,1 %) und die Bundessteuern (+ 0,7 %) zunahmen, unterschritten die Ländersteuern das Niveau des Vorjahresmonats um – 0,6 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen insgesamt beträgt von Januar bis Juni 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum + 5,9 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im Juni 2008 um + 3,5 % über dem Niveau des Vorjahres. Für den Zeitraum Januar bis Juni 2008 wird eine kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen des Bundes von + 3,8 % ausgewiesen.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen auch im Juni 2008 infolge der günstigen Arbeitsmarktsituation gegenüber dem Vorjahresmonat kräftig an (+ 7,4 %). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt um rund 600 000 über dem Niveau des Vorjahresmonats.

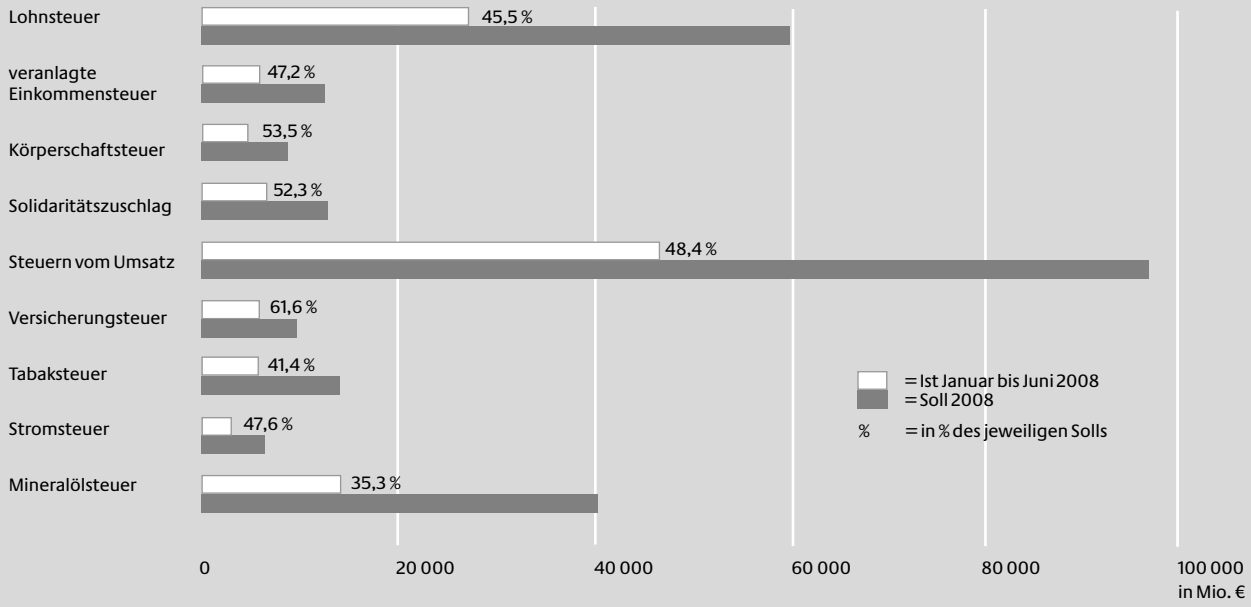
Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im zweiten Vorauszahlungsmonat des Jahres um + 15,3 %. Zurückzuführen sind diese Mehreinnahmen vor allem auf einen weiteren deutlichen Zuwachs bei den Vorauszahlungen und den Nachzahlungen. Auch die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer gingen erneut zurück und trugen damit zu der Aufkommenssteigerung bei.

Bei den Einnahmen aus der Körperschaftsteuer schlägt sich die Unternehmensteuerreform erwartungsgemäß in einem Rückgang von – 14,0 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen nieder. Die Vorauszahlungen gingen deutlich zurück, jedoch nicht über das in der Steuerschätzung erwartete Ausmaß hinaus.

Der Anstieg des Aufkommens aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um + 23,2 % bestätigt die nach wie vor gute Gewinnsituation der Unternehmen in Deutschland. Auch der Zinsabschlag konnte vor dem Hintergrund steigender Zinsen und höherer Sparquote sein Volumen um + 8,7 % ausweiten.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen im Vorjahresvergleich mit + 7,2 % stärker als in den Vormonaten, in denen sich das Auf-

## Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juni 2008



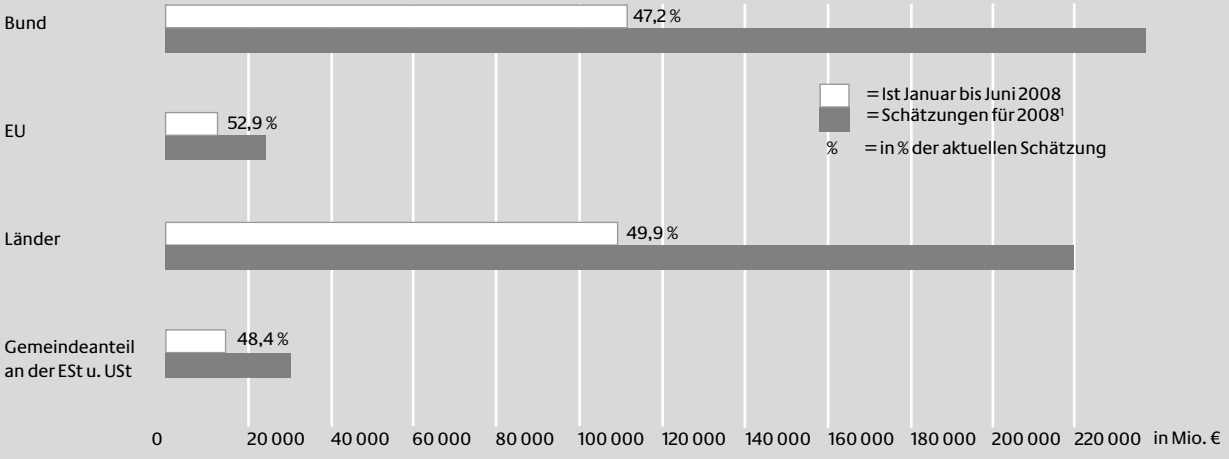
kommen mit – 1,4 % im April und + 0,8 % im Mai ausgesprochen schwach entwickelte. Vermutlich ist es hier zu kassentechnisch bedingten Aufkommensverschiebungen zwischen den Monaten gekommen. Im Zeitraum Januar bis Juni entspricht der Zuwachs des Aufkommens der Steuer vom Umsatz mit + 3,8 % etwa dem für das Gesamtjahr 2008 geschätzten Zuwachs von + 3,9 %.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern konnte sich gegenüber dem Vorjahresmonat lediglich um + 0,7 % erhöhen. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Energiesteuer um + 8,8 %. Rund ein Drittel des Zuwachses resultiert aus der Besteuerung von Erdgas, wo die Vorjahresbasis äußerst schwach war. Der erneute Rückgang des Kraftstoffverbrauchs im Monat Mai – nach einem „Zwischenhoch" im April – lässt darauf schließen, dass der starke Zuwachs bei der Energiesteuer nicht von Dauer sein wird.

Der Solidaritätszuschlag legte um + 6,6 % zu, weil seine Bemessungsgrundlagen anstiegen. Kräftige Rückgänge waren hingegen bei der Tabaksteuer (– 12,8 %) und der Stromsteuer (– 20,5 %) zu verzeichnen. In beiden Fällen dürften Verbrauchseinschränkungen – infolge des verstärkten Nichtraucherschutzes im einen und infolge der Preissteigerungen im anderen Fall – die Ursache sein.

Die reinen Ländersteuern unterschritten mit – 0,6 % auch im Berichtsmonat Juni 2008 ihr Aufkommensvolumen aus dem Vorjahresmonat, wobei der starke Anstieg bei der Erbschaftsteuer mit + 44,5 % überraschte. Insbesondere die Grunderwerbsteuer (– 19,1 %) und die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 22,1 %), aber auch die Kraftfahrzeugsteuer (– 4,0 %) und die Biersteuer (– 3,5 %) konnten das Ergebnis des Vorjahresmonats nicht halten.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juni 2008




[1] Ergebnis AK „Steuerschätzungen" (Mai 2008).

# Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)[1]

| | Juni | Veränderung ggü. Vorjahr | Januar bis Juni | Veränderung ggü. Vorjahr | Schätzungen für 2008[4] | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mio. € | in % | in Mio. € | in % | in Mio. € | in % |
| **Gemeinschaftliche Steuern** | | | | | | |
| Lohnsteuer[2] | 11 988 | 7,4 | 67 493 | 7,6 | 141 700 | 7,5 |
| veranlagte Einkommensteuer | 8 616 | 15,3 | 14 066 | 55,9 | 30 050 | 20,1 |
| nicht veranlagte Steuern vom Ertrag | 1 520 | 23,2 | 10 662 | 14,4 | 14 630 | 6,1 |
| Zinsabschlag | 655 | 8,7 | 7 881 | 24,3 | 12 635 | 13,0 |
| Körperschaftsteuer | 5 188 | – 14,0 | 9 548 | – 18,1 | 18 840 | – 17,8 |
| Steuern vom Umsatz | 14 276 | 7,2 | 86 183 | 3,8 | 176 200 | 3,9 |
| Gewerbesteuerumlage | 13 | 14,8 | 971 | – 6,3 | 2 775 | – 27,9 |
| erhöhte Gewerbesteuerumlage | 2 | – 70,4 | 962 | 17,1 | 2 828 | – 9,5 |
| **Gemeinschaftliche Steuern insgesamt** | **42 258** | **6,1** | **197 765** | **7,5** | **399 658** | **4,8** |
| **Bundessteuern** | | | | | | |
| Energiesteuer | 3 362 | 8,8 | 14 238 | 3,4 | 39 900 | 2,4 |
| Tabaksteuer | 1 024 | – 12,8 | 5 814 | – 8,8 | 13 420 | – 5,9 |
| Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer | 170 | 5,8 | 1 106 | 21,7 | 2 160 | 10,3 |
| Versicherungsteuer | 595 | 0,7 | 6 490 | 1,1 | 10 400 | 0,7 |
| Stromsteuer | 632 | – 20,5 | 3 141 | – 13,8 | 6 350 | – 0,1 |
| Solidaritätszuschlag | 1 596 | 6,6 | 6 694 | 8,0 | 12 950 | 4,9 |
| übrige Bundessteuern | 94 | – 17,5 | 731 | – 3,5 | 1 451 | – 2,5 |
| **Bundessteuern insgesamt** | **7 473** | **0,7** | **38 214** | **0,4** | **86 631** | **1,1** |
| **Ländersteuern** | | | | | | |
| Erbschaftsteuer | 467 | 44,5 | 2 388 | 10,7 | 4 270 | 1,6 |
| Grunderwerbsteuer | 426 | – 19,1 | 3 137 | – 8,6 | 6 360 | – 8,5 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 691 | – 4,0 | 4 880 | 0,8 | 8 690 | – 2,3 |
| Rennwett- und Lotteriesteuer | 107 | – 22,1 | 802 | – 2,3 | 1 682 | – 1,1 |
| Biersteuer | 72 | – 3,5 | 359 | – 3,9 | 760 | 0,4 |
| sonstige Ländersteuern | 25 | 49,2 | 224 | 1,8 | 320 | – 1,3 |
| **Ländersteuern insgesamt** | **1 787** | **– 0,6** | **11 790** | **– 0,5** | **22 082** | **– 3,3** |
| **EU-Eigenmittel** | | | | | | |
| Zölle | 305 | – 6,1 | 1 906 | – 2,4 | 4 240 | 6,5 |
| Mehrwertsteuer-Eigenmittel | 158 | 74,4 | 2 240 | 19,8 | 4 300 | 9,4 |
| BNE-Eigenmittel | 665 | 69,7 | 8 253 | 25,2 | 14 910 | 4,0 |
| **EU-Eigenmittel insgesamt** | **1 128** | **39,7** | **12 400** | **19,0** | **23 450** | **5,4** |
| **Bund[3]** | **25 099** | **3,5** | **112 535** | **3,8** | **238 333** | **3,6** |
| **Länder[3]** | **22 142** | **4,5** | **109 841** | **5,9** | **220 031** | **3,2** |
| **EU** | **1 128** | **39,7** | **12 400** | **19,0** | **23 450** | **5,4** |
| **Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer** | **3 454** | **10,2** | **14 900** | **13,0** | **30 797** | **9,0** |
| **Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)** | **51 823** | **4,9** | **249 676** | **5,9** | **512 611** | **3,8** |

[1] Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

[2] Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

[3] Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

[4] Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2008.

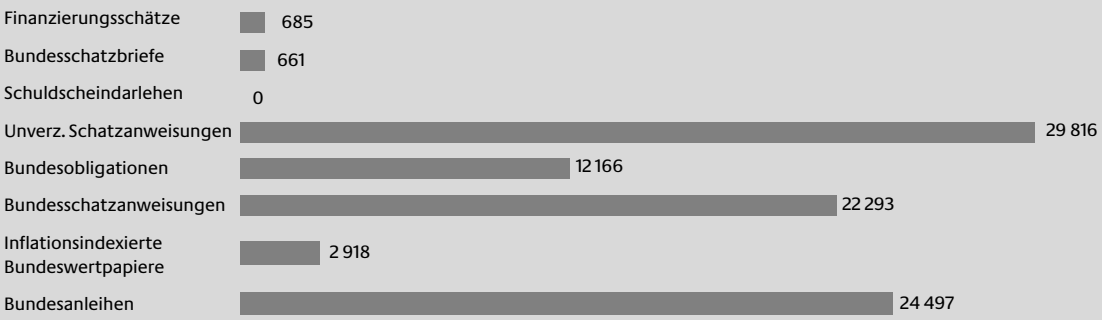
# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen stiegen im Juni gegenüber Mai. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende Mai bei 4,41 % lag, notierte Ende Juni bei 4,54 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich leicht von 4,86 % Ende Mai auf 4,95 % Ende Juni. Die Europäische Zentralbank hat am 3. Juli 2008 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 9. Juli liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,25 %.

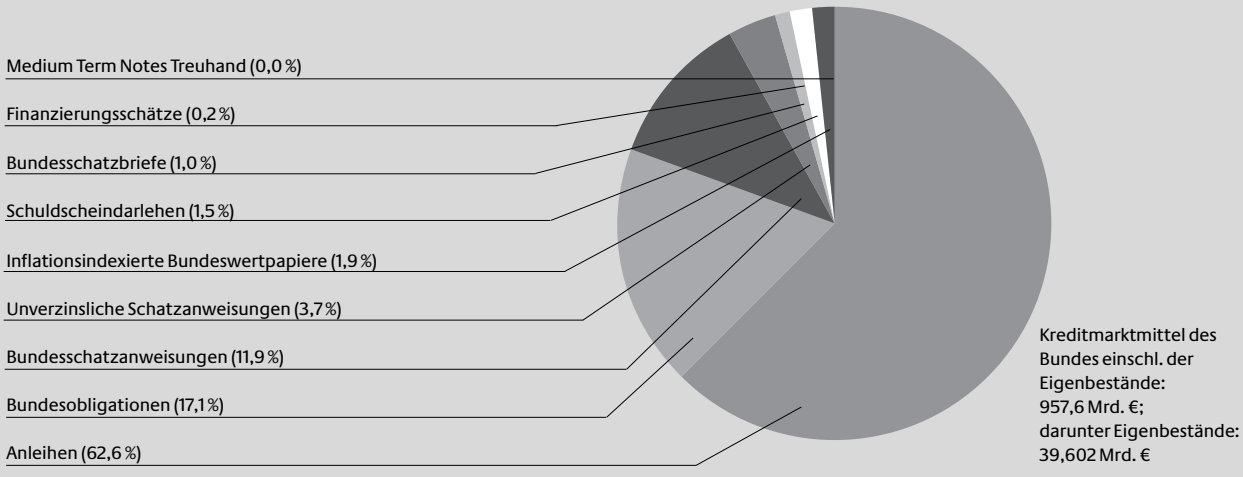
Die europäischen Aktienmärkte gaben im Juni nach; der Deutsche Aktienindex verringerte

### Kreditaufnahme des Bundes bis Mai 2008 in Mio. €[1]




[1] Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 265 Mio. €.

### Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Mai 2008



sich von 7 097 auf 6 418 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3 778 auf 3 353 Punkte (Monatsendstände).

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Mai bei 10,5 % (nach 10,5 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum März 2008 bis Mai 2008 betrug 10,4 %, verglichen mit 10,6 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Mai auf 11,9 % (nach 12,0 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit unverändert kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 5,2 % im April 2008 auf 5,5 % im Mai 2008.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich Mai 93,0 Mrd. €. Davon wurden 89 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE0001030518 – am 5. März 2008 im Tenderverfahren um 3 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 0,3 Mrd. €).

Die im 2. Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionen des Bundes im 2. Quartal 2008“.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich

### Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

Tilgungen

| Kreditart | Januar | Februar | März | April | Mai | Summe insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mrd. € | | | | | |
| Anleihen (Bund und Sondervermögen) | 15,6 | – | – | – | – | 15,6 |
| Bundesobligationen | – | 14,0 | – | 14,0 | – | 28,0 |
| Bundesschatzanweisungen | – | – | 16,0 | – | – | 16,0 |
| U-Schätze des Bundes | 5,9 | 5,9 | 5,9 | 5,9 | 5,9 | 29,4 |
| Bundesschatzbriefe | 0,4 | 0,0 | 0,4 | 0,0 | 0,1 | 1,0 |
| Finanzierungsschätze | 0,3 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 1,1 |
| Fundierungsschuldverschreibungen | – | – | – | – | – | – |
| MTN der Treuhandanstalt | – | – | – | – | – | – |
| Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen) | 1,0 | 0,3 | 0,2 | 0,0 | 0,0 | 1,6 |
| **Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen** | **23,2** | **20,4** | **22,7** | **20,2** | **6,2** | **88,6** |

Zinszahlungen

| | Januar | Februar | März | April | Mai | Summe insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mrd. € | | | | | |
| Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds | 13,7 | 0,8 | 1,2 | 3,4 | 0,2 | 19,3 |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

bis einschließlich Mai 2008 auf rund 88,6 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ betrugen rund 19,3 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2008

### Kapitalmarktinstrumente

| Emission | Art der Begebung | Tendertermin | Laufzeit | Volumen[1] |
|---|---|---|---|---|
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE0001137214<br>WKN 113 721 | Aufstockung | 16. April 2008 | 2 Jahre<br>fällig 12. März 2010<br>Zinslaufbeginn: 12. März 2008<br>erster Zinstermin: 12. März 2009 | 7 Mrd. € |
| Bundesobligation<br>ISIN DE0001141521<br>WKN 114 152 | Aufstockung | 7. Mai 2008 | 5 Jahre<br>fällig 12. April 2013<br>Zinslaufbeginn: 28. März 2008<br>erster Zinstermin: 12. April 2009 | 5 Mrd. € |
| Bundesanleihe<br>ISIN DE0001135358<br>WKN 113 535 | Neuemission | 28. Mai 2008 | 10 Jahre<br>fällig 4. Juli 2018<br>Zinslaufbeginn: 30. Mai 2008<br>erster Zinstermin: 4. Juli 2009 | 8 Mrd. € |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE0001137222<br>WKN 113 722 | Neuemission | 11. Juni 2008 | 2 Jahre<br>fällig 11. Juni 2010<br>Zinslaufbeginn: 11. Juni 2008<br>erster Zinstermin: 11. Juni 2009 | ca. 8 Mrd. € |
| Bundesobligation<br>ISIN DE0001141521<br>WKN 114 152 | Aufstockung | 18. Juni 2008 | 5 Jahre<br>fällig 12. April 2013<br>Zinslaufbeginn: 28. März 2008<br>erster Zinstermin: 12. April 2009 | ca. 5 Mrd. € |
| | | | **2. Quartal 2008 insgesamt** | **ca. 33 Mrd. €** |

### Geldmarktinstrumente

| Emission | Art der Begebung | Tendertermin | Laufzeit | Volumen[1] |
|---|---|---|---|---|
| Unverzinsliche Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115152<br>WKN 111 515 | Neuemission | 14. April 2008 | 6 Monate<br>fällig 15. Oktober 2008 | 6 Mrd. € |
| Unverzinsliche Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115160<br>WKN 111 516 | Neuemission | 19. Mai 2008 | 6 Monate<br>fällig 19. November 2008 | 6 Mrd. € |
| Unverzinsliche Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115178<br>WKN 111 517 | Neuemission | 16. Juni 2008 | 6 Monate<br>fällig 10. Dezember 2008 | ca. 6 Mrd. € |
| | | | **2. Quartal 2008 insgesamt** | **ca. 18 Mrd. €** |

[1] Volumen einschließlich Marktpflegequote.

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

– Konjunkturelle Abschwächung zeichnet sich ab.
– Exporte durch weltwirtschaftliche Abschwächung und Euro-Aufwertung belastet.
– Privater Konsum durch anhaltenden Preisniveauanstieg beeinträchtigt.
– Lage auf dem Arbeitsmarkt aber weiter noch günstig.

Die vorliegenden Wirtschaftsdaten deuten auf eine Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik hin. Für das 2. Quartal ist – auch wegen der vorangegangenen witterungsbedingten Übersteigerungen – mit einem deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal zu rechnen. Dies signalisiert vor allem die Industrieproduktion, die im Mai stark zurückging. Das Produzierende Gewerbe wird im zweiten Vierteljahr wohl nicht mehr zum Wirtschaftswachstum beitragen. Auch die Stimmung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich – hinsichtlich der Lageeinschätzung und der Erwartungen – eingetrübt.

Die Konjunkturdaten zeigen zwar eine Abschwächung, nicht aber einen Abbruch der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung an. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen ist zwar – sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland – abwärts gerichtet. Allerdings liegt der Auftragsbestand in den Industrieunternehmen deutlich über dem langjährigen Durchschnitt, was für eine im Vergleich zum 2. Quartal wieder etwas dynamischere Produktionstätigkeit in den nächsten Monaten spricht.

Auf dem Arbeitsmarkt ist eine Abschwächung der Konjunktur noch nicht sichtbar. Die positive Entwicklung hat sich – wenngleich mit etwas geringerer Dynamik – bis in den Juni hinein fortgesetzt: Die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Beschäftigungsexpansion setzte sich etwas gedämpfter als in den Monaten zuvor fort. Zusammen mit dem beschleunigten Lohnanstieg führte dies zu einem kräftigen Anstieg der Lohnsteuereinnahmen (+ 7,4 % gegenüber dem Vorjahr). Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen im Vorjahresvergleich mit + 7,2 % stärker als in den Vormonaten, in denen sich das Aufkommen schwach entwickelte. Im Zeitraum Januar bis Juni entspricht der Zuwachs des Aufkommens der Steuer vom Umsatz mit + 3,8 % etwa dem für das Gesamtjahr 2008 geschätzten Zuwachs (+ 3,9 %).

Was die außenwirtschaftliche Entwicklung anbelangt, so sind die Bremsspuren der verlangsamten weltwirtschaftlichen Dynamik bereits seit Jahresbeginn sichtbar. Die saisonbereinigten Warenexporte gingen im Zweimonatsdurchschnitt (April/Mai) leicht zurück, während im Mai die nominalen Warenexporte merklich abnahmen und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Jahresbeginn lagen. Trotz der Euro-Aufwertung wurden deutliche Exportzuwächse in Drittländer (+ 4,2 % gegenüber dem Vorjahr) und in die EU-Länder außerhalb des Euroraums (+ 3,6 %) verzeichnet. Hierzu dürfte die weiterhin hohe Wachstumsdynamik in den osteuropäischen und asiatischen Schwellenländern beigetragen haben. Dagegen fiel der Anstieg der Exporte in die Länder des Euroraums sehr moderat aus (+ 1,5 %). Der wichtigste Grund hierfür könnte die schleppende Nachfrage aus diesen Ländern sein, in denen wohl bereits eine konjunkturelle Verlangsamung eingetreten sein dürfte. Für den weiteren Jahresverlauf ist – aufgrund des verschlechterten außenwirtschaftlichen Umfelds (vor allem

# Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

| Gesamtwirtschaft/ Einkommen | 2007 Mrd. € bzw. Index | ggü. Vorj. % | Veränderung in % gegenüber Vorperiode saisonbereinigt 3.Q.07 | 4.Q.07 | 1.Q.08 | Veränderung in % gegenüber Vorjahr 3.Q.07 | 4.Q.07 | 1.Q.08 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Bruttoinlandsprodukt** | | | | | | | | |
| Vorjahrespreisbasis (verkettet) | 108,5 | + 2,5 | + 0,7 | + 0,3 | + 1,5 | + 2,4 | + 1,6 | + 1,8 |
| jeweilige Preise | 2 424 | + 4,4 | + 0,9 | + 0,4 | + 1,9 | + 4,5 | + 3,5 | + 3,2 |
| **Einkommen** | | | | | | | | |
| Volkseinkommen | 1 824 | + 4,1 | + 3,0 | + 0,0 | + 1,6 | + 5,0 | + 3,7 | + 3,9 |
| Arbeitnehmerentgelte | 1 182 | + 2,9 | + 0,2 | + 0,6 | + 1,7 | + 2,6 | + 2,8 | + 3,4 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | 642 | + 6,6 | + 8,5 | – 1,0 | + 1,4 | + 9,2 | + 5,6 | + 4,8 |
| Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte | 1 518 | + 1,6 | + 0,4 | + 1,0 | + 0,5 | + 1,7 | + 1,4 | + 2,6 |
| Bruttolöhne und -gehälter | 957 | + 3,4 | – 0,0 | + 0,7 | + 2,0 | + 3,1 | + 3,4 | + 3,9 |
| Sparen der privaten Haushalte | 168 | + 5,9 | – 1,0 | + 5,5 | + 1,6 | + 4,2 | + 8,9 | + 6,0 |

| Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge | 2007 Mrd. € bzw. Index | ggü. Vorj. % | Veränderung in % gegenüber Vorperiode saisonbereinigt Apr 08 | Mai 08 | Zweimonatsdurchschnitt | Veränderung in % gegenüber Vorjahr Apr 08 | Mai 08 | Zweimonatsdurchschnitt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| in jeweiligen Preisen | | | | | | | | |
| **Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€)** | 81 | – 0,6 | – 5,9 | . | – 8,7 | +13,2 | . | + 6,2 |
| **Außenhandel (Mrd. €)** | | | | | | | | |
| Waren-Exporte | 969 | + 8,5 | + 1,1 | – 3,2 | – 0,9 | +13,8 | + 2,5 | + 8,1 |
| Waren-Importe | 770 | + 5,0 | – 2,3 | + 0,7 | – 1,6 | +11,5 | + 8,2 | + 9,9 |
| in konstanten Preisen von 2000 | | | | | | | | |
| **Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)[1]** | 116,3 | + 5,9 | – 0,2 | – 2,4 | – 1,9 | + 5,0 | + 0,8 | + 2,9 |
| Industrie[2] | 121,1 | + 6,9 | – 0,3 | – 2,6 | – 1,8 | + 5,5 | + 0,9 | + 3,2 |
| Bauhauptgewerbe | 83,2 | + 2,7 | – 3,5 | + 1,1 | – 9,7 | – 2,9 | – 1,6 | – 2,3 |
| **Umsätze im Produzierenden Gewerbe[1]** | | | | | | | | |
| Industrie (Index 2000 = 100)[2] | 121,6 | + 6,4 | – 0,8 | – 1,0 | – 1,5 | + 5,3 | + 2,3 | + 3,8 |
| Inland | 107,1 | + 4,5 | – 1,2 | + 0,0 | – 1,6 | + 4,4 | + 2,5 | + 3,4 |
| Ausland | 144,9 | + 8,7 | – 0,2 | – 2,2 | – 1,4 | + 6,5 | + 2,0 | + 4,2 |
| **Auftragseingang (Index 2000 = 100)[1]** | | | | | | | | |
| Industrie[2] | 130,7 | + 9,8 | – 1,7 | – 0,9 | – 2,4 | + 4,1 | + 0,2 | + 2,2 |
| Inland | 113,0 | + 7,1 | + 0,3 | – 2,7 | – 1,4 | + 4,8 | – 0,3 | + 2,2 |
| Ausland | 152,8 | +12,5 | – 3,7 | + 0,8 | – 3,4 | + 3,5 | + 0,7 | + 2,1 |
| Bauhauptgewerbe | 77,6 | + 4,1 | + 0,0 | . | – 6,0 | – 1,9 | . | – 1,7 |
| **Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)** | | | | | | | | |
| Einzelhandel (einschl. Kfz und Tankstellen) | 100,5 | – 3,7 | – 0,3 | + 1,5 | – 1,8 | + 2,9 | – 0,6 | + 1,2 |
| Großhandel (ohne Kfz) | 109,5 | – 0,3 | + 1,3 | – 0,8 | – 0,4 | +12,1 | – 0,7 | + 5,6 |

| Arbeitsmarkt | 2007 Personen Mio. | ggü. Vorj. % | Veränderung in Tsd. gegenüber Vorperiode saisonbereinigt Apr 08 | Mai 08 | Juni 08 | Veränderung in Tsd. gegenüber Vorjahr Apr 08 | Mai 08 | Juni 08 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA) | 3,78 | – 15,8 | – 5 | + 2 | – 38 | –563 | –529 | –528 |
| Erwerbstätige, Inland | 39,74 | + 1,7 | +23 | + 3 | . | +649 | +618 | . |
| sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | 26,97 | + 2,2 | +13 | . | . | +602 | . | . |

| Preisindizes 2000 = 100 | 2007 Index | ggü. Vorj. % | Veränderung in % gegenüber Vorperiode Apr 08 | Mai 08 | Juni 08 | Veränderung in % gegenüber Vorjahr Apr 08 | Mai 08 | Juni 08 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Importpreise | 108,0 | + 1,2 | + 0,9 | + 2,4 | . | + 5,7 | + 7,9 | . |
| Erzeugerpreise gewerbl. Produkte | 119,1 | + 2,0 | + 1,1 | + 1,0 | . | + 5,2 | + 6,0 | . |
| Verbraucherpreise 2005 = 100 | 103,9 | + 2,3 | – 0,2 | + 0,0 | + 0,0 | + 2,4 | + 2,4 | + 2,4 |

| ifo-Geschäftsklima Gewerbliche Wirtschaft | saisonbereinigte Salden Nov 07 | Dez 07 | Jan 08 | Feb 08 | Mrz 08 | Apr 08 | Mai 08 | Juni 08 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Klima | + 7,5 | + 5,2 | + 5,9 | + 7,3 | + 8,6 | + 3,9 | + 6,1 | + 1,7 |
| Geschäftslage | +16,4 | +12,1 | +11,7 | +16,4 | +18,7 | +12,5 | +15,9 | +12,4 |
| Geschäftserwartungen | – 1,0 | – 1,4 | + 0,3 | – 1,4 | – 0,9 | – 4,3 | – 3,2 | – 8,4 |

[1] Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. [2] Ohne Energie.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

konjunkturelle Abschwächung in den USA und im Euroraum, Euroaufwertung, Belastung des weltwirtschaftlichen Wachstums durch gestiegene Rohstoffpreise) – mit einer nachlassenden Exportdynamik zu rechnen. Dies signalisieren die abwärts gerichteten Auslandsaufträge in der Industrie und vor allem der spürbare Rückgang der Investitionsgüternachfrage aus dem Ausland. Die Euro-Aufwertung und der Abkühlung der Weltkonjunktur machen sich aktuell bemerkbar. Auch die Exporterwartungen der Unternehmen (ifo-Geschäftsklima) haben sich weiter eingetrübt, aber die Unternehmen befürchten keinen Exporteinbruch.

Die nominalen Warenimporte nahmen im Mai in saisonbereinigter Rechnung leicht zu. Dies dürfte auf deutlich gestiegene Importpreise zurückzuführen sein, die im Mai ihren stärksten monatlichen Anstieg der letzten zehn Jahren verzeichneten (+ 2,7 %). Dagegen gingen die Warenimporte im Zweimonatsdurchschnitt deutlich zurück und zwar doppelt so stark wie die Ausfuhren. Angesichts des hohen Niveaus der Inlandsaufträge, die von der überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung der Unternehmen im weiteren Jahresverlauf profitieren dürften, dürften von der Binnennachfrage auch weiterhin positive Impulse für die Importe ausgehen.

Die Indikatoren zur Wirtschaftstätigkeit in der Industrie – Produktion, Umsätze und Auftragseingänge – sind deutlich rückläufig. So kam es bei der Produktion im Zweimonatsdurchschnitt zu einer Abnahme (April/Mai: – 1,8 % ggü. Vorperiode). Auch im Mai ging die Produktion zum dritten Mal in Folge deutlich zurück. Die Produktionsschwäche betraf alle Bereiche (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter), wobei die Investitionsgüterproduktion besonders starke Einbußen verzeichnete. Angesichts der in der Tendenz rückläufigen Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen war eine rückläufige Produktionsentwicklung zu erwarten. Der Produktionsrückgang könnte aber durch die Brückentage teilweise überzeichnet sein. Die Umsätze von industriellen Erzeugnissen nahmen ebenfalls ab. Dabei wurden spürbare Umsatzeinbußen aus dem Ausland und stagnierende Umsätze aus dem Inland verzeichnet. Dies betrifft vor allem die Investitionsgüterumsätze, die im Ausland spürbar zurückgingen und im Inland etwas zulegten. Die rückläufige Entwicklungstendenz des Auftragseingangs in der Industrie hat sich beschleunigt fortgesetzt (April/Mai – 2,4 % ggü. dem vergleichbaren Vorzeitraum, nach – 1,7 % im März/April). Auch im Mai nahm die Bestelltätigkeit ab, was aus rückläufigen Inlandsbestellungen, insbesondere für Investitionsgüter, resultierte. Die Orders aus dem Ausland nahmen dagegen noch zu. Dabei veränderte sich die Nachfrage nach Gütergruppen höchst unterschiedlich: Während die Investitionsnachfrage deutlich zurückging, nahm der Auftragseingang im Vorleistungsgüterbereich außerordentlich stark zu, und auch die Konsumgüterproduzenten verbuchten merkliche Orderzuwächse aus dem Ausland.

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe hat sich zuletzt wieder stabilisiert (Mai: + 1,11 % ggü. dem Vormonat), nach den davor eingetretenen Produktionseinbußen. Sie waren überwiegend eine Gegenreaktion auf die vorangegangen Übersteigerungen, die aus dem außergewöhnlich milden Winter resultierten.

Nach wie vor ist die erwartete Belebung des privaten Konsums im Jahresverlauf mit großen Risiken behaftet. Nachdem der private Konsum im März und April rückläufig war, nahmen die in den Einzelmonaten stark schwankenden realen Einzelhandelsumsätze im Mai zu (saisonbereinigt + 2,6 % ggü. dem Vormonat). Die Entwicklungstendenz der Einzelhandelsumsätze ist aber immer noch deutlich abwärts gerichtet. Aufgrund der Beschäftigungsexpansion ist zwar mit weiteren Einkommensverbesserungen zu rechnen. Die Kaufkraft der Verbraucher wird jedoch durch den Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und Energieträgern weitgehend wieder aufgezehrt. Auch die Stimmungsindikatoren lassen darauf schließen, dass unter den Konsumenten Unsicherheit bezüglich der Entwicklung der Verbraucherpreise herrscht. Sowohl das ifo-Geschäftsklima, als auch der Einkaufsmanagerindex zeigen für Juni eine rückläufige Tendenz an.

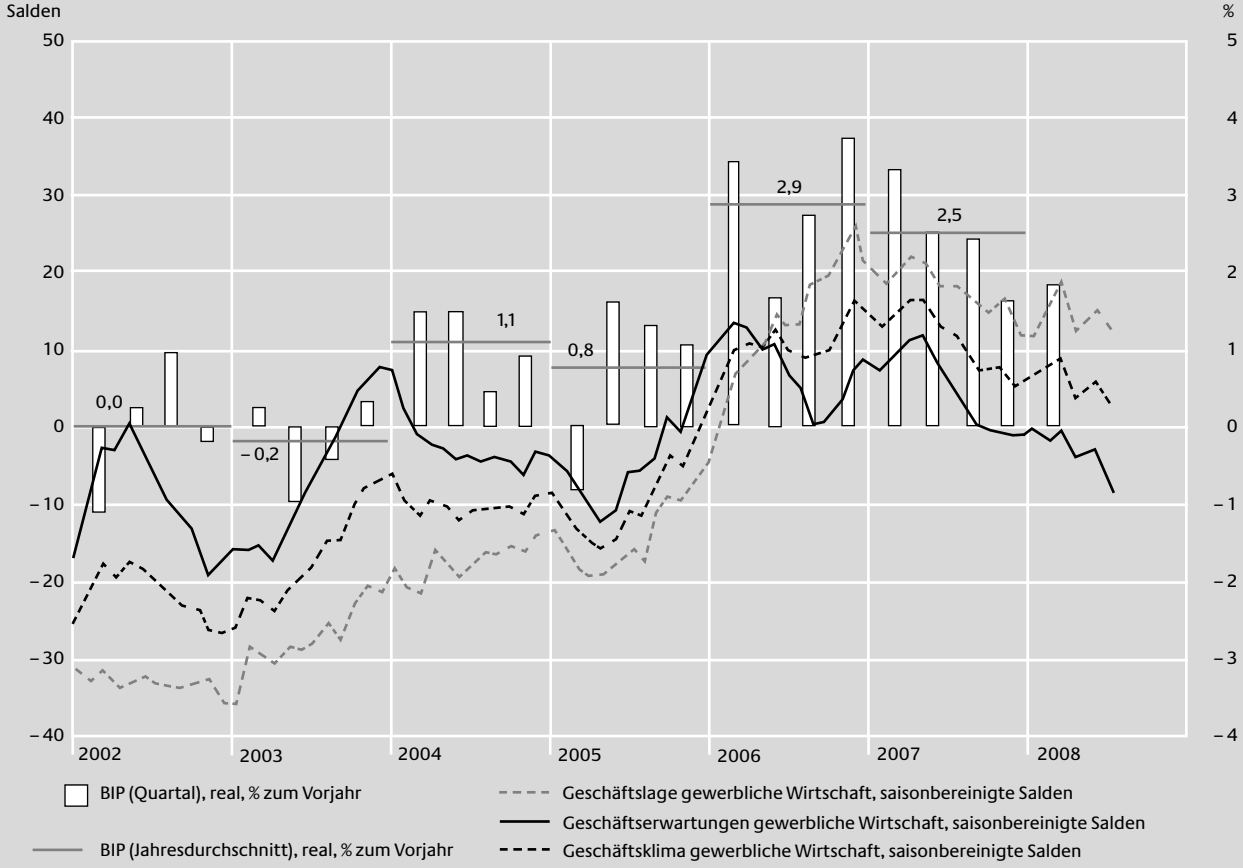
Auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt die positive Entwicklung der letzten Monate fortgesetzt. Die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Personen ist mit derzeit 3,16 Mio. auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Auch in saisonberei-

nigter Rechnung ist die Zahl der Arbeitslosen im Juni spürbar gefallen. Die aktuelle Arbeitslosenquote liegt bei 7,5 % (West 6,2 %, Ost 12,6 %). Im Bereich der Erwerbstätigen hat sich die positive Beschäftigungsentwicklung leicht abgeschwächt. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept im Mai auf die Rekordzahl von nun 40,27 Mio. angestiegen. In saisonbereinigter Rechnung hat sich der Beschäftigungsanstieg aber deutlich verlangsamt. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass der Anstieg der Beschäftigung teilweise auf saisonale Effekte zurückzuführen ist. Zudem fällt die Frühjahrsbelebung in diesem Jahr schwächer aus als üblich, da das milde Winterwetter eine außergewöhnlich günstige Beschäftigungsentwicklung im 1. Quartal ermöglicht hatte. Insgesamt ist der Ausblick für die Entwicklung am Arbeitsmarkt uneinheitlich: Einerseits ist die derzeitige Arbeitsmarktlage als immer noch weitgehend robust einzustufen. Andererseits mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich die verlangsamte wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen wird.

Belastungen für die konjunkturelle Entwicklung ergeben sich nach wie vor aus dem Anstieg der Preisniveaus für Nahrungsmittel und Energieträger, der sich unvermindert fortgesetzt hat. So war das Verbraucherpreisniveau im Juni um 3,3 % höher als im Vorjahresmonat. Besonders stark war der Preisanstieg im Jahresvergleich bei leichtem Heizöl (+ 61,9 %) und bei Dieselkraftstoff (+ 30,0 %). Auch die Kosten für Strom und Gas stiegen im Vergleich zum Vorjahr merklich an. Bei den Nahrungsmitteln betrug die Teuerungsrate insgesamt 7,6 % ggü. dem Vorjahresmonat. Eine deutlich rückläufige Preisentwicklung ist dagegen bei den Informationsverarbeitungsgeräten zu beobachten. So sind Preise für Notebooks (– 27,6 %) und für Fernseher (– 18,9 %) binnen Jahresfrist deutlich gefallen.

Auch der Anstieg der Importpreise hat sich im Mai nochmals deutlich beschleunigt.

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Insgesamt lag der Importpreisindex um 7,9 % höher als im Vorjahr. Diese Entwicklung ist größtenteils auf den Anstieg bei den Importpreisen für Energieträger zurückzuführen, die im Vorjahresvergleich um 46,5 % gestiegen sind. Vor allem die aktuelle Preisentwicklung beim Rohöl ist hervorzuheben: Der Ölpreis der Sorte „Brent" stieg im Anfang Juli auf bis zu 145 US-Dollar/Barrel. Im Juni lag der Ölpreis bei durchschnittlich 132 US-Dollar/Barrel. Dies entspricht einem Preisniveauanstieg von 83,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und 7,5 % zum Mai. Der Preisniveauanstieg wird zwar durch den starken Euro etwas abgemildert, trotzdem ist der Preisauftrieb des Ölpreises auch in Euro gerechnet sehr deutlich (+ 58, 5 % im Vorjahresvergleich).

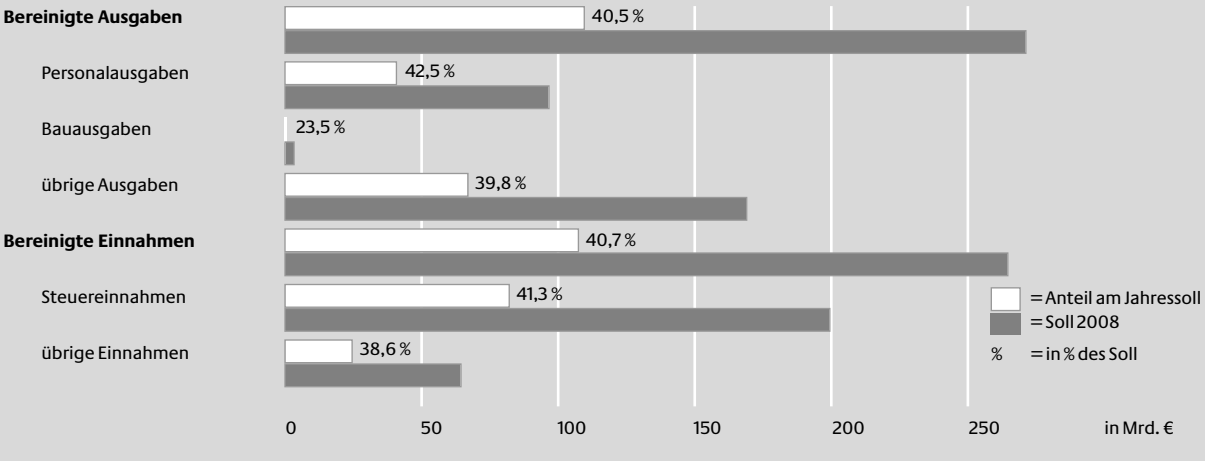
# Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Mai 2008 vor.

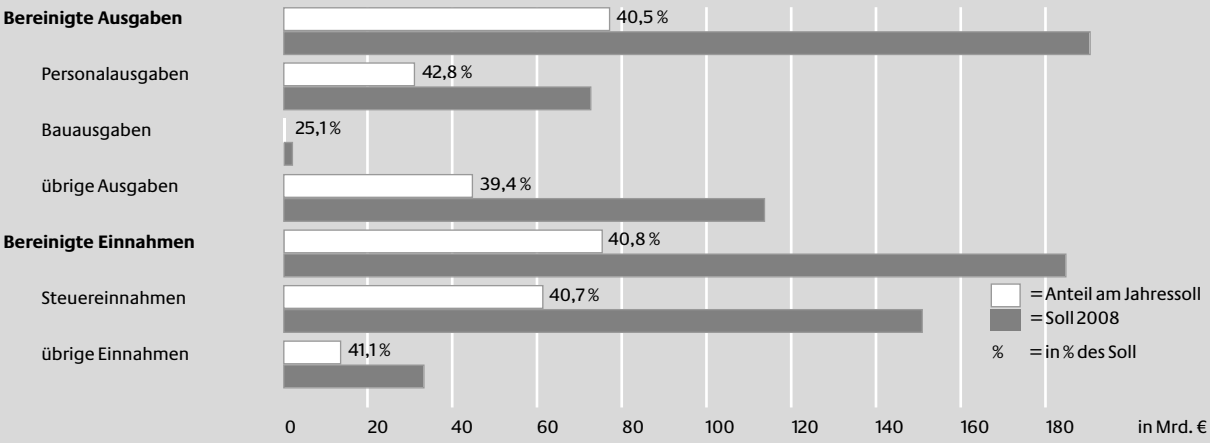
Der Finanzierungssaldo der Länder insgesamt belief sich Ende Mai 2008 auf rund – 2,1 Mrd. €. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Verbesserung um gut + 3,0 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen derzeit von einem Finanzierungssaldo für das Jahr 2008 von – 6,5 Mrd. € aus.

Im Berichtszeitraum erhöhten sich die Ausgaben der Länder insgesamt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 2,4 %. Das entspricht fast den Planungen (+ 2,6 %). Dem Ausgabenzuwachs steht mit + 5,4 % ein erheblich stärkerer Anstieg der Einnahmen gegenüber. Am günstigsten entwickelten sich die Einnahmen in den Stadtstaaten (+ 16,7 %), verhaltener war die Einnahmeentwicklung in den Flächenländern Ost (+ 6,0 %) und den Flächenländern West (+ 3,7 %). Die aktuellen Planungen der Länder insgesamt sehen einen Rückgang der Einnahmen um rund – 0,8 % vor.

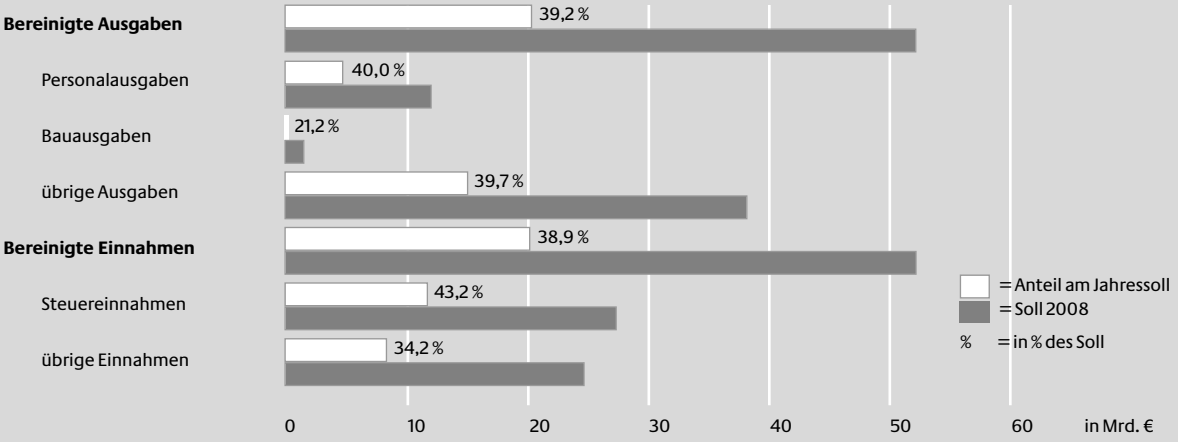
## Länder insgesamt



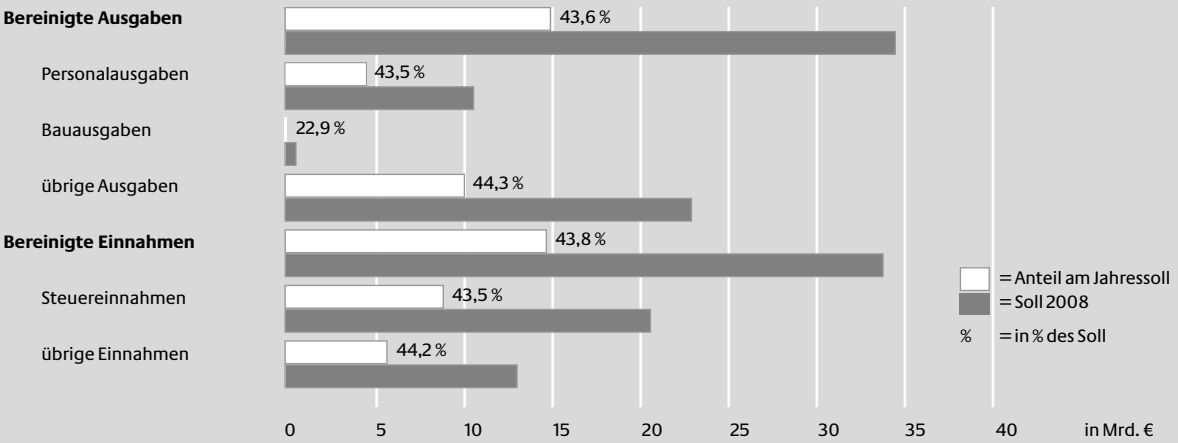
## Flächenländer West




## Flächenländer Ost




## Stadtstaaten



# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 8. Juli 2008 in Brüssel

### Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms

Im Mittelpunkt der ersten Tagung des ECOFIN-Rates unter französischer Präsidentschaft stand die Vorstellung des ECOFIN-Programms für das 2. Halbjahr 2008 durch die französische Finanzministerin Christine Lagarde. Die wichtigsten Themen des französischen ECOFIN-Programms sind die Finanzmarkt- und Steuerpolitik sowie mögliche politische Reaktionen auf den Anstieg der Ölpreise.

Der Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück hat in der Aussprache zum ECOFIN-Programm den von der Kommission am Vortag vorgelegten Richtlinien-Entwurf zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen deutlich kritisiert. Er hat erklärt, dass die Vorlage des Vorschlags im Widerspruch zu der im ECOFIN-Rat getroffenen Vereinbarung steht, zuvor eine Grundsatzdiskussion über die wirtschafts- und finanzpolitischen Auswirkungen ermäßigter Mehrwertsteuersätze zu führen. Auch inhaltlich sei der Vorschlag weit von der deutschen Position entfernt, weil er für zu viele Güter und Dienstleistungen ermäßigte Mehrwertsteuern zulassen würde.

### Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Der ECOFIN-Rat hat am 8. Juli 2008 Ratsstellungnahmen zu dem Stabilitätsprogramm von Belgien und dem Konvergenzprogramm von Polen verabschiedet. Belgien und Polen hatten ihre Programme wegen Regierungsneubildungen erst im April bzw. März 2008 vorgelegt.

Außerdem beendete der ECOFIN-Rat das Defizitverfahren gegen Polen. Das gesamtstaatliche Defizit lag in Polen 2007 bei 2,0 % des BIP (nach 3,8 % in 2006). Hingegen stellte der ECOFIN-Rat am 8. Juli formell fest, dass im Vereinigten Königreich ein übermäßiges Defizit vorliegt und beschloss Empfehlungen zum Defizitabbau. Die beiden EU-Mitgliedstaaten, die sich im Defizitverfahren befinden, sind nunmehr das Vereinigte Königreich und Ungarn.

### Einführung des Euro durch die Slowakei

Die Kommission hatte am 8. Mai 2008 zusammen mit ihrem Konvergenzbericht dem Rat den Vorschlag unterbreitet, die Einführung des Euro in der Slowakei zum 1. Januar 2009 zu beschließen. Nach dem positiven Votum des Rates in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs vom 19. Juni 2008 hat der ECOFIN-Rat am 8. Juli 2008 die entsprechenden formalen Beschlüsse gefasst. Dazu gehörte auch die Festlegung des endgültigen Umtauschkurses für die Slowakische Krone gegenüber dem Euro; diesen legte der ECOFIN-Rat auf 30,1260 Slowakische Kronen pro Euro fest. Der endgültige Umrechnungskurs entspricht damit dem derzeitigen Leitkurs der Krone im Wechselkursmechanismus II.

### Entwicklung der Erdölpreise

Die Finanzminister setzten am 8. Juli 2008 im Nachgang zum Europäischen Rat am 19./20. Juni 2008 ihren Meinungsaustausch über Ursachen und Wirkungen des Anstiegs der Ölpreise und mögliche politische Reaktionen fort. Der ECOFIN-Rat wird zu diesen Aspekten des Ölpreisanstiegs Beiträge für die Europäischen Räte im Oktober und Dezember liefern. Die Kommission erklärte im ECOFIN-Rat, der Preisanstieg sei im

Wesentlichen auf einen Anstieg der Ölnachfrage außerhalb Europas bei gleichzeitig relativ starrem Ölangebot zu erklären. Spekulation scheine keinen großen Einfluss auf den Ölpreis zu haben – auch diese Frage werde aber von der Kommission weiter untersucht. Die Forderung des Bundesministers der Finanzen Peer Steinbrück, die so genannte „Manchester-Erklärung" einzuhalten, wurde von zahlreichen Mitgliedstaaten unterstützt. Die Finanzminister hatten beim Informellen ECOFIN im September 2005 vereinbart, keine verzerrenden fiskalischen Maßnahmen in Reaktion auf den hohen Ölpreis zu ergreifen, weil dies die notwendigen Anpassungen der Volkswirtschaften erschweren würde. Gezielte Hilfen für die Ärmsten schließt die „Manchester-Erklärung" nicht aus.

## Leitungsstruktur des International Accounting Standards Board (IASB)

Das IASB ist eine privatrechtlich organisierte Einrichtung mit Sitz in London, die die Internationale Rechnungslegungsstandards (IFRS) erarbeitet. Das IASB steht unter der Dachorganisation der International Accounting Standards Committee Foundation (IASCF) und wird durch den privaten Sektor finanziert. Im Rahmen der derzeit laufenden Reform der Führungsstrukturen von IASCF und IASB sprach sich der ECOFIN-Rat am 8. Juli 2008 in seinen Schlussfolgerungen unter anderem für die Einrichtung einer Überwachungsgruppe („Monitoring Board") für die IASCF aus. Diese Überwachungsgruppe soll dazu beitragen, dass öffentliche Interessen bei der Meinungsbildung des IASB ausreichend berücksichtigt werden.

## Finanzmärkte: Sachstand und Durchführung des Fahrplans des Rates (einschließlich Transparenz und Rating-Agenturen)

Der ECOFIN-Rat zog am 8. Juli 2008 eine Zwischenbilanz zur Umsetzung des Fahrplans, den der ECOFIN-Rat im Oktober 2007 als Reaktion auf die Finanzmarktkrise beschlossen hat. Er konzentrierte sich bei dieser Sitzung auf die Themen „Transparenz auf den Finanzmärkten" und „Rating-Agenturen". Der ECOFIN-Rat einigte sich darauf, eine Stärkung der Überwachung von Rating-Agenturen vorzusehen – mit der prinzipiellen Option einer Registrierungspflicht für Rating-Agenturen in der EU. Nunmehr ist die Kommission gefordert, im Herbst konkrete Vorschläge vorzulegen. Die verabschiedeten ECOFIN-Schlussfolgerungen begrüßen zudem den Mitte Juni 2008 erschienenen Bericht des Ausschusses der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) über die Transparenz der Banken und über Fragen der Bewertung von Finanzinstrumenten sowie die darin enthaltenen Leitlinien für die Offenlegungspraktiken der Banken. Die Kommission wurde vom ECOFIN-Rat ersucht, ihm Anfang September 2008 darüber zu berichten, wie die Initiativen der Industrie zur Verbesserung der Transparenz der Märkte für verbriefte Finanzprodukte umgesetzt wurden.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar:
http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350

# Termine

## Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

12./13. September 2008 – Informeller ECOFIN in Nizza/Frankreich

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

| | | |
|---|---|---|
| 6. bis 8. Mai 2008 | – | Steuerschätzung |
| bis 20. Juni 2008 | – | Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen |
| 27. Juni 2008 | – | Zuleitung an Kabinett |
| 2. Juli 2008 | – | Kabinettsbeschluss |
| 2. Juli 2008 | – | Finanzplanungsrat |
| 8. August 2008 | – | Zuleitung an Bundestag und Bundesrat |
| 16. bis 19. September 2008 | – | 1. Lesung Bundestag |
| 19. September 2008 | – | 1. Beratung Bundesrat |
| 24. September bis 12. November 2008 | – | Beratungen im Haushaltsausschuss |
| 4. und 5. November 2008 | – | Steuerschätzung |
| 13. November 2008 | – | Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss |
| 25. bis 28. November 2008 | – | 2./3. Lesung Bundestag |
| 19. Dezember 2008 | – | 2. Beratung Bundesrat |
| Ende Dezember 2008 | – | Verkündung im Bundesgesetzblatt |

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

| Monatsbericht Ausgabe | Berichtszeitraum | Veröffentlichungszeitpunkt |
|---|---|---|
| August 2008 | Juli 2008 | 21. August 2008 |
| September 2008 | August 2008 | 19. September 2008 |
| Oktober 2008 | September 2008 | 23. Oktober 2008 |
| November 2008 | Oktober 2008 | 21. November 2008 |
| Dezember 2008 | November 2008 | 19. Dezember 2008 |

## Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

**Fachblick** – Zweiter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
**Fachblick** – Bericht des BMF über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2007
**Klarsicht** – Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll – Aktualisierung 2008

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
10116 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 [1]
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 [1]

[1] Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de oder
http://www.bmf.bund.de

# Analysen und Berichte

Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften .....35

Politikwerkstatt „Krisenanfälligkeit von Schwellenländern im Lichte der aktuellen Finanzmarktturbulenzen“ .....57

Finanzmärkte: Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität .....61

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2007 .....69

Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen .....83

Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012 .....91

# Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften[1]


1 USA ..... 35
2 Japan ..... 38
3 Vereinigtes Königreich ..... 40
4 Frankreich ..... 43
5 Italien ..... 45
6 Spanien ..... 47
7 Niederlande ..... 50
8 Schweden ..... 52
9 Anhang: Vergleichende Grafiken ..... 55


## 1 USA

- Konjunkturelle Talsohle womöglich noch nicht erreicht, privater Konsum als tragende Stütze zunehmend belastet.
- US-Notenbank warnt vor wachsenden Inflationsrisiken.
- Haushaltsdefizit weitet sich erneut erheblich aus.

### Konjunktur

Die Wirtschaft der USA befindet sich – verstärkt durch die Finanz- und Immobilienkrise seit Mitte letzten Jahres – in einer Phase deutlicher konjunktureller Abkühlung. Dank des dynamischen Starts 2007 erreichte das reale BIP im Gesamtjahr 2007 aber noch eine Wachstumsrate von 2,2 %. Für dieses Jahr wird ein erheblicher Wachstumsrückgang prognostiziert (OECD 1,2 %, EU-KOM 0,9 %, IWF 0,5 %), wenngleich derzeit die meisten Experten keine Rezession erwarten. Im 1. Quartal wuchs das reale BIP auf Jahresbasis um 1,0 %. Für das 2. Quartal zeichnet sich ein ähnliches oder leicht darüberliegendes Ergebnis ab. Trotz dieser besseren aktuellen Entwicklung als erwartet bleibt die Konjunktur erheblichen Belastungsfaktoren ausgesetzt: Die Finanzkrise führt zu einer Kreditverknappung, sinkende Wohnimmobilienpreise schmälern das Privatvermögen, und die hohen Energiepreise belasten zunehmend das verfügbare Einkommen. Für zahlreiche Arbeitskräfte fielen zudem die realen Lohnsteigerungen, die erneut hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückblieben, für 2007 effektiv sehr bescheiden aus. Damit gerät der Verbrauch, der als US-Konjunkturmotor im Schnitt ca. 70 % zum Wachstum beiträgt, zusehends unter Druck. Im Rahmen ihres Konjunkturprogramms beschloss die Regierung Steuerrückerstattungen, von denen bis Mitte Juni ca. zwei Drittel ausgezahlt waren. Dieser temporäre Stimulus führte zu einem Anstieg des Konsums im Mai. Ein Teil des finanziellen Impulses wird durch die hohen Öl- und Nahrungsmittelpreise aufgezehrt, was den konjunkturstützenden Effekt abschwächen dürfte. Damit dürfte der Außenhandel zum wichtigsten Wachstumsmotor in den USA werden, zumal die Exporte weiterhin von der Dollarschwäche und einem robusten Wachstum im Ausland profitieren. Die schwache Binnennachfrage und der vergleichsweise starke Außenbeitrag könnten in diesem und im nächsten Jahr zu einer signifikanten Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits führen

[1] Stichtag: 30. Juni 2008.

(OECD 2006: 6,2 %; 2007: 5,3 %; 2008: 5,0 %; 2009: 4,4 %).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist zunehmend angespannt. Die Beschäftigung im privaten Sektor ist seit Monaten rückläufig; betroffen sind nicht mehr nur das Baugewerbe, sondern inzwischen auch das Verarbeitende Gewerbe sowie einige Dienstleistungssektoren. Die Arbeitslosenquote ist im 1. Quartal 2008 auf 5,5 % gestiegen (2007: 4,6 %), für 2009 wird ein Anstieg auf über 6 % erwartet.

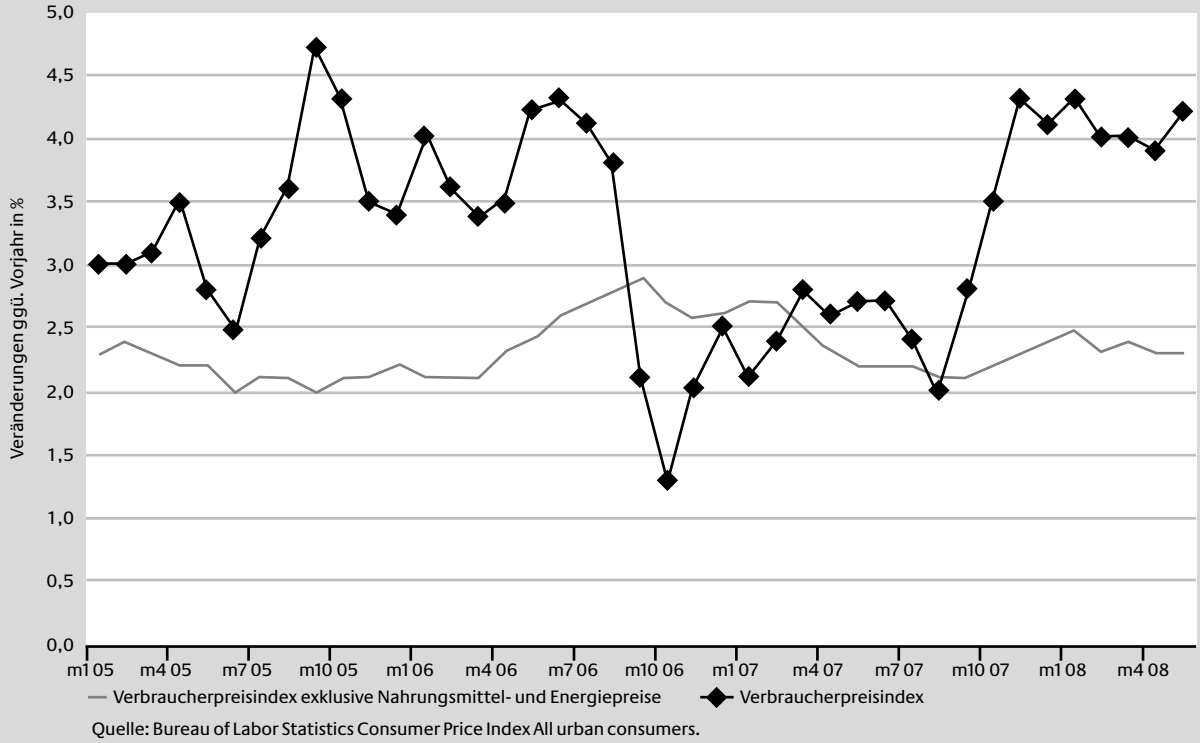
Auch am Immobilienmarkt ist keine Entspannung in Sicht: Die Zahl überfälliger Hypothekenforderungen steigt, und die Immobiliennachfrage bleibt schwach, zudem verschärfen sich die Kreditvergabestandards weiter, was nicht zuletzt die gewerblichen Investitionen belastet. So sind die Bruttoanlageinvestitionen im 1. Quartal 2008 erstmals seit Jahren zurückgegangen. Viele Banken vergeben Kredite – wenn überhaupt – zu wesentlich schlechteren Konditionen als die Zinssätze der US-Notenbank (FED) vermuten lassen. Diese hatte Ende April den Leitzins auf 2 % gesenkt (niedrigster Stand seit November 2004). Der intendierte realwirtschaftliche Effekt der Zinspolitik der FED scheint damit in Frage gestellt.

## Geldpolitik

Eine weitere Herausforderung für die US-Notenbank stellt die aktuelle Preisentwicklung dar. Die Verbraucherpreise sind im Mai mit 0,6 % gegenüber dem Vormonat stärker gestiegen als erwartet. Die für die FED relevante Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) stieg um 0,2 %. Im Jahresvergleich lagen die Verbraucherpreise damit um 4,2 % höher, die Kernrate um 2,3 %. Vor dem Hintergrund des von der US-Notenbank angepeilten Zielbereichs von 1 % bis 2 % für die Kernteuerung hat der Vorsitzende der FED, Ben Bernanke, wiederholt vor zunehmenden Inflationsrisiken gewarnt und entschlossene Maßnahmen gegen einen Anstieg der Inflationserwartungen angekündigt. Damit scheint sich der Fokus der US-Notenbank von der Konjunkturstabilisierung auf die Preisstabilisierung zu verlagern. Gleichwohl versucht die FED aber eine Vorabfestlegung auf einen geldpolitischen Normalisierungspfad zu vermeiden und sich angesichts des fragilen Umfeldes verschiedene Handlungsoptionen offenzuhalten.

Die OECD empfiehlt, den akkomodierenden Kurs bis zu einer stabilen Erholung beizubehal-

Abbildung 1: Inflation in den USA




Quelle: Bureau of Labor Statistics Consumer Price Index All urban consumers.

ten und dann zügig auf ein neutrales Niveau anzuheben, um Inflationserwartungen unter Kontrolle zu halten.

## Finanzpolitik

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise machen sich inzwischen auch bei den Staatsfinanzen deutlich bemerkbar. Neben den konjunkturbedingt rückläufigen Steuereinnahmen belasten die Steuergutschriften für die privaten Haushalte in Höhe von 115 Mrd. US-Dollar und ein 50 Mrd. US-Dollar teures Sonderabschreibungsprogramm zur Förderung der Investitionstätigkeit das Budget erheblich. Im vergangenen Jahr betrug das Defizit des öffentlichen Haushalts 3,0 % des BIP (OECD), für dieses Jahr wird mit einer deutlichen Verschlechterung auf 5,5 % des BIP gerechnet. Ungeachtet dieser fiskalischen Belastungen weist die mittelfristige Budgetplanung (2009 bis 2013) einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2012 aus. Die Regierung hat hierbei optimistische Wachstumsannahmen von 2,7 % des BIP für dieses Jahr und 3,0 % des BIP für 2009 zugrunde gelegt (zum Vergleich: OECD-Prognose 1,2 % bzw. 1,1 %). Um das Budgetziel 2012 zu erreichen, sieht der Haushaltsentwurf ein nominales Nullwachstum über die kommenden fünf Jahre bei den jährlich festzulegenden Ausgaben (ohne Verteidigung) vor, insbesondere bei den Sozialausgaben, Bildung, Forschung, Wohnungsbau, Infrastruktur und Landwirtschaft. Bei den gesetzlich festgeschriebenen Ausgaben, die mehr als die Hälfte des Bundeshaushaltes ausmachen, sind bis 2013 Einsparungen in Höhe von über 200 Mrd. US-Dollar eingeplant – 180 Mrd. US-Dollar allein bei Medicare, dem staatlichen Gesundheitssystem für ältere Menschen.

Der Budgetentwurf für das Fiskaljahr 2009 (1. Oktober 2008 – 30. September 2009) sieht eine Steigerung der Bundesausgaben um 6 % auf 3,1 Bio. US-Dollar sowie eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 7,1 % auf 2,7 Bio. US-Dollar vor. Für 2009 wird mit einem Defizit des Gesamthaushaltes von 2,7 % des BIP gerechnet, das Defizit für 2008 wurde im Vergleich zur Haushaltsplanung vor einem Jahr von 1,6 % des BIP auf 2,9 % des BIP nach oben revidiert.

Die Ausgaben für Verteidigung und Innere Sicherheit werden in 2009 um 11,2 % aufgestockt und machen mit über 730 Mrd. US-Dollar allein 23,5 % des Gesamthaushalts aus. Auf der Einnahmenseite wird von einer Beibehaltung der in den Jahren 2001 und 2003 initiierten Steuersenkungen ausgegangen.

Angesichts der Tatsache, dass der demokratisch dominierte Kongress zahlreiche Vorschläge des Präsidentenentwurfs zurückweisen dürfte, wird das Fiskaljahr 2009 am 1. Oktober 2008 mit großer Wahrscheinlichkeit unter vorläufiger Haushaltsführung beginnen. Darüber hinaus dürfte der vorgelegte Haushaltsentwurf die mittelfristige Budgetplanung nicht mehr tangieren, da die Prioritäten nach den Präsidentschaftswahlen im November mit großer Wahrscheinlichkeit neu gesetzt werden.

# 2 Japan

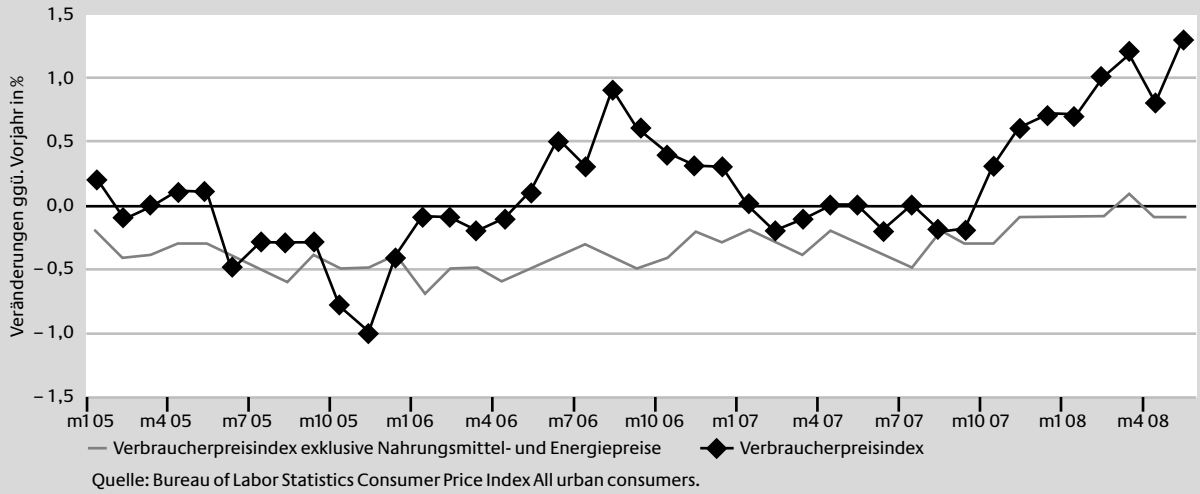
- Konjunkturentwicklung Anfang 2008 überraschend stabil; Indikatoren zeichnen aber für weiteren Verlauf ein gemischtes Bild.
- Wahrscheinlich Beibehaltung des geldpolitischen Kurses bis sich die Preisentwicklung im positiven Bereich festigt.
- Regierung strebt für Fiskaljahr 2011 Überschuss im konsolidierten Primärhaushalt an.

## Konjunktur

In Japan setzte sich die positive Konjunkturentwicklung der letzten Jahre auch im 1. Quartal 2008 mit einer Wachstumsrate um 1% (reales BIP) gegenüber dem Vorquartal überraschend deutlich fort (BIP-Wachstum 2007: + 2,1 %). Wachstumstreiber sind die Exporte insbesondere von Maschinen (+ 19,8 %) und Fahrzeugen (+ 14,1 %) und die damit verbundenen Unternehmensinvestitionen. Die Ausfuhren expandierten im 1. Quartal im zweistelligen Bereich, was vor allem an einer Ausweitung des Exportgeschäftes in andere asiatische Länder (50 % des Exportvolumens) lag. Erste Indikatoren aus dem 2. Quartal weisen jedoch auf eine spürbare Verlangsamung des Wachstums in den kommenden Monaten hin. Die wichtigsten Gründe dafür dürften die Verteuerung der Rohstoffe, die Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar und darauf aufbauend der Nachfragerückgang nach japanischen Produkten in wichtigen Absatzmärkten, insbesondere den USA, sein. Der private Konsum und die Anlageinvestitionen geben nur wenig Impulse. Der Bausektor erholt sich nur langsam. Für 2008 sind die Wachstumsprognosen gegenüber 2007 übereinstimmend abwärts gerichtet; EU-Kommission und IWF erwarten in ihrer Projektion (Stand April) 1,2 % bzw. 1,4 %, die OECD unter Berücksichtigung des 1. Quartals 1,7 %. Spiegel der starken Außen- und nur mäßigen Binnennachfrage ist eine permanente Ausweitung des Leistungsbilanzüberschusses, der 2007 einen Höchststand von 4,8 % des BIP (OECD und EU-Kommission) erreichte.

Nach Jahren sinkender Preise scheint die Deflation aus Sicht einiger Beobachter überwunden zu sein. Im Mai ist der Verbraucherpreisindex um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen und setzt damit den seit Herbst 2007 anhaltenden Aufwärtstrend fort. Aus Sicht der OECD könnten steigende Verbraucherpreise zusammen mit höheren Lohnabschlüssen ein endgültiges Überwinden der Deflation nahelegen. Der IWF sieht hier angesichts schwächerer Wachstumsaussichten auch Risiken. Die wirtschaftlichen

Abbildung 2: Inflation in Japan




Quelle: Bureau of Labor Statistics Consumer Price Index All urban consumers.

Auswirkungen der Preisentwicklung – die mit einer überproportional gestiegenen gefühlten Inflation bei den privaten Haushalten einhergehen – sind noch unklar.

## Geldpolitik

Die Geldpolitik ist nach wie vor von einem außergewöhnlich niedrigen Zinsniveau gekennzeichnet. Seit Februar 2007 ist der Leitzins nicht mehr verändert worden und liegt bei 0,5 %. Zwar spricht sich die Bank of Japan (BoJ) für eine geldpolitische Normalisierung aus, allerdings hat sie ihre grundsätzliche Neigung zu einer Zinserhöhung angesichts der Unsicherheiten über die US- und weltwirtschaftlichen Entwicklungen und der Sorge um die binnenwirtschaftliche Entwicklung vorerst zurückgestellt. Es wird allgemein für eine Beibehaltung des aktuellen Zinssatzes plädiert, bis sich die Kernrate der Inflation eindeutig im positiven Bereich verankert hat.

## Finanzpolitik

Die Staatsverschuldung bleibt trotz starker Verbesserungen in den letzten Jahren eine der höchsten unter den Industrieländern. Das Tempo der Konsolidierung wird sich laut IWF 2008 aufgrund der Haushaltsplanungen verlangsamen. Der IWF sieht weitere Spielräume für Einsparungen auf der Ausgabenseite, empfiehlt aber auch Maßnahmen auf der Einnahmenseite (Unternehmenssteuerreform, Erhöhung der Umsatzsteuer, Verbreiterung der Einkommensteuerbasis).

Die Regierung hält an ihrem Ziel fest, im Fiskaljahr 2011 einen Überschuss im konsolidierten Primärhaushalt der Zentralregierung und der nachgeordneten Gebietskörperschaften zu erreichen (obwohl die mittelfristigen Projektionen derzeit leicht hinter dieses Ziel zurückfallen) und ab 2015 die Bruttoschuldenquote laut OECD von derzeit über 170 % (laut EU-KOM über 180 %, laut IWF über 190 %) zu reduzieren.

Das Budget für das Fiskaljahr 2008 (1. April 2008 bis 31. März 2009) liegt mit einem Gesamtvolumen von 83,06 Bio. Yen (501 Mrd. €) nur 0,2 % über dem des Vorjahres. Bei der Mittelverwendung erfolgt eine Umschichtung zur Finanzierung von Steuererleichterungen für ländliche Gebiete und zur Förderung der regionalen Wirtschaft (+ 4,6 %). Auch die Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme steigen überproportional um 3 %. Dass der Anstieg der allgemeinen Ausgaben gleichwohl nur 0,7 % gegenüber dem Vorjahr beträgt, ist vor allem auf eine weitere Ausgabenbeschneidung bei den öffentlichen Investitionen (– 3 %), der Entwicklungshilfe (– 4 %) und der Verteidigung (– 0,5 %) zurückzuführen. Auf der Einnahmenseite werden die Steuereinnahmen mit 53,55 Bio. Yen (323 Mrd. €) angesetzt (+ 0,25 % gegenüber Vorjahr), wobei ein Wirtschaftswachstum von 2 % für 2008 unterstellt wird. Die Schuldenneuaufnahme liegt mit 25,34 Bio. Yen (153 Mrd. €) zwar etwas unter dem Wert des Vorjahres, gleichwohl wird das Volumen der „outstanding Bonds" (Gesamtverschuldung) per Ende März 2009 (Ende Fiskaljahr 2008) bei 553 Bio. Yen (3,3 Bio. €) erwartet, das ist mehr als das japanische Bruttoinlandsprodukt. Zur Tilgung der Schulden müssen laut Haushaltsplan im laufenden Fiskaljahr 20,16 Bio. Yen (121 Mrd. €) aufgewendet werden. EU-Kommission, OECD und IWF haben wiederholt eine grundlegende Sanierung der Staatsfinanzen durch Stärkung der Einnahmebasis mit Hilfe massiver Steuererhöhungen angemahnt, da angesichts der enormen demografischen Herausforderung, vor der Japan steht, die finanziellen Belastungen der sozialen Sicherungssysteme zunehmen werden und eine weitere Erosion der Staatsfinanzen droht.

Gleichwohl sind grundlegende Reformen des Steuersystems angesichts der schwierigen Regierungsverhältnisse (Mehrheit im Unterhaus, aber Minderheit im Oberhaus) nicht zu erwarten. Auch wenn die Regierung wiederholt die Notwendigkeit einer Verdopplung des Mehrwertsteuersatzes von 5 % auf 10 % bis spätestens 2009 unterstrich (derzeit nur 14 % des Steueraufkommens), ist ein solcher Schritt vor den nächsten Unterhauswahlen (Herbst 2009) nicht zu erwarten.

## Reformpolitik

Obwohl Japan vor erheblichen Problemen (hohe Staatsverschuldung, niedrige Produktivität von Landwirtschaft und Dienstleistungssektor, geringe ausländische Investitionen) steht, werden die von der Vorgängerregierung Koizumi eingeleiteten Reformen sowohl von der Bevölkerung

als auch von Teilen der Regierung als zu weitgehend empfunden. Die Regierung Fukuda steht damit vor dem Problem, dass von ihr die Rücknahme einzelner Reformmaßnahmen erwartet wird, während gleichzeitig erheblicher Handlungsbedarf besteht. Trotzdem ist es der Regierung gelungen, einige ordnungspolitische Vorhaben durchzusetzen. Erwähnenswert sind Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität der Finanzmärkte, neue Regeln zur Erleichterung von Kapitalinvestitionen aus dem Ausland, eine Verwaltungsreform sowie eine Dienstrechtsreform.

# 3 Vereinigtes Königreich

- Rückgang des Wirtschaftswachstums 2008 aufgrund schwächerer Binnennachfrage.
- Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen Inflationsbeschleunigung und sich abschwächender Konjunktur.
- Weiterhin gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, aber Handlungsbedarf im Bereich Bildung und Ausbildung.

## Konjunktur

Die britische Volkswirtschaft expandierte 2007 um 3 % und setzte damit ihren anhaltend stabilen Wachstumskurs fort. Wesentliche Triebfeder für das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr war die private Konsumnachfrage. Obwohl das reale BIP, gestützt durch eine weiterhin solide Binnennachfrage, im 1. Quartal 2008 um 2,5 % anstieg (verglichen mit dem Vorjahreszeitraum), erwartet die EU-Kommission, dass sich das Wirtschaftswachstum im Laufe des Jahres deutlich verlangsamen wird. Sie geht davon aus, dass sich die Binnennachfrage – zum Teil als Konsequenz der Finanzmarktkrise und fallender Immobilienpreise – abschwächen wird, so dass das BIP-Wachstum auf 1,7 % in diesem Jahr und 1,6 % im nächsten Jahr zurückgehen wird. Nach Auffassung der EU-Kommission wird die Abschwächung der Binnennachfrage, speziell der privaten Konsumnachfrage und Bruttoinvestitionen, wenigstens zum Teil durch einen positiven Beitrag des Außenhandels ausgeglichen.

Weiterhin positiv stellt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt dar. So waren letztes Jahr lediglich 1,3 % der Erwerbspersonen langzeitarbeitslos (im Vergleich: Der Durchschnitt in der EU-27 betrug 3 %). Die Arbeitslosenquote blieb mit 5,2 % im Jahre 2007 ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt der EU-27 von 7,1 %, während die Beschäftigungsquote mit 71,3 % überdurchschnittlich hoch war. Beide Werte sind seit einiger Zeit

relativ stabil. Die EU-Kommission erwartet, dass trotz der sich abschwächenden Konjunktur die Arbeitslosenquote nur moderat auf 5,4 % in diesem und 5,7 % im nächsten Jahr steigen wird.

Nach einer Inflationsrate (HVPI) von 2,3 % im Jahr 2007 hat sich die Inflation seit Beginn des Jahres deutlich beschleunigt und erreichte im April/Mai 2008 3%. Ursächlich hierfür waren deutlich steigende Nahrungsmittelpreise, Transportkosten und Kosten für Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Inflation in diesem Jahr durchschnittlich bei 2,8 % liegen wird, bevor sie dann wieder auf 2,2 % im nächsten Jahr zurückgehen dürfte.

## Geldpolitik

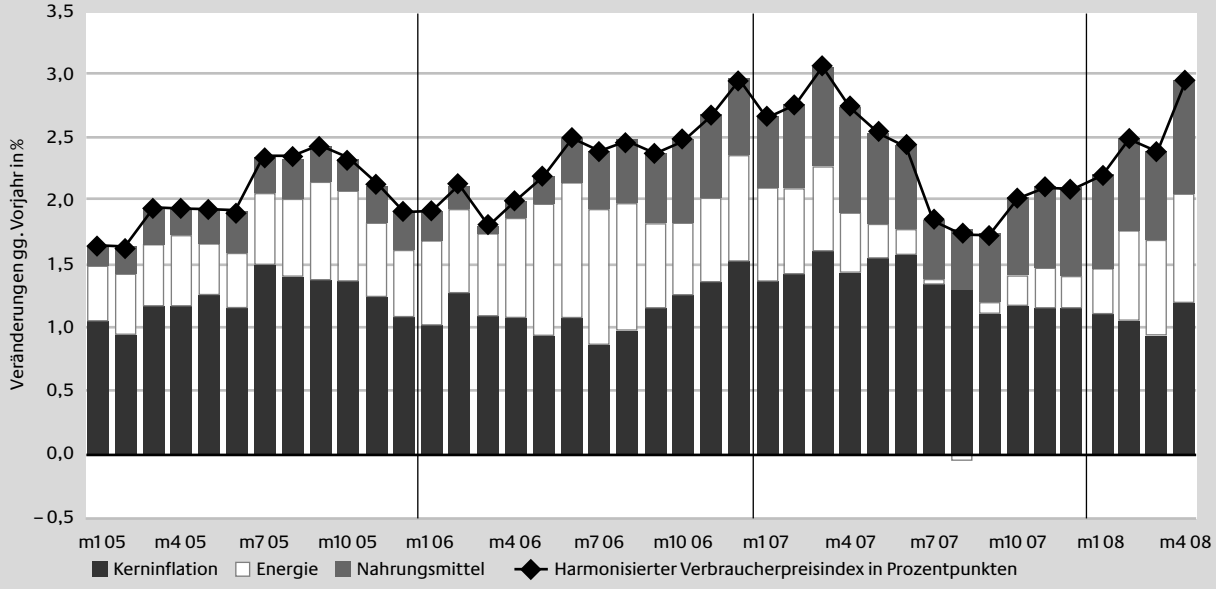
Die britische Zentralbank, die Bank of England, verfolgt ein symmetrisches Inflationsziel von 2 % mit einem Toleranzrahmen von plus/minus einem Prozentpunkt. Die Bank of England reagierte auf die beschleunigte Inflationsrate im 1. Halbjahr 2007 mit drei Anhebungen des Leitzinses von 5 % Ende 2006 auf 5 ¾ % Mitte 2007. Seit Mitte letzten Jahres sieht sich die Zentralbank aber einer deutlich komplexeren Lage gegenüber. Einerseits hat sich der Inflationsdruck in Großbritannien verfestigt, andererseits gibt es Anzeichen, dass sich die britische Konjunktur deutlich abkühlen wird. Die Bank of England hat auf diese veränderten Rahmenbedingungen mit drei moderaten Zinssenkungen reagiert, so dass der Leitzins seit April 2008 wieder 5 % beträgt. Im Mai und Juni entschied sich die Bank of England, den Leitzins unverändert zu lassen, verwies aber darauf, dass die kurzfristigen Inflationsrisiken nach oben gerichtet seien. Darüber hinaus betonte die Bank of England ihre Besorgnis, dass die höhere Inflation in Verbindung mit steigenden Inflationserwartungen zu höheren Lohnabschlüssen und damit wiederum zu längerfristigem Inflationsdruck führen könnte. Die Bank of England hat ihre Entschlossenheit bekundet, einer derartigen Entwicklung konsequent entgegenzuwirken.

## Finanzpolitik

Nach Maastricht Definition erreichte die Neuverschuldung im letzten Jahr mit 2,9 % des BIP fast den zulässigen Grenzwert von 3,0 %, dagegen blieb der Bruttoschuldenstand von 43,8 % des BIP weiterhin deutlich unter dem Referenzwert von 60 %. Die britische Regierung plant für das laufende Fiskaljahr 2008 bis 2009 (1. April 2008 bis



### Abbildung 3: Inflation (HVPI) im Vereinigten Königreich




Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

31. März 2009) einen Defizitanstieg auf 3,2 % des BIP. Die EU-Kommission erwartet allerdings, dass die Neuverschuldung aufgrund der sich abschwächenden Konjunktur und zusätzlicher defiziterhöhender Maßnahmen auf 3,5 % des BIP in diesem (Kalender-)Jahr ansteigen wird. Sie geht vor diesem Hintergrund davon aus, dass ein übermäßiges Defizit vorliegt und hat daher die Einleitung des Defizitverfahrens empfohlen. Auf dem ECOFIN-Rat vom 8. Juli 2008 haben die Finanzminister diesem Vorschlag zugestimmt und Empfehlungen zur Rückführung des übermäßigen Defizits bis zum Ende des nächsten Fiskaljahrs 2009/2010 gegeben. Der Haushalt für das Fiskaljahr 2008/2009 basiert auf der Ausgabenseite in erster Linie auf der so genannten „2007 Comprehensive Spending Review" (CSR), in der die Regierung im November 2007 die staatliche Ausgabenhöhe und Ausgabenverteilung von 2010 bis 2011 festlegte. Die 2007-CSR machte deutlich, dass die Regierung nach Jahren rasch wachsender Ausgabensteigerungen wenig Spielraum für weitere merkliche Erhöhungen in den nächsten Jahren sieht. Innerhalb dieses restriktiveren Rahmens beabsichtigt die Regierung, die Ausgaben für das Gesundheitssystem und für Bildung überdurchschnittlich anzuheben, was zu einer weiteren Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen führen sollte.

## Reformpolitik

Die britische Regierung zeigt sich zuversichtlich, dass die Wirtschaft Großbritanniens widerstandsfähig genug ist, die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten gut zu überstehen. Nach Ansicht der Regierung gibt es aber trotzdem Handlungsbedarf, die Stabilität und Widerstandsfähigkeit des britischen Finanzmarktes weiter zu stärken. Auslöser dafür sind nicht nur die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, sondern auch ganz besonders die so genannte „Northern-Rock"-Krise. Im September 2007 geriet die britische Bank „Northern Rock" in finanzielle Schwierigkeiten, welche zum ersten „bank run" in Großbritannien seit über 100 Jahren führten. Anfang Juli veröffentlichte die Regierung einen Katalog von möglichen Maßnahmen, um eine ähnliche Entwicklung in Zukunft zu vermeiden. So sollen z. B. die Einlagengarantien erhöht werden, um das Vertrauen der privaten Anleger in das Bankensystem zu stärken. Darüber hinaus ist die Regierung bemüht, den Markt für Darlehen zu verbessern (welcher auch durch die internationale Finanzmarktkrise in Mitleidenschaft gezogen wurde) und den Zugang zu Krediten für alle Gesellschaftsgruppen zu erleichtern. Einen weiteren Reformschwerpunkt bilden Initiativen der Regierung zur Qualifizierung von Arbeitnehmern, auch vor dem Hintergrund einer relativ unbefriedigenden Produktivitätsentwicklung. Um hier Fortschritte zu erzielen, ist die Regierung bemüht, die Empfehlungen zweier unabhängiger Studien, der so genannten Leitch und Sainsbury Reviews, umzusetzen. Die Empfehlungen zielen auf eine weitere Verbesserung der Bildung und Ausbildung sowie der Rahmenbedingungen für Innovationen ab. Darüber hinaus soll das Vereinigte Königreich als Wissenschaftsstandort weiter gefestigt werden.

# 4 Frankreich

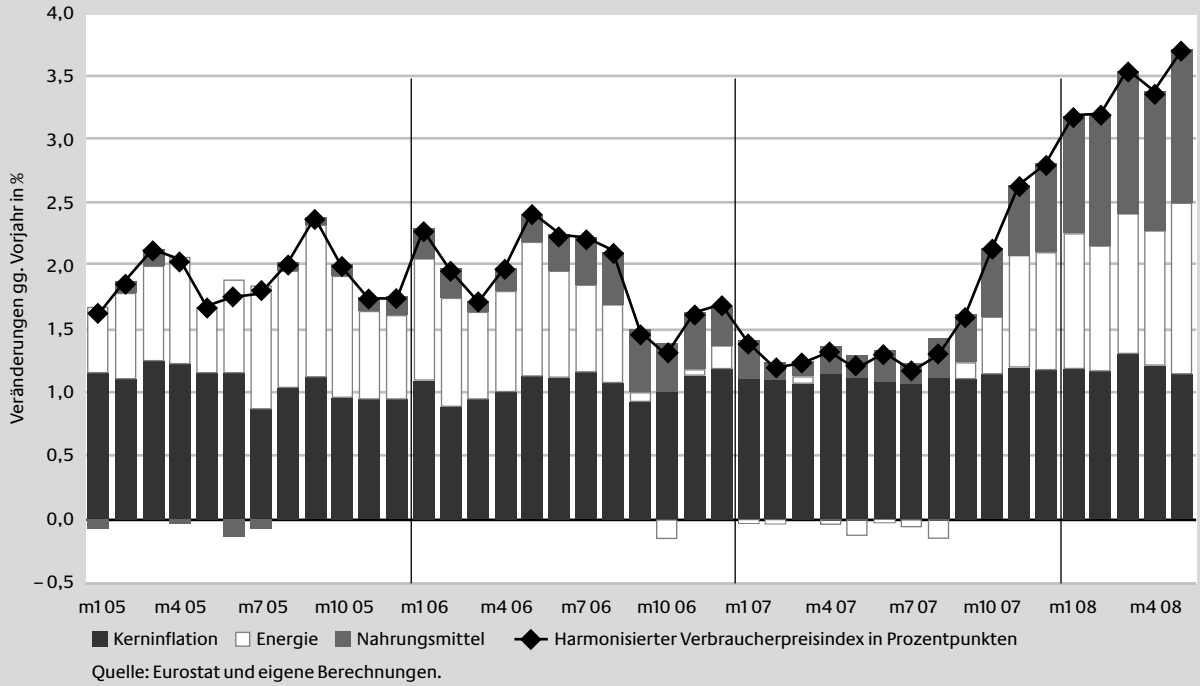
- Konjunktur bislang relativ robust, aber deutliche Abschwächung im Jahresverlauf erwartet.
- Haushaltsdefizit könnte sich in 2008 oder 2009 wieder der 3%-Marke nähern.
- Reformansätze zielen insbesondere auf Steigerung der Kaufkraft und Modernisierung der Wirtschaft ab.

## Konjunktur

Nach einem realen BIP-Wachstum von 2,1 % (OECD) im letzten Jahr erwartet die OECD für 2008 eine konjunkturelle Abkühlung auf 1,8 %, die EU-Kommission sogar auf 1,6 % und der IWF auf 1,4 %. Auch die Regierung revidierte ihre Wachstumserwartungen von ehemals 2 % bis 2,5 % auf 1,7 % bis 2,0 % nach unten. Hatte sich die französische Wirtschaft bislang trotz internationaler Finanzkrise, rapide steigender Rohstoffpreise, schwacher Konjunkturdaten aus den USA und einer deutlichen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar als erstaunlich solide erwiesen, so deuten die Daten am aktuellen Rand auf eine rasche Abschwächung der Wirtschaftsdynamik hin. Insbesondere der private Konsum – die tragende Stütze der Konjunktur – könnte in Folge des aktuellen Inflationsschubes und des damit einhergehenden Realeinkommensentzuges (trotz leichter Lohnsteigerungen und eingeführter Steuersenkungen) deutlich nachlassen. Der Export könnte im Jahresverlauf unter einer weiteren Euro-Aufwertung und einem projizierten Rückgang der Außennachfrage leiden. Auch wird im weiteren Jahresverlauf mit einer Straffung der Kreditbedingungen durch die Banken, mit höheren Finanzierungskosten an den Kapitalmärkten und einer Abflachung der Immobilienpreise gerechnet, was negative Auswirkungen auf die Unternehmens- und Wohnimmobilieninvestitionen haben dürfte. Einer der wesentlichen Risikofaktoren für die weitere Wirtschaftsentwicklung dürfte die



Abbildung 4: Inflation (HVPI) in Frankreich




Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

Preisentwicklung sein; EU-Kommission und OECD gehen für dieses Jahr von einem Anstieg der Verbraucherpreise von 3,0 % bzw. 3,5 % aus (IWF 2,5 %).

Relativ günstig stellt sich hingegen die Lage auf dem Arbeitsmarkt dar. Nach Schätzung der OECD dürfte die Arbeitslosenquote von 7,9 % in 2007 auf 7,5 % (EU-Kommission 8,0 %) in diesem Jahr sinken und auch in 2009 nur minimal ansteigen. Beschäftigungszuwächse sind insbesondere im Dienstleistungssektor zu verzeichnen.

## Finanzpolitik

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich nach einer leichten Konsolidierung in der jüngsten Vergangenheit wieder deutlich verschlechtert. Das Haushaltsdefizit betrug 2007 2,7 % des BIP (nach 2,4 % in 2006). Für 2008 erwarten IWF und EU-Kommission einen weiteren Anstieg auf 2,8 % bzw. 2,9 %, die OECD sogar auf 3,0 %. Da die EU-KOM für 2009 einen Anstieg auf 3,0 % (wie IWF) projiziert, hat sie am 28. Mai 2008 eine Politikempfehlung nach Art. 211 EG-Vertrag gegenüber Frankreich ausgesprochen. Frankreich wird darin u. a. empfohlen, die laufenden Strukturreformen entschlossen fortzusetzen, die erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen voranzutreiben sowie die Politikempfehlungen des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm rigoros umzusetzen.

Die französische Regierung ist hingegen hinsichtlich der Defizitentwicklung erheblich optimistischer. Sie geht für 2008 von einer Senkung auf 2,5 % aus und hat für 2009 sogar einen Rückgang des Defizits auf 2,0 % avisiert.

Parallel zur Defizitentwicklung wird eine kontinuierliche Verschlechterung des öffentlichen Schuldenstandes in 2008 und 2009 erwartet. Die aktuellste Schätzung (OECD) geht für 2008 von 65,5 % und 2009 von 67,1 % des BIP aus. Maßgeblich verantwortlich für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte dürften zum einen konjunkturbedingt niedrigere Einnahmen und – so die Regierung – die erhöhte Ausgabendynamik der Gebietskörperschaften sein. Deutlich budgetbelastend (laut EU-Kommission 0,3 % des BIP) wirkt aber auch das im vergangenen Sommer beschlossene „Gesetz zu Gunsten von Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft“ (TEPA), welches u. a. ein umfangreiches Steuerentlastungspaket enthält. Dieses umfasst die Herabsetzung des Höchstsatzes für die Einkommensteuer von 60 % auf 50 %, eine Senkung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Steuererleichterungen für den Erwerb von Wohneigentum sowie eine Revision des Vermögensteuersystems. Darüber hinaus beinhaltet es eine Steuerbefreiung von Überstunden für die Arbeitnehmer sowie eine Senkung der Sozialbeiträge für Überstunden sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer. Die Kosten dieses Pakets werden bei voller Umsetzung auf rd. 13 Mrd. € bis 15 Mrd. € jährlich geschätzt; ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung erfolgte nicht direkt.

## Reformpolitik

Die französische Regierung hat seit der Amtsübernahme von Präsident Sarkozy im Mai 2007 eine Vielzahl von Reformen angestoßen, die darauf abzielen, das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, die Kaufkraft der Bürger zu steigern, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und den Staat zu modernisieren.

Der Gesetzesentwurf zur Modernisierung der Wirtschaft, der noch vor der Sommerpause vom Parlament angenommen werden soll, konzentriert sich auf die Verbesserung der Kaufkraft durch die Schaffung von mehr Wettbewerb im Einzelhandel und damit die Senkung der Verbraucherprreise. Die Kosten werden auf 300 Mio. € pro Jahr geschätzt. Das Gesetz sieht Impulse in vier zentralen Bereichen vor: 1) Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen durch administrative Erleichterungen, 2) Liberalisierung des Handels zur Stärkung der Konkurrenz, 3) Steigerung der Attraktivität Frankreichs für neue Investitionen und 4) Schaffung eines international wettbewerbsfähigen Finanzplatzes.

Mit TEPA (s. o.) wurde zudem – derzeit noch in der regionalen Erprobung – eine „aktivierende Sozialhilfe“ eingeführt, die Sozialhilfeempfängern garantiert, dass sie bei Arbeitsaufnahme und damit verbundenen Transferverlusten finanziell nicht schlechter gestellt werden. Die Regierungspläne sehen zudem eine deutliche Verschärfung der Verpflichtungen Arbeitsloser zur Annahme von Arbeitsangeboten vor.

Die zweite Stufe der Rentenreform von 2003 soll dieses Jahr eingeleitet werden. Die Regierung

möchte bis 2012 für die Erlangung einer Vollrente den Zeitraum für Beitragszahlungen von 40 auf 41 Jahre hinaufsetzen. Das Ziel, ein allgemeines Mindest-Rentenniveau in Höhe von 85 % des Mindestlohns zu erreichen, wird weiter verfolgt. Nach einer Rentenerhöhung von 1,1 % zum 1. Januar 2008 kündigte Präsident Sarkozy Anfang Mai eine weitere Erhöhung um 0,8 % zum 1. September 2008 an, um die aktuellen Preissteigerungen auszugleichen (in Frankreich ist die Entwicklung der Renten an die Inflation und nicht an die Lohnentwicklung gekoppelt).

# 5 Italien

– Wirtschaftliche Aussichten unter dem Einfluss veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen stark eingetrübt.
– Deutliche Verschlechterung der Staatsfinanzen zu befürchten.
– Programm der Regierung Berlusconi setzt auf steuerliche Entlastungen und Infrastrukturmaßnahmen.

## Konjunktur

Nach einem realen BIP-Wachstum von 1,5 % im Jahr 2007 erwarten die italienische Regierung wie auch die EU-Kommission und OECD für 2008 eine Abkühlung auf 0,5 % und damit unter das Potenzialwachstum von rd. 1¼ %. Erst 2009 soll das BIP – immer noch unter Potenzial – wieder um 0,8 % (OECD: 0,9 %) ansteigen. Im 1. Quartal 2008 war das Wachstum mit 0,4 % (laut nationaler Statistikbehörde Istat) stärker als erwartet ausgefallen. Auch das Verbrauchervertrauen habe sich positiv entwickelt. Experten bleiben jedoch skeptisch gegenüber dem Jahrestrend.

Gründe für die gedämpften Konjunkturaussichten sind insbesondere die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds und bedingt durch die Finanzkrise eine Verschlechterung der Kreditbedingungen. So habe sich die Zinsspreizung in Italien infolge der Finanzmarktturbulenzen ausgeweitet, was den Kreditzugang für Unternehmen erschwert habe. Dagegen hat die Immobilienkrise in Italien nur geringe Spuren hinterlassen, da die Verschuldung der privaten Haushalte nach wie vor unterdurchschnittlich ist. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Eintrübung dürfte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften 2008 und 2009 abschwächen. Während die EU-Kommission in ihren Prognosen darin keine Auswirkung auf den positiven Trend der Arbeitslosigkeit sieht, rechnet die OECD mit einem leichten Anstieg von 6,1 % in 2007 auf 6,2 % in 2008 und 6,5 % in 2009

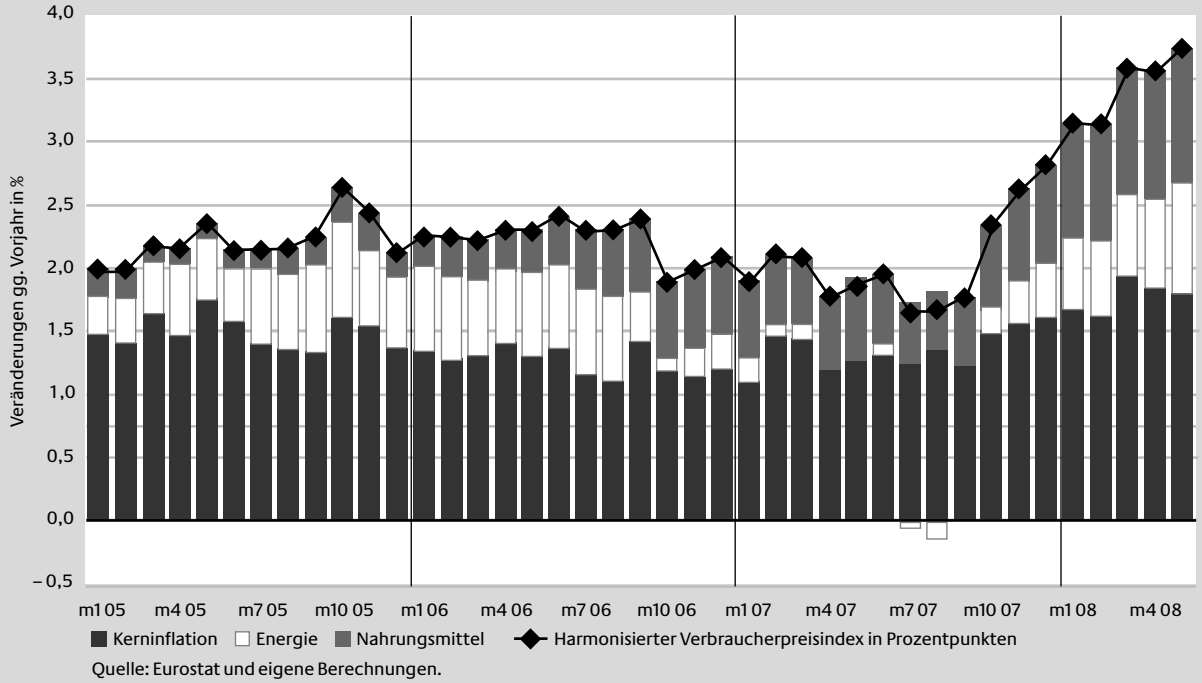
(EU-KOM: 6,1 %, 2008: 6,0 %, 2009: 5,9 %). Mit Blick auf die Preisentwicklung bewirkt seit Oktober 2007 auch in Italien die Entwicklung der Nahrungsmittel- und Energiepreise einen starken Anstieg der Inflationsrate auf zuletzt 3,7 % im Mai. Die EU-Kommission erwartete noch in ihrer Frühjahrsprognose nach 2,0 % in 2007 für 2008 eine Inflationsrate von 3,0 % (OECD: 3,6 %) und ging davon aus, dass sich im Jahr 2009 wieder eine Normalisierung auf 2,2 % (OECD: 2,1 %) einstellen werde.

## Finanzpolitik

Im Jahr 2007 verbesserte sich die Situation der öffentlichen Haushalte, nicht zuletzt aufgrund eines moderaten Ausgabenwachstums und unter dem Einfluss einer relativ günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Ergebnis konnte das Staatsdefizit im Jahr 2007 auf 1,9 % (EU-Kommission) gesenkt werden. Das Defizitverfahren gegen Italien wurde daraufhin auf dem ECOFIN-Rat vom 3. Juni 2008 eingestellt. Vor dem Hintergrund des schwächeren Wirtschaftswachstums wird sich die Haushaltsposition 2008 hingegen wieder verschlechtern. Die EU-Kommission schätzt in ihrer Frühjahrsprognose für Italien ein Defizit von 2,3 %, das im Jahr 2009 auf 2,4% (OECD 2008: 2,5 %; 2009: 2,7 %) ansteigen könnte. Dabei wirken aktuell insbesondere steuerliche Maßnahmen wie die Senkung der Vermögensteuer und regionaler Steuern defiziterhöhend. Die Regierung Berlusconi hat allerdings ihre Absicht bekundet, den Konsolidierungskurs der Regierung Prodi fortzusetzen. Die kürzlich vorgelegten Haushaltspläne für den Zeitraum 2009 bis 2011 haben das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2011. Die geplanten Einsparungen belaufen sich auf 34,9 Mrd. €. Zusätzliche Steuern, wie etwa die „Robin-Hood-Steuer“ auf Erdölgewinne (Erhöhung der Körperschaftsteuer für Ölunternehmen von 27 % auf 33 %) und stärkere Belastungen der Gewinne von Banken und Versicherungen sollen bereits 2008 Einnahmen von 2 Mrd. € und 2009 zusätzliche Einnahmen von 4 Mrd. € erbringen. Hierdurch sollen u.a. höhere Sozialausgaben für arme Familien (sozialer Wohnungsbau) und Rentner (Fonds für Unterstützung der Lebenshaltungskosten) finanziert werden. Allerdings sind Kürzungen in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und bei den Zuwendungen für die Regionen geplant.

Die Regierung Berlusconi strebt gleichzeitig eine Verringerung der Kosten von Politik und

Abbildung 5: Inflation (HVPI) in Italien




Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

Verwaltung an. Sie beabsichtigt, die Politik der Bekämpfung der Steuerhinterziehung fortzusetzen und kündigte zur Sanierung der Staatsfinanzen Vermögensveräußerungen an, wobei zu berücksichtigen ist, dass wichtige Teile des Staatsvermögens den kommunalen Regierungen gehören. Italiens Staatsschulden sind von 104 % des BIP in 2007 auf 103,2 % in 2008 gesunken. Dieser leichte Abbau könnte sich nach Prognosen der EU-Kommission weiter fortsetzen.

### Reformpolitik

Der italienische Ministerpräsident Berlusconi hat in seiner Regierungserklärung Mitte Mai umgehende Reformen und die Stärkung des Wirtschaftswachstums als zentrale Leitlinien seiner Regierung benannt. Reformfelder, die im Fokus stehen, sind insbesondere verstärkte Investitionen in Wissenschaft, Bildung und Technologie, Bekämpfung organisierter Kriminalität, Erneuerung der Infrastruktur, stärkere Förderung der Familien sowie Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickelt die neue Regierung derzeit ein Reformprogramm, das einen Beitrag zur Ankurbelung der schwachen Konjunktur durch Stärkung der Kaufkraft der Lohnempfänger sowie Erhöhung der Produktivität leisten soll. Als zentrale Maßnahme in der Steuerpolitik wird eine Abschaffung der Steuer auf Eigenheime vorgeschlagen; es soll aber auch eine steuerliche Entlastung der Löhne für Überstunden in Form eines Abschlages von 10 % auf die Einkommensteuer geben, zudem ist die Abschaffung der Kfz-Steuer im Gespräch. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Besserstellung von Familien mit Kindern geplant (so genanntes „Babygeld“). Die neue Regierung kündigt an, die Steuer- und Abgabenquote von derzeit 43 % auf unter 40 % des BIP zu drücken. Zahlreiche Beschlüsse fasste die Regierung auch zur Öffnung des Arbeitsmarktes sowie zur Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes.

## 6 Spanien

- Deutliche Konjunkturabschwächung durch Einbruch im Bausektor und beim privaten Konsum.
- Weitere belastende Faktoren: zunehmender Preisdruck, steigende Arbeitslosigkeit, anhaltend hohes Leistungsbilanzdefizit.
- Regierung beschließt milliardenschweres Konjunkturprogramm.

### Konjunktur

Nachdem die dynamische Wirtschaftsentwicklung in Spanien auch 2007 mit einem realen BIP-Wachstum von 3,8 % anhielt (2005: 3,6 %; 2006: 3,9%), verlangsamte sich das Wachstum im 1. Quartal 2008 drastisch auf eine Rate von annualisiert 1,2 % (0,3 % gegenüber Vorquartal bzw. 2,7 % gegenüber gleichem Quartal im Vorjahr). Ging die EU-Kommission im April noch von einem realen BIP-Wachstum von 2,2 % für dieses Jahr und von 1,8 % für 2009 aus, so liegt die Schätzung der OECD vom Juni nur noch bei 1,6 % bzw. 1,1 % des BIP. Auch die spanische Regierung hat ihre Wachstumsannahme für 2008 im April deutlich gesenkt. Sie ist mit einer angenommenen Wachstumsrate von 2,3 % des BIP (ebenso 2009) aber immer noch wesentlich optimistischer. Wachstumseinbußen sind vor allem bei den wirtschaftlichen Säulen der letzten Jahre – dem privaten Konsum und dem Bausektor – zu verzeichnen. Straffere Kreditkonditionen, verbunden mit der hohen, zum überwiegenden Teil variabel verzinsten Verschuldung der privaten Haushalte – insbesondere durch Immobilienerwerb –, belasten den privaten Konsum erheblich. Der massiv fallenden Nachfrage nach Immobilien (– 30 % gegenüber dem Vorjahr), ausgelöst durch die US-Immobilienkrise, steht ein enormes Angebot gegenüber. Dies führt dazu, dass die zum Teil hoch verschuldeten Immobilienfirmen ihre Kredite aufgrund mangelnden Absatzes nicht mehr bedienen können. Spanien dürfte

damit zu den Hauptleidtragenden der internationalen Finanz- und Immobilienkrise gehören, und das, obwohl die spanischen Banken kaum im Subprime-Segment investiert haben und ihre Kreditausfallraten zu den niedrigsten in Europa zählen. Ob die einheimische Konsumschwäche durch die Nachfrage aus dem Ausland ausgeglichen werden kann, ist fraglich. Die nachlassende internationale Wirtschaftsdynamik, der hohe Eurowechselkurs, die im europäischen Vergleich hohen Lohnstückkosten sowie aktuell massiv steigende Preise belasten den Export.

Nachdem der Preisauftrieb 2007 auf durchschnittlich 2,8 % gebremst werden konnte (2006: 3,6 %), lag er im Mai 2008 mit 4,7 % den siebten Monat in Folge bei über 4 % und damit deutlich über dem Inflationsniveau der Eurozone. Für 2008 erwartet die EU-Kommission eine durchschnittliche Inflationsrate von 3,8 %, die OECD sogar von 4,6 %.

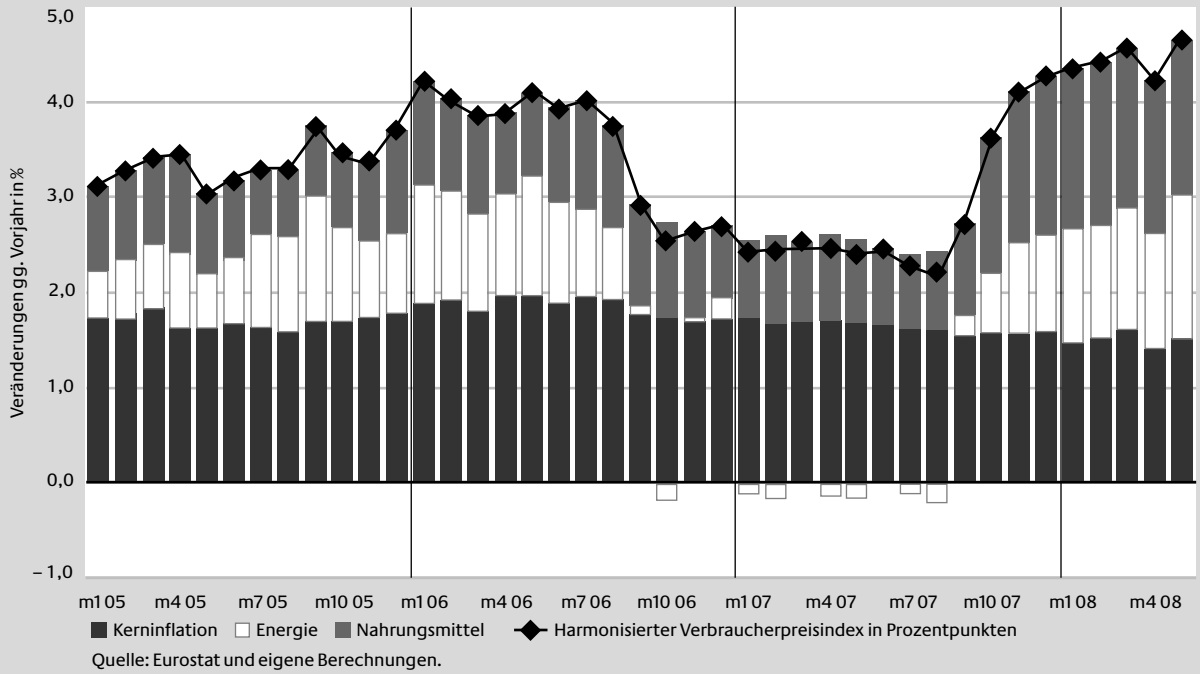
Der konjunkturelle Abschwung geht auch am Arbeitsmarkt nicht spurlos vorüber. Die Arbeitslosenquote, die in den Vorjahren vom zweistelligen Bereich kontinuierlich bis auf 8,3 % in 2007 zurückgeführt werden konnte, schnellte zum Ende des 1. Quartals 2008 wieder auf über 9 % hoch. EU-Kommission und OECD erwarten für dieses Jahr einen durchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 9,3 % bzw. 9,7 %, für 2009 sogar auf 10,6 % bzw. 10,7 %. Die nach wie vor starke Zuwanderung von Arbeitskräften – die bislang einen maßgeblichen Wachstumsbeitrag leistete – dürfte die Situation nunmehr verschärfen.

Kehrseite der bisherigen binnenwirtschaftlichen Expansion ist ein signifikantes Leistungsbilanzdefizit, das 2007 mit 10,1 % des BIP einen Rekordwert erreichte. Trotz der nachlassenden Wirtschaftsdynamik dürfte sich dieses laut OECD 2008 und 2009 kaum verbessern (10,1 % bzw. 9,8 %), die EU-Kommission rechnet sogar mit einer Verschlechterung (11,0 % bzw. 11,2 %).

## Finanzpolitik

Der spanische Haushalt wies nach 2006 auch im letzten Jahr einen Überschuss aus, der mit 2,2 % des BIP die Erwartungen des Haushaltsplans (0,7 %) deutlich übertraf. Hauptursachen waren vor allem höhere Einnahmen als erwartet bei der Körperschaftsteuer (trotz Absenkung der Steuersätze). Die Haushaltsplanung für 2008 sieht einen Überschuss von 1,25 % des BIP vor, sie

### Abbildung 6: Inflation (HVPI) in Spanien




Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

erfolgte allerdings unter der damals noch optimistischen Annahme eines realen BIP-Wachstums von 3,3 %. Das im April von der Regierung beschlossene 10-Mrd.-€-Maßnahmenpaket zur Stimulierung der Konjunktur dürfte eine Abwärtsrevision erforderlich machen. Die EU-Kommission und die OECD gehen angesichts der nachlassenden Wirtschaftsdynamik und vor dem Hintergrund des angekündigten Konjunkturprogramms nur noch von einem Haushaltsüberschuss für 2008 von 0,6% bzw. 0,7% aus, der 2009 gänzlich schwinden könnte (EU-Kommission 0,0 %) bzw. in ein Defizit umschlagen könnte (OECD 0,3 %). Der im europäischen Vergleich niedrige Schuldenstand dürfte laut EU-Kommission weiter leicht rückläufig sein, wenn auch mit deutlich geringerem Tempo (2007: 36,2 %, 2008: 35,3 %, 2009: 35,2 %).

## Reformpolitik

Das von der Regierung Zapatero im April beschlossene 10-Mrd.-€-Maßnahmenprogramm hat seinen Schwerpunkt bei der Förderung des Konsums, der Abfederung der Schrumpfung des Immobiliensektors sowie bei Maßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes. Der finanzielle Umfang des Programms, der etwa einem Prozent des nominalen BIP entspricht, sei – so die Regierung – angesichts der soliden Haushaltslage finanziell vertretbar und gerechtfertigt. Gut die Hälfte des Geldes ist für eine einmalige Steuersenkung von 400 € pro Kopf in diesem Jahr vorgesehen. Des Weiteren wurde eine Aufhebung der Vermögensteuer rückwirkend zum 1. Januar 2008 beschlossen. Weitere Maßnahmen sollen die Krise im Wohnungsbau lindern (Programme zur Umschuldung von Hypothekendarlehen, längere Laufzeiten und steuerliche Hilfe, Infrastrukturprojekte, Mittelaufstockung für Kreditbürgschaften im sozialen Wohnungsbau, Steuererleichterungen für die Renovierung von Wohnraum) sowie die Liquidität von Unternehmen erhöhen (beschleunigte Mehrwertsteuerrückzahlungen, Kredite an kleine und mittlere Unternehmen). Als Sofortmaßnahmen zur Unterstützung des Arbeitsmarktes, insbesondere für ehemalige Beschäftigte des Bau- und Immobiliensektors, werden zudem Programme der öffentlichen Arbeitsvermittlung sowie ein befristetes Überbrückungsgeld aufgelegt.

Während das beschlossene Maßnahmenpaket vor allem kurzfristig wirksam werden dürfte, ist es darüber hinaus Ziel der Regierung, durch Strukturreformen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb zu erhöhen und den strukturellen Ursachen für die übermäßige Inflation entgegenzuwirken. Im Fokus stehen dabei die weitere Liberalisierung in den Sektoren Telekommunikation, Energie und Transport. Ein Plan zur Förderung von Forschung und Entwicklung und Innovation sieht die Steigerung der entsprechenden Ausgaben von derzeit 1,2 % auf 2 % des BIP bis zum Jahr 2010 vor, die u. a. auch durch eine verbesserte Koordinierung zwischen zentraler und regionaler Verwaltung gewährleistet werden soll.

# 7 Niederlande

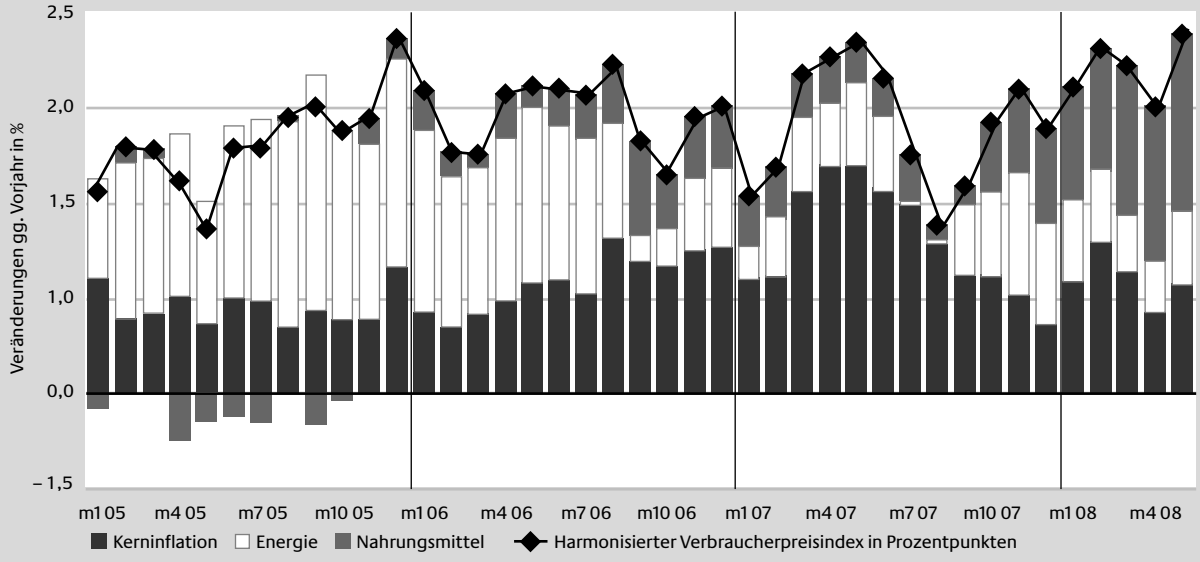
– Leichter Wachstumsknick im 1. Quartal 2008.
– Weitere Reduzierung der Staatsverschuldung angestrebt.
– Reformaktivitäten u. a. in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Netzwerkindustrien.

## Konjunktur

Das Wirtschaftswachstum in den Niederlanden setzte seinen starken Kurs 2007 mit 3,5 % des realen BIP fort. Vor dem Hintergrund der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung, von der die Niederlande als kleine und offene Volkswirtschaft besonders betroffen sein dürften, verschlechterten sich die Konjunkturaussichten laut EU-Kommission Anfang des laufenden Jahres leicht. Das Wachstum im 1. Quartal 2008 betrug im Vergleich zum Vorquartal 0,4 %. Während das reale BIP 2008 noch um 2,6 % (OECD: 2,3 %) steigen soll, vor allem bedingt durch einen hohen Übertrag vom Vorjahr, wird für 2009 mit einer Abschwächung auf 1,8 % gerechnet.

Gründe für die wirtschaftliche Abschwächung sind neben einem temperaturbedingten temporären Produktionsrückgang im Gassektor vor allem das langsamere Exportwachstum (Rückgang von 6,4 % in 2007 auf prognostizierte 4,4 % in 2008) infolge der weiteren Euro-Aufwertung und die schwächer als erwartet verlaufende Entwicklung des Welthandels sowie Einbußen beim privaten Verbrauch. Nachdem der private Verbrauch in 2007 trotz nachlassenden Konsumentenvertrauens nicht nachgab, soll er laut EU-Kommission im Verlauf 2008 trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zurückgehen. Verantwortlich sind u. a. steigende Sozialabgaben 2008 und ein höherer Preisdruck, der die Kaufkraft mindert. Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte zu weiterem Lohndruck mit Auswirkung auf die Inflationsrate führen. Zusammen mit der geplanten Mehrwertsteuererhöhung rechnet die EU-Kommission mit einem Anstieg der Inflationsrate auf 2,7 % in 2008 und fast 3 % in 2009 (OECD, 2008: 1,9 %, 2009: 2,2 %).

Abbildung 7: Inflation (HVPI) in den Niederlanden




Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

## Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Während in einigen Sektoren ein Nachfragerückgang nach Arbeitkräften zu erkennen war, vor allem bedingt durch die abkühlende Wirtschaftsentwicklung und steigende Lohnkosten, soll die Arbeitslosigkeit in 2008 weiter auf unter 3 % fallen. Die Regierung strebt eine Erhöhung des Arbeitsangebots sowohl durch Mobilisierung inländischer als auch Anwerbung insbesondere junger, qualifizierter, ausländischer Arbeitskräfte an. Nach Einschätzung der niederländischen Regierung hat sich die bisherige Öffnung des Arbeitmarktes für Arbeitnehmer aus acht mittel- und osteuropäischen Ländern nicht negativ auf die Arbeitslosenquote ausgewirkt, da diese hauptsächlich in Wirtschaftszweigen mit traditionellem Arbeitskräftemangel tätig sind.

Arbeitslose in den Niederlanden müssen ab 2009 auch Arbeiten jenseits ihres bisherigen Beschäftigungsfeldes annehmen. 200 000 Langzeitarbeitslose sollen bis spätestens 2011 mit Hilfe der Unternehmen vermittelt werden. Arbeitnehmer, die im Alter zwischen 62 und 65 Jahren weiterhin arbeiten, sind zum Erhalt einer Bonuszahlung berechtigt.

## Finanzpolitik

Die niederländische Regierung strebt bis 2009 das mittelfristige Konsolidierungsziel eines strukturellen Haushaltsüberschusses von über 1% des BIP an. Der 2006 erzielte Haushaltsüberschuss in Höhe von 0,5 % des BIP erhöhte sich 2007 trotz starken Wirtschaftswachstums nicht. Gründe waren Ausgabenüberschreitungen vor allem im Gesundheitssektor und niedrigere Einnahmen aus dem Gassektor. Die gegenwärtig hohen Ölpreise werden sich positiv auf die Staatseinnahmen aus dem bedeutenden niederländischen Gasgeschäft auswirken. Konsolidierungsmaßnahmen sind auf der Einnahmeseite durch höhere Steuern und Sozialabgaben vorgesehen (z. B. höhere Gesundheitsbeiträge, Abgaben auf Kraftstoffe, eine Flugsteuer und höhere Verbrauchsteuern auf Alkohol und Tabak). Die EU-Kommission rechnet mit einem Überschuss von 1,4 % für 2008 und 1,8 % für 2009.

Außerdem strebt die Regierung eine weitere Reduzierung der Staatsverschuldung an, um die öffentlichen Finanzen angesichts der demografischen Entwicklung tragfähig zu gestalten. Sie lag laut Angaben der EU-Kommission bei 45,4 % des BIP in 2007 und soll bis 2009 auf 39,0 % reduziert werden.

Unter der Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten sowie der Christen-Union wird der Fokus in der Haushaltspolitik überdies zunehmend auf soziale Aspekte gerichtet. So sollen der Steuersatz für Spitzenverdiener angehoben und untere Einkommensgruppen entlastet werden. Bildung, Kultur und Wissenschaft bildet den größten Einzelposten des niederländischen Gesamthaushalts. In den Bereichen Umwelt und Infrastruktur sind Zusatzausgaben vorgesehen.

## Reformpolitik

Die niederländische Regierung führte 2007 eine Anzahl von Reformen mit dem Ziel durch, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden vor allem durch eine Erhöhung der Arbeitsmarktbeteiligung von Zweitverdienern zu steigern. So wurden der Arbeitgeberbeitrag zur Kinderbetreuung gesetzlich festgelegt und zusätzliche Fonds für eine Senkung der Betreuungskosten vorgesehen. Weiterhin wurde entschieden, die Steuervergünstigung für nicht erwerbstätige Partner schrittweise zurückzuführen. Insgesamt geht es darum, das Zusammenspiel von Transferzahlungen und Besteuerung so zu gestalten, dass Mehrarbeit finanziell attraktiver wird.

Im Bereich Bildung soll eine Kontrolle der Schulen die Qualität des Unterrichts sowie die Einhaltung von Standards verbessern. Außerdem wurden Schulen verpflichtet, Betreuungszeiten auch über den Unterricht hinaus auszuweiten. In der Umweltpolitik sollen neue Vorschriften beim Wohnungsbau und im Automobilbereich zur Minderung des $CO_2$-Ausstoßes beitragen. So sollen ab 2012 eine emissionsabhängige KfZ-Steuer sowie eine kilometerabhängige Pkw-Maut eingeführt werden. Weitere Reformen wurden bei den Netzwerkindustrien in Angriff genommen. Im Mittelpunkt steht die Trennung von Eigentum an den Leitungssystemen und Zugang für Lieferanten. Diese Trennung soll ab Juli 2008 umgesetzt werden, mit

einer zweieinhalbjährigen Übergangsfrist für die Unternehmen. Wettbewerbsgerechte Ausschreibungen im öffentlichen Verkehrswesen an private Unternehmen haben auch diesen Bereich grundsätzlich für die Privatwirtschaft geöffnet.

Weiterhin große Bedeutung misst die niederländische Regierung dem Bürokratieabbau zu. Die Niederlande haben 2007 ihr erstes Abbauziel von 20 % erreicht und beabsichtigen bis 2011 weitere 25 % zu verwirklichen.

# 8 Schweden

- Rückgang des Wirtschaftswachstums, insbesondere in Folge schwächerer Binnennachfrage.
- Trotz Konjunkturabkühlung und Steuererleichterungen weiterhin hoher Haushaltsüberschuss.
- Reformen des Steuersystems und der sozialen Sicherungssysteme sollen zu höherer Beschäftigung und Reduzierung der sozialen Ausgrenzung führen.

## Konjunktur

Die schwedische Volkswirtschaft expandierte in den Jahren 2004 bis 2006 überdurchschnittlich stark, kühlte sich aber im Verlauf von 2007 merklich ab. Für das Gesamtjahr 2007 betrug das reale BIP-Wachstum 2,6 % (2006 4,1 %). Hauptgrund für die Konjunkturabschwächung im letzten Jahr war eine weniger dynamische Exportnachfrage. Die nachlassende Dynamik hielt im 1. Quartal 2008 an: Das reale BIP stieg lediglich um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal an. Die weitere Abschwächung spiegelt im Wesentlichen aber eine schwächere Binnennachfrage wider. Sowohl das Wachstum der Konsumnachfrage als auch der Bruttoinvestitionen schwächten sich ab. Für das laufende Jahr erwartet die EU-Kommission ein Wirtschaftswachstum von 2,2 % des BIP, mit einer weiteren Abschwächung 2009 auf 1,8 % des BIP. Während der IWF diese Aussicht teilt, erwartet die OECD für 2009 ein etwas stabileres Wachstum von 2,1 % des BIP.

Die robuste Konjunktur der letzten Jahre hatte auch positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt. So waren Anfang 2008 4 ½ Millionen Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren beschäftigt; 200 000 mehr als Anfang 2006. Über den gleichen Zeitraum fiel die Zahl der Arbeitslosen von 390 000 auf 310 000, was einem Rückgang der Arbeitslosenquote um zwei Prozentpunkte entsprach. Die EU-Kommission erwartet aber, dass die Arbeitslosenquote von 6,1 %

im Jahr 2007 wieder leicht auf 6,5 % bis 2009 ansteigen wird.

Die Inflationsrate betrug 2007 im Durchschnitt 1,7 %, stieg aber zum Ende des Jahres deutlich an. Dieser Anstieg hielt auch in den ersten fünf Monaten dieses Jahres an. Im Mai betrug die Inflationsrate 3,9 %, nachdem sie noch im Dezember 2007 bei 2,5 % lag. Die beschleunigte Preisentwicklung spiegelte in erster Linie merklich höhere Preise für Lebensmittel, aber auch für Wohnen, Wasser, Elektrizität und Energie wider. Die EU-Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsprognose, dass die Preissteigerung 2008 durchschnittlich 2,4 % betragen wird, bevor sie im nächsten Jahr wieder auf 1,9% fallen dürfte. Kritischer sieht dies die OECD in ihrer Prognose vom Juni; sie geht von einer Inflationsrate von 3,2 % in diesem Jahr und 2,8 % in 2009 aus.

## Geldpolitik

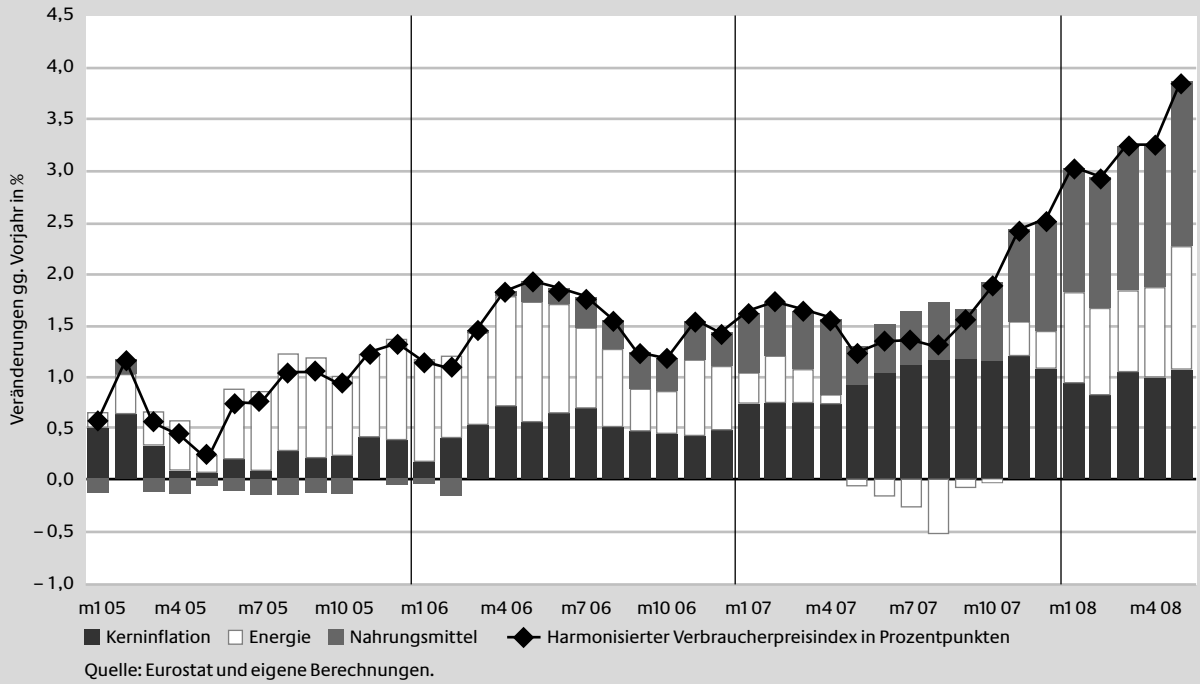
Die Aufgabe der schwedischen Zentralbank (Riksbank) ist laut Statut, die Inflation niedrig und stabil zu halten und gleichzeitig zu einem effizienten und kostengünstigen Zahlungssystem in der Volkswirtschaft beizutragen. Die Riksbank verfolgt in diesem Kontext ein symmetrisches Inflationsziel von 2 %, mit einem Toleranzrahmen von plus/minus einem Prozentpunkt. Wie in anderen Industrienationen auch, sieht die Riksbank zur Zeit keine Möglichkeit, trotz der sich abschwächenden Konjunktur die Leitzinsen zu senken, da die Inflationsrisiken als zu hoch eingeschätzt werden. In ihrer letzten Sitzung Anfang Juli entschloss sich die Riksbank, den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 4,50 % zu erhöhen.

## Fiskalpolitik

Eine solide Haushaltsführung ist eines der Hauptziele der schwedischen Regierung. In diesem Kontext hat sie sich zum Ziel gesetzt, einen nominellen Haushaltsüberschuss von durchschnittlich 1 % des BIP während des Konjunkturzyklus zu erreichen. Die gute Konjunkturlage hat es der Regierung in den letzten Jahren ermöglicht, dieses Ziel deutlich zu übertreffen: Nach einem Überschuss von 2,3 % des BIP im Jahr 2006 stieg der Überschuss auf 3,5 % des BIP im letzten Jahr. Diese Überschüsse haben es der Regierung auch erlaubt, die öffentlichen Finanzen weiter zu konsolidieren: Der öffentliche Schuldenstand



### Abbildung 8: Inflation (HVPI) in Schweden




Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

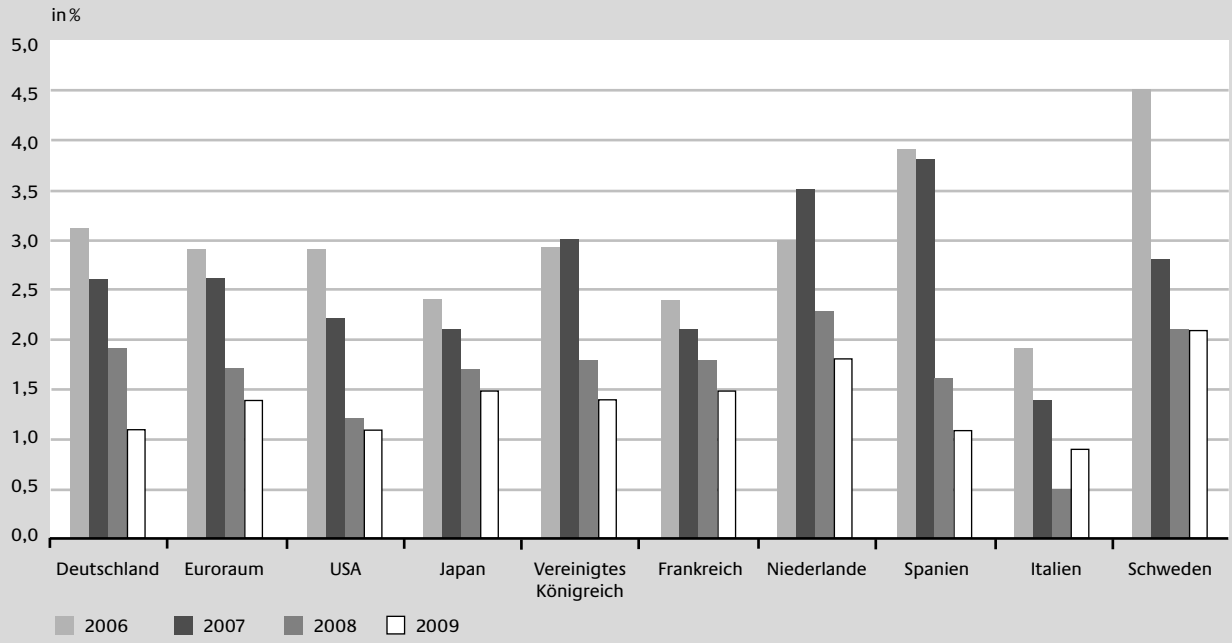
bezifferte sich nach Maastricht-Definition auf 40,6 % des BIP im Jahr 2007. Die Konjunkturabschwächung sowie erhebliche Einkommensteuersenkungen für niedrige und mittlere Einkommen werden jedoch dazu führen, dass der Haushaltsüberschuss in diesem und im nächsten Jahr etwas niedriger als im Vorjahr ausfallen wird. Die EU-Kommission rechnet mit einem Rückgang auf 2,7 % des BIP dieses Jahr und 2,3 % des BIP 2009. Dieser im internationalen Vergleich weiterhin sehr hohe Überschuss sollte es der Regierung ermöglichen, die öffentlichen Finanzen weiter merklich zu konsolidieren. Die EU-Kommission geht davon aus, dass zugleich die Bruttoschuldenstandsquote auf knapp 32 % des BIP bis Ende 2009 fallen wird. Die Regierung erwartet, dass die Haushaltskonsolidierung Hand in Hand gehen wird mit einer graduellen Reduzierung der Staatsquote, so dass die Staatsausgaben im nächsten Jahr 49,5 % des BIP betragen werden, 1½ Prozentpunkte weniger als im Jahr 2007.

## Reformpolitik

Der Frühjahrshaushalt 2008, der Mitte April dem Parlament vorgelegt wurde, präsentierte die Richtlinien der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung für die kommenden Jahre. Seit ihrer Wahl im Jahr 2006 hat sich die Regierung als Aufgabe gesetzt, die soziale Ausgrenzung abzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Trotz der im internationalen Vergleich hohen Beschäftigungquote von fast 75 % (für Personen zwischen 15 und 64 Jahren) möchte die Regierung die ihrer Meinung nach zu niedrige Quote durch Reformen auf der Nachfrage- und Angebotsseite steigern. So hat die Regierung angekündigt, die unternehmerischen Rahmenbedingungen u. a. durch eine Senkung der Körperschaftsteuer zu verbessern. Darüber hinaus beabsichtigt die Regierung, ihren eingeschlagenen Weg von Einkommensteuersenkungen fortzusetzen, von denen besonders Haushalte mit niedrigen oder mittleren Einkommen profitieren sollen. Die Regierung erhofft sich, dass dies die richtigen finanziellen Anreize schaffen wird, Arbeitnehmer zu mehr Vollzeitarbeit zu motivieren. Besondere Priorität sollen aber Maßnahmen haben, die zum weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit – und der sozialen Ausgrenzung führen. Zielgruppe sind dabei Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe oder Langzeitkranke, die von Invaliditätsrenten leben. Nach Auffassung der Regierung dürfen diese Pläne aber nicht die solide Haushaltsführung gefährden. Der Herbsthaushalt, der im September präsentiert wird, soll zu den Reformplänen für 2009 konkrete Angaben beinhalten.

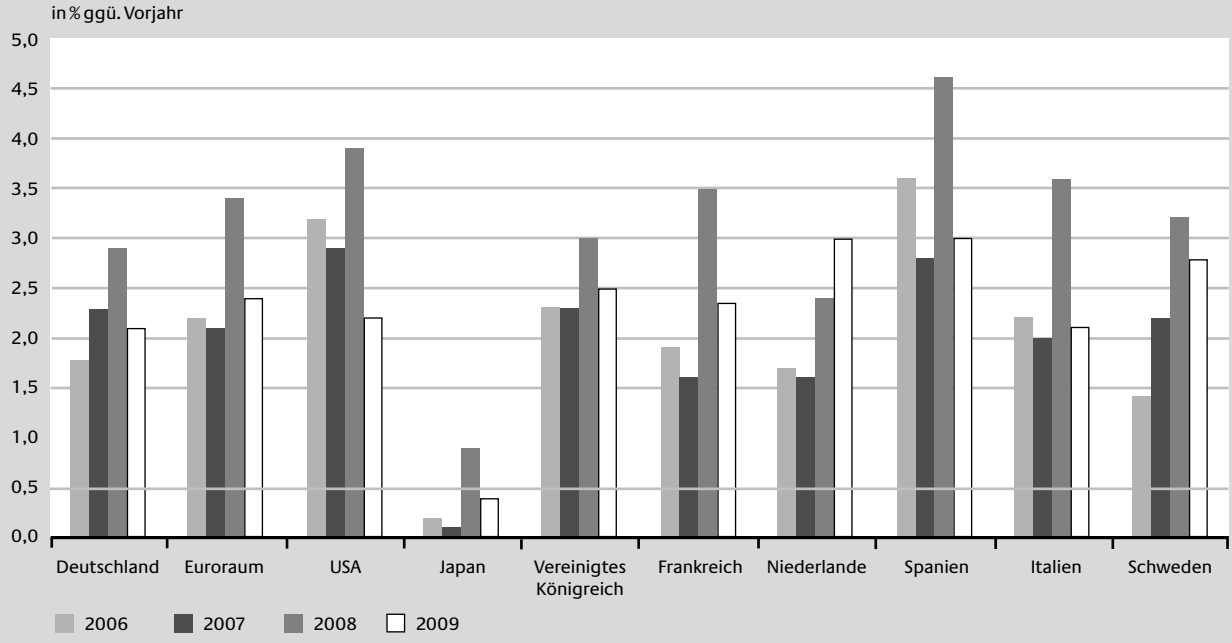
# 9 Anhang: Vergleichende Grafiken

## Abbildung 9: Reales BIP gegenüber Vorjahr



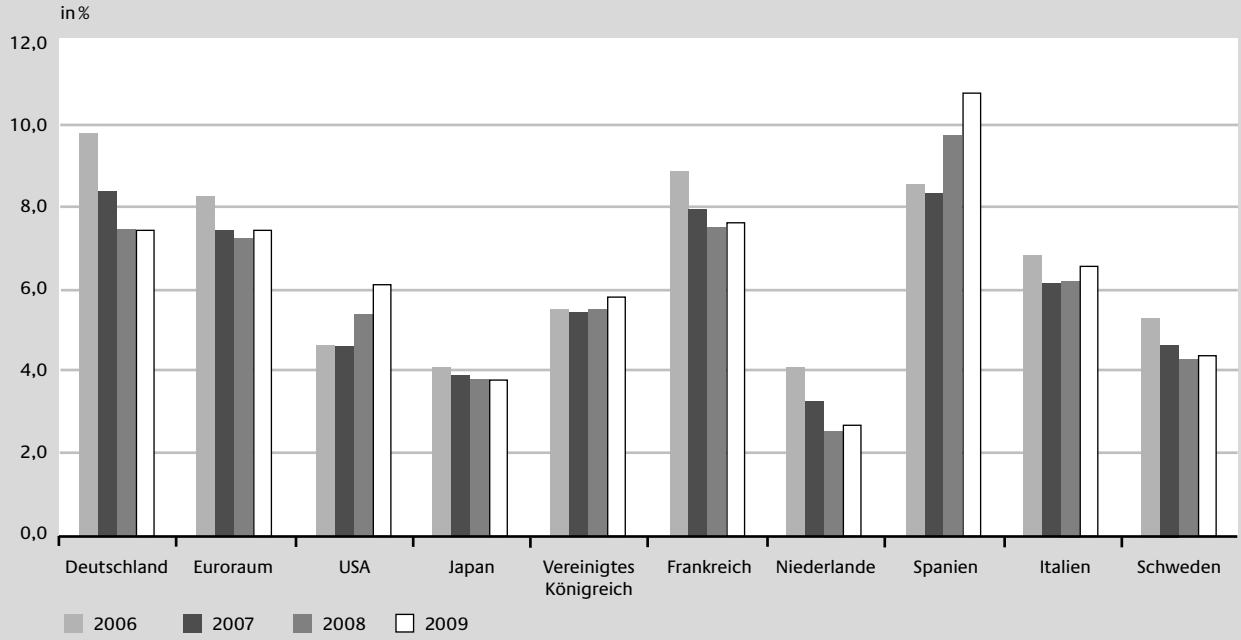

Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 23, Juni 2008.

## Abbildung 10: Inflation



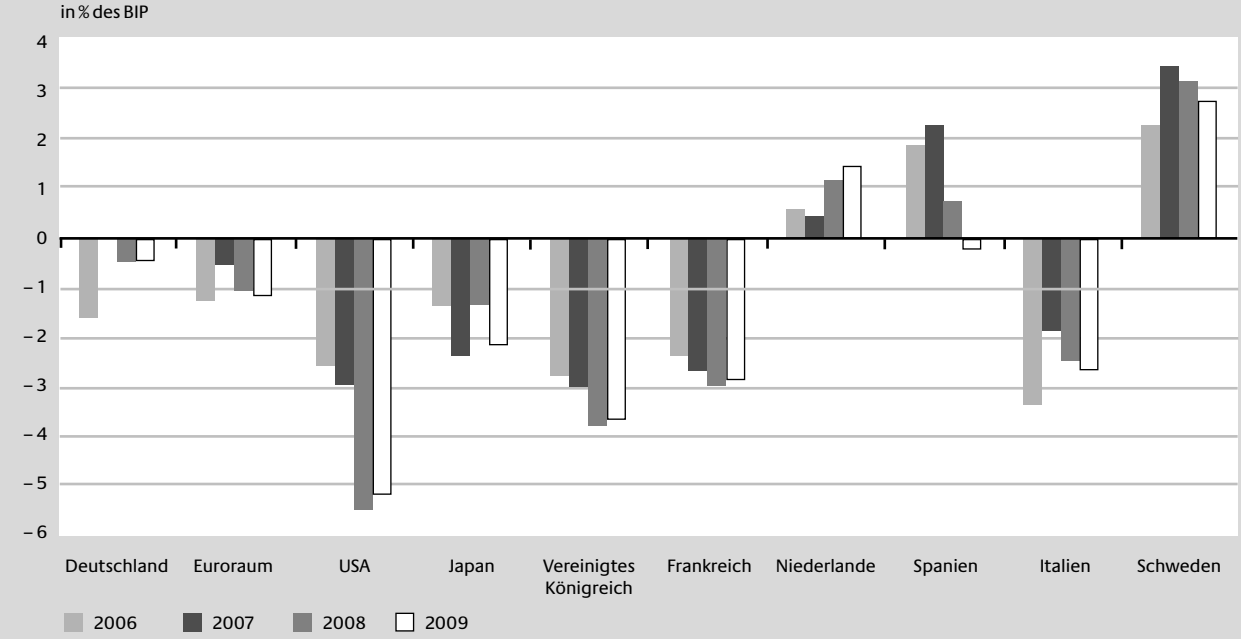

Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 23, Juni 2008.

## Abbildung 11: Arbeitslosenquoten




Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 23, Juni 2008.

## Abbildung 12: Haushaltssalden




Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 23, Juni 2008.

# Politikwerkstatt „Krisenanfälligkeit von Schwellenländern im Lichte der aktuellen Finanzmarktturbulenzen“

1 Einleitung .....57
2 Ergebnisse der Politikwerkstatt .....58
3 Schlussfolgerung .....60

– Die Schwellenländer sind derzeit der Motor des weltwirtschaftlichen Wachstums.
– Die Fundamentaldaten der Schwellenländer haben sich im Laufe der letzten Jahre entscheidend verbessert; die Krisenresistenz ist gestiegen.
– Ein Einbruch beim Wachstum in den Schwellenländern als Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die konjunkturelle Abschwächung in den USA ist derzeit nicht zu erwarten; eine vollständige Abkopplung von der Entwicklung in den Industrieländern („Decoupling“) ist indes ebenfalls unwahrscheinlich.

## 1 Einleitung

Die seit August 2007 auf den internationalen Finanzmärkten zu beobachtenden Turbulenzen stehen im Kontrast zur Krisenwahrnehmung des vergangenen Jahrzehnts, in dem die Krisenzentren häufig in Schwellenlandregionen (vor allem Lateinamerika und Asien) zu finden waren. Derzeit sind es gerade nicht die Schwellenländer, sondern Banken in den USA und in der EU sowie die amerikanische Volkswirtschaft, die große Verluste zu verzeichnen haben bzw. der eine Rezession droht. Die Schwellenländer haben sich bislang vielmehr als relativ unempfindlich gegenüber den Finanzmarktturbulenzen gezeigt. Vielfach wird davon ausgegangen, dass selbst eine Rezession in den USA die großen Schwellenländer wie China und Indien nur marginal in ihrer Entwicklung beeinträchtigen wird.

Der Prozess, bei dem sich die Schwellenländer scheinbar konjunkturell abkoppeln und auf den ersten Blick von der Entwicklung auf den Finanzmärkten und von der der USA unberührt bleiben, wird als „Decoupling“ bezeichnet. Dies gilt insbesondere für das internationale Kapital, das kaum vermindert in Anleihen insbesondere privater Unternehmen in den Schwellenländern fließt. JP Morgan vertritt die Auffassung, dass 2007 in Erinnerung bleiben werde „as the year that Emerging Markets emerged as the flight to quality”. Institutionelle Investoren aus den Schwellenländern oder den Golfstaaten verschaffen zudem mit ihren Anteilserwerbungen angeschlagenen US-Banken und US-Hedge-Fonds wieder Liquidität und übernehmen eine konstruktive Rolle bei der Krisenbewältigung. Schwellenländer könnten demnach sogar als Stabilitätsanker für die Weltwirtschaft dienen, wenn sie die Auswirkungen einer rückläufigen Wirtschaftsdynamik in den USA auf Europa und andere Industriestaaten abmildern würden.

Die politische Debatte in der G7 und anderen internationalen Foren konzentriert sich auf die Analyse der Ursachen der Finanzmarktturbulenzen in den Industrieländern, insbesondere in den USA. Hieraus sollen Schlussfolgerungen für die Finanzmarktaufsicht, die Bewertung finanzieller Risiken sowie des Grades der Transparenz zwischen den Finanzintermediären gezogen werden. Es gilt auch, die jeweilige Rolle der Regulierer, der Ratingagenturen, des Privatsektors und der internationalen Gemeinschaft zu analysieren. Die Rolle der Schwellenländer für eine Stabilisierung oder Verschärfung der Krise

ist in diesem Zusammenhang bislang nur am Rande beleuchtet worden. Dabei ist die Frage der internationalen Transmissionskanäle von Turbulenzen an den Finanzmärkten zu und von den Schwellenländern von entscheidender Bedeutung für eine vollständige Beurteilung der zukünftigen Entwicklung.

Um diese Zusammenhänge näher zu beleuchten, fand am 5. Juni 2008 im Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) eine Politikwerkstatt zum Thema „Krisenanfälligkeit von Schwellenländern im Lichte der aktuellen Finanzmarktturbulenzen“ statt. Ziel der eintägigen Politikwerkstatt war es, Wissenschaftler und Vertreter internationaler Institutionen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Akteuren verschiedener Bundesministerien zusammenzubringen und dabei insbesondere Erkenntnisse über den derzeitigen Grad der tatsächlichen Anfälligkeit der Schwellenländer gegenüber Kapital- und Finanzmarktkrisen zu erlangen.

## 2 Ergebnisse der Politikwerkstatt

Die Schwellenländer waren in der Vergangenheit ausgeprägten Zyklen von starken Kapitalzuflüssen und plötzlicher Kapitalflucht ausgesetzt (Asien-/Russlandkrise, insbesondere Lateinamerika in den frühen 1980ern). Wenig ausgebaute regionale Anleihemärkte (in heimischer Währung) führten zu Wechselkursrisiken, da Anleihen in ausländischer Währung begeben wurden, quasifixe Wechselkursregime zur Gefahr spekulativer Kapitalzuflüsse. Die Fundamentaldaten der Schwellenländer, die Auskunft über ihre Anfälligkeit für Währungs- und Finanzkrisen geben, haben sich allerdings in den vergangenen Jahren insgesamt erheblich gebessert. Defizite im Staatshaushalt wurden reduziert oder in Überschüsse verwandelt; viele Schwellenländer weisen große Leistungsbilanzüberschüsse auf. In Asien sank das Verhältnis der Auslandsschulden zum BIP von 32 % in 1994 auf rund 19 % in 2007. Auch Lateinamerika reduzierte seine Auslandschulden von 38 % auf 23 % des BIP. Es gibt aber auch Ausnahmen. So kämpfen etwa die Türkei, viele mittel- und osteuropäische Länder oder Südafrika immer noch mit unterschiedlichen Kombinationen von Budget- und Leistungsbilanzdefiziten und zum Teil mit hohen Auslandsschulden.

Der Rohstoffpreisanstieg hat vielen Schwellenländern Terms-of-Trade-Gewinne gebracht und die positive Entwicklung der Exporterlöse begünstigt. Hohe Leistungsbilanzüberschüsse sowie teilweise kräftige Kapitalzuflüsse führten zu einem starken Anstieg der Währungsreserven. Diese werden zum Teil über staatliche Investitionsfonds wieder in ausländischen Märkten angelegt und generieren so Einkommen für zukünftige Generationen. Mit der Explosion der Nahrungsmittelpreise ergeben sich aber inzwischen selbst bei Nettoagrarexporteuren zunehmend Belastungen für die Binnenwirtschaft, und es drohen Inflationsgefahren. Diese werden noch verstärkt durch eine expansive Geldpolitik, vor allem in Systemen mit fester Bindung der Wechselkurse.

Die Teilnehmer der Politikwerkstatt stellten fest, dass stärkere internationale Verflechtungen

über Güter- und Finanzmärkte zwar eine Konvergenz der Konjunkturzyklen zwischen Industrie- und Schwellenländern erwarten lassen. Das Entstehen großer Wachstumszentren begünstigt aber eine gewisse Abkopplung vom Konjunkturzyklus der Industrieländer. So ist der Konjunkturzusammenhang zwischen den USA und Asien (ohne China) sowie Lateinamerika weniger eng als oft vermutet. Globale Faktoren (US-Zinsniveau u. ä.) haben an Einfluss auf die Konjunktur verloren, während die Verflechtungen der Schwellenländer untereinander und damit regionale Faktoren an Bedeutung gewonnen haben.

Die Wirtschaftsdaten zeigen, dass bis Anfang dieses Jahrzehnts die Konjunktur in den Entwicklungs- und Schwellenländern insgesamt relativ ähnlich wie in den USA verlief, sowohl im Hinblick auf den Verlauf als auch auf das Niveau des Wachstums. Seit 2000 lässt sich dann eine Abkoppelung beobachten; der Wachstumspfad der Entwicklungs- und Schwellenländer hat sich offenbar deutlich erhöht. Dies spiegelt nicht zuletzt das zunehmende Gewicht Chinas und Indiens wider. Im Durchschnitt lagen die Wachstumsraten der Entwicklungs- und Schwellenländer 2007 bei knapp 8 %, während die USA mit einer Rate von gut 2 % wuchsen. Der Beitrag der Schwellenländer zum weltwirtschaftlichen Wachstum hat sich auf Kosten der Industrieländer erhöht und liegt bei knapp 2,5 Prozentpunkten (Beitrag der Industrieländer: knapp 1,5 Prozentpunkte). Die Teilnehmer der Politikwerkstatt waren sich einig, dass dieses Wachstumsdifferential zwischen Industrie- und Schwellenländern auf absehbare Zeit Bestand haben wird. Auch bei einer Konjunkturabschwächung wird das Wachstum in den Schwellenländern kräftig bleiben.

Allerdings spielen die Industrieländer für die Endnachfrage immer noch eine größere Rolle, als es die Handelsstruktur anzeigt. Vor allem die Bedeutung der USA für den Welthandel ist ungebrochen: Der Anteil am weltweiten BIP liegt – gemessen in Kaufkraftparitäten – seit den 1970er Jahren bei rund 20 %. Der Anteil an den Weltimporten ist im gleichen Zeitraum sogar von knapp 16 % auf knapp 20 % gestiegen. Aufgrund der stärkeren Öffnung der Schwellenländer und der starken Ausweitung des Handels (trendmäßiger Anstieg der Wachstumsrate des Welthandels) haben die Ausfuhren in die USA auch bei deren gesunkenem Anteil an den Gesamtausfuhren eine höhere Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Schwellenländern. Dies gilt umso mehr, wenn Vorleistungsexporte berücksichtigt werden. So gehen zum Beispiel rund 23 % der intraregionalen Exporte aus Ost-/Südostasien nach Ost-/Südostasien, die wiederum in der dortigen Produktion verwendet und dann zur Befriedigung der Endnachfrage in die Industrieländer exportiert werden.

Fraglich ist, wie stark die Ansteckungskräfte sind, die von einem Abschwung in den Industrieländern allgemein und von der Finanzkrise im Besonderen ausgehen. Die Teilnehmer sahen als Transmission der Ansteckung vor allem den Handelskanal, den Finanzkanal und den Vermögenskanal als relevant an.

Im Rahmen der Politikwerkstatt wurde die Bedeutung des Handelskanals mithilfe einer Modellsimulation quantifiziert. Ausgehend von einem Rückgang des BIP in den USA um 1 % ließ sich feststellen, dass die Wirkungen eines solchen Schocks auf das BIP in den Schwellenländern zumeist beträchtlich sind und häufig im ersten Jahr etwa 70 % der Größenordnung des ursprünglichen Schocks erreichen. Lateinamerika ist von einem solchen Schock in den USA besonders stark betroffen, China deutlich geringer. Die Wirkungen im zweiten Jahr nach dem Schock differieren je nach Land erheblich.

Es lassen sich drei Phasen der Wirkungen der Finanzmarktturbulenzen ableiten:

– Unmittelbare Übertragung der Finanzmarktturbulenzen auf die Investitionstätigkeit durch eine Verteuerung der Kreditaufnahme und/oder Liquiditätsprobleme von Niederlassungen großer ausländischer (US-amerikanischer) Banken. Direkt scheinen die Schwellenländer nur unwesentlich betroffen zu sein – auch aufgrund ihrer verbesserten Fundamentaldaten. So lassen sich zum Beispiel geringe Ausfallraten bei Anleihen beobachten; allerdings ist ein Anstieg der Risikoprämien (von sehr niedrigem Niveau ausgehend) zu verzeichnen. Zu Beginn der Finanzmarktturbulenzen verzeichneten die Kapitalmärkte sogar einen starken Zufluss ausländischen Kapitals.

– Realwirtschaftliche Anpassung: Diese Phase hat gerade erst begonnen. Eine deutliche Verlangsamung der Konjunktur in den USA ist allmählich sichtbar, wobei die Frage offen ist, wie stark die Konjunktur der Schwellenländer in Mitleidenschaft gezogen wird.
– Anpassung von Vermögenswerten und Wechselkursen: Der Grad der Transmission in dieser Phase hängt vor allem von der weiteren Entwicklung des US-Dollars ab. Auch ist entscheidend, ob sich die in einigen Ländern zu beobachtenden Vermögenspreisblasen zurückentwickeln und die Rohstoffpreise wieder sinken.

Im Hinblick auf die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte ist eine graduelle Anpassung das wahrscheinlichere Szenario. Dafür sprechen die Entwicklungen im Immobiliensektor und die Abkühlung der Konjunktur in den USA sowie die Dollarabwertung; all diese Faktoren dürften eine Erhöhung der Spartätigkeit der privaten Haushalte und Unternehmen hervorrufen. In den Schwellenländern, die überwiegend Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnen, sprechen der zu beobachtende Konsum- und Inflationsanstieg für einen Rückgang der Spartätigkeit.

Die Schwellenländer könnten so weitgehend unbeschadet die Anpassung in den USA „überstehen“. Flankieren können sie diese Anpassung insbesondere mit einer Stärkung ihrer Finanzmärkte. Ausdrücklich wurde im Rahmen der Politikwerkstatt die Rolle funktionierender Anleihemärkte betont. Hier hat die Bundesregierung während der G8-Präsidentschaft im letzten Jahr mit der dem „Aktionsplan zur Entwicklung lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern“ erste Weichen gestellt.

# 3 Schlussfolgerung

Die Veranstaltung lieferte einen guten Überblick über jüngste wissenschaftliche Analysen. Als Fazit lässt sich festhalten: Die Globalisierung verstärkt den Konjunkturverbund und die internationalen Finanzverflechtungen. Die Risiken aus den Finanzmarktturbulenzen bleiben bestehen, auch was die Entwicklung im Ursprungsland der Krise, den USA, angeht. Doch spricht vieles dafür, dass die Abschwächung in den Schwellenländern moderat ausfällt und die Schwellenländer auf einem erhöhten Trend weiter wachsen. Man kann also eher von „divergence, not decoupling“ (IWF) sprechen. Solide Wirtschaftspolitik und eine Stärkung der Finanzmärkte im Sinne einer Reduktion der Krisenanfälligkeit ist insgesamt noch wichtiger geworden.

# Finanzmärkte: Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität

1 Einleitung ..... 61
2 Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität ..... 62
3 Beschlüsse der G7 ..... 65
4 Stand der Implementierung der FSF-Empfehlungen ..... 65
5 Weitere Schritte ..... 66

– Das Forum für Finanzstabilität hat im April 2008 Empfehlungen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte und -institutionen vorgelegt, der von den G7 nachdrücklich unterstützt wurde.
– Bei der Umsetzung der FSF- und G7-Empfehlungen sind erste Fortschritte zu verzeichnen. Wichtig ist nun, auf diesen Fortschritten aufzubauen. Hier sind nicht zuletzt weitere Schritte des Privatsektors notwendig.
– Das FSF wird die Implementierung seiner Empfehlungen überwachen und im Herbst dieses Jahres darüber berichten.



## 1 Einleitung

Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) bringt die für die Finanzsystemstabilität zuständigen nationalen Behörden und internationalen Institutionen und Gremien zusammen.[1] Es soll insbesondere Schwachstellen des internationalen Finanzsystems frühzeitig identifizieren, Vorschläge zu ihrer Beseitigung unterbreiten und deren Umsetzung überwachen. Deutschland ist im FSF durch das Bundesministerium der Finanzen, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Deutsche Bundesbank vertreten.

Nachdem im Sommer 2007 – ausgelöst durch die Krise am US-Subprime-Hypothekenmarkt – die internationalen Finanzmarktturbulenzen ausgebrochen waren, beauftragten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G7-Länder im Herbst das FSF, die Ursachen der Turbulenzen zu analysieren und Empfehlungen für eine Stärkung des Finanzsystems zu erarbeiten. Im April 2008 legte das FSF den G7 seinen Bericht mit Empfehlungen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte und -institutionen vor (zur Zusammenfassung der Ursachen siehe Kasten).[2] Der Bericht wurde von den G7 bekräftigt. Darüber hinaus beauftragten die G7

[1] Mitglieder des FSF sind im Einzelnen die Vertreter der Finanzministerien, Notenbanken und Aufsichtsbehörden aus Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und den USA sowie aus Australien, Hongkong SAR, Niederlande, Singapur und der Schweiz. Darüber hinaus sind Mitglieder der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das Basel Committee on Banking Supervision (BCBS), der International Accounting Standards Board (IASB), die International Association of Insurance Supervisors (IAIS), die International Organisation of Securities Commissions (IOSCO), das Committee on Payment and Settlement Systems (CPSS), das Committee on the Global Financial System (CGFS) und die Europäische Zentralbank (ECB).

das FSF, die Implementierung der empfohlenen Maßnahmen zu überwachen und hierüber bei den nächsten Treffen der G7 zu berichten.

Die FSF- und G7-Empfehlungen, die ersten Fortschritte bei der Implementierung und das weitere Vorgehen werden im Folgenden näher erläutert.

## 2 Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität

Kurzfristig ist die oberste Priorität, das Vertrauen in die Stabilität der Finanzmärkte und -institutionen wiederherzustellen. Dazu müssen insbesondere die Finanzinstitute ihre Risiken zügig und vollständig offen legen und – wo nötig – ihr Kapital wieder auffüllen. Das FSF hat – auf der Grundlage der „Best Practices" einer Reihe globaler Finanzin-

### Ursachen der Finanzmarkturbulenzen

Wie die Analyse des FSF zeigt, haben die Finanzmarktturbulenzen einige grundlegende Schwächen insbesondere im Verbriefungsmarkt offen gelegt[3]:

(1) Unzureichende Kreditstandards bis hin zu betrügerischen Praktiken im US-Markt für zweitklassige Hypotheken vor dem Hintergrund eines über lange Zeit großzügigen makroökonomischen Umfelds (niedrige Zinsen, umfangreiche Liquidität); gekoppelt mit unzureichender Aufsicht über dieses Marktsegment.
(2) Defizite im Risikomanagement der Finanzinstitutionen und Unternehmen allgemein. Insbesondere waren die Risikomanagementinstrumente nicht geeignet, außergewöhnliche Risiken („tail risks") strukturierter Finanzprodukte abzuschätzen. Viele Institute hatten auch keine ausreichende Kontrolle über die Aktivitäten von Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz.
(3) Unzureichende Risikoanalyse der Investoren, die sich oft ausschließlich auf das Urteil der Ratingagenturen verließen, ohne wiederum die Begrenzungen der Ratings insbesondere für strukturierte Finanzprodukte zu kennen.
(4) Defizite im Ratingprozess und bei den Ratingagenturen selbst. Dies betraf die verwendeten Modelle und Methodologien, die Überprüfung der Qualität der den bewerteten Anleihen zugrunde liegenden Sicherheiten, die Transparenz und Interessenkonflikte.
(5) Unzureichende Anreize auf allen Stufen des Verbriefungsprozesses, Informationen über die Qualität der Finanzprodukte und ihrer zugrunde liegenden Sicherheiten bereitzustellen sowie hohe Standards beizubehalten. Basel I setzte zudem für Banken Anreize, Zweckgesellschaften mit geringem Kapitalpuffer zu gründen. Schließlich führten die Entgeltungspraktiken im Finanzsektor dazu, dass zu hohe Risiken eingegangen wurden.
(6) Unzureichende Transparenz insbesondere über die Engagements der Finanzinstitute über Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz.
(7) Schwächen im regulatorischen Rahmenwerk; Aufsichtsbehörden hatten zum einen selbst die Risiken nicht alle rechtzeitig erkannt, zum anderen hatten sie ihre Risikoanalysen nicht immer unmittelbar in regulatorisches Handeln umsetzen können.

[2] Der gesamte Bericht „Report of the Financial Stability Forum on Enhancing Market and Institutional Resilience" vom 11. April 2008 kann unter http://www.fsforum.org/home/home.html eingesehen werden.
[3] Vgl. FSF-Bericht vom 11. April 2008.

stitute – ein Muster („Template“) für die Offenlegung der Risiken entwickelt und empfiehlt den Finanzinstituten dringend, dieses bereits in ihren diesjährigen Halbjahresbilanzen anzuwenden. Das Muster listet insbesondere auf, über welche Kategorien von Engagements die Finanzinstitute welche Daten offen legen sollen. Außerdem rät das FSF, dass die Notenbanken weiter flexibel auf die Marktentwicklungen reagieren.

Im Mittelpunkt des FSF-Berichts stehen Empfehlungen, die die künftige Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems stärken sollen. Dabei betont das FSF, dass zunächst eine zügige Implementierung der neuen Baseler Rahmenvereinbarung über die Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute (Basel II) zentral ist. Allerdings zielen die FSF-Empfehlungen auch auf eine Stärkung von Basel II ab. Insgesamt schlägt das FSF – neben den oben beschriebenen kurzfristigen Maßnahmen – in fünf Bereichen eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsystems vor:

## Stärkung der Aufsicht über das Kapital-, Liquiditäts- und Risikomanagement

Im Bereich des Kapitalmanagements sollen die Bankaufsichtsbehörden zusammen mit dem Baseler Bankenausschuss (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) zunächst die Eigenkapitalunterlegung für komplexe strukturierte Finanzprodukte, für Aktivitäten außerhalb der Bilanzen sowie für das Handelsbuch der Banken erhöhen. Darüber hinaus sollen die Aufsichtsbehörden die Auswirkungen von Basel II auf die Höhe und die Zyklizität der Eigenkapitalpuffer der Banken prüfen.

Zur Stärkung des Liquiditätsmanagements soll das BCBS seine Liquiditätsrichtlinie aus dem Jahr 2000 bis Juli 2008 überarbeiten. Ziel ist es u.a., dass künftig auch außerbilanzielle Aktivitäten stärker berücksichtigt werden. Darüber hinaus soll insbesondere dem „Stress Testing“ eine bedeutendere Rolle zukommen.

Im Bereich des Risikomanagements fordert das FSF vor allem die Finanzinstitute auf, Verbesserungen zu entwickeln und umzusetzen. Darüber hinaus soll das BCBS im Laufe dieses bzw. des kommenden Jahres eine weitere Leitlinie zum bankaufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (Säule 2 von Basel II) herausgeben. Auch hier ist es nicht zuletzt Ziel, das „Stress Testing“ zu stärken.

Schließlich empfiehlt das FSF, dass die Marktteilnehmer die Infrastruktur der „Over-the-Counter“ (OTC)-Derivatemärkte verbessern.

## Verbesserung der Transparenz und der Bewertungsstandards

Das FSF fordert alle am Verbriefungsprozess beteiligten Akteure auf, die Transparenz zu erhöhen. Neben den oben bereits erläuterten Empfehlungen zur zügigen Offenlegung der Risiken durch die Finanzinstitute soll das BCBS eine weitere Leitlinie zur Stärkung der erweiterten Offenlegung unter Basel II (Säule 3) sowie eine Leitlinie zur besseren Beurteilung der Bewertungsprozesse der Banken durch die Aufseher vorlegen. Der International Accounting Standards Board (IASB) soll seine Standards zur Behandlung außerbilanzieller Aktivitäten und seine Leitlinie zur Bewertung von illiquide gewordenen Finanzinstrumenten verbessern. Schließlich rät das FSF, dass auch der International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) seine Leitlinie für die Prüfung der Bewertung strukturierter Finanzprodukte verbessert.

## Verbesserung des Ratingprozesses und der Nutzung von Ratings

Um die Qualität und Integrität des Ratingprozesses zu verbessern, sollen die Ratingagenturen künftig stärker die Qualität der für die Ratings benötigten Informationen prüfen und mögliche Interessenkonflikte eindämmen, die u.a. daraus entstehen können, dass die Ratingagenturen die Investoren zum einen bei der Strukturierung der Produkte beraten und diese dann zum anderen in ihren Anlageempfehlungen auch einstufen bzw. „raten“. Zu diesem Zweck empfiehlt das FSF, dass die International Organisation of Securities Commissions (IOSCO) ihren Verhaltenskodex für Ratingagenturen verbessert und die Ratingagenturen wiederum diesen dann möglichst schnell in ihren jeweiligen Verhaltenskodizes umsetzen. Weiterhin sollen die Ratingagenturen künftig deutlicher zwischen Ratings für strukturierte Produkte und für öffentliche und Unternehmensanleihen unterscheiden.

Darüber hinaus werden die Investoren aufgefordert, ihre Investitionsrichtlinien und Risikomanagementpraktiken zu überprüfen, um einen übermäßigen Rückgriff auf Ratings zu vermeiden. Ebenso sollen die Aufsichtsbehörden untersuchen, inwieweit die Aufsichtsregeln zu stark auf Ratings zurückgreifen.

## Stärkung der Reaktionsfähigkeit der Aufsichtsbehörden

Damit die Aufsichtsbehörden künftig schneller ihre Erkenntnisse über sich abzeichnende Risiken umsetzen können, soll insbesondere der Informationsaustausch und die Kooperation zwischen den Aufsehern national und international gestärkt werden. Dazu sollen u.a. bis Ende 2008 für jedes der größten, grenzüberschreitend tätigen Finanzinstitute „International Colleges of Supervisors" eingerichtet werden. Weiterhin sollen insbesondere das FSF und der Internationale Währungsfonds (IWF) ihre Kooperation zur Finanzstabilität verbessern.

## Verbesserung des Managements von Stresssituationen im Finanzsystem

Die nationalen Notenbanken haben schon seit längerem damit begonnen, ihre operationellen Rahmenwerke mit Blick auf die Finanzmarktturbulenzen zu überprüfen und – wo nötig - anzupassen. Weiterhin empfiehlt das FSF, dass die nationalen Behörden sich gegenseitig über ihre Arrangements zum Umgang mit in Not geratenen Finanzinstituten informieren, internationale Prinzipien für Einlagensicherungssysteme entwickeln und die Kooperation beim grenzüberschreitenden Krisenmanagement stärken.

Die Empfehlungen des FSF-Berichts liegen im Wesentlichen auf der Linie der bisher von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf nationaler und internationaler Ebene vertretenen Forderungen. Dies betrifft insbesondere die geforderte Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung, die Verbesserung des Liquiditätsmanagements und der Transparenz sowie des Ratingprozesses. Sie liegen im Übrigen auch auf der Linie des Rats für Wirtschaft und Finanzen der EU (ECOFIN).[4]

[4] Siehe Pressemitteilung der Ratstagung vom 9. Oktober 2007 im Internet unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ecofin/96628.pdf. Der ECOFIN hatte am 4. Oktober 2007 ein Arbeitsprogramm („Roadmap") zur Stärkung der Effizienz und Stabilität der internationalen Finanzmärkte vorgelegt. Darin enthalten sind insbesondere Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz, der Bewertungsstandards, der Überwachung des Risikomanagements und des Ratingprozesses. Am 13./14. März 2008 billigte der Europäische Rat den Bericht des ECOFIN zur Umsetzung der „Roadmap". Der informelle ECOFIN am 4. April 2008 brachte weitere Fortschritte, insbesondere mit dem neuen Memorandum of Understanding zur Stärkung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten bei Finanzkrisen.

## 3 Beschlüsse der G7

Die G7 haben den FSF-Bericht anlässlich ihres Treffens am 11. April 2008 in Washington D.C. ausdrücklich unterstützt. Nach ihrer Auffassung wird die schnelle Implementierung der Maßnahmen nicht nur die zukünftige Widerstandsfähigkeit des internationalen Finanzsystems stärken, sondern auch kurzfristig dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte wieder gestärkt wird.

Unter den vom FSF empfohlenen Maßnahmen hoben sie insbesondere folgende Maßnahmen zur Umsetzung innerhalb von 100 Tagen hervor:

- die zügige Offenlegung der Risiken und die Stärkung der Kapitalbasis durch die Finanzinstitute;
- die Überarbeitung der Bilanzierungsstandards durch den IASB;
- die Überarbeitung der Liquiditätsleitlinie durch das BCBS; und
- die Überarbeitung des Verhaltenskodexes für Ratingagenturen durch die IOSCO.

Die meisten der weiteren Empfehlungen des FSF sollen – so die G7 – bis Ende 2008 umgesetzt werden. Dabei haben die G7 auch die Notwendigkeit der zügigen Implementierung von Basel II nochmals hervorgehoben.

Weiterhin haben die G7 das FSF beauftragt, die Implementierung der empfohlenen Maßnahmen zu überwachen. Einen ersten Zwischenbericht hierzu legte das FSF beim jüngsten Treffen der G7/G8-Finanzminister am 14. Juni 2008 in Osaka vor. Ein umfassender „Follow-up"-Bericht soll beim G7-Treffen im Herbst 2008 in Washington D.C. folgen.

## 4 Stand der Implementierung der FSF-Empfehlungen

Bei den kurzfristig zu implementierenden Maßnahmen sind mittlerweile einige Erfolge zu verzeichnen.[5] So hat eine Reihe von Finanzinstituten in jüngster Zeit durchaus willkommene Fortschritte bei der Offenlegung und bei der Stärkung der Kapitalbasis gemacht. Was die Anwendung des FSF-Musters für die Veröffentlichung bei den Halbjahresbilanzen betrifft, so stehen diese in den meisten FSF-Ländern noch aus. Allerdings gehen die Aufsichtsbehörden davon aus, dass hier eine weitgehende Umsetzung erfolgt. Die Bankenaufseher sind jedenfalls in engem Kontakt mit den Finanzinstituten, um die konsistente Umsetzung der FSF- und G7-Empfehlungen sicherzustellen.

Der IASB hat seine Arbeiten zur Überarbeitung der Standards für außerbilanzielle Aktivitäten beschleunigt und wird voraussichtlich Ende 2008 ein Konsultationspapier hierzu vorlegen. Zum Thema der Bewertung illiquide gewordener, strukturierter Finanzprodukte hat der IASB mittlerweile ein erstes Treffen seines neu eingerichteten „Expert Advisory Panel" abgehalten.[6]

Das BCBS hatte bereits am 16. April 2008, d. h. kurz nach dem G7-Treffen, ein Arbeitsprogramm zur Umsetzung der FSF- und G7-Empfehlungen vorgelegt.[7] Am 17. Juni 2008 legte der Baseler Ausschuss die überarbeitete Leitlinie zur Überwachung des Liquiditätsmanagements der Banken zur Konsultation vor.[8] Das BCBS plant, nach Abschluss der Konsultationsperiode im Juli die endgültige Leitlinie im Herbst 2008 zu veröffentlichen.

Schließlich hat die IOSCO am 28. Mai 2008 einen geänderten Verhaltenskodex für die Ratingagenturen (Code of Conduct Fundamentals for Credit Rating Agencies) vorgelegt.[9] Dabei stellt der neue Kodex deutlich höhere Anforderungen an die Qualität und Integrität des

[5] Siehe „Update on the Implementation of the FSF's Recommendations – Report by the FSF Chairman to the G8 Finance Ministers" vom 11. Juni 2008 im Internet unter http://www.fsforum.org/home/home.html.

[6] Siehe "Expert Advisory Panel discusses valuation of financial instruments in markets that are no longer active" vom 18. Juni 2008 im Internet unter http://www.iasb.org/Home.htm.

[7] Siehe „Basel Committee on Banking Supervision announces steps to strengthen the resilience of the banking system" Press Release vom 16. April 2008 im Internet unter http://www.bis.org/.

[8] Siehe „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision" vom 17. Juni 2008 im Internet unter http://www.bis.org/.

Ratingprozesses. Die IOSCO hat bereits angekündigt, dass sie auch die Umsetzung ihres neuen Verhaltenskodexes durch die Ratingagenturen überwachen werde.

Auch bei der Implementierung der übrigen, etwas längerfristig angelegten FSF- und G7-Empfehlungen sind erste Fortschritte festzustellen. So wird das BCBS gemäß dem bereits oben erwähnten Arbeitsprogramm in diesem Jahr detailliertere Vorschläge zur Stärkung der Kapitalanforderungen für komplexe, strukturierte Finanzprodukte, für Liquiditätslinien an so genannte Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen sowie für das Handelsbuch der Banken vorlegen. Darüber hinaus hat das BCBS damit begonnen, eine Leitlinie zur besseren Überwachung der Bewertung von Finanzprodukten durch die Banken zu entwickeln. Sie soll voraussichtlich ebenfalls Ende 2008 fertig gestellt sein.

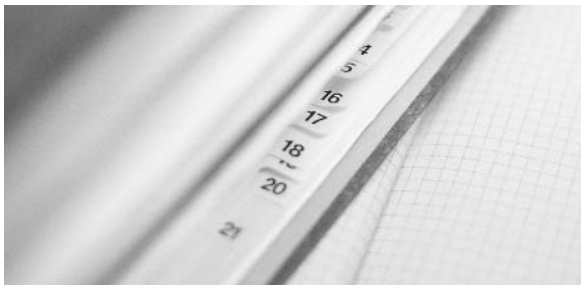
Das Joint Forum[10] hat eine Bestandsaufnahme initiiert, wie seine Mitglieder Ratings nutzen. Auch hier soll noch Ende 2008 ein Bericht vorliegen.

Was die Zusammenarbeit der Aufseher betrifft, so hat das FSF eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Einrichtung der „International Colleges of Supervisors“ vorzubereiten.

Schließlich haben die Federal Reserve Bank of New York und andere Aufsichtsbehörden im Juni Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur der „Over-the-Counter“-Derivatemärkte vorgelegt.

## 5 Weitere Schritte

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die Empfehlungen zusammen mit seinen G7-Kollegen im April 2008 begrüßt. Die Unterstützung der Empfehlungen und die Notwendigkeit ihrer zügigen Implementierung wurden beim Treffen der G8-Finanzminister am 14. Juni 2008 in Osaka bekräftigt. Mit der schnellen Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen wird international ein ordnungspolitischer Rahmen geschaffen, der einerseits die Innovationskräfte der Finanzmärkte und ihre positive Wirkung auf die Entwicklung unserer Volkswirtschaften nicht behindert, andererseits aber Fehlanreize und Exzesse – etwa bezogen auf den Kredithebel oder „Leverage“ – möglichst vermeidet. Nicht zuletzt durch eine deutlich höhere Transparenz im Finanzsystem wird auch die Sanktionsmöglichkeit durch den Markt und ein frühzeitiges Eingreifen der Aufseher bei Fehlentwicklungen gestärkt.



Daher begrüßt das Bundesministerium der Finanzen auch die bisherigen Fortschritte bei der Umsetzung der FSF- und G7-Empfehlungen. Wichtig ist nun die weitere konsistente Implementierung der Maßnahmen. Hier sind nicht zuletzt auch weitere Schritte des Privatsektors notwendig.

So sind nun u. a. die Ratingagenturen gefordert, den revidierten IOSCO-Verhaltenskodex zeitnah umzusetzen. Darüber hinaus ist eine künftig stärkere Überwachung des Ratingprozesses erforderlich. So hat sich der Rat für Wirtschaft und Finanzen der EU (ECOFIN) gerade darauf verständigt, ein Registrierungs- und externes Aufsichtsregime für Ratingagenturen

[9] Siehe „Code of Conduct Fundamentals for Credit Rating Agencies“ vom 28. Mai 2008 im Internet unter http://www.iosco.org/.

[10] Das Joint Forum vereint das BCBS, die IOSCO und die International Association of Insurance Supervisors (IAIS), um Fragen zu erörtern, die sowohl den Banken-, Wertpapier- als auch den Versicherungssektor betreffen.

als Option vorzusehen; die Details müssen jetzt sorgfältig ausgearbeitet werden. Die EU-Kommission ist aufgefordert, hierzu im Herbst Vorschläge zu unterbreiten. Wichtig ist dabei, die internationale Kooperation zu stärken, um eine konsistente Umsetzung international akzeptierter Standards für Ratingagenturen zu erreichen.

Erwähnenswert ist schließlich auch der Bericht des Institute for International Finance (IIF), den das IIF kurz vor dem G7-Treffen vorgelegt hatte und der die Basis bilden soll für weitere Empfehlungen, insbesondere zum Risikomanagement der Banken. Wichtig wäre, dass diese Empfehlungen mit denen des Baseler Ausschusses in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus ist auch hier die Implementierung entscheidend. Einen wichtigen Beitrag zur künftigen Stärkung des Finanzsystems könnte das IIF außerdem leisten, wenn es Empfehlungen zur Reform der Vergütungsstrukturen in der Finanzbranche entwickeln würde und dafür Sorge trüge, dass solche Empfehlungen auch umgesetzt werden. Insbesondere wäre es wünschenswert, wenn die Vergütung stärker auf die langfristige Profitabilität abstellen würde.

Über die weiteren Fortschritte hinsichtlich der Implementierung wird das FSF den G7 ausführlich bei ihrem nächsten Treffen im Herbst 2008 berichten. Das Bundesministerium der Finanzen wird auch weiterhin zusammen mit der BaFin und der Deutschen Bundesbank aktiv in den relevanten Gremien an der Umsetzung der Maßnahmen und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte mitarbeiten.

# Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2007


1 Überblick über das Gesamtergebnis ....69
1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten ....69
1.2 Entwicklung der Verteilung der Steuereinnahmen ....70
1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung ....71
2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten ....72
2.1 Lohnsteuer ....72
2.2 Veranlagte Einkommensteuer ....74
2.3 Körperschaftsteuer ....75
2.4 Gewerbesteuer ....76
2.5 Solidaritätszuschlag ....76
2.6 Steuern vom Umsatz ....77
2.7 Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ....78
2.8 Energiesteuer ....78
2.9 Tabaksteuer ....80
2.10 Grunderwerbsteuer ....80
3 Fazit ....81



– Die Steuereinnahmen stiegen 2007 insgesamt um + 10,2 %. Die Steuereinnahmen des Bundes nahmen mit + 12,9 % stärker zu als die Steuereinnahmen insgesamt.
– Der Anstieg der Kraftstoffpreise hatte per Saldo negative Auswirkungen auf das Steueraufkommen.




## 1 Überblick über das Gesamtergebnis

### 1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten

Die Steuereinnahmen insgesamt betrugen im Jahr 2007 nach endgültigen Ergebnissen 538,2 Mrd. €. Sie lagen damit + 10,2 % bzw. 49,8 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres. In der Tabelle 1 (siehe S. 70) sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Der Zuwachs von 45,0 Mrd. € bei den gemeinschaftlichen Steuern war vor allem zurückzuführen auf den starken Anstieg der Steuern vom Umsatz (+ 15,6 %), der Lohnsteuer (+ 7,5 %) und der veranlagten Einkommensteuer (+ 42,5 %) gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Zinsabschlag wuchs zwar mit + 46,4 % ebenso wie die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mit + 15,8 % ebenfalls stark an, aufgrund des geringeren Aufkommensniveaus ist ihr Beitrag zum Wachstum der gemeinschaftlichen Steuern jedoch kleiner.

Während bei den aufkommensstarken Bundessteuern die Versicherungsteuer mit + 17,7 % (Steuersatzerhöhung von 16 % auf 19 %) und der Solidaritätszuschlag mit + 9,5 % einen erheblichen Anstieg zu verzeichnen hatten, stiegen die

## Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

| | Haushaltsjahr – in Mio. € – | | Änderung gegenüber Vorjahr | |
|---|---|---|---|---|
| | 2007 | 2006 | in Mio. € | in % |
| Gemeinschaftliche Steuern [1] | 381 309 | 336 315 | 44 994 | 13,4 |
| Bundessteuern | 85 690 | 84 215 | 1 475 | 1,8 |
| Ländersteuern | 22 836 | 21 729 | 1 107 | 5,1 |
| Gemeindesteuern [2] | 44 425 | 42 306 | 2 120 | 5,0 |
| Zölle | 3 983 | 3 880 | 104 | 2,7 |
| **Steuereinnahmen insgesamt** | **538 243** | **488 444** | **49 798** | **10,2** |

[1] Einschließlich Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).
[2] Ohne Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

Einnahmen aus der Stromsteuer nur leicht um + 1,3 %. Das Aufkommen aus der Energiesteuer sank um – 2,4 %. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer gingen leicht um – 0,9 % zurück. Insgesamt ergab sich für die Bundessteuern ein Anstieg um + 1,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Ländersteuern nahmen um + 5,1 % zu. Dies ist hauptsächlich auf einen Anstieg des Grunderwerbsteueraufkommens um + 13,5 % und der Erbschaftsteuer um + 11,7 % zurückzuführen. Die Einnahmen aus den übrigen Ländersteuern gingen zurück.

Der Anstieg der Gemeindesteuern um 5,0 % war fast ausschließlich durch den weiteren Aufwärtstrend bei der Netto-Gewerbesteuer (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) bestimmt, die trotz starker Vorjahresbasis um + 5,7 % stieg.

## 1.2 Entwicklung der Verteilung der Steuereinnahmen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2007 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der nachstehenden Tabelle 2 zu entnehmen.

Die Steuereinnahmen des Bundes nahmen mit + 12,9 % stärker zu als die Steuereinnahmen insgesamt (+ 10,2 %). Die Steuereinnahmen der Länder lagen mit + 9,3 % leicht unter dem Anstieg der Steuereinnahmen insgesamt. Der stärkere Anstieg der Steuereinnahmen des Bundes ist überwiegend auf einen höheren Anteil des Bundes an den Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz zurückzuführen. Als Ausgleich für die

## Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen

| | Haushaltsjahr – in Mio. € – | | Änderung gegenüber Vorjahr | |
|---|---|---|---|---|
| | 2007 | 2006 | in Mio. € | in % |
| Bund [1] | 230 104 | 203 892 | 26 211 | 12,9 |
| Länder [1] | 213 201 | 195 116 | 18 085 | 9,3 |
| Gemeinden | 72 689 | 67 294 | 5 395 | 8,0 |
| EU | 22 249 | 22 142 | 107 | 0,5 |
| **Steuereinnahmen insgesamt** | **538 243** | **488 444** | **49 798** | **10,2** |

[1] Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Belastungen infolge der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um einen Vomhundertpunkt stand dem Bund im Jahr 2007 erstmals vorab ein Ausgleich von 3,89 % des Umsatzsteueraufkommens zu (6,6 Mrd. €). Weiterhin flossen Anteile am Umsatzsteueraufkommen 2007 in Höhe von 0,4 Mrd. €, die gemäß Finanzausgleichsgesetz den Ländern zustehen, erst im Jahr 2008 ab.

Die Einnahmen aus den Bundessteuern stiegen zwar geringer an als die Einnahmen aus den Ländersteuern, aufgrund der stärkeren Basis trug jedoch auch dieser Anstieg zu einem stärkeren Wachstum der Steuereinnahmen des Bundes gegenüber den Steuereinnahmen der Länder bei.

Für die kräftige Erhöhung der Steuereinnahmen der Gemeinden um + 8,0 % war neben dem Anstieg der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern um + 13,2 % auch in diesem Jahr der weitere Anstieg der Einnahmen aus der Gewerbesteuer verantwortlich.

## 1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

Während die Mai-Steuerschätzung mit – 3,9 Mrd. € noch unter dem Ist-Ergebnis lag, führte die Aufwärtskorrektur in der November-Schätzung zu einer leichten Überschätzung des Ergebnisses um 0,7 Mrd. €.

Die Schätzabweichungen sind sehr ungleichmäßig auf die Gebietskörperschaften verteilt. Wurden in der November-Schätzung die Einnahmen des Bundes um 1,6 Mrd. € und die Einnahmen der Länder um 0,4 Mrd. € überschätzt, erzielten die Gemeinden 0,6 Mrd. € höhere Einnahmen als noch im November 2007 angenommen.

Die Abweichung der Steuereinnahmen des Bundes von der Schätzung ist vor allem auf ein Zurückbleiben der Einnahmen aus den Bundessteuern um 0,9 Mrd. € hinter den Erwartungen und höhere EU-Abführungen (+ 0,7 Mrd. €) zurückzuführen. Größere Schätzabweichungen gab es bei der Energiesteuer und der Stromsteuer (zusammen – 0,6 Mrd. €). Die Abführungen an die EU lagen nach unerwarteten Mehrabführungen von BNE-Eigenmitteln aufgrund einer nachträglichen Korrektur der Bemessungsgrundlagen über der November-Schätzung. Die Verbuchung von 0,4 Mrd. € Länderanteil an den Steuern vom Umsatz im Bundeshaushalt 2007 (siehe oben) führte zu einer leichten Aufwärtskorrektur der Steuereinnahmen des Bundes, während die Steuereinnahmen der Länder dadurch unter den Schätzerwartungen lagen.

Die Mehreinnahmen der Gemeinden gegenüber den Schätzerwartungen wurden vor allem von der Gewerbesteuer verursacht (+ 0,6 Mrd. € über der November-Schätzung).

In der nachfolgenden Tabelle 3 werden die Einnahmeergebnisse, untergliedert nach Ebenen, den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gegenübergestellt.



### Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

| | Schätzung in Mio. € | | Ist-Ergebnis in Mio. € | Differenz ggü. Schätzung in Mio. € | |
|---|---|---|---|---|---|
| | Mai 2007 | Nov 2007 | 2007 | Mai 2007 | Nov 2007 |
| Bund [1] | 230 528 | 231 697 | 230 104 | – 424 | – 1 594 |
| Länder [1] | 211 110 | 213 622 | 213 201 | 2 091 | – 421 |
| Gemeinden | 70 522 | 72 068 | 72 689 | 2 167 | 621 |
| EU | 22 150 | 21 540 | 22 249 | 99 | 709 |
| **Steuereinnahmen insgesamt** | **534 309** | **538 927** | **538 243** | **3 934** | **– 684** |

[1] Nach Bundesergänzungszuweisungen.

# 2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

Neben der Entwicklung der aufkommensstarken Steuerarten Lohnsteuer und Umsatzsteuer liegt ein Fokus der Darstellung auf den starken Zuwächsen bei der veranlagten Einkommensteuer, dem Zinsabschlag und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Auch die Entwicklung der Körperschaftsteuer im Jahr 2007 wird kommentiert. Ein Blick auf die wichtigsten Bundessteuern zeigt neben dem steigenden Aufkommen beim Solidaritätszuschlag weiterhin zurückgehende Einnahmen aus Energiesteuer und Tabaksteuer. Während die Ländersteuern durch die Grunderwerbsteuer vertreten sind, wird die Entwicklung der Gemeindesteuern anhand der die Steuereinnahmen der Gemeinden dominierenden Gewerbesteuer Erwähnung finden.

## 2.1 Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im Jahr 2007 um 9,2 Mrd. € bzw. + 7,5 %. Das Lohnsteueraufkommen wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der „Riester-Rente“ gemindert. Bei der Kindergeldzahlung setzte sich der leichte Rückgang vom 4. Quartal 2006 im Jahr 2007 fort (– 2,0 %). Der Auszahlungsbetrag der Altersvorsorgezulage erhöhte sich hingegen um + 92,2 %. Dies ist neben der steigenden Zahl abgeschlossener Verträge insbesondere auf die Erhöhung des Zulagensatzes in 2006 um 50 % zurückzuführen, die sich erstmalig auf das Kassenaufkommen in 2007 auswirkte. Da die Summe der Abzugsbeträge nahezu unverändert blieb, erhöhte sich das Kassenaufkommen der Lohnsteuer relativ stärker als das Bruttoaufkommen (siehe Tabelle 4).

Nach einem kontinuierlichen Anstieg des Kindergeldes in den Jahren seit 2003 kam es im Jahr 2007 erstmals zu einem erheblichen Rückgang der Kindergeldzahlungen um + 2,0 % (siehe Tabelle 5).

Da die Höhe des Kindergeldes je Kind seit dem 1.1.2002 unverändert geblieben ist (154 € für das 1. bis 3. Kind; 179 € für jedes weitere Kind), ist die Ursache der Verringerung der Kindergeldzahlungen im Rückgang der Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder (Kindergeldkinder) zu finden.

### Tabelle 4: Lohnsteueraufkommen

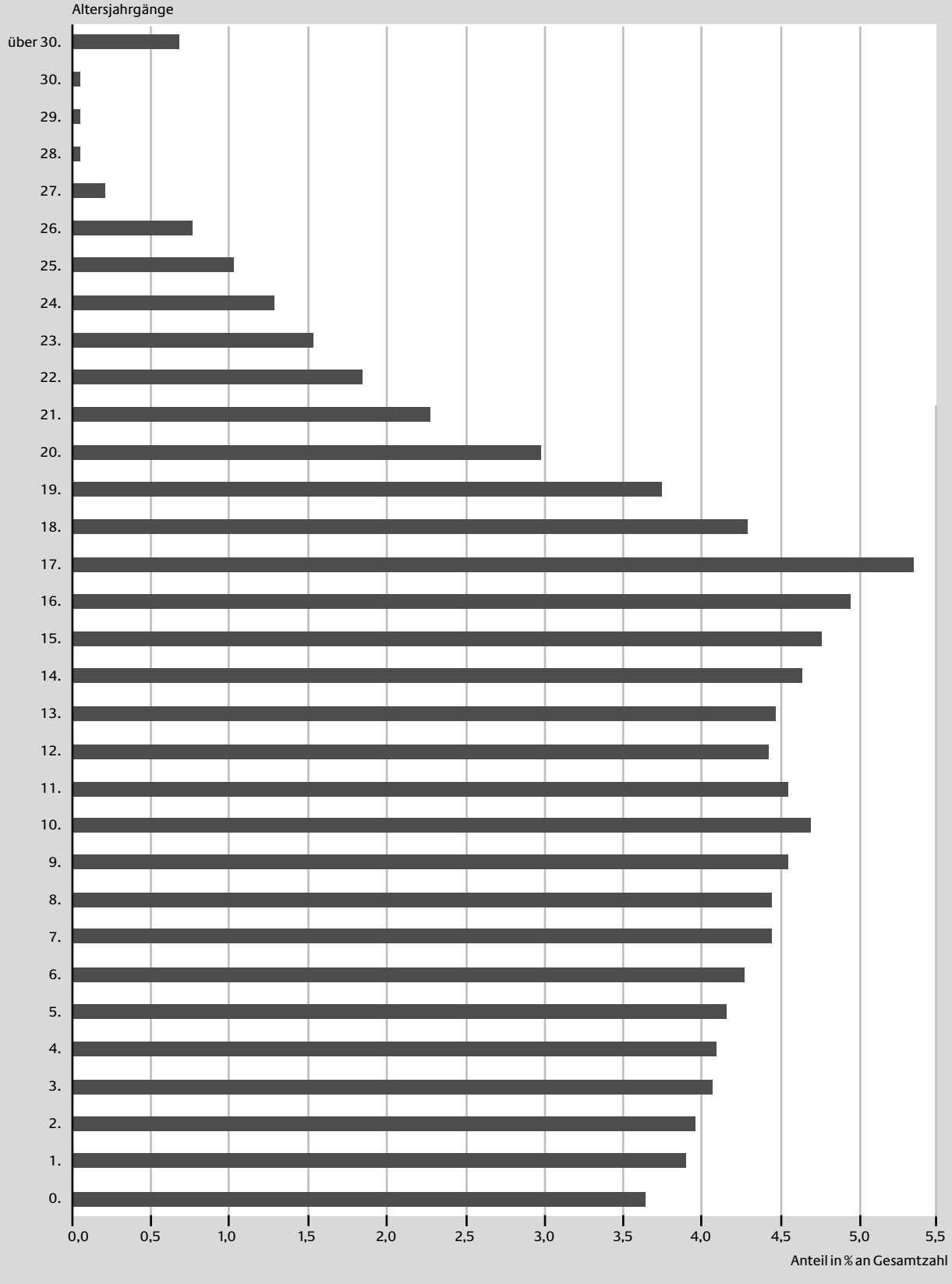
| | 2007 | 2006 | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | in % |
| **Bruttoaufkommen** | **167 006** | **158 055** | **5,7** |
| – Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen) | – 34 182 | – 34 896 | – 2,0 |
| – Altersvorsorgezulage | – 1 050 | – 547 | 92,2 |
| **Kassenaufkommen** | **131 773** | **122 612** | **7,5** |

### Tabelle 5: Entwicklung der Kindergeldzahlungen 1998 bis 2007

| Jahr | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | | | | | | | | |
| Kindergeld | 25 554 | 29 438 | 30 939 | 31 254 | 34 518 | 34 444 | 34 506 | 34 669 | 34 896 | 34 182 |
| | | + 15,2 % | + 5,1 % | + 1,0 % | + 10,4 % | – 0,2 % | + 0,2 % | + 0,5 % | + 0,7 % | – 2,0 % |

## Abbildung 1: Verteilung der Kindergeldkinder auf Altersgruppen im Dezember 2007

basierend auf der Statistik der Kindergeldkinder der Bundesagentur für Arbeit



Seit 1999 wird das Kindergeld für die meisten Kinder durch die Familienkasse bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgezahlt. Lediglich für Angehörige des öffentlichen Dienstes erfolgt die Auszahlung durch den jeweiligen Arbeitgeber. Während die von der BA geführten Statistiken einen vollständigen Überblick über die dort erfassten Kindergeldkinder bieten, sind die Zahlen für die öffentlichen Arbeitgeber nicht vollständig. Die weiteren Ausführungen basieren daher auf der Statistik der BA. Die Struktur der Altersjahrgänge dürfte in der Statistik der öffentlichen Arbeitgeber ähnlich sein.

Ein Blick auf die Aufteilung der Kindergeldkinder in Altersgruppen lässt Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung der Anzahl der Kindergeldkinder zu (siehe Abbildung 1). Die Kinder der Altersjahrgänge bis zum vollendeten 17. Lebensjahr sind in der Regel voll anspruchsberechtigt. Die tendenzielle Verringerung der Anteile der jeweils jüngeren Jahrgänge wird durch die rückläufige Geburtenentwicklung erklärt.

Ab dem 18. Altersjahrgang verringert sich die Zahl der Kindergeldkinder pro Jahrgang kontinuierlich bis zum 27. Altersjahr. Diese Entwicklung ist vor allem bedingt durch den allmählichen Übergang der Kinder in das Berufsleben und den daraus folgenden Verlust der Anspruchsberechtigung. In den letzten Jahren erhöhte sich der Anteil dieser Altersjahrgänge an den Kindergeldkindern, unter anderem aufgrund erhöhter Bildungsbeteiligung (Studium und Berufsausbildung) und geänderter Freigrenzen bzw. Berechnungsvorschriften bei der Anrechnung eigener Einkünfte der Kinder.

Die Altersjahrgänge ab dem 28. Jahr beinhalten Kinder mit Behinderungen, die aufgrund fehlender oder die Einkommensfreigrenzen unterschreitender eigener Einkünfte weiterhin anspruchsberechtigt bleiben. Für diese Kinder gibt es keine Altersbegrenzung.

Die weitere Entwicklung der Kindergeldkinder in den nächsten Jahren wird davon abhängen, inwieweit ein möglicher weiterer Zuwachs der Altersjahrgänge über 17, z. B. durch weitere Zunahme der Bildungsbeteiligung, den zu erwartenden Rückgang der Jahrgänge bis 17 aufgrund der demografischen Entwicklung ausgleichen wird. Von einem Überwiegen des demografischen Trends – wie im Jahr 2007 – kann ausgegangen werden.

## 2.2 Veranlagte Einkommensteuer

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um + 42,5 % bzw. 7,5 Mrd. €. Die Steuereinnahmen brutto, d. h. vor Abzug der Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer), der Eigenheimzulage und der Investitionszulage stiegen um + 14,1 % bzw. 6,1 Mrd. € an.

Einen großen Anteil an der Erhöhung des Kassenaufkommens hatte die Verringerung der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Abzugsbeträge: Zwar stiegen die Auszahlungsbeträge an Investitionszulagen geringfügig und die Erstattungen nach § 46 EStG um 0,2 Mrd. €, die Eigenheimzulage sank jedoch um 1,6 Mrd. € (siehe Tabelle 6).

Seit dem Jahr 2006 trägt der Rückgang der Eigenheimzulageauszahlungen aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage zum 31. De-

### Tabelle 6: Veranlagte Einkommensteuer

| | 2007 | 2006 | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | in % |
| **Bruttoaufkommen** | **49 391** | **43 305** | **14,1** |
| – Erstattungen gem. § 46 EStG | 16 144 | 15 979 | 1,0 |
| – Eigenheimzulage | 7 722 | 9 314 | –17,1 |
| – Investitionszulage | 498 | 446 | 11,9 |
| **Kassenaufkommen** | **25 027** | **17 566** | **42,5** |

zember 2005 erheblich zur positiven Entwicklung des Kassenaufkommens der veranlagten Einkommensteuer bei. Da mit jedem weiteren Jahr ein Baujahrgang aus der Förderung herausfällt, wird sich diese Entwicklung bei der Eigenheimzulage auch in den nächsten Jahren kontinuierlich fortsetzen (siehe Abbildung 2).

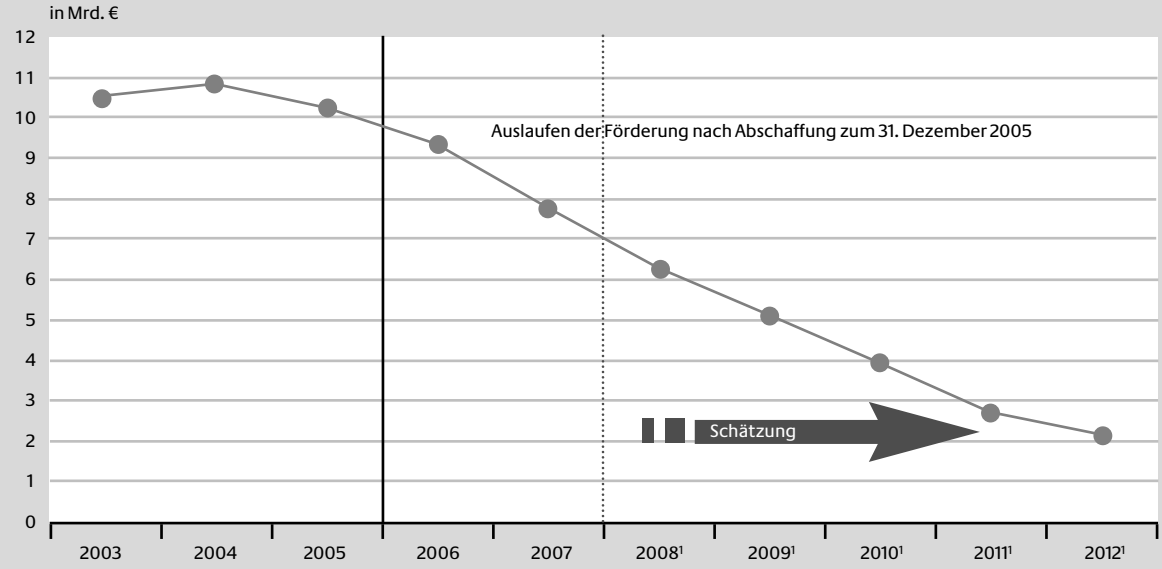
## 2.3 Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer war – wie die untenstehende Tabelle 7 zeigt – im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (+ 0,2 %). Die Investitionszulage zur Körperschaftsteuer nahm im Vorjahresvergleich geringfügig um 18 Mio. € zu. Die Kasseneinnahmen blieben somit fast konstant (+ 0,1 %).

Für die Jahre 2006 bis 2007 liegen für die Körperschaftsteuer Daten der Zahlungsstrukturstatistik für alle Bundesländer vor (siehe Abbildung 3, S. 76). Die Dynamik der Vorauszahlungen hielt im Jahr 2006 mit + 10 % gegenüber dem Vorjahr an. Allerdings gingen die Nachzahlungen um + 8 % zurück, und die Erstattungen wuchsen um + 10 % an. Weist die Entwicklung der Vorauszahlungen auf eine weiterhin günstige Entwicklung der Unternehmensgewinne in 2007 hin, kann der Anstieg der Erstattungen mit dem Auslaufen des Moratoriums für die Auszahlung von Körperschaftsteuerguthaben aufgrund der Körperschaftsteuerreform 2001 in Verbindung gebracht werden. Der Rückgang der Nachzahlungen beruht vor allem auf verringerten Zahlungen für weiter zurückliegende Jahre (Betriebsprüfungsfälle).



### Abbildung 2: Entwicklung der Eigenheimzulage 2003 bis 2007 und Schätzung für 2008 bis 2012



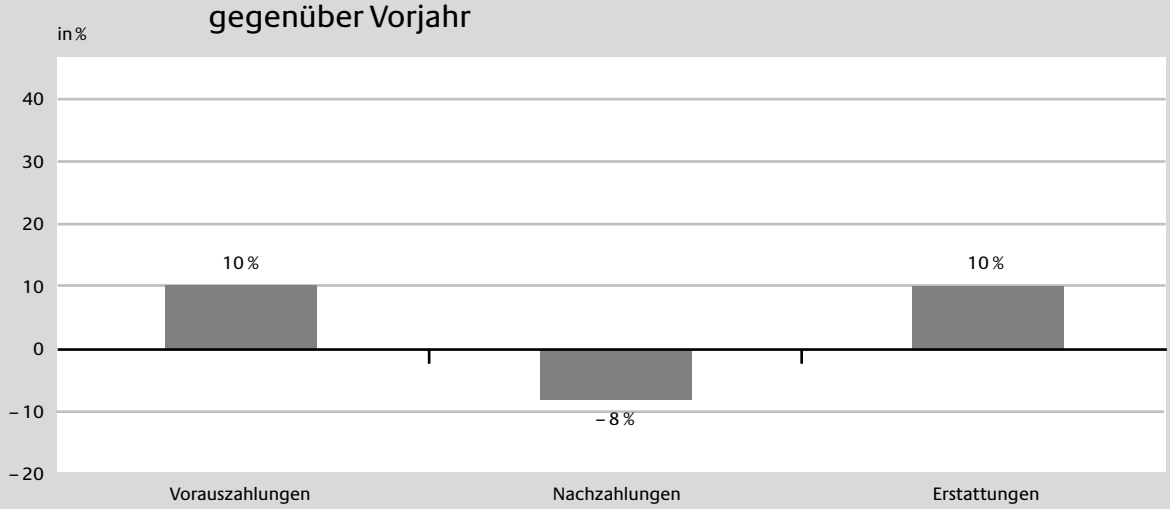

¹ Schätzung Arbeitskreis „Steuerschätzungen" vom Mai 2008.

### Tabelle 7: Körperschaftsteuer

| | 2007 | 2006 | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | in % |
| **Bruttoaufkommen** | **23 726** | **23 677** | **0,2** |
| – Investitionszulage | 796 | 778 | 2,3 |
| **Kassenaufkommen** | **22 929** | **22 898** | **0,1** |

## Abbildung 3: Körperschaftsteuer 2007

Änderung von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen gegenüber Vorjahr



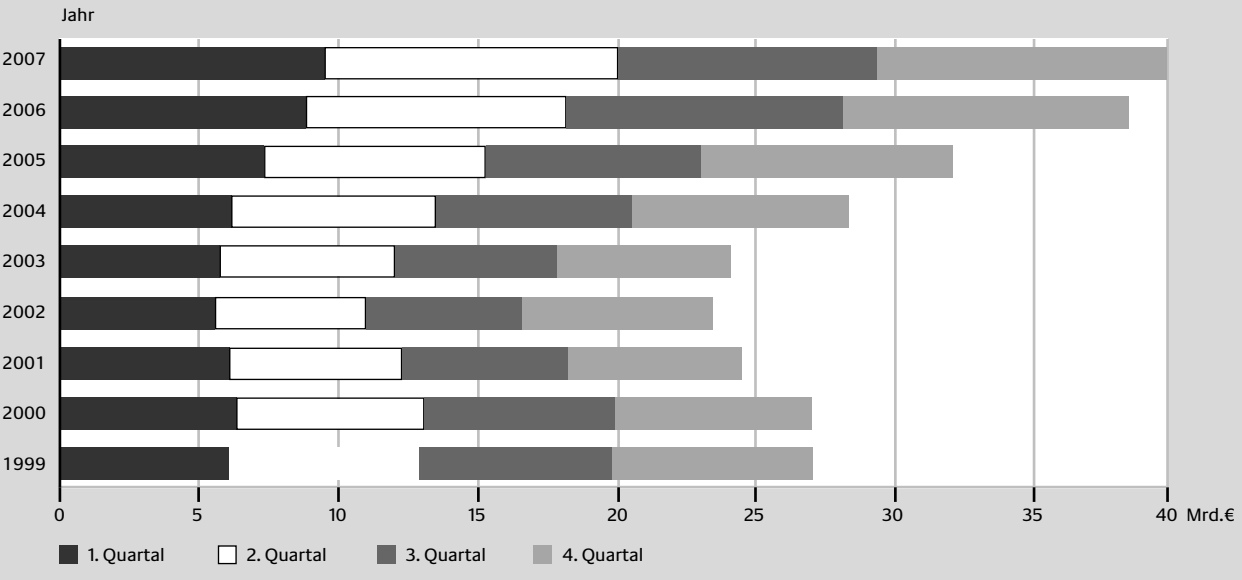

## 2.4 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2007 auf 40,1 Mrd. €. Das waren 1,7 Mrd. € bzw. + 4,6 % mehr als im Vorjahr. In der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zeichnet sich eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung seit dem Jahr 2002 ab. Das Jahr 2007 ist das vierte Rekordjahr in Folge (siehe Abbildung 4).

## 2.5 Solidaritätszuschlag

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stiegen im Jahr 2007 um + 9,5 % über den Vorjahreswert (siehe Tabelle 8, S. 77). Ursache hierfür war die günstige Entwicklung bei allen Bemessungsgrundlagen des Solidaritätszuschlags (Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag).

## Abbildung 4: Entwicklung der Gewerbesteuer brutto



## Tabelle 8: Solidaritätszuschlag

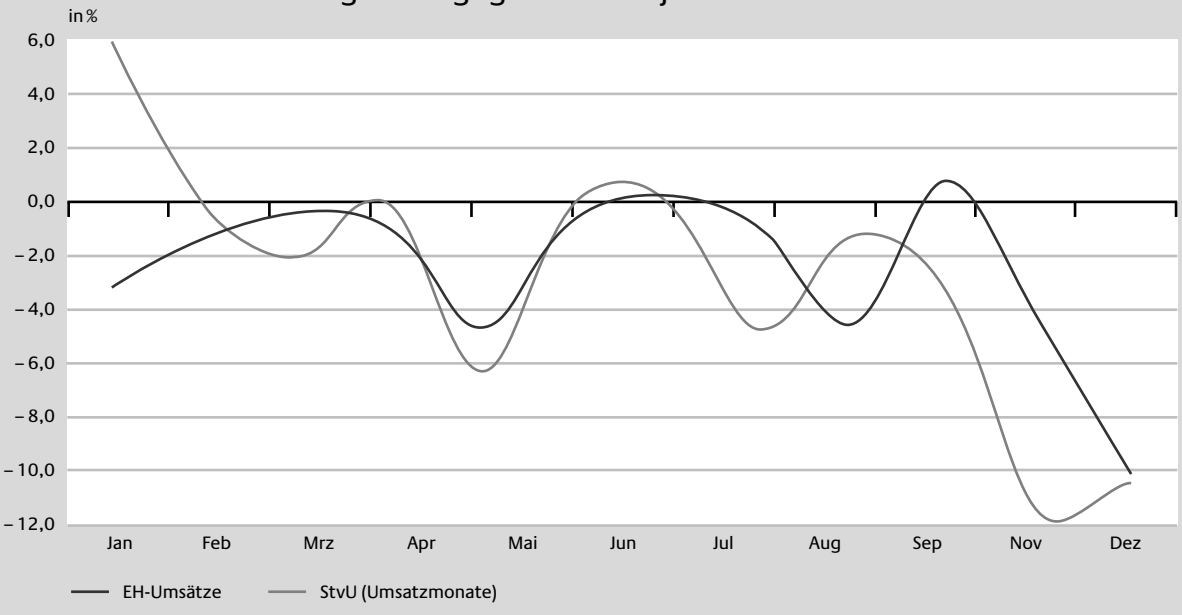
| | 2007 | 2006 | Veränderung ggü. Vorjahr |
|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | in % |
| – zur Lohnsteuer | 8 161 | 7 676 | 6,3 |
| – zur veranlagten Einkommensteuer | 1 565 | 1 281 | 22,1 |
| – zum Zinsabschlag | 619 | 421 | 46,8 |
| – zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag | 694 | 606 | 14,5 |
| – zur Körperschaftsteuer | 1 310 | 1 292 | 1,4 |
| **Solidaritätszuschlag insgesamt** | **12 349** | **11 277** | **9,5** |

## 2.6 Steuern vom Umsatz

Das Kassenaufkommen der Steuern vom Umsatz wuchs im Jahr 2007 um + 15,6 % auf 169,6 Mrd. €. Aufgrund der ca. zweimonatigen Verzögerung der Kassenwirksamkeit insbesondere durch die Zahlungsfristen für die Abführung der Umsatzsteuer resultieren die Kasseneinnahmen im Januar und Februar 2007 aus den Umsätzen im November und Dezember 2006. In Erwartung der Steuersatzerhöhung war es in diesen Monaten zu vorgezogenen Käufen gekommen. Hier sticht insbesondere der Februar 2007 (= Umsatzmonat Dezember 2006) mit + 22,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum hervor. Ab März 2007 wirkte sich die Steuersatzerhöhung auf die Kasseneinnahmen aus. Die Erhöhung der Kasseneinnahmen durch die Steuersatzerhöhung verdeckt den Rückgang der Einnahmen aufgrund der Verringerung der Bemessungsgrundlage, wie anhand der Abbildung 5 gezeigt wird. Als wesentlicher Bestimmungsfaktor der Bemessungsgrundlage wirken die Einzelhandelsumsätze, die hier einschließlich der Umsätze im

## Abbildung 5: Einzelhandelsumsätze (einschl. Kfz und Tankstellen) und Steuern vom Umsatz (Monate, in denen die Steuer entstand – Steuersatzerhöhung herausgerechnet) im Jahr 2007

Änderungsraten gegenüber Vorjahreszeitraum



Kfz-Handel und an Tankstellen für die Monate des Jahres 2007 in ihrer Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat dargestellt sind. Die Steuern vom Umsatz wurden dem Entstehungszeitraum zugeordnet (das Entstehungsjahr 2007 entspricht dem Kassenzeitraum März 2007 bis Februar 2008). Die Änderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat wurde bereinigt um die geschätzten Auswirkungen der Steuersatzerhöhung (– 17,2 Prozentpunkte).

In den meisten Monaten des Jahres 2007 lagen die Einzelhandelsumsätze unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Jahresdurchschnitt – 2,7 %). Auch die Steuern vom Umsatz blieben mit einem geschätzten Jahresdurchschnitt von – 3,3 % (Änderung ohne Umsatzsteuersatzerhöhung gegenüber dem Vorjahr) unter dem Vorjahresniveau. Aufgrund der Auswirkungen einer Vielzahl anderer Bestimmungsfaktoren auf das Umsatzsteueraufkommen differiert die Entwicklung von Einzelhandelsumsätzen und entstehungsmäßigen Steuern vom Umsatz im Jahresverlauf zwar, die Tendenz ist bei beiden jedoch gleichgerichtet. Trotz guter Konjunktur und Erholung des Arbeitsmarktes führten steigende Preise insbesondere bei Energie und Nahrungsmitteln offenbar zur Verunsicherung der Konsumenten über die weitere Entwicklung. Bei steigender Sparquote kam es zu einer schwachen Entwicklung des Konsums und daraus folgend zu negativen Auswirkungen auf das Aufkommen der Steuern vom Umsatz.

## 2.7 Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Bei beiden Steuerarten ist das Kassenaufkommen in den Jahren 2006 und 2007 erheblich angewachsen (siehe Tabelle 9). Während die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die fast ausschließlich aus der Besteuerung von Dividenden resultieren, von der guten Gewinnentwicklung der Unternehmen und den daraus folgenden hohen Gewinnausschüttungen profitierten, ist die enorme Steigerung beim Zinsabschlag vor allem auf die Reduzierung des Sparerfreibetrags zurückzuführen. Das im Zinsabschlag enthaltene Aufkommen an Quellensteuern aufgrund der EU-Zinsrichtlinie ist mit 155 Mio. € im Jahr 2007 eher gering.

## 2.8 Energiesteuer

Die Einnahmen aus der Energiesteuer betrugen im Jahr 2007 rd. 39,0 Mrd. € und lagen damit um – 2,4 % unter dem Vorjahreswert. Etwa 90,3 % der Mineralölsteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl, Diesel und Biokraftstoffen), 6,2 % aus der Besteuerung von Erdgas und 3,5 % aus der Besteuerung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle.

Nicht erst seitdem die Kraftstoffkosten im Verlauf des Jahres 2008 immer neue Höchststände erreichen, wird in Presse und Öffentlichkeit immer wieder behauptet, der Staat verdiene an den Preissteigerungen mit. Der Verbrauch von Kraftstoff wird sowohl durch die Energiesteuer als auch durch die Steuern vom Umsatz

### Tabelle 9: Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

| Jahr | nvStvE | | Zinsabschlag | |
|---|---|---|---|---|
| | in Mio. € | Änderung ggü. Vorjahr in % | in Mio. € | Änderung ggü. Vorjahr in % |
| 2003 | 9 001 | – 35,8 | 7 632 | – 10,0 |
| 2004 | 9 919 | 10,2 | 6 773 | – 11,3 |
| 2005 | 9 952 | 0,3 | 6 990 | 3,2 |
| 2006 | 11 904 | 19,6 | 7 633 | 9,2 |
| 2007 | 13 791 | 15,8 | 11 178 | 46,4 |

besteuert, die im Folgenden in die Betrachtung mit einbezogen wird.

Über die steuerliche Belastung des Kraftstoffverbrauchs liegen keine amtlichen Statistiken vor. Anhand von Verbrauchsstatistiken des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Preisstatistik des Mineralölwirtschaftsverbandes lassen sich jedoch Modellrechnungen über die Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe und die darin enthaltenen Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe durchführen. Bei der Schätzung der Umsatzsteuerbelastung ist die Entlastung der unternehmerisch tätigen Verbraucher durch die Vorsteuererstattung zu berücksichtigen. Der Anteil der erstatteten Vorsteuer am Umsatzsteueraufkommen aus Kraftstoffumsätzen wird hierbei auf 50 % geschätzt. Abbildung 6 stellt die Entwicklung

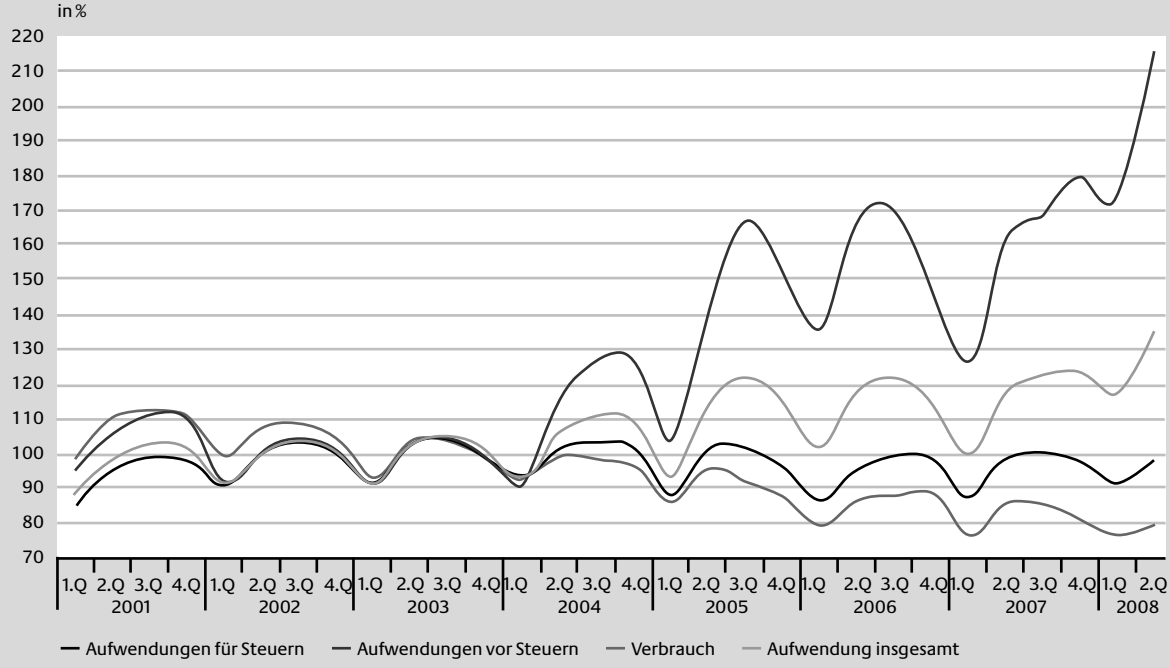
– des Kraftstoffverbrauchs,
– der Aufwendungen für Kraftstoffe insgesamt,
– der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe,
– der Aufwendungen vor Steuern (Rohstoff- , Produktions- und Vertriebskosten, Gewinnaufschläge etc.)

als Index für den Zeitraum 1. Quartal 2001 bis 1. Quartal 2008 mit der Basis Jahresdurchschnitt 2003 = 100 dar.

Der Kraftstoffverbrauch geht bereits seit 1999 tendenziell zurück. Die Aufwendungen für Steuern sanken ab 2003 (letzte Stufe der Ökosteuerreform) leicht. Mehrbelastungen durch die Umsatzsteuer wurden durch den Rückgang bei der mengenabhängigen Mineralölsteuer mehr als aufgewogen. Die Aufwärtsentwicklung der Aufwendungen insgesamt bis zum 2. Quartal 2008 auf 135 % wurde allein durch die stark gestiegenen Aufwendungen vor Steuern (auf ca. 216 %) verursacht. Auffällig sind auch die starken saisonalen Schwankungen der Aufwendungen und des Verbrauchs, wobei seit 2004 die Aufwendungen wesentlich stärker schwanken als der Verbrauch.



Abbildung 6: Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe vor Steuern, der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe (Umsatzsteuer nach Vorsteuerabzug und Mineralölsteuer), der Aufwendungen für Kraftstoffe insgesamt und des Verbrauchs von Kraftstoffen
Basis: Durchschnitt 2003 = 100




Zahlen des 2. Quartals 2008 beruhen auf Verbrauchsschätzungen des Mineralölwirtschaftsverbandes für Mai und Juni 2008.

## 2.9 Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer betrugen im Jahr 2007 14,3 Mrd. € und lagen damit um – 0,9 % niedriger als im Vorjahr. Der Anteil der Zigaretten belief sich auf ca. 90 % des Steueraufkommens. Der Rest entfiel auf Feinschnitt (9 %) und sonstige Produkte (1%).

Die Entwicklung des Konsums von versteuerten Zigaretten und des darauf entfallenden Anteils des Tabaksteueraufkommens zeigte in den letzten Jahren erhebliche Anpassungsreaktionen der Konsumenten auf die gestiegenen Steuerbelastungen von Zigaretten. Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2007 stieg die durchschnittliche Steuer je Zigarette kontinuierlich von 7,7 Cent/Stück auf 13,9 Cent/Stück um + 81 % an (siehe Abbildung 7). Der Verbrauch von versteuerten Zigaretten sank im gleichen Zeitraum um – 35 %. Führte bis zum Jahr 2002 die Erhöhung des Steuersatzes pro Zigarette noch zur Steigerung des Steueraufkommens, da auch der Zigarettenkonsum leicht anstieg, reagierten die Verbraucher in den nachfolgenden Jahren mit der Einschränkung des Verbrauchs von versteuerten Zigaretten.

## 2.10 Grunderwerbsteuer

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer beliefen sich im Jahr 2007 auf 7,0 Mrd. € und übertrafen damit das Vorjahresergebnis um + 13,5 %. Die Ursachen für den starken Anstieg des Grunderwerbsteueraufkommens im letzten Quartal 2005 und im 1. Quartal 2006 lagen zu einem wesentlichen Teil in der Abschaffung der Eigenheimzulage im Jahr 2006. Hierdurch kam es Ende 2005 zu vermehrten Grundstückskäufen zur Sicherung der Eigenheimzulage. Das anhaltend hohe Niveau im weiteren Verlauf der Jahre 2006 und 2007 kann auf Verkäufe von städtischem Wohnungseigentum an private Investoren und einen erhöhten Umsatz von Gewerbeimmobilien auf Grund der guten Konjunkturlage zurückgeführt werden. Die Abschwächung des Anstiegs im 4. Quartal 2007 auf + 4,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum schlug im 1. Quartal 2008 in einen Rückgang um. Somit scheint der Boom bei der Grunderwerbsteuer beendet zu sein. Auf welches Niveau sich die Grunderwerbsteuer in den nächsten Jahren einpendelt, bleibt abzuwarten.

Abbildung 7: Entwicklung von Tabaksteueraufkommen auf Zigaretten, Absatz von versteuerten Zigaretten und durchschnittlicher Steuer pro Zigarette 2000 bis 2007

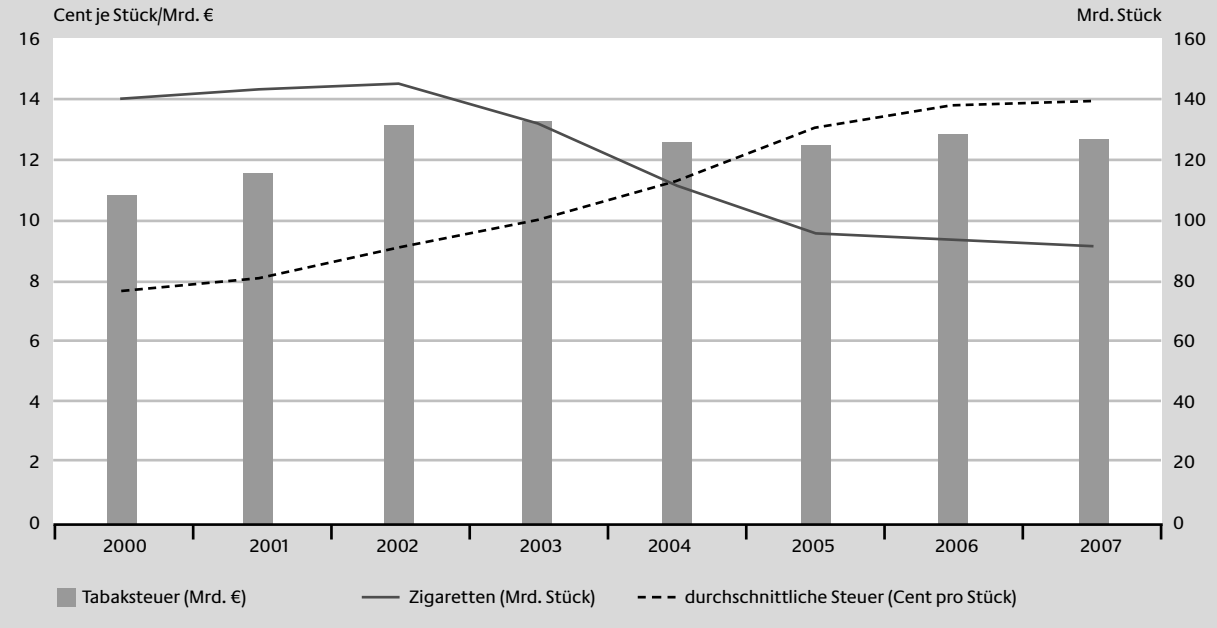
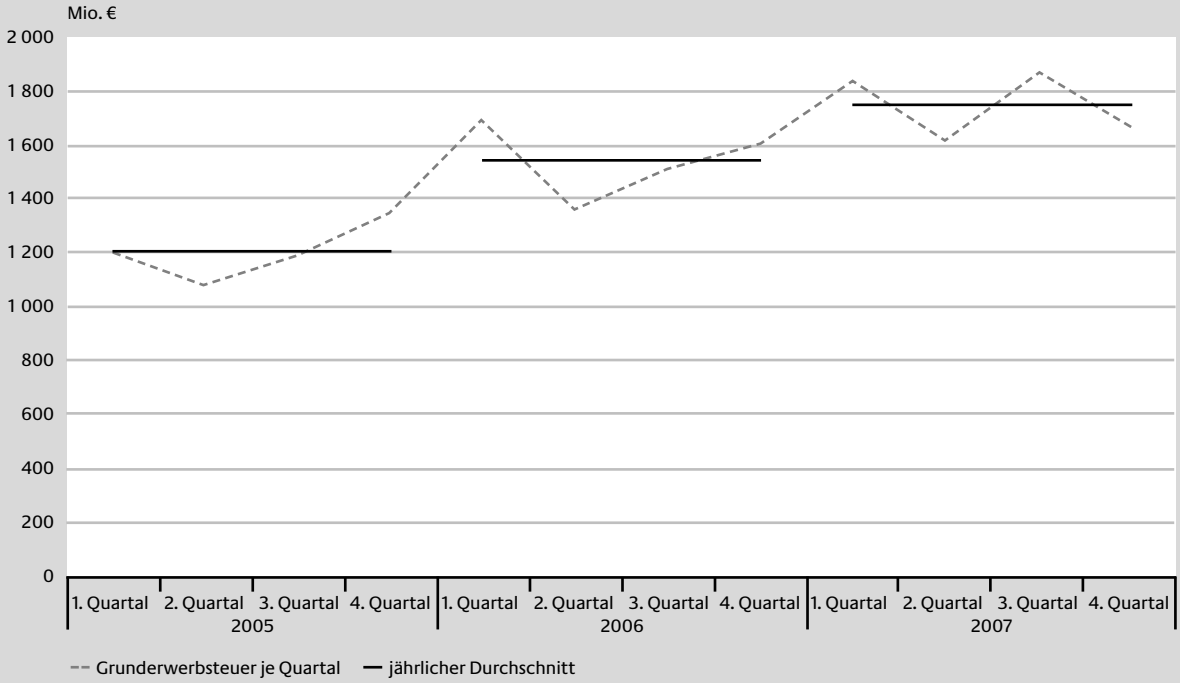


Abbildung 8: Entwicklung der Grunderwerbsteuer in den Jahren 2005 bis 2007




# 3 Fazit

Das Wachstum der Steuereinnahmen insgesamt setzte sich im Jahr 2007 fort. Während sich beim Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern mit Ausnahme der Körperschaftsteuer die positive Entwicklung des Vorjahres auch in 2007 fortsetzte, wies nunmehr auch die Lohnsteuer einen zunehmenden Aufwärtstrend auf und zeigte damit die Stabilität des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland. Die Entwicklung der Umsatzsteuer wurde allerdings durch die Schwäche der Binnennachfrage gebremst. Die steigenden Energiepreise wirkten sich nicht nur dämpfend auf das Aufkommen von Energie- und Stromsteuer aus, sie führten auch zu einer Verunsicherung der Konsumenten. Auch die übrigen Verbrauchsteuern stagnierten daher.

# Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen

1 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote ....83
2 Struktur des Steueraufkommens ....84
3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften ....86
4 Internationaler Kontext ....87
5 Ausblick ....90

– Die in jüngster Zeit leicht gestiegene Steuerquote wird bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums in 2012 knapp über dem langfristigen Durchschnittswert von 22,7 % liegen. Deutschland hat im internationalen Vergleich weiterhin eine der niedrigsten Steuerquoten.
– Mittelfristig überwiegt der Anteil der direkten Steuern wieder deutlicher gegenüber den indirekten Steuern.
– Die Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften ist relativ stabil.



In der Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 6. bis 8. Mai 2008 wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2008 bis 2012 prognostiziert. Dabei wurde auch die Unternehmensteuerreform 2008 – mit einem Entlastungsvolumen von ca. 5 Mrd. € bei voller Wirksamkeit aller Maßnahmen – berücksichtigt. Nachfolgend soll untersucht werden, wie sich die Steuerstruktur und die Verteilung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren voraussichtlich ändern werden und wie sich diese Veränderungen in die langfristige Entwicklung einfügen.

## 1 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote

Die Steuereinnahmen werden sich im Jahr 2008 voraussichtlich um 16,2 Mrd. € auf 554,4 Mrd. € erhöhen. Bereits im Vorjahr waren sie deutlich gestiegen, insbesondere auch aufgrund der Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes. Damit setzt sich die positive Entwicklung seit dem Jahr 2003 fort. Zuvor war ein zweijähriger Einnahmenrückgang zu verzeichnen, der primär durch die umfangreichen Steuerrechtsänderungen (Steuersatzsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer; Systemwechsel Körperschaftsteuer) in Verbindung mit einem Konjunktureinbruch hervorgerufen wurde. Bund, Länder und Gemeinden haben insgesamt seit dem Jahr 2006 in absoluten Zahlen wieder mehr Steuereinnahmen erzielt als im Jahr 2000.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote, d. h. das Verhältnis von Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, wird sich (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) von 22,2 % im Jahr 2007 auf voraussichtlich 22,1 % im Jahr 2008 nur leicht verändern und damit zwei Prozentpunkte über dem niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik aus dem Jahre 2004 (20,1 %) liegen. Die Aufkommenselastizität (relative Veränderung der Steuereinnahmen im Verhältnis zur relativen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts) lag im Jahr 2007 erneut deutlich über zwei, d. h. die Steuereinnahmen haben sich stärker als das

Wirtschaftswachstum entwickelt; in den vorhergehenden sechs Jahren waren deutlich niedrigere und sogar negative Elastizitäten zu verzeichnen.

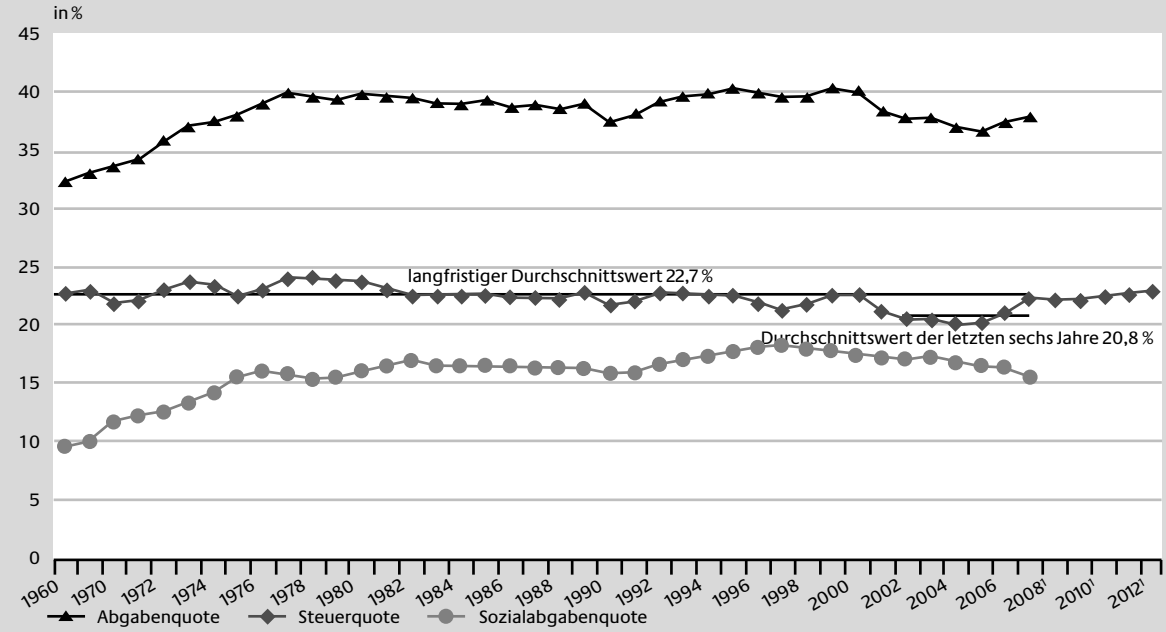
In der langfristigen Entwicklung ist die Steuerquote relativ stabil: Der langfristige Durchschnittswert beträgt 22,7 %; innerhalb der letzten sechs Jahre betrug die Steuerquote durchschnittlich nur 20,8 % und bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2012 wird sie voraussichtlich auf 22,8 % steigen (siehe Abbildung 1).

Unter Einbeziehung der Beiträge zur Sozialversicherung lässt sich die Abgabenquote berechnen, d.h. das Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. In der langfristigen Betrachtung hat sich die Abgabenquote (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) wegen der gestiegenen Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme spürbar erhöht: Sie stieg von 32,2 % im Jahr 1960 auf 37,8 % im Jahr 2007 (siehe Abbildung 1). Dabei konnte das Niveau der Sozialabgaben am aktuellen Rand auch durch steuerliche Umfinanzierungsmaßnahmen gesenkt werden, wie bspw. die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes bei gleichzeitiger Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

# 2 Struktur des Steueraufkommens

Die Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert keine Aufschlüsse über die Struktur unseres Steuersystems. Notwendig sind dazu Betrachtungen des Aufkommens und der Entwicklung einzelner Steuerarten. So machten im Jahr 2007 allein die Steuern vom Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) und die Steuern vom Umsatz gemeinsam rd. 72 % der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Zusammen mit der Energiesteuer (frühere Mineralölsteuer) und der Gewerbesteuer waren es 86,5 %. Werden noch die Tabaksteuer und die Grundsteuer hinzugezählt, dann entfallen rd. 91 % auf die acht größten Steuern (siehe Abbildung 2, S. 85).[1] Bis zum Jahr 2012 wird sich der Anteil der Steuern vom Umsatz nach der Prognose weiter erhöhen, während die Tabaksteuer und die Energiesteuer an Gewicht verlieren und auch in absoluten Beträgen eine leicht rückläufige Entwicklung nehmen werden.

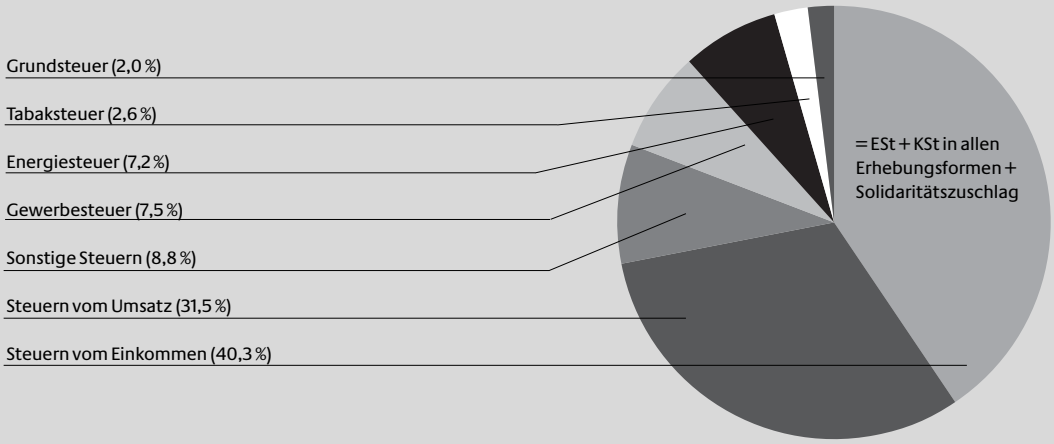
## Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquote in Deutschland




¹ Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008.

[1] Der Begriff „Einkommensteuer“ umfasst dabei die Erhebungsformen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag.

## Abbildung 2: Anteil einzelner Steuerarten am Steueraufkommen 2007

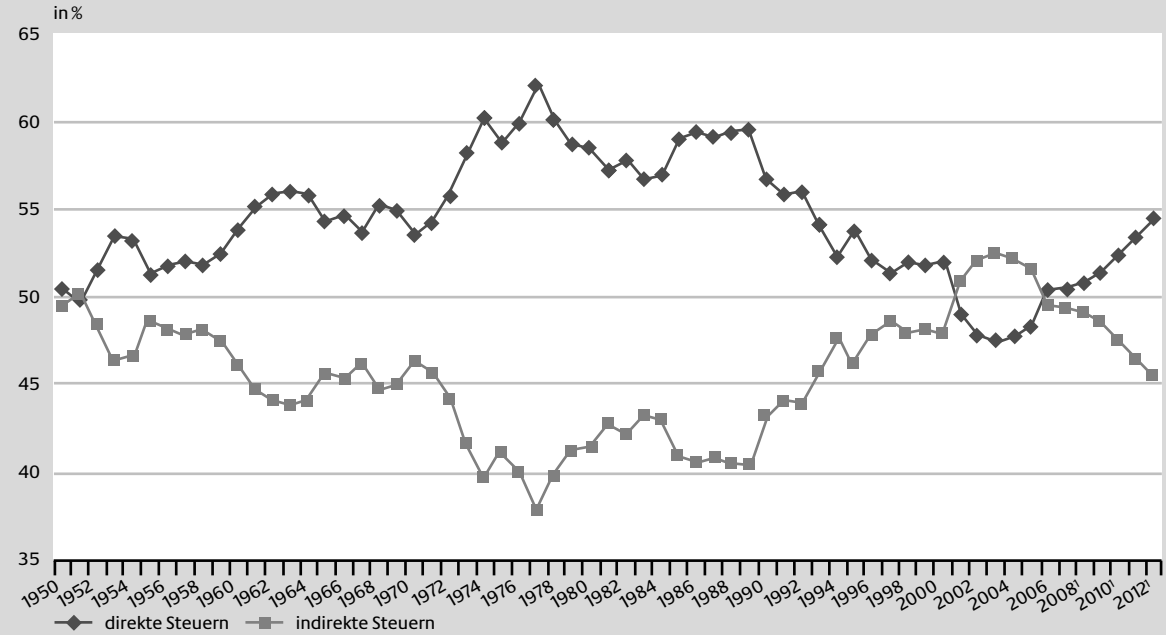



Stand: Mai 2008.

Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen lag in 2007 mit 50,6 % über dem Anteil der indirekten Steuern. Hingegen war von 2001 bis 2005 der Anteil der indirekten Steuern größer als der Anteil der direkten Steuern (siehe Abbildung 3). Wesentliche Gründe für diese Verteilung innerhalb dieses Zeitraums sind die Umsatzsteuererhöhungen in den 90er-Jahren, die Mineralölsteuererhöhungen sowie die Einführung der Stromsteuer (ökologische Steuerreform). Im Gegenzug sind bei den direkten Steuern neben der schwachen Konjunktur wiederum die entlastenden Auswirkungen der Steuerreform 2000 – Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und Senkung des Steuertarifs bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer – abzulesen.

Die Aufkommenselastizität der direkten Steuern ist deutlich größer als die der indirekten

## Abbildung 3: Anteil der direkten und indirekten Steuern am Steueraufkommen



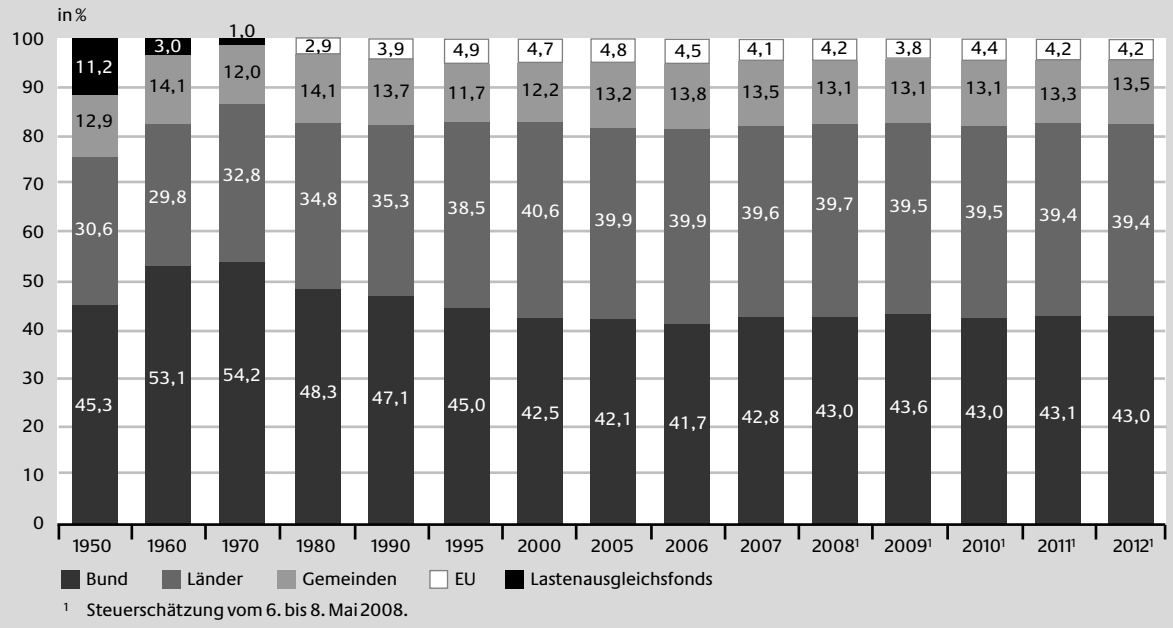

[1] Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008.

Steuern, vor allem wegen des progressiven Einkommensteuertarifs. Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen wird sich daher auf Basis des unterstellten Konjunkturverlaufs auf 54,5 % im Jahr 2012 erhöhen.

# 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Im Jahr 2007 betrug der Anteil des Bundes am Steueraufkommen 42,8 % und damit gut einen Prozentpunkt mehr als 2006. Dennoch ist dieser Anteil im Vergleich zu den 50er- und 60er-Jahren (Jahreswerte zwischen 53 % und 56 %) deutlich gesunken (siehe Abbildung 4). Die Länder partizipierten in Höhe von 39,6 % am Steueraufkommen; hier ist ein Anstieg im Vergleich zu den 50er- und 60er-Jahren (Jahreswerte zwischen 25 % und 32 %) zu beobachten. Beide Entwicklungen sind u.a. Folge der deutschen Einheit, in deren Zusammenhang der Anteil der Umsatzsteuer stark zugunsten der Länder erhöht wurde. Der Bundesanteil mindert sich zudem spiegelbildlich zur Erhöhung des der EU zufließenden Steueranteils. Der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen hat sich auf 13,5 % erhöht: Insbesondere aufgrund der dynamischen Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in Verbindung mit der Senkung der Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2004 haben die Gemeinden

## Abbildung 4: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften
– in Prozent des Steueraufkommens –




¹ Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008.

in absoluten Beträgen wieder mehr Steuereinnahmen zur Verfügung als im Jahr 2000.

Bei der Interpretation dieser Zahlen sind die unterschiedlichen Aufgabenzuweisungen und damit die Ausgabenseite zu berücksichtigen.

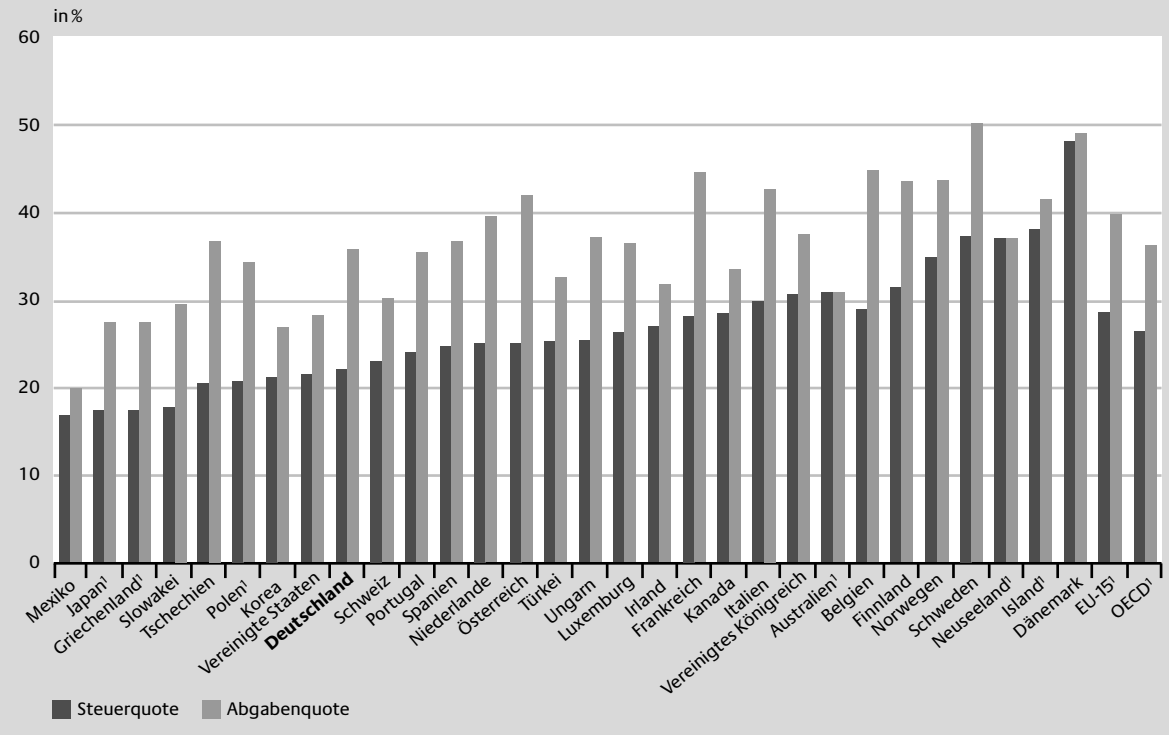
# 4 Internationaler Kontext

Im internationalen Vergleich hat Deutschland nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD mit 22,0 % eine der niedrigsten Steuerquoten (siehe Abbildung 5). Von den EU-Staaten in der OECD weisen nur Griechenland mit 17,4 % (Wert für 2005), die Slowakei mit 17,7 %, Tschechien mit 20,4 % und Polen mit 20,7 % (Wert für 2005) niedrigere Werte auf.

Mit einer Abgabenquote von 35,7 % in 2006 liegt Deutschland international weiterhin auf einem mittleren Niveau, noch unter den Durchschnittswerten der EU- und der OECD-Staaten und innerhalb der EU-Staaten auf Platz 6.

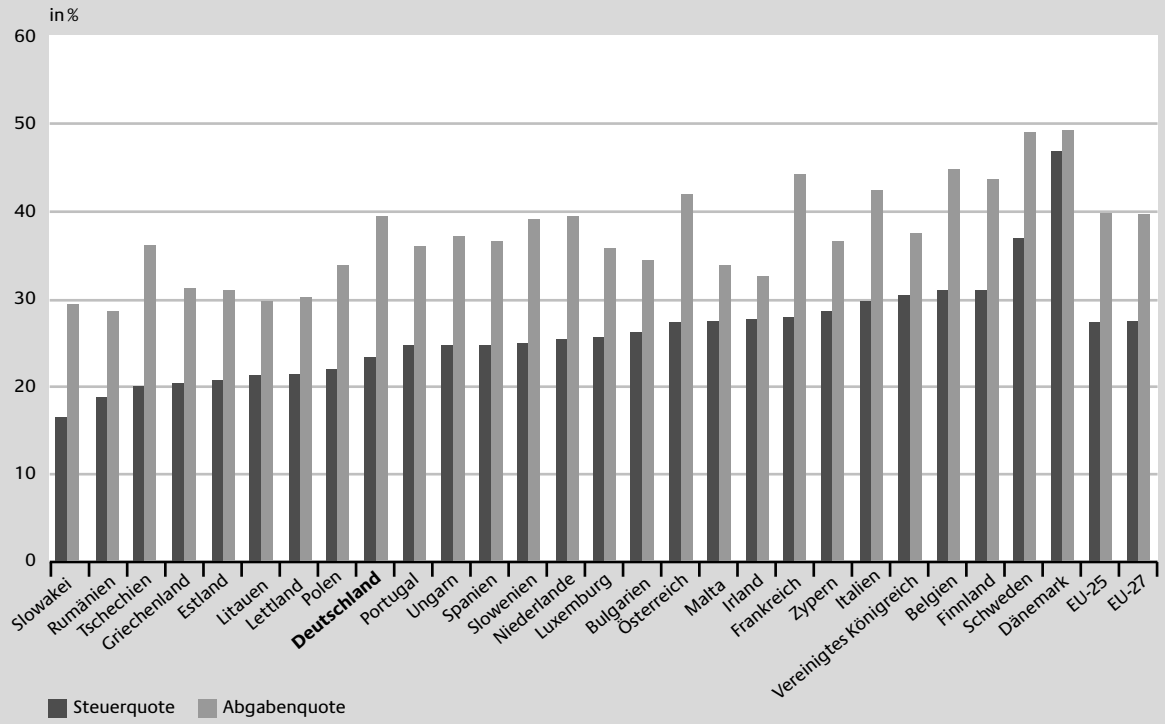
Auch nach den Abgrenzungsmerkmalen von EUROSTAT hat Deutschland mit 23,2 % (Platz 9) im europäischen Vergleich in 2006 eine der niedrigsten Steuerquoten (siehe Abbildung 6, S. 88). Bei der Abgabenquote liegt Deutschland mit einem Wert von 39,3 % unterhalb der Durchschnittswerte der EU-25 und EU-27.

## Abbildung 5: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (OECD, 2006)




[1] Werte für 2005.
Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965–2006, Paris 2007.

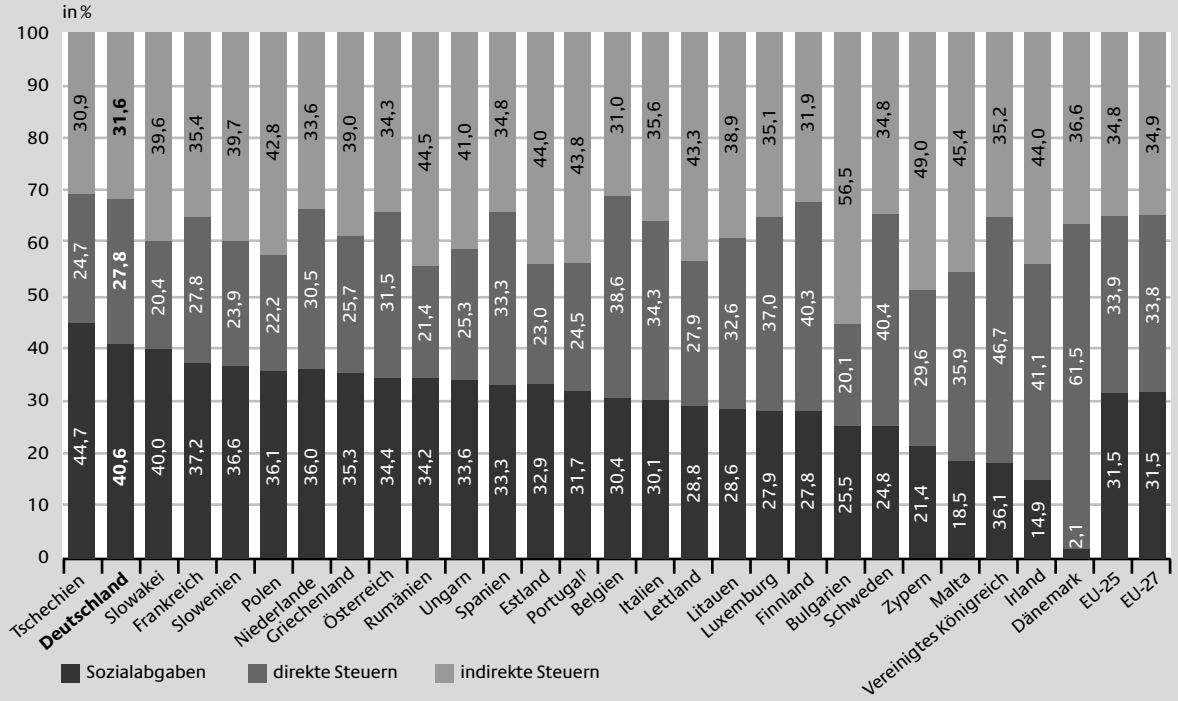
## Abbildung 6: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (EU, 2006)




Quelle: EUROSTAT/EU-KOM: Taxation trends in the EU, 2008.

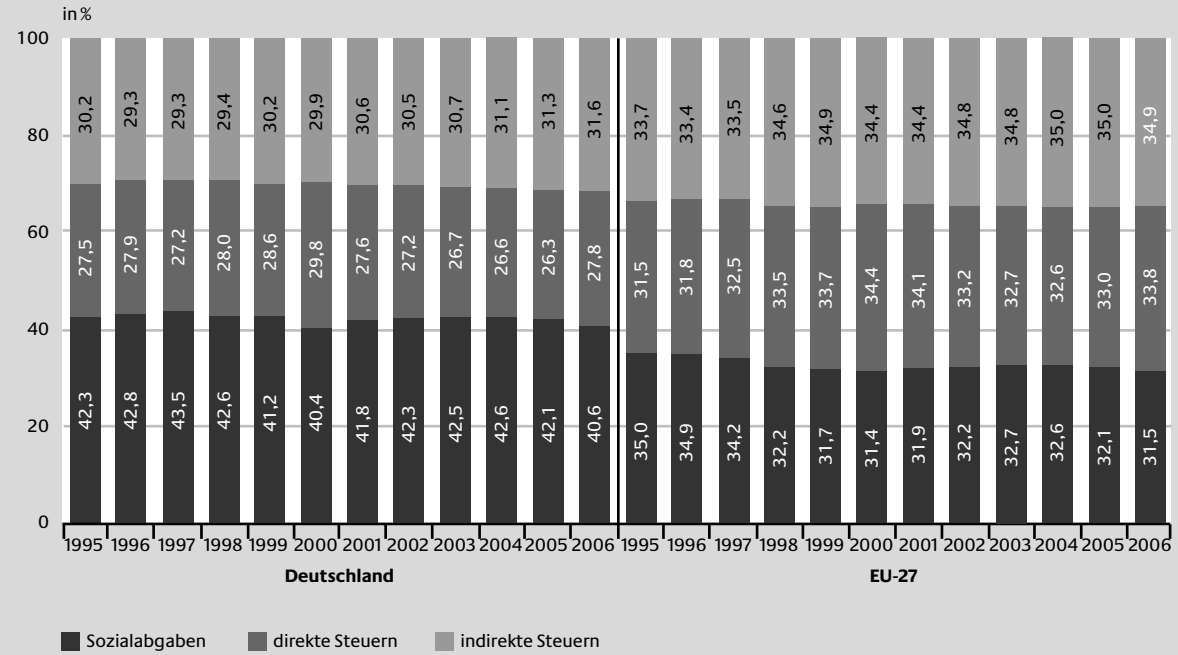
Die Struktur des Gesamtaufkommens aus Steuern und Sozialabgaben in Deutschland ist im EU-Vergleich im Jahr 2006 durch einen sehr niedrigen Anteil direkter Steuern, den – nach Tschechien und Belgien – drittniedrigsten Anteil indirekter Steuern und den – nach Tschechien – zweithöchsten Anteil an Sozialabgaben gekennzeichnet (siehe Abbildung 7, S. 89). Diese Struktur hat grundsätzlich auch im Zeitablauf Bestand (siehe Abbildung 8, S. 89), allerdings haben sich die Gewichte der Anteile der Abgabenquote in Deutschland verändert: Während sich seit 1995 der Anteil der Sozialabgaben verringerte, erhöhten sich die Anteile der indirekten und der direkten Steuern am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben. Diese Strukturentwicklung entspricht bezogen auf die indirekten Steuern der Entwicklung innerhalb der EU-Staaten. Im Gegensatz dazu erhöhte sich der Anteil der direkten Steuern im Durchschnitt der EU-27 deutlich stärker als in Deutschland, während sich der Anteil der Sozialabgaben entsprechend stärker verringerte.

## Abbildung 7: Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben (EU, 2006)




Quelle: EUROSTAT/EU-KOM: Taxation trends in the EU, 2008.

## Abbildung 8: Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben in Deutschland und EU-27




Quelle: EUROSTAT/EU-KOM: Taxation trends in the EU, 2007.

# 5 Ausblick

Gerade die im internationalen Vergleich niedrige Steuerquote und die zugleich relativ hohe Sozialabgabenquote geben Hinweise darauf, wo eine Diskussion über ein Senkung der Abgabenbelastung schwerpunktmäßig ansetzen sollte. So könnte sich – wenn die Steuerquote weiter leicht steigt und die Konsolidierung des Haushaltes wie geplant voranschreitet – nach 2011 Spielraum für eine stärkere Haushaltsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ergeben.

# Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012


1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2008 bis 2012 ..... 91
2 Finanzpolitische Ausgangslage ..... 92
3 Im Fokus gestaltender Finanzpolitik: Weiterer Abbau der Neuverschuldung für langfristig tragfähige Finanzen bei gleichzeitiger Stärkung wichtiger Zukunftsfelder ..... 94
4 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern ..... 95
5 Wesentliche Politikbereiche ..... 98
5.1 Bildung und Forschung ..... 98
5.2 Entwicklungszusammenarbeit ..... 98
5.3 Innere Sicherheit ..... 99
5.4 Verteidigung ..... 99
5.5 Umwelt ..... 100
5.6 Wirtschafts- und Technologieförderung ..... 100
5.7 Verkehr und Wohnungswesen ..... 101
5.8 Renten- und Krankenversicherung ..... 102
5.9 Arbeitsmarkt ..... 102
5.10 Familie ..... 103
5.11 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ..... 103
6 Personal und Verwaltung ..... 103



– Trotz abgeschwächter konjunktureller Rahmenbedingungen werden die Eckwerte der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung eingehalten.
– Ab dem Haushalt 2011 wird der Bund keine neuen Schulden mehr aufnehmen und erreicht damit in der Haushaltswirtschaft eine neue Qualität.
– Vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, auch für zukünftige Schwerpunkte oder Belastungen vorzusorgen.




## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2008 bis 2012

Die deutsche Wirtschaft ist intakt trotz anhaltender Finanzmarktturbulenzen und einer Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes (Euro-Aufwertung, steigende Rohstoffpreise). Das Bruttoinlandsprodukt stieg im 1. Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um + 1,5 % gegenüber dem 4. Quartal 2007 an.

Ausschlaggebend hierfür waren die positiven Wachstumsimpulse aus dem Inland. Der Aufschwung wurde in erster Linie von einer sehr lebhaften Investitionstätigkeit getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen (+ 4,0 % gegenüber Vorquartal) profitierten nicht zuletzt von der hohen Nachfrage und der überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung. Auch die Bauinvestitionen expandierten deutlich (+ 4,5 %). Die privaten Konsumausgaben haben sich nach dem schwachen 4. Quartal 2007 zum Beginn dieses Jahres leicht erholt (+ 0,3 %).

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde von einem kräftigen Beschäftigungsaufbau begleitet. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen in allen Regionen und in fast allen Branchen bis zuletzt spürbar zu. Im Juni 2008 ist die registrierte Arbeitslosigkeit in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 528 000 auf 3,16 Mio. Personen und damit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Daneben kann bei den Arbeitslosen unter 25 Jahren ein Rückgang um – 16 % verzeichnet werden, und hervorzuheben ist auch der starke Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Im Mai 2008 gab es 1,14 Mio. Langzeitarbeitslose, – 21,3 % weniger als ein Jahr zuvor.

Insgesamt wird sich in der deutschen Wirtschaft 2008 und 2009 die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Dynamik dürfte sich aber aufgrund einer Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes abschwächen.

In ihrer Frühjahrsprojektion erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von + 1,7 %. Einzelne Wirtschaftsforschungsinstitute sowie die Deutsche Bundesbank haben ihre Prognosen für das Jahr 2008 zwischenzeitlich auf über + 2 % erhöht. Für 2009 dürfte das reale Wirtschaftswachstum nach Einschätzung der Bundesregierung nicht zuletzt auch aufgrund einer geringeren Anzahl von Arbeitstagen + 1,2 % betragen. Mittelfristig, d. h. im Zeitraum 2008 bis 2012, dürfte das BIP durchschnittlich um real rund + 1½ % p. a. zunehmen.

2008 wird eine Jahresteuerungsrate von + 2,6 % erwartet. Hierbei ist eine Abschwächung des Preisauftriebs gegen Ende des Jahres unterstellt. 2009 wird mit einem durchschnittlichen Preisniveauanstieg um + 1,8 % gerechnet. Allerdings stellt ein höherer Preisanstieg als erwartet ein wesentliches Risiko für eine durchgreifende Erholung des privaten Konsums dar.

# 2 Finanzpolitische Ausgangslage

## Erfolge bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts

Mit der finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung und der positiven konjunkturellen Entwicklung in dieser Legislaturperiode ist es nicht nur gelungen, die Nettokreditaufnahme des Bundes von 31,2 Mrd. € im Haushaltsjahr 2005 schrittweise auf 14,3 Mrd. € im Haushaltsjahr 2007 zurückzuführen und damit die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung zu erreichen. Mit dem Nachtragshaushalt 2007 konnten daneben zusätzliche Steuereinnahmen, insbesondere für wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben wie den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren, zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wurde die strukturelle Lücke im Bundeshaushalt um insgesamt rund 10 Mrd. € verringert. So konnten im vergangenen Jahr die eingeplanten Einnahmen aus der Verwertung von Kapitalvermögen um insgesamt 4,7 Mrd. € reduziert und damit das Vermögen des Bundes im gleichen Umfang geschont werden.

Der Bundeshaushalt 2008 sieht einen weiteren Abbau der Nettoneuverschuldung auf 11,9 Mrd. € vor. Im Vollzug entwickeln sich bisher sowohl die Ausgabenseite als auch die Steuereinnahmen im Rahmen der Erwartungen.

## Situation der Sozialversicherung weiter verbessert

Die gute konjunkturelle Entwicklung hat auch in den Haushalten der Sozialversicherungsträger ihren Niederschlag gefunden. In erster Linie ist hier die erfreuliche Entwicklung des Arbeitsmarkts zu nennen, die zu höheren Beitragseinnahmen führt. Der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat im Jahr 2007 mit einem Überschuss von rund 6,6 Mrd. € abgeschlossen und zum Ende des Jahres eine Rücklage von rund 17,8 Mrd. € verzeichnet. Gleichzeitig war es möglich, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab dem Jahr 2008 von zuvor 4,2 % auf 3,3 % zu senken, was zu einer weiteren finanziellen

Entlastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Umfang von rund 7 Mrd. € jährlich führt. In den letzten beiden Jahren ist es damit gelungen, den Beitragssatz nahezu zu halbieren. Damit hat die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Rückführung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags geleistet. Auch im Jahr 2008 kann die BA - ohne Berücksichtigung der Zuführung an den Versorgungsfonds – voraussichtlich einen Überschuss erreichen.

Aufgrund der positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts hat sich bei der gesetzlichen Rentenversicherung der Aufwuchs der Nachhaltigkeitsrücklage weiter beschleunigt. Bei der Gesetzlichen Krankenversicherung haben höhere Einnahmen die Haushaltslage stabilisiert und damit auch die Ausgangsbasis für den Start des mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) angelegten Gesundheitsfonds im Jahr 2009 gefestigt.

In erster Linie bildet sich die positive wirtschaftliche Entwicklung bei den Arbeitsmarktausgaben – bedingt durch den Rückgang der Zahl der kurzzeitig Arbeitslosen – im Haushalt der BA ab. Der Aufschwung ist aber auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit und damit im Bereich der aus dem Bundeshaushalt finanzierten arbeitsmarktpolitischen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende spürbar, wenn auch – im Vergleich zu den Auswirkungen im Haushalt der BA – unterproportional. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um rund 130 000 bzw. – 3,4 %. Dieser Rückgang in den Fallzahlen spiegelt sich in der Ausgabenentwicklung der Grundsicherung wider. Die monatlichen Ausgaben des Bundes beim Arbeitslosengeld II liegen im Jahr 2008 um rund – 5 % unter denen des Vorjahres. Sie liegen sogar um rund –19% unter denen des Jahres 2006, was auch eine Folge der vom Gesetzgeber getroffenen Maßnahmen (SGB-II-Änderungsgesetz; SGB-II-Fortentwicklungsgesetz) ist.

## Positive Entwicklung wesentlicher Kennziffern

Der stabile Trend der haushaltspolitischen Entwicklung ist auch an der Entwicklung wichtiger finanzpolitischer Kennziffern abzulesen:

- Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt im Jahr 2008 11,3 % und entspricht damit annähernd dem Wert des Vorjahres.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat (Stand: März 2008) im Vergleich zum Vorjahreswert um + 2,4 % zugenommen.
- Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag unterschreitet den Vorjahreswert um weitere knapp – 0,8 Prozentpunkte.
- Die Staatsquote – die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen bezogen auf das BIP – entwickelt sich weiter rückläufig. Sie wird in diesem Jahr etwa 43 ½ % betragen und damit rund – 6 Prozentpunkte niedriger sein als zu ihrem Höchststand im Jahr 1996. Die Staatsquote in Deutschland liegt zum zweiten Mal in Folge unterhalb des europäischen Durchschnitts, insbesondere aber auch deutlich unterhalb der jeweiligen Staatsquoten unserer westlichen Nachbarstaaten – ausgenommen Luxemburg.
- Die rückläufige Entwicklung der Staatsquote geht einher mit einer sinkenden Abgabenquote (nach Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Diese reduziert sich von 40,3 % im Jahr 2007 um knapp einen Prozentpunkt auf 39 ½ %.
- Im vergangenen Jahr konnte erstmals seit der deutschen Wiedervereinigung ein ausgeglichener Staatshaushalt erzielt werden. Im laufenden Jahr ist – trotz zusätzlicher Belastungen durch die Unternehmensteuerreform und die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst – nur eine leichte Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos zu erwarten.

# 3 Im Fokus gestaltender Finanzpolitik: Weiterer Abbau der Neuverschuldung für langfristig tragfähige Finanzen bei gleichzeitiger Stärkung wichtiger Zukunftsfelder

## Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 rückt ein Ausstieg aus der Neuverschuldung in greifbare Nähe

Trotz sich tendenziell abschwächender konjunktureller Rahmenbedingungen halten der Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan bis 2012 die Eckwerte der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung des Bundes ein. Das haushaltspolitische Ziel eines Haushaltsausgleichs ohne Nettokreditaufnahme wird – wie bereits im vergangenen Jahr geplant – im Jahr 2011 erreicht. Auch für das Jahr 2012 sieht der Finanzplan des Bundes keine Neuverschuldung mehr vor. Der Bundeshaushalt ab 2012 weist darüber hinaus auch eine nur noch sehr geringe strukturelle Lücke auf, d. h. der Bundeshaushalt ist nahezu ausgeglichen ohne Inanspruchnahme von Einmalerlösen (z. B. aus Veräußerungsgewinnen).

## Wachstumsfördernde Maßnahmen und weitere Stärkung von Zukunftsbereichen

Neben der Rückführung der Neuverschuldung wird die Bundesregierung auch in den nächsten Jahren auf der Ausgabeseite wichtige und wachstumsfördernde Zukunftsfelder auf hohem Niveau fördern. Damit leistet der Bundeshaushalt einen unverzichtbaren Beitrag dazu, die Fundamente für ein weiterhin nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu festigen. Die im Bundeshaushalt 2008 und dem bislang geltenden Finanzplan gesetzten Akzente haben daher Bestand und werden weiter verstärkt. So werden mit dem Haushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 zusätzliche Mittel für die prioritären Bereiche „Entwicklungshilfe“ und „Forschung und Entwicklung“ in Höhe von insgesamt 1,25 Mrd. € p. a. bereitgestellt. Davon entfallen auf den Bereich „Entwicklungshilfe“ jährlich 800 Mio. €, auf „Forschung und Entwicklung“ 450 Mio. € p. a. Finanziert wird dies unter anderem durch zusätzliche Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten als einem innovativen Finanzierungsinstrument.

## Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Finanzpolitik

Ein Arbeitsschwerpunkt der von Bundestag und Bundesrat eingesetzten Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen („Föderalismuskommission II“) ist die Reform der Verschuldungsregelungen des Grundgesetzes. Ziel ist eine neue Schuldenregel für einen dauerhaft handlungsfähigen Staat. Die Bundesregierung hat ihre Vorstellungen für eine entsprechende Neugestaltung der finanzverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen in die Arbeit der Kommission eingebracht.

Daneben hat die Bundesregierung auch eine Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes eingeleitet, deren Ziel eine stärker ressourcen- und ergebnisorientierte Betrachtung des Bundeshaushalts sein soll.

# 4 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

## Eckdaten

Der Bundeshaushalt 2009 und der Finanzplan bis 2012 sehen die in der untenstehenden Tabelle dargestellten Eckwerte vor. Diese Eckwerte belegen, dass der von der Bundesregierung eingeschlagene haushaltspolitische Kurs konsequent weiterverfolgt wird. Die gesetzten kurz- und mittelfristigen Konsolidierungsziele werden nicht nur eingehalten, sondern zum Teil noch übertroffen. Mit dem Ende der Aufnahme neuer Schulden ab dem Haushaltjahr 2011 erreicht die Haushaltswirtschaft des Bundes endgültig eine neue Qualität. Dabei unterstützen die zunehmend fortschreitenden Konsolidierungserfolge des Bundes auch die positive Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos. Insgesamt bleibt der staatliche Gesamthaushalt in der kurzen Frist ausgeglichen. In der mittleren Frist ist mit einer weiteren Verbesserung zu rechnen.

Im Regierungsentwurf 2009 sind Ausgaben in Höhe von 288,4 Mrd. € veranschlagt. Dies sind rund + 1,8 % mehr als im Haushalt 2008 bzw. 2,9 Mrd. € (+1,0 %) mehr als im bislang geltenden Finanzplan. Ein erheblicher Teil dieses Aufwuchses ist auf Ausgabensteigerungen zurückzuführen, denen zusätzliche Einnahmen in gleicher Höhe gegenüberstehen:

- Zusätzliche Ausgaben für den Klimaschutz in Höhe von jährlich 600 Mio. € werden aus Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten gegenfinanziert.
- Im Verkehrshaushalt ermöglichen Mehreinnahmen aus der geplanten Mauterhöhung eine Verstärkung der Investitionslinie. Im Jahr 2009 werden hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Mrd. € bereitgestellt.

Ohne diese Sondereffekte vermindert sich die Steigerungsrate der Gesamtausgaben auf rund + 1,3 % gegenüber 2008 bzw. knapp + 0,5 % gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan.

Die verbleibende Ausgabenerhöhung resultiert aus der diesjährigen Tarif- und Besoldungsrunde, die beim Bund zu einer jährlichen Mehrbelastung in Höhe von rund 2 Mrd. € führen wird, sowie aus dem jährlich um 1,5 Mrd. € steigenden Bundeszuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung.

Der Ausgabenanstieg liegt damit deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen BIP und der für das laufende Jahr prognostizierten Preissteigerungsrate.



### Tabelle: Eckwerte Bundeshaushalt 2009 und Finanzplan bis 2012

| | Ist 2007 | Soll 2008 | Entwurf 2009 | Finanzplan 2010 | 2011 | 2012 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mrd. € | | | | | |
| **Ausgaben** | **270,4** | **283,2** | **288,4** | **292,4** | **295,2** | **300,6** |
| Veränderung ggü. Vorjahr in % | + 3,6 | + 4,7 | + 1,8 | + 1,4 | + 1,0 | + 1,8 |
| **Einnahmen** | **270,4** | **283,2** | **288,4** | **292,4** | **295,2** | **300,6** |
| Steuereinnahmen | 230,0 | 238,0 | 248,7 | 255,4 | 266,3 | 276,0 |
| Sonstige Einnahmen | 26,0 | 33,3 | 29,2 | 31,0 | 28,9 | 24,6 |
| – davon Einnahmen aus Kapitalvermögen (u. a. Privatisierung) | 4,5 | 10,7 | 4,3 | 6,5 | 4,6 | 1,7 |
| Nettokreditaufnahme | 14,3 | 11,9 | 10,5 | 6,0 | 0 | 0 |
| nachrichtlich: **Investitionen** | **26,2** | **24,7** | **25,9** | **25,9** | **25,5** | **25,3** |

Differenzen durch Rundung möglich.

## Finanzpolitische Kennziffern verbessern sich weiter

Die weitere strukturelle Verbesserung der Haushaltslage kann auch am Beispiel ausgewählter volks- und finanzwirtschaftlicher Kennziffern dargestellt werden:

- Im Jahr 2009 sinkt das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum BIP gegenüber dem Soll des laufenden Jahres von 11,3 % auf 11,2 % ab. Im Finanzplanzeitraum geht die Ausgabenquote kontinuierlich noch weiter auf dann 10,6 % im Jahr 2012 zurück.
- Gleichzeitig steigt der Primärüberschuss – der Saldo aus den Einnahmen ohne Nettokreditaufnahme und den Ausgaben ohne Zinsen – auf rund 31 Mrd. € an. Bis zum Ende des Finanzplanzeitraums vergrößert sich dieser Überschuss, der die laufenden und vergangenen Verschuldungswirkungen auf den Haushalt ausblendet, auf mehr als 47,1 Mrd. €.
- Dementsprechend sinkt auch die Kreditfinanzierungsquote – der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben – kontinuierlich. Während die Quote im Jahr 2004 noch bei 15,7 % lag, kann sie mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2009 auf 3,6 % gesenkt werden (Vorjahr: 4,2 %). Mit dem Ausstieg aus der Neuverschuldung wird sie ab dem Jahr 2011 auf Null zurückgeführt.
- Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen steigt spiegelbildlich zum Rückgang der Einmaleffekte und der Nettokreditaufnahme von 84 % im Soll des laufenden Jahres über 86,2 % bis auf 91,8 % im Jahr 2012.
- Die Zinsausgabenquote – das Verhältnis der Zinsausgaben zu den Gesamtausgaben – verringert sich im kommenden Haushaltsjahr gegenüber dem Soll 2008 trotz eines zunächst weiter leicht zunehmenden Schuldenstandes von 14,8 % auf 14,4 %.
- Der gesamtstaatliche Haushalt wird im Jahr 2009 wieder ausgeglichen sein. Die Schuldenstandsquote sinkt von 67,8 % im Jahr 2005 weiter auf dann 61 ½ %.

Die Höhe der im Bundeshaushalt 2009 veranschlagten Investitionen beträgt rund 25,9 Mrd. €, das sind 9 % der Bundesausgaben. Im Vergleich zum Haushalt des Vorjahres bedeutet dies einen Zuwachs von mehr als 1 Mrd. €. Die positive Entwicklung setzt sich über den gesamten Finanzplanzeitraum fort. Eine zusätzliche, über den klassischen haushälterischen Investitionsbegriff hinausgehende „Investition in die Zukunft“ ist auch die vorgesehene weitere gezielte Stärkung der Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung in Höhe von insgesamt rund 560 Mio. €.

## Einnahmen

Obwohl sich das wirtschaftliche Wachstum infolge der Eintrübung der Weltwirtschaft, vor allem durch die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten, abgeschwächt hat, wird sich die Gesamtwirtschaft nach Einschätzung der Bundesregierung in den kommenden Jahren weiterhin günstig entwickeln. Vor dem Hintergrund der erfreulichen aktuellen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt konnten insbesondere die Erwartungen an die Zuwächse der Bruttolohn- und -gehaltssumme gegenüber der letzten Mittelfristschätzung deutlich nach oben angepasst werden.

Die Steuerschätzung vom Mai 2008 erbrachte gegenüber der bisherigen Finanzplanung des Bundes nur wenige Änderungen. Die Steuermindereinnahmen durch zwischenzeitlich beschlossene Steuerentlastungen (insbesondere infolge der Unternehmensteuerreform) wurden weitgehend durch Steuermehreinnahmen aufgrund verbesserter gesamtwirtschaftlicher Eckdaten kompensiert.

Im Bundeshaushalt 2009 werden insgesamt Steuereinnahmen in Höhe von rund 248,7 Mrd. € veranschlagt. Dies sind rund 10,7 Mrd. € mehr als im Soll des Haushalts 2008. Mit einer Zuwachsrate von rund + 4,5 % steigen sie damit deutlich stärker als die Ausgaben. Bis zum Ende des Finanzplanzeitraums werden die Steuereinnahmen bis

auf rund 276,0 Mrd. € anwachsen. Diese stetige und nachhaltige Entwicklung bildet einen wichtigen Eckpfeiler für den schrittweisen Abbau und den daran anschließenden vollständigen Verzicht auf eine Neuverschuldung des Bundes.

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) wird u. a. auch die Besteuerung von Kapitaleinkünften des Privatvermögens modernisiert. Dieser Reformschritt wird zum 1. Januar 2009 eingeführt und ist eng mit der Reform der Unternehmensbesteuerung verbunden. Maßnahmen zur besseren Integration des selbst genutzten Wohneigentums in die geförderte Altersvorsorge sollen mit dem Entwurf eines Eigenheimrentengesetzes umgesetzt werden.

Mit dem Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2009 sollen insbesondere Anpassungen des Steuerrechts an Recht und Rechtsprechung der Europäischen Union, Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerausfällen bzw. zur Sicherung des Aufkommens sowie Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts umgesetzt werden.

Auch im Rahmen des Bundeshaushalts 2009 und des Finanzplans bis 2012 wird die Bundesregierung Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen erzielen und die sich hieraus ergebenden finanziellen Potenziale nutzen. Im Vergleich zu den Vorjahren kann das Volumen aber deutlich abgesenkt und damit das Vermögen des Bundes geschont werden. Gleichwohl wird der Bund auch in Zukunft seinen ordnungspolitisch gebotenen Weg der Veräußerung von Vermögen, an dem kein wichtiges Bundesinteresse mehr besteht, fortführen. Dabei wird auf die kapitalmarktgerechte Ausgestaltung der Privatisierungsmaßnahmen geachtet.

Die im Haushaltsentwurf 2009 vorgesehene Nettokreditaufnahme liegt wie geplant mit 10,5 Mrd. € um 1,4 Mrd. € unter dem Soll des Bundeshaushalts 2008. Im weiteren Finanzplanzeitraum wird sie über einen Betrag von 6 Mrd. € im Jahr 2010 ab dem Jahr 2011 auf Null zurückgeführt.

Eine geringere Nettokreditaufnahme als im Haushaltsjahr 2009 war letztmalig vor zwei Jahrzehnten, im Haushaltsjahr 1989, zu verzeichnen; sie erreicht im Jahre 2009 damit den niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Setzt man die Neuverschuldung ins Verhältnis zu den Ausgaben des jeweiligen Haushaltsjahres, ergibt sich ein noch günstigeres Bild: Während sich hier für das Vergleichsjahr 1989 eine Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushalts von 6,6 % errechnet, beträgt sie im Haushaltsjahr 2009 lediglich noch rund 3,6 %.

Im Ergebnis gelingt es mit dem Bundeshaushalt 2009, die strukturelle Lücke – als Summe von Nettokreditaufnahme und Einmalmaßnahmen – um fast 8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zu verkleinern. Diese Lücke wird im Finanzplanzeitraum weiter geschlossen und reduziert sich auf einen Betrag von unter 2 Mrd. € im Jahr 2012.

## Vorsorge für verbesserte Förderung von Familien mit Kindern im Rahmen einer vorausschauenden Finanzpolitik

Vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik bedeutet auch, für solche zukünftigen Schwerpunkte oder Belastungen vorzusorgen, die dem Grunde nach bereits vereinbart oder absehbar, aber mangels hinreichender tatsächlicher oder rechtlicher Konkretisierung noch nicht etatreif sind. Da sich die Regierungskoalition dem Grunde nach einig ist, zum 1. Januar 2009 die finanziellen Leistungen für Familien mit Kindern weiter auszubauen, ist im Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und im Finanzplan bis 2012 hierfür mit einem Betrag in Höhe von 1 Mrd. € p. a. Vorsorge getroffen.

# 5 Wesentliche Politikbereiche

## 5.1 Bildung und Forschung

Die Priorität für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes besteht unverändert fort. Beleg hierfür sind das bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode beschlossene 6-Milliarden-Euro-Programm für Forschung und Entwicklung (FuE) und die „Hightech-Strategie Deutschland". Wie bereits mit dem Haushalt 2008 wird dieser Bereich auch im nächsten Jahr durch zusätzliche Mittel gestärkt: Im Bundeshaushalt 2009 und in den Folgejahren stehen jeweils weitere 450 Mio. € zur Verfügung; hiervon erhalten das Bundesministerium für Bildung und Forschung 300 Mio. €, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 100 Mio. € und die übrigen am 6-Milliarden-Euro-Programm partizipierenden Ressorts 50 Mio. €. Mit diesen Ausgabensteigerungen trägt der Bund seinen Anteil dazu bei, die FuE-Ausgaben in 2009 auf 2,8 % des BIP zu steigern.

Die im Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung veranschlagten Mittel werden gegenüber dem Vorjahres-Soll um rund + 7,8 % gesteigert. Die zusätzlichen Mittel werden insbesondere für weitere Maßnahmen in folgenden Bereichen eingesetzt: Forschung für die ältere Gesellschaft und Gesundheitsforschung, Verstärkung der Mittelstandsforschung durch „KMU Innovativ", Stärkung der neuen Länder als Forschungsstandort, Klima- und Energieforschung sowie zur Verstärkung der internationalen Forschungszusammenarbeit.

Insbesondere im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation setzt die Bundesregierung ihre Anstrengungen zur strukturellen Modernisierung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft fort. Insgesamt stehen für die Förderung der großen Forschungseinrichtungen 2009 rund 3,7 Mrd. € bereit.

Die Bundesregierung steht zur gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern, die Investitionen in das Bildungssystem auszubauen. Zur Finanzierung des BAföG mit erhöhten Leistungsparametern bei gleichzeitigem Anstieg der Gefördertenzahlen werden die Ausgaben um rund 136 Mio. € auf über 1,4 Mrd. € erhöht. Außerdem werden bereits im Jahr 2009 zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Mio. € im Rahmen der Qualifizierungsinitiative zur Verfügung gestellt.

## 5.2 Entwicklungszusammenarbeit

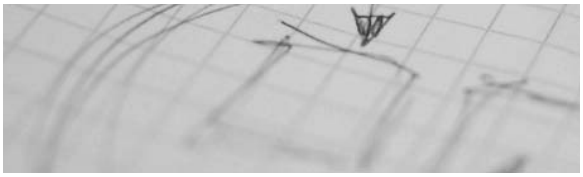
Der Entwurf des Bundeshaushalts sieht für das Jahr 2009 gegenüber dem bisherigen Finanzplan eine Steigerung der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit um insgesamt 800 Mio. € vor. Diese Steigerung wird im Finanzplanzeitraum bis 2012 fortgeschrieben, so dass in den kommenden vier Jahren zusätzlich insgesamt 3,2 Mrd. € für Entwicklungsleistungen zur Verfügung stehen werden. Das ist nach der im vergangenen Jahr im Rahmen der Finanzplanung bis 2011 vorgenommenen Erhöhung der Mittel um insgesamt 3 Mrd. € die zweite beträchtliche Aufstockung. Sie zeigt, welch hohen Stellenwert die Bundesregierung dem Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit einräumt.

Eine entscheidende Kennziffer im internationalen Bereich ist hierbei die sog. ODA-Quote (Official Development Assistance in Prozent des Bruttonationaleinkommens), die dem Verhältnis von öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und dem Bruttonationaleinkommen entspricht. Als ODA-anrechnungsfähig gelten insbesondere die entwicklungsorientierten Leistungen, die ein Zuschusselement von mindestens 25 % aufweisen. Die Bundesregierung wird die zusätzlich bereit gestellten Mittel so einsetzen, dass sie dieses Kriterium vollständig erfüllen. Die Größenordnung der deutschen ODA-Quote für das Jahr 2008 liegt bei voraussichtlich 0,38 %.

Von den zusätzlichen Mitteln des Jahres 2009 erhält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nahezu zwei Drittel (rund 513 Mio. €). Der Haushalt des BMZ wächst damit prozentual erneut im zweistelligen Bereich. Auch andere Ressorts partizipieren an dem Aufwuchs der ODA-Mittel (Auswärtiges Amt mit 150 Mio. €, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit 120 Mio. €,

andere Ressorts mit rund 17 Mio. €). Dies spiegelt insbesondere die Absicht der Bundesregierung wider, gegenüber den Entwicklungsländern auf den Feldern der Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits-, Menschenrechts- und Außenwirtschaftspolitik mit einem Höchstmaß an Kohärenz aufzutreten.

Zugleich bringt die im Verhältnis zu anderen Politikfeldern überproportional hohe Steigerung der Entwicklungsausgaben zum Ausdruck, dass Deutschland sich auch weiterhin zu seinen entwicklungspolitischen Verpflichtungen bekennt. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel, die teilweise zur Deckung des o. a. Aufwuchses der ODA-anrechnungsfähigen Ausgaben zur Verfügung stehen (im Jahr 2008 erstmals 120 Mio. €, ab 2009 dann 230 Mio. €) stellen dabei innovative Finanzierungsinstrumente dar, wie sie zur Erreichung der ODA-Ziele auch gefordert werden.



## 5.3 Innere Sicherheit

Der Bundeshaushalt 2009 sieht für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern Ausgaben in Höhe von rund 5,6 Mrd. € vor. Hiervon entfallen rund 3,8 Mrd. €, also über zwei Drittel und damit erneut der weitaus größte Anteil, auf den Bereich der Inneren Sicherheit. Für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) sind hiervon Mittel in Höhe von rund 278 Mio. € vorgesehen. Im Vergleich zum bislang geltenden Finanzplan wird der Bereich der Inneren Sicherheit einschließlich des BBK und des THW mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von rund 557 Mio. € ausgestattet. Dies ermöglicht es, die Maßnahmen zur Inneren Sicherheit weiter auf hohem Niveau auszubauen:

Bund und Länder errichten gemeinsam ein mit einer bundeseinheitlichen Technik ausgestattetes digitales Sprech- und Datenfunknetz für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Digitalfunk), das im Wesentlichen bis Ende des Jahres 2010 in Betrieb genommen werden soll. Der Bund stellt hierfür im Jahr 2009 rund 402 Mio. € für die von ihm gemäß dem Verwaltungsabkommen mit den Ländern zu leistenden Ausgaben bereit.

Für das Bundeskriminalamt stehen im Jahr 2009 insgesamt rund 386 Mio. € bereit, das sind rund 28 Mio. € mehr, als im bisherigen Finanzplan vorgesehen waren. Damit kann das Bundeskriminalamt u. a. die Aufgaben wahrnehmen, die ihm nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus (BKAG-Entwurf) zusätzlich erwachsen. Dieser Gesetzentwurf sieht vor, dass das Bundeskriminalamt zur Gefahrenabwehr erforderliche Befugnisse erhält, die sich an denen der Bundespolizei und der Polizeien der Länder orientieren.

Die Bundespolizei verfügt mit zusätzlich veranschlagten Mitteln in Höhe von rund 188 Mio. € im Jahr 2009 über einen Gesamtetat von rund 2,4 Mrd. €. Damit kann sie ihre grenz- und bahnpolizeilichen sowie ihre Aufgaben im Bereich der Luftsicherheit und bei Auslandseinsätzen angesichts gestiegener Sicherheitsanforderungen und einer angespannten globalen Sicherheitslage weiterhin in vollem Umfang erfüllen.

Für hauptstadtbedingte Sicherheitsmaßnahmen sind im Bundeshaushalt 2009 und im Finanzplan bis 2012 nach Abschluss des Hauptstadtfinanzierungsvertrages 2007 nunmehr 60 Mio. € p. a. veranschlagt, die der Bund dem Land Berlin erstattet.

## 5.4 Verteidigung

Der Verteidigungsetat wird mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und dem Finanzplan bis 2012 deutlich angehoben. Damit wird die uneingeschränkte Bereitschaft unterstrichen, die gegenüber der EU und der NATO eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die vom Deutschen Bundestag beschlossenen internationalen Einsätze durchzuführen. Gleichzeitig wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, den Transformationsprozess zu einer modernen Armee im Einsatz erfolgreich fortzuführen. Die Bundeswehrplanung wird mit einer aufgabenorientierten und in Betrieb und Investitionen ausgewogenen Finanzausstattung weiter umgesetzt.

Zudem werden Mittel für die Wehrsolderhöhung sowie zur Modernisierung der Flugbereitschaft bereitgestellt.

Die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt werden im Haushaltsjahr 2009 auf rund 31,1 Mrd. € (+ 1,5 Mrd. € gegenüber dem bisherigen Finanzplan) angehoben. Dies entspricht einer Steigerung von rund 1,6 Mrd. € bzw. von mehr als + 5 % gegenüber dem Haushalt 2008. Wie in den Vorjahren kann die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rund 520 Mio. € verstärkt werden. Im Jahr 2010 wird der Plafond des Einzelplans 14 rund 31,1 Mrd. € (+ 1,1 Mrd. € gegenüber dem bisherigen Finanzplan) betragen, für das Jahr 2011 rund 30,9 Mrd. € (+ 0,6 Mrd. €) und für das Jahr 2012 rund 31,2 Mrd. € (+ 0,9 Mrd. €). Insgesamt ergibt sich damit im Zeitraum 2009 bis 2012 ein Zuwachs von 4,1 Mrd. € gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan.

## 5.5 Umwelt

Erstmals seit dem 1. Januar 2008 werden nach dem „Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2008 bis 2012“ aus der Veräußerung von $CO_2$-Emissionszertifikaten Einnahmen für den Bundeshaushalt erzielt. Etatisiert sind die Mittel im Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Nach einem Kabinettbeschluss sollen sie für Maßnahmen zur Realisierung des von der Bundesregierung beschlossenen integrierten Energie- und Klimaprogramms eingesetzt werden.

Deutsche Umwelttechnologie ist weltweit führend. Gezielte Investitionen in diesem Bereich – gerade in Forschung und Entwicklung – tragen deshalb dazu bei, den Standort Deutschland dauerhaft zu stärken und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Haushaltsjahr 2009 sind – über verschiedene Einzelpläne – Ausgaben von insgesamt 600 Mio. € für internationale und nationale Klimaschutzprogramme vorgesehen. 460 Mio. € werden im Einzelplan des BMU bereitgestellt. Von diesen 460 Mio. € entfallen 120 Mio. € auf Maßnahmen des internationalen Klimaschutzes, die auf die ODA-Quote anrechenbar sind, 240 Mio. € auf die Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Marktanreizprogramm) sowie 100 Mio. € auf den sonstigen nationalen Klimaschutz.

## 5.6 Wirtschafts- und Technologieförderung

Für die Förderung von Forschung und Entwicklung stehen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie jährlich rund 2 Mrd. € zur Verfügung. Die Mittel werden gegenüber dem bisherigen Finanzplan um jährlich rd. 100 Mio. € aufgestockt, im Finanzplanzeitraum also insgesamt um fast 400 Mio. €. Damit wird vor allem die Förderung der Luft- und Raumfahrt verstärkt.

Die im letzten Jahr begonnene Neustrukturierung der Technologieförderung des Mittelstands wird gefestigt und fortgesetzt: Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wird das Basisprogramm in diesem Förderbereich. Neben den Modulen der Kooperations- und der Netzwerkförderung, die im Juli dieses Jahres bundesweit gestartet werden, wird ab 2009 die einzelbetriebliche Förderung aus dem Programm INNOWATT ins ZIM integriert.

Von den aus der Veräußerung der $CO_2$-Zertifikate erwarteten Emissionserlösen erhält das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie jährlich 15 Mio. € für den Ausbau der unabhängigen Energieberatung im Bereich Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) und private Verbraucher sowie für die Exportinitiative Energieeffizienz.

Der Ansatz für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) wird ab 2009 auf 624,1 Mio. € p. a. festgeschrieben. Dies ist eine Aufstockung um 30 Mio. € gegenüber der bisherigen Finanzpla-

nung. Die Mittel fließen weiterhin zu rund 85 % in die neuen Länder und bleiben damit ein bedeutender Eckpfeiler für die Investitionsförderung in Ostdeutschland.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Förderpolitik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie liegt – künftig noch verstärkt – in den Bereichen der Luft- und Raumfahrt. In die Luftfahrtforschung werden von 2010 bis 2012 zusätzlich 120 Mio. € investiert und für die Raumfahrtforschung zusätzlich rund 190 Mio. € zur Verfügung gestellt. Dies sichert die Fortführung des erfolgreichen Luftfahrtforschungsprogramms und die Finanzierung für den Aufbau eines Leistungszentrums „Automation & Robotik" beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

## 5.7 Verkehr und Wohnungswesen

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sieht im Jahr 2009 Gesamtausgaben in Höhe von rund 25,6 Mrd. € vor, das sind rund + 5 % mehr, als im laufenden Jahr zur Verfügung stehen. Dem Ausgabenzuwachs stehen Mehreinnahmen vor allem aus der Erhöhung und stärkeren ökologischen Steuerung der Maut gegenüber, die verursachungsgerecht schweren LKW für die Nutzung der Bundesautobahnen auferlegt wird.

Die zusätzlichen Mauteinnahmen kommen in voller Höhe dem Verkehrsbereich zugute und verstärken dabei die Investitionen in den Bereichen Schiene, Straße und Wasserstraße. Im Haushaltsjahr 2009 stehen allein für diese klassischen Verkehrsträger sowie für den Kombinierten Verkehr rund 10,2 Mrd. € zur Verfügung; das sind rund 1 Mrd. € mehr als im bisherigen Finanzplan bzw. rund + 7 % mehr als im Jahr 2008. Innerhalb dieses Investitionsrahmens werden Akzente gesetzt u. a. bei den Bundesautobahnen und -straßen (Verstärkung Neu- und Ausbau und Erhalt) sowie durch die Verstärkung der Engpassbeseitigung im Schienengüterverkehr (Finanzierung Programm Seehafenhinterlandverkehr). Weiterhin werden die Voraussetzungen für die Bereitstellung des Infrastrukturbeitrages von 2,5 Mrd. € jährlich für das Bestandsnetz der Schienenwege (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der DB AG) geschaffen.

Einschließlich der Mittel für die besonderen Verkehrsprojekte (z. B. Satellitensystem Galileo, Wasser- und Brennstoffzellentechnologie) und der Ausgaben für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden kommt mit rund 12 Mrd. € fast die Hälfte der Ausgaben des Einzelplans der Modernisierung und Stärkung der Verkehrsinfrastruktur sowie Projekten mit besonderer verkehrspolitischer Bedeutung zugute.

Im Bereich des Wohnungswesens wird das im Jahr 2006 erfolgreich gestartete $CO_2$-Gebäudesanierungsprogramm entsprechend den Beschlüssen der Klausurtagung von Meseberg über das Jahr 2009 hinaus bis in das Jahr 2011 verstetigt. Hierfür werden für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 1 Mrd. € neue Programmmittel zur Verfügung gestellt, die bis 2021 ausfinanziert werden.

Daneben steigen im Haushaltsjahr 2009 die Ausgaben für die Städtebauförderung gegenüber dem Vorjahr um + 7 % auf insgesamt rund 600 Mio. €. Dieser Aufwuchs erlaubt es, bestehende Förderprogramme wie die Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf „Die soziale Stadt" und den „Stadtumbau West" zu erweitern sowie neue städtebauliche Förderprogramme aufzulegen wie z. B. das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz West".

Weitere Änderungen ergeben sich durch die Reform des Wohngeldes. Durch die geplante Erhöhung der Tabellenwerte und Höchstbeiträge sowie die Einbeziehung der Heizkosten in die Wohngeldberechnung wird der Empfängerkreis des Wohngeldes erweitert und eine spürbare Entlastung der Wohngeldempfänger erreicht. Die Wohngeldnovelle führt zu Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 520 Mio. € (je 260 Mio. € für Bund und Länder). Der Bundesanteil kann dabei im Rahmen der bisherigen Finanzplanansätze finanziert werden.

Außerdem soll die Erstattungszahlung des Bundes für die Mehrausgaben der Länder im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die bisher als Festbetrag des Bundes bei der Erstattung des Wohngeldes ausgestaltet war, ab dem kommenden Jahr durch eine prozentuale Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter

und bei Erwerbsminderung ersetzt werden. Die erforderlichen Umbuchungen sind im Haushaltsentwurf 2009 sowie in der Finanzplanung bis 2012 berücksichtigt.

## 5.8 Renten- und Krankenversicherung

Im Jahr 2009 werden fast 29 % der Gesamtausgaben der Rentenversicherung durch Bundesmittel erbracht werden. Diese Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung stellen weiterhin den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar; ihr Anteil beläuft sich 2009 mit rund 79,1 Mrd. € auf 27,4 % des Bundeshaushalts. Vor fünfundzwanzig Jahren waren es noch knapp 16,8 Mrd. € bzw. rund 13 % der Bundesausgaben. Die Aufwendungen des Bundes haben sich also in diesem Zeitraum nominal fast verfünffacht, wohingegen sich die Ausgaben der Rentenversicherung im gleichen Zeitraum in etwa verdreifacht haben.

Nach dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG), mit dem eines der zentralen Reformprojekte der Regierungskoalition umgesetzt wurde, überweist der Bund zur teilweisen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2009 einen Zuschuss in Höhe von 4,0 Mrd. €. Dieser erhöht sich um jährlich 1,5 Mrd. € bis zu einer Gesamtsumme in Höhe von 14 Mrd. € ab dem Jahr 2016. Hierdurch wird die Finanzierung der GKV auf eine langfristig gerechtere und beschäftigungsfördernde Basis gestellt.

Zum 1. Januar 2009 treten weitere wesentliche Regelungen in der GKV in Kraft: Es wird ein einheitlicher Beitragssatz eingeführt. Gleichzeitig startet der Gesundheitsfonds, der sich aus Beitragseinnahmen und dem Bundeszuschuss speist. Aus ihm erhält jede Krankenkasse einen einheitlichen Betrag je Versichertem, ergänzt um alters-, geschlechts- und risikoadjustierte Zu- und Abschläge zum Ausgleich der unterschiedlichen Risikostrukturen sowie Zuweisungen zur Deckung der standardisierten sonstigen Ausgaben (z. B. Verwaltungsausgaben).

## 5.9 Arbeitsmarkt

Die gute konjunkturelle Entwicklung und die Reformen am Arbeitsmarkt haben zu einem kräftigen Beschäftigungswachstum bei gleichzeitig erheblichem Abbau der Arbeitslosigkeit geführt und sich spürbar positiv auf den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgewirkt. Ab dem Jahr 2009 wird die BA die Finanzierung der Beiträge für Kindererziehungszeiten wieder übernehmen. Außerdem wird der Zahlungstermin des aus dem Mehrwertsteueraufkommen geleisteten Zuschusses des Bundes zur Arbeitsförderung auf das Jahresende umgestellt. Dies ist mit der positiven Finanzentwicklung der BA vereinbar, welche im Finanzplanzeitraum ohne Darlehen des Bundes auskommen wird.

Auch im Bereich der aus dem Bundeshaushalt finanzierten Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) macht sich die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung bemerkbar, wenn auch unterproportional im Vergleich zu den Auswirkungen im Bereich des aus dem Haushalt der BA finanzierten SGB III. Im Entwurf des Bundeshaushalts 2009 sind für das Arbeitslosengeld II 20,0 Mrd. € eingestellt, 0,88 Mrd. € weniger als das Soll 2008. Für Eingliederung und Verwaltung stehen 10,0 Mrd. € zur Verfügung. Dieser Plafond umfasst auch die Ausgaben für die Programme „Kommunal-Kombi“ und „Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer“. Der Ansatz für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft beträgt 3,2 Mrd. €. Der Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die sinkende Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Einsparungen durch die Reform von Kinderzuschlag und Wohngeld erlauben Einsparungen in Höhe von 0,7 Mrd. € gegenüber dem Soll 2008. Im Finanzplan ab 2010 sinken die Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende entsprechend dem erwarteten weiteren Rückgang der Fallzahlen. Dazu soll eine weiter verbesserte Umsetzung des SGB II und insbesondere eine verbesserte Arbeitsvermittlung beitragen.

## 5.10 Familie

Die Förderung von Familien wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Der leichte Rückgang der Gesamtausgaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 beruht auf dem – planmäßigen – endgültigen Wegfall des auslaufenden Erziehungsgeldes, das im Jahr 2008 letztmalig für „Altfälle“ neben dem es ersetzenden Elterngeld gezahlt wird.

Im Vergleich zum bisherigen Finanzplan steigen die Ausgaben im Jahr 2009 um etwa 400 Mio. € auf rund 6,15 Mrd. €. Den Schwerpunkt bildet dabei die von der Koalition beschlossene Weiterentwicklung des Kinderzuschlags, für den zusätzliche 252 Mio. € vorgesehen sind. Das Elterngeld wird mit einer Ausgabensteigerung in Höhe von 125 Mio. € an den gestiegenen Bedarf angepasst. Der bisherige Verlauf zeigt, dass das Elterngeld erfreulicherweise besser als zunächst erwartet angenommen wird.

## 5.11 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mit Gesamtausgaben in Höhe von rund 3,7 Mrd. € im Jahr 2009 gewährleistet die landwirtschaftliche Sozialpolitik den landwirtschaftlichen Familien weiterhin eine auf ihre besonderen Bedürfnisse abgestimmte soziale Absicherung. Der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden über Ausgabemittel und zusätzliche Verstärkungsmöglichkeiten 200 Mio. € für die Abfindung von Kleinrenten und weitere 200 Mio. € zur Beitragsstabilisierung zur Verfügung gestellt.

Mit den Ausgabemitteln für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) von 700 Mio. € im Jahr 2009 wird die Bedeutung der GAK als zentrales Instrument des Bundes für die Agrarstrukturpolitik in Deutschland unterstrichen. Über einen neuen Sonderrahmenplan stellt der Bund im Rahmen der GAK Ausgabemittel von 25 Mio. € und Verpflichtungsermächtigungen von 355 Mio. € für zusätzliche Küstenschutzmaßnahmen, die auf Grund des Klimawandels erforderlich werden, bereit.

# 6 Personal und Verwaltung

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich – ohne Ersatz(plan)stellen – wird zum Ende des Jahres 2008 voraussichtlich 258 000 Planstellen bzw. Stellen betragen. Trotz des Stellenwegfalls aufgrund der Stelleneinsparungen gemäß den Haushaltsgesetzen 2008 und 2009 wird der Planstellen bzw. Stellenbestand des Bundes bis zum Ende des Jahres 2009 auf voraussichtlich ca. 259 000 Planstellen bzw. Stellen anwachsen. Diese Zunahme ist einer im Entwurf des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vorgesehenen Änderung des Bundesbeamtengesetzes geschuldet. Danach wird künftig bereits mit der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe gleichzeitig ein Amt verliehen (Wegfall des Instituts der Anstellung). Die dafür notwendigen Planstellen in den Eingangsämtern der Laufbahnen (insgesamt 5 697 Planstellen) werden im Haushalt 2009 erstmalig ausgebracht; zusätzliche Ausgaben sind damit nicht verbunden. Der Stellenbestand des Bundes auf der Basis der Rechtslage von 2008 beliefe sich danach auf rund 253 000. Die Tatsache, dass der Gesamtstellenbestand des Bundes lediglich um etwa 1 000 Planstellen und Stellen zunimmt, belegt, dass es gelungen ist, einen Großteil dieser neuen Planstellen an anderer Stelle zu kompensieren. Gegenüber dem einigungsbedingten Höchststand von 1992 wird der Stellenbestand – trotz Zunahme – damit immer noch um rd. – 32 % vermindert. Im Vergleich zu 1989 wird der Personalbestand bis Ende 2009 um ca. 41 200 Planstellen bzw. Stellen reduziert.

Die Personalausgabenquote – der Anteil der Personalausgaben am Bundeshaushalt – beträgt im Jahr 2009 trotz einer linearen Erhöhung der Entgelte um knapp +8 % rund 9,6 % (zum Vergleich: Im Jahr 1991 betrug sie 12,1 %, im Jahr 1998 11,4 %).

Vor dem Hintergrund dieser faktisch rückläufigen Entwicklung muss sichergestellt werden, dass der Staat auch künftig in der Lage ist, die

Dienstleistungen zu erbringen, die die Bürger von ihm erwarten. Zugleich bleibt es aus personalwirtschaftlicher Sicht erforderlich, notwendige Spielräume für die Nachwuchsgewinnung zu erhalten. Aus diesen Gründen ist – nachdem die pauschale Stelleneinsparung im Haushaltsjahr 2008 auf 0,9 % verringert wurde – für das Haushaltsjahr 2009 eine weitere Verringerung auf 0,6 % vorgesehen. Dabei ist auch die fortgesetzte zusätzliche Stelleneinsparung aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für die Bundesbeamten zu berücksichtigen. Die mit den Stelleneinsparungen verbundenen Entlastungen bei den Personalausgaben dienen auch der Finanzierung der diesjährigen Tarif- und Besoldungsrunde.

# Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....108

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....132

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....136

# Statistiken und Dokumentationen

**Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung ..... 108**

1 Kreditmarktmittel ..... 108
2 Gewährleistungen ..... 109
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 ..... 109
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011 ..... 110
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009 ..... 112
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 ..... 116
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006 ..... 118
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen ..... 120
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten ..... 121
10 Entwicklung der Staatsquote ..... 122
11 Schulden der öffentlichen Haushalte ..... 123
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte ..... 124
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden ..... 125
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich ..... 126
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich ..... 127
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich ..... 128
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich ..... 129
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008 ..... 130

**Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte ..... 132**

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008 ..... 132
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 ..... 132
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2008 ..... 133
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2008 ..... 134

**Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 136**

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ..... 136
2 Preisentwicklung ..... 136
3 Außenwirtschaft ..... 137
4 Einkommensverteilung ..... 137
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich ..... 138
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich ..... 139
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich ..... 140
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern ..... 141
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones ..... 142
10 Übersicht Weltfinanzmärkte ..... 143
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote) ..... 144
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo) ..... 147

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

| | Stand: 30. April 2008 | Zunahme | Abnahme | Stand: 31. Mai 2008 |
|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | | | |
| Anleihen | 591 218 | 8 000 | 0 | 599 218 |
| Inflationsindexierte Bundeswertpapiere | 18 000 | 0 | 0 | 18 000 |
| Bundesobligationen | 159 000 | 5 000 | 0 | 164 000 |
| Bundesschatzbriefe | 9 922 | 82 | 99 | 9 905 |
| Bundesschatzanweisungen | 114 000 | 0 | 0 | 114 000 |
| Unverzinsliche Schatzanweisungen | 35 508 | 5 881 | 5 877 | 35 512 |
| Finanzierungsschätze | 2 199 | 104 | 198 | 2 104 |
| Schuldscheindarlehen | 14 622 | 0 | 2 | 14 620 |
| Medium Term Notes Treuhand | 205 | 0 | 0 | 205 |
| **Kreditmarktmittel insgesamt** | **944 674** | | | **957 564** |

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

| | Stand: 30. April 2008 | | Stand: 31. Mai 2008 |
|---|---|---|---|
| | Mio. € | | |
| kurzfristig (bis zu 1 Jahr) | 167 895 | | 167 742 |
| mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre) | 313 226 | | 313 399 |
| langfristig (mehr als 4 Jahre) | 463 553 | | 476 423 |
| **Kreditmarktmittel insgesamt** | **944 674** | | **957 564** |

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

## 2 Gewährleistungen

| Ermächtigungstatbestände | Ermächtigungsrahmen 2008 | Belegung am 30. Juni 2008 | Belegung am 30. Juni 2007 |
|---|---|---|---|
| | | in Mrd. € | |
| Ausfuhren | 117,0 | 100,3 | 96,4 |
| Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF | 40,0 | 25,9 | 24,5 |
| bilaterale FZ-Vorhaben | 2,3 | 1,1 | 1,1 |
| Ernährungsbevorratung | 7,5 | 7,5 | 7,5 |
| Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland | 95,0 | 51,7 | 52,4 |
| Internationale Finanzierungsinstitutionen | 46,6 | 40,3 | 40,3 |
| Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen | 1,3 | 1,0 | 1,2 |
| Zinsausgleichsgarantien | 4,0 | – | – |

## 3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012
### Gesamtübersicht

| Gegenstand der Nachweisung | 2007 Ist | 2008 Soll | 2009 RegEntw | 2010 | 2011 | 2012 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Finanzplanung | | |
| | | | Mrd. € | | | |
| **1. Ausgaben** | **270,4** | **283,2** | **288,4** | **292,4** | **295,2** | **300,6** |
| Veränderung gegen Vorjahr in % | + 3,6 | + 4,7 | + 1,8 | + 1,4 | + 1,0 | + 1,8 |
| **2. Einnahmen**[1] | **255,7** | **271,1** | **277,5** | **286,0** | **294,8** | **300,2** |
| Veränderung gegen Vorjahr in % | + 9,8 | + 6,0 | + 2,4 | + 3,1 | + 3,1 | + 1,8 |
| darunter: | | | | | | |
| Steuereinnahmen | 230,0 | 238,0 | 248,7 | 255,4 | 266,3 | 276,0 |
| Veränderung gegen Vorjahr in % | + 12,8 | + 3,4 | + 4,5 | + 2,7 | + 4,3 | + 3,7 |
| **3. Finanzierungssaldo** | **– 14,7** | **– 12,1** | **– 10,9** | **– 6,4** | **– 0,4** | **– 0,4** |
| in % der Ausgaben | 5,4 | 4,3 | 3,8 | 2,2 | 0,1 | 0,1 |
| **Zusammensetzung des Finanzierungssaldos** | | | | | | |
| **4. Bruttokreditaufnahme**[2] **(–)** | **222,1** | **232,5** | **225,5** | **221,3** | **217,8** | **221,1** |
| **5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen** | **– 8,4** | **2,3** | – | – | – | – |
| **6. Tilgungen (+)** | **216,2** | **221,0** | **214,6** | **214,9** | **217,4** | **220,7** |
| **7. Nettokreditaufnahme** | **– 14,3** | **– 11,9** | **– 10,5** | **– 6,0** | **0,0** | **0,0** |
| **8. Münzeinnahmen** | **– 0,4** | **– 0,2** | **– 0,4** | **– 0,4** | **– 0,4** | **– 0,4** |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Investive Ausgaben | 26,2 | 24,7 | 25,9 | 25,9 | 25,5 | 25,3 |
| Veränderung gegen Vorjahr in % | + 15,4 | – 5,9 | + 4,9 | + 0,2 | – 1,5 | – 0,8 |
| Bundesanteil am Bundesbankgewinn | 3,5 | 3,5 | 3,5 | 3,5 | 3,5 | 3,5 |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[1] Gem. BHO § 13 Absatz 4, 2. ohne Münzeinnahmen.
[2] Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.
Stand: Juli 2008.

# 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

| Ausgabeart | 2007 Ist | 2008 Soll | 2009 Entwurf | 2010 | 2011 | 2012 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Finanzplanung | | |
| | Mio. € | | | | | |
| **Ausgaben der laufenden Rechnung** | | | | | | |
| **Personalausgaben** | **26 038** | **26 762** | **27 796** | **28 252** | **28 610** | **29 079** |
| Aktivitätsbezüge | 19 662 | 20 276 | 20 964 | 21 340 | 21 669 | 22 100 |
| Ziviler Bereich | 8 498 | 9 199 | 9 372 | 9 930 | 10 415 | 10 920 |
| Militärischer Bereich | 11 164 | 11 077 | 11 592 | 11 409 | 11 254 | 11 179 |
| Versorgung | 6 376 | 6 486 | 6 832 | 6 912 | 6 941 | 6 979 |
| Ziviler Bereich | 2 334 | 2 308 | 2 392 | 2 400 | 2 399 | 2 394 |
| Militärischer Bereich | 4 041 | 4 178 | 4 441 | 4 512 | 4 542 | 4 585 |
| **Laufender Sachaufwand** | **18 757** | **19 778** | **21 053** | **21 286** | **21 311** | **21 732** |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 1 365 | 1 473 | 1 451 | 1 462 | 1 475 | 1 453 |
| Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. | 8 908 | 9 581 | 10 281 | 10 526 | 10 554 | 10 988 |
| Sonstiger laufender Sachaufwand | 8 484 | 8 723 | 9 321 | 9 298 | 9 283 | 9 291 |
| **Zinsausgaben** | **38 721** | **41 818** | **41 479** | **43 386** | **44 689** | **47 065** |
| an andere Bereiche | 38 721 | 41 818 | 41 479 | 43 386 | 44 689 | 47 065 |
| Sonstige | 38 721 | 41 818 | 41 479 | 43 386 | 44 689 | 47 065 |
| für Ausgleichsforderungen | 42 | 42 | 42 | 42 | 42 | 42 |
| an sonstigen inländischen Kreditmarkt | 38 677 | 41 774 | 41 435 | 43 343 | 44 647 | 47 023 |
| an Ausland | 3 | 3 | 2 | 2 | – | – |
| **Laufende Zuweisungen und Zuschüsse** | **160 352** | **169 769** | **171 897** | **173 720** | **176 362** | **177 865** |
| an Verwaltungen | 14 003 | 14 463 | 14 569 | 13 951 | 13 743 | 13 588 |
| Länder | 8 698 | 8 890 | 8 378 | 7 776 | 7 474 | 7 298 |
| Gemeinden | 38 | 23 | 21 | 19 | 13 | 12 |
| Sondervermögen | 5 267 | 5 549 | 6 170 | 6 155 | 6 256 | 6 277 |
| Zweckverbände | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| an andere Bereiche | 146 349 | 155 307 | 157 328 | 159 770 | 162 618 | 164 277 |
| Unternehmen | 15 399 | 23 740 | 23 800 | 24 144 | 24 307 | 24 473 |
| Renten, Unterstützungen u. Ä. | | | | | | |
| an natürliche Personen | 29 123 | 28 276 | 27 063 | 25 723 | 24 899 | 24 764 |
| an Sozialversicherung | 97 712 | 98 521 | 101 269 | 104 702 | 108 175 | 109 786 |
| an private Institutionen ohne Erwerbscharakter | 869 | 964 | 1 409 | 1 415 | 1 401 | 1 390 |
| an Ausland | 3 240 | 3 801 | 3 782 | 3 785 | 3 834 | 3 862 |
| an Sonstige | 5 | 5 | 5 | 1 | 2 | 2 |
| **Summe Ausgaben der laufenden Rechnung** | **243 868** | **258 128** | **262 225** | **266 645** | **270 971** | **275 740** |
| **Ausgaben der Kapitalrechnung**[1] | | | | | | |
| **Sachinvestitionen** | **6 903** | **7 273** | **7 791** | **7 596** | **7 305** | **7 269** |
| Baumaßnahmen | 5 478 | 5 783 | 6 201 | 6 019 | 5 763 | 5 772 |
| Erwerb von beweglichen Sachen | 909 | 1 010 | 1 057 | 1 034 | 1 003 | 956 |
| Grunderwerb | 516 | 480 | 533 | 543 | 540 | 542 |
| **Vermögensübertragungen** | **16 947** | **14 306** | **14 838** | **15 111** | **15 009** | **14 828** |
| Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen | 16 580 | 13 924 | 14 442 | 14 737 | 14 648 | 14 468 |
| an Verwaltungen | 8 234 | 5 416 | 4 971 | 5 015 | 4 965 | 4 960 |
| Länder | 6 030 | 5 342 | 4 906 | 4 949 | 4 888 | 4 878 |
| Gemeinden und Gemeindeverbände | 54 | 68 | 60 | 61 | 72 | 77 |
| Sondervermögen | 2 150 | 6 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| an andere Bereiche | 8 345 | 8 509 | 9 471 | 9 722 | 9 683 | 9 508 |
| Sonstige – Inland | 6 099 | 6 082 | 6 463 | 6 535 | 6 476 | 6 348 |
| Ausland | 2 247 | 2 427 | 3 008 | 3 187 | 3 206 | 3 160 |
| Sonstige Vermögensübertragungen | 367 | 382 | 397 | 374 | 361 | 360 |
| an andere Bereiche | 367 | 382 | 397 | 374 | 361 | 360 |
| Sonstige – Inland | 162 | 164 | 156 | 149 | 141 | 140 |
| Ausland | 205 | 218 | 241 | 225 | 220 | 220 |

# 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

| Ausgabeart | 2007 Ist | 2008 Soll | 2009 Entwurf | 2010 | 2011 | 2012 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Finanzplanung | | |
| | Mio. € | | | | | |
| **Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen** | **2 732** | **3 461** | **3 638** | **3 601** | **3 581** | **3 592** |
| Darlehensgewährung | 2 100 | 2 717 | 2 739 | 2 773 | 2 853 | 2 745 |
| an Verwaltungen | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Länder | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| an andere Bereiche | 2 100 | 2 716 | 2 738 | 2 772 | 2 852 | 2 745 |
| Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen) | 900 | 1 308 | 1 174 | 1 195 | 1 199 | 1 204 |
| Ausland | 1 199 | 1 407 | 1 564 | 1 577 | 1 653 | 1 540 |
| Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | 632 | 744 | 899 | 828 | 728 | 847 |
| Inland | 28 | 26 | 13 | 13 | 1 | 1 |
| Ausland | 604 | 718 | 886 | 815 | 728 | 846 |
| **Summe Ausgaben der Kapitalrechnung[1]** | **26 582** | **25 040** | **26 266** | **26 307** | **25 895** | **25 690** |
| [1] Darunter: Investive Ausgaben | 26 215 | 24 658 | 25 870 | 25 933 | 25 534 | 25 330 |
| **Globale Mehr-/Minderausgaben** | **–** | **32** | **– 91** | **– 552** | **– 1 666** | **– 830** |
| **Ausgaben zusammen** | **270 450** | **283 200** | **288 400** | **292 400** | **295 200** | **300 600** |

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

| Funktion | Ausgabegruppe | Ausgaben zusammen | Ausgaben der laufenden Rechnung | Personalausgaben | Laufender Sachaufwand | Zinsausgaben | Laufende Zuweisungen und Zuschüsse |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | in Mio. € | | | | | |
| **0** | **Allgemeine Dienste** | **53 285** | **46 989** | **25 105** | **16 676** | **–** | **5 208** |
| 01 | Politische Führung und zentrale Verwaltung | 6 350 | 5 981 | 3 883 | 1 210 | – | 888 |
| 02 | Auswärtige Angelegenheiten | 8 182 | 3 466 | 461 | 159 | – | 2 847 |
| 03 | Verteidigung | 30 930 | 30 613 | 16 032 | 13 703 | – | 877 |
| 04 | Öffentliche Sicherheit und Ordnung | 3 741 | 3 242 | 2 088 | 949 | – | 205 |
| 05 | Rechtsschutz | 385 | 351 | 259 | 77 | – | 15 |
| 06 | Finanzverwaltung | 3 696 | 3 336 | 2 381 | 577 | – | 377 |
| **1** | **Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten** | **14 342** | **11 016** | **477** | **709** | **–** | **9 830** |
| 13 | Hochschulen | 2 648 | 1 653 | 10 | 10 | – | 1 633 |
| 14 | Förderung von Schülern, Studenten | 1 962 | 1 962 | – | – | – | 1 962 |
| 15 | Sonstiges Bildungswesen | 507 | 440 | 9 | 66 | – | 364 |
| 16 | Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen | 8 531 | 6 473 | 457 | 629 | – | 5 386 |
| 19 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1 | 693 | 488 | 1 | 4 | – | 484 |
| **2** | **Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung** | **140 774** | **139 952** | **231** | **229** | **–** | **139 492** |
| 22 | Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung | 96 841 | 96 841 | 55 | – | – | 96 786 |
| 23 | Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä. | 6 016 | 6 016 | – | – | – | 6 016 |
| 24 | Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen | 3 000 | 2 753 | – | 47 | – | 2 706 |
| 25 | Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz | 33 503 | 33 387 | 49 | 116 | – | 33 222 |
| 26 | Jugendhilfe nach dem SGB VIII | 140 | 140 | – | – | – | 140 |
| 29 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2 | 1 273 | 814 | 128 | 65 | – | 621 |
| **3** | **Gesundheit und Sport** | **1 216** | **800** | **275** | **264** | **–** | **261** |
| 31 | Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens | 410 | 345 | 146 | 146 | – | 53 |
| 312 | Krankenhäuser und Heilstätten | – | – | – | – | – | – |
| 319 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31 | 410 | 345 | 146 | 146 | – | 53 |
| 32 | Sport | 129 | 108 | – | 7 | – | 101 |
| 33 | Umwelt- und Naturschutz | 366 | 196 | 85 | 58 | – | 53 |
| 34 | Reaktorsicherheit und Strahlenschutz | 311 | 151 | 44 | 53 | – | 54 |
| **4** | **Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste** | **1 713** | **450** | **–** | **12** | **–** | **438** |
| 41 | Wohnungswesen | 1 131 | 441 | – | 2 | – | 438 |
| 42 | Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen | 1 | 1 | – | 1 | – | – |
| 43 | Kommunale Gemeinschaftsdienste | – | – | – | – | – | – |
| 44 | Städtebauförderung | 581 | 8 | – | 8 | – | – |
| **5** | **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** | **1 025** | **543** | **29** | **136** | **–** | **378** |
| 52 | Verbesserung der Agrarstruktur | 677 | 251 | – | 1 | – | 250 |
| 53 | Einkommensstabilisierende Maßnahmen | 124 | 124 | – | 60 | – | 63 |
| 533 | Gasölverbilligung | – | – | – | – | – | – |
| 539 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53 | 124 | 124 | – | 60 | – | 63 |
| 599 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5 | 225 | 168 | 29 | 74 | – | 65 |

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

| Funktion | Ausgabegruppe | Sach-investitionen | Vermögens-übertragungen | Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | Ausgaben der Kapital-rechnung* | *darunter: Investive Ausgaben |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | in Mio. € | | | | |
| **0** | **Allgemeine Dienste** | **1 126** | **2 477** | **2 693** | **6 296** | **6 251** |
| 01 | Politische Führung und zentrale Verwaltung | 367 | 2 | 0 | 369 | 369 |
| 02 | Auswärtige Angelegenheiten | 68 | 2 198 | 2 450 | 4 716 | 4 715 |
| 03 | Verteidigung | 220 | 97 | – | 317 | 273 |
| 04 | Öffentliche Sicherheit und Ordnung | 320 | 178 | – | 498 | 498 |
| 05 | Rechtsschutz | 32 | 2 | – | 34 | 34 |
| 06 | Finanzverwaltung | 117 | 0 | 243 | 361 | 361 |
| **1** | **Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten** | **223** | **3 093** | **11** | **3 327** | **3 327** |
| 13 | Hochschulen | 1 | 995 | – | 996 | 996 |
| 14 | Förderung von Schülern, Studenten | – | – | – | – | – |
| 15 | Sonstiges Bildungswesen | 0 | 67 | – | 67 | 67 |
| 16 | Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen | 201 | 1 847 | 11 | 2 059 | 2 059 |
| 19 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1 | 20 | 184 | – | 205 | 205 |
| **2** | **Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung** | **11** | **811** | **1** | **823** | **471** |
| 22 | Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung | – | – | – | – | – |
| 23 | Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä. | – | – | – | – | – |
| 24 | Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen | 1 | 245 | 1 | 247 | 5 |
| 25 | Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz | 5 | 111 | – | 116 | 7 |
| 26 | Jugendhilfe nach dem SGB VIII | – | – | – | – | – |
| 29 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2 | 4 | 455 | – | 459 | 459 |
| **3** | **Gesundheit und Sport** | **221** | **196** | **–** | **417** | **417** |
| 31 | Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens | 56 | 10 | – | 65 | 65 |
| 312 | Krankenhäuser und Heilstätten | – | – | – | – | – |
| 319 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31 | 56 | 10 | – | 65 | 65 |
| 32 | Sport | – | 21 | – | 21 | 21 |
| 33 | Umwelt- und Naturschutz | 7 | 163 | – | 171 | 171 |
| 34 | Reaktorsicherheit und Strahlenschutz | 158 | 2 | – | 160 | 160 |
| **4** | **Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste** | **–** | **1 260** | **3** | **1 263** | **1 263** |
| 41 | Wohnungswesen | – | 687 | 3 | 690 | 690 |
| 42 | Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen | – | – | – | – | – |
| 43 | Kommunale Gemeinschaftsdienste | – | – | – | – | – |
| 44 | Städtebauförderung | – | 573 | – | 573 | 573 |
| **5** | **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** | **15** | **466** | **1** | **483** | **483** |
| 52 | Verbesserung der Agrarstruktur | – | 425 | 1 | 426 | 426 |
| 53 | Einkommensstabilisierende Maßnahmen | – | – | – | – | – |
| 533 | Gasölverbilligung | – | – | – | – | – |
| 539 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53 | – | – | – | – | – |
| 599 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5 | 15 | 41 | 1 | 57 | 57 |

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

| Funktion | Ausgabegruppe | Ausgaben zusammen | Ausgaben der laufenden Rechnung | Personalausgaben | Laufender Sachaufwand | Zinsausgaben | Laufende Zuweisungen und Zuschüsse |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | in Mio. € | | | | | |
| **6** | **Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen** | **5 040** | **3 401** | **54** | **662** | **–** | **2 685** |
| 62 | Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau | 884 | 805 | – | 519 | – | 286 |
| 621 | Kernenergie | 271 | 271 | – | – | – | 271 |
| 622 | Erneuerbare Energieformen | 47 | 17 | – | 4 | – | 13 |
| 629 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62 | 567 | 517 | – | 516 | – | 2 |
| 63 | Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe | 2 117 | 2 101 | – | 4 | – | 2 097 |
| 64 | Handel | 122 | 122 | – | 54 | – | 68 |
| 69 | Regionale Förderungsmaßnahmen | 638 | 14 | – | 12 | – | 2 |
| 699 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6 | 1 279 | 359 | 54 | 73 | – | 233 |
| **7** | **Verkehrs- und Nachrichtenwesen** | **12 100** | **4 143** | **1 064** | **1 995** | **–** | **1 085** |
| 72 | Straßen | 7 607 | 960 | – | 868 | – | 91 |
| 73 | Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt | 1 728 | 835 | 510 | 260 | – | 66 |
| 74 | Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr | 337 | 5 | – | – | – | 5 |
| 75 | Luftfahrt | 189 | 189 | 50 | 17 | – | 122 |
| 799 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7 | 2 239 | 2 155 | 504 | 850 | – | 801 |
| **8** | **Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen** | **15 813** | **11 787** | **–** | **17** | **–** | **11 770** |
| 81 | Wirtschaftsunternehmen | 10 285 | 6 261 | – | 17 | – | 6 244 |
| 832 | Eisenbahnen | 3 922 | 87 | – | 8 | – | 79 |
| 869 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81 | 6 363 | 6 175 | – | 10 | – | 6 165 |
| 87 | Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen | 5 527 | 5 526 | – | – | – | 5 526 |
| 873 | Sondervermögen | 5 506 | 5 506 | – | – | – | 5 506 |
| 879 | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87 | 21 | 20 | – | – | – | 20 |
| **9** | **Allgemeine Finanzwirtschaft** | **43 092** | **43 145** | **561** | **354** | **41 479** | **751** |
| 91 | Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen | 788 | 750 | – | – | – | 750 |
| 92 | Schulden | 41 501 | 41 501 | – | 22 | 41 479 | – |
| 999 | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9 | 802 | 894 | 561 | 332 | – | 1 |
| **Summe aller Hauptfunktionen** | | **288 400** | **262 225** | **27 796** | **21 053** | **41 479** | **171 897** |

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

| Funktion / Ausgabegruppe | Sachinvestitionen | Vermögensübertragungen | Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | Ausgaben der Kapitalrechnung* | *darunter: Investive Ausgaben |
|---|---|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | | | |
| **6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen** | **1** | **733** | **904** | **1 639** | **1 639** |
| 62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau | – | 79 | – | 79 | 79 |
| 621 Kernenergie | – | – | – | – | – |
| 622 Erneuerbare Energieformen | – | 30 | – | 30 | 30 |
| 629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62 | – | 50 | – | 50 | 50 |
| 63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe | – | 17 | – | 17 | 17 |
| 64 Handel | – | – | – | – | – |
| 69 Regionale Förderungsmaßnahmen | – | 624 | – | 624 | 624 |
| 699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6 | 1 | 14 | 904 | 919 | 919 |
| **7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen** | **6 192** | **1 765** | **–** | **7 956** | **7 956** |
| 72 Straßen | 5 229 | 1 419 | – | 6 647 | 6 647 |
| 73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt | 892 | – | – | 892 | 892 |
| 74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr | – | 333 | – | 333 | 333 |
| 75 Luftfahrt | 0 | – | – | 0 | 0 |
| 799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7 | 70 | 14 | – | 84 | 84 |
| **8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen** | **2** | **3 999** | **24** | **4 025** | **4 025** |
| 81 Wirtschaftsunternehmen | 1 | 3 999 | 24 | 4 024 | 4 024 |
| 832 Eisenbahnen | – | 3 826 | 10 | 3 836 | 3 836 |
| 869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81 | 1 | 174 | 14 | 188 | 188 |
| 87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen | 1 | – | – | 1 | 1 |
| 873 Sondervermögen | – | – | – | – | – |
| 879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87 | 1 | – | – | 1 | 1 |
| **9 Allgemeine Finanzwirtschaft** | **–** | **38** | **–** | **38** | **38** |
| 91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen | – | 38 | – | 38 | 38 |
| 92 Schulden | – | – | – | – | – |
| 999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9 | – | – | – | – | – |
| **Summe aller Hauptfunktionen** | **7 791** | **14 838** | **3 638** | **26 266** | **25 870** |

# 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009
## (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

| Gegenstand der Nachweisung | Einheit | 1969 | 1975 | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Ist-Ergebnisse | | | | | | |
| **I. Gesamtübersicht** | | | | | | | | |
| **Ausgaben** | Mrd.€ | **42,1** | **80,2** | **110,3** | **131,5** | **194,4** | **237,6** | **244,4** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 8,6 | 12,7 | 37,5 | 2,1 | . | – 1,4 | – 1,0 |
| **Einnahmen** | Mrd.€ | **42,6** | **63,3** | **96,2** | **119,8** | **169,8** | **211,7** | **220,5** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 17,9 | 0,2 | 6,0 | 5,0 | . | – 1,5 | – 0,1 |
| **Finanzierungssaldo** | Mrd.€ | **0,6** | **– 16,9** | **– 14,1** | **– 11,6** | **– 24,6** | **– 25,8** | **– 23,9** |
| darunter: | | | | | | | | |
| Nettokreditaufnahme | Mrd.€ | – 0,0 | – 15,3 | – 27,1 | – 11,4 | – 23,9 | – 25,6 | – 23,8 |
| Münzeinnahmen | Mrd.€ | – 0,1 | – 0,4 | – 27,1 | – 0,2 | – 0,7 | – 0,2 | – 0,1 |
| Rücklagenbewegung | Mrd.€ | – | – 1,2 | – | – | – | – | – |
| Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge | Mrd.€ | 0,7 | – | – | – | – | – | – |
| **II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten** | | | | | | | | |
| **Personalausgaben** | Mrd.€ | **6,6** | **13,0** | **16,4** | **18,7** | **22,1** | **27,1** | **26,5** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 12,4 | 5,9 | 6,5 | 3,4 | 4,5 | 0,5 | – 1,7 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 15,6 | 16,2 | 14,9 | 14,3 | 11,4 | 11,4 | 10,8 |
| Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 24,3 | 21,5 | 19,8 | 19,1 | . | 14,4 | 15,7 |
| **Zinsausgaben** | Mrd.€ | **1,1** | **2,7** | **7,1** | **14,9** | **17,5** | **25,4** | **39,1** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 14,3 | 23,1 | 24,1 | 5,1 | 6,7 | – 6,2 | – 4,7 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 2,7 | 5,3 | 6,5 | 11,3 | 9,0 | 10,7 | 16,0 |
| Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 35,1 | 35,9 | 47,6 | 52,3 | . | 38,7 | 57,9 |
| **Investive Ausgaben** | Mrd.€ | **7,2** | **13,1** | **16,1** | **17,1** | **20,1** | **34,0** | **28,1** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 10,2 | 11,0 | – 4,4 | – 0,5 | 8,4 | 8,8 | – 1,7 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 17,0 | 16,3 | 14,6 | 13,0 | 10,3 | 14,3 | 11,5 |
| Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 34,4 | 35,4 | 32,0 | 36,1 | . | 37,0 | 35,0 |
| **Steuereinnahmen[1]** | Mrd.€ | **40,2** | **61,0** | **90,1** | **105,5** | **132,3** | **187,2** | **198,8** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 18,7 | 0,5 | 6,0 | 4,6 | 4,7 | – 3,4 | 3,3 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 95,5 | 76,0 | 81,7 | 80,2 | 68,1 | 78,8 | 81,3 |
| Anteil an den Bundeseinnahmen | % | 94,3 | 96,3 | 93,7 | 88,0 | 77,9 | 88,4 | 90,1 |
| Anteil am gesamten Steueraufkommen[3] | % | 54,0 | 49,2 | 48,3 | 47,2 | . | 44,9 | 42,5 |
| **Nettokreditaufnahme** | Mrd.€ | **– 0,0** | **– 15,3** | **– 13,9** | **– 11,4** | **– 23,9** | **– 25,6** | **– 23,8** |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 0,0 | 19,1 | 12,6 | 8,7 | . | 10,8 | 9,7 |
| Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes | % | 0,0 | 117,2 | 86,2 | 67,0 | . | 75,3 | 84,4 |
| Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 0,0 | 55,8 | 50,4 | 55,3 | . | 51,2 | 62,0 |
| **nachrichtlich: Schuldenstand[3]** | | | | | | | | |
| öffentliche Haushalte[2] | Mrd.€ | 59,2 | 129,4 | 236,6 | 386,8 | 536,2 | 1010,4 | 1198,2 |
| darunter: Bund | Mrd.€ | 23,1 | 54,8 | 153,4 | 200,6 | 277,2 | 385,7 | 715,6 |

[1] Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.
[2] Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
[3] Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

# 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

## (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

| Gegenstand der Nachweisung | Einheit | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Ist-Ergebnisse | | | | | | | Soll | RegEntw |
| **I. Gesamtübersicht** | | | | | | | | | | |
| **Ausgaben** | Mrd.€ | **243,1** | **249,3** | **256,7** | **251,6** | **259,8** | **261,0** | **270,4** | **283,2** | **288,4** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | – 0,5 | 2,5 | 3,0 | – 2,0 | 3,3 | 0,5 | 3,6 | 4,7 | 1,8 |
| **Einnahmen** | Mrd.€ | **220,2** | **216,6** | **217,5** | **211,8** | **228,4** | **232,8** | **255,7** | **271,1** | **277,5** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | – 0,1 | – 1,6 | 0,4 | – 2,6 | 7,8 | 1,9 | 9,8 | 6,0 | 2,4 |
| **Finanzierungssaldo** | Mrd.€ | **– 22,9** | **– 32,7** | **– 39,2** | **– 39,8** | **– 31,4** | **– 28,2** | **– 14,7** | **– 12,1** | **– 10,9** |
| darunter: | | | | | | | | | | |
| Nettokreditaufnahme | Mrd.€ | – 22,8 | – 31,9 | – 38,6 | – 39,5 | – 31,2 | – 27,9 | – 14,3 | – 11,9 | – 10,5 |
| Münzeinnahmen | Mrd.€ | – 0,1 | – 0,9 | – 0,6 | – 0,3 | – 0,2 | – 0,3 | – 0,4 | – 0,2 | – 0,4 |
| Rücklagenbewegung | Mrd.€ | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge | Mrd.€ | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| **II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten** | | | | | | | | | | |
| **Personalausgaben** | Mrd.€ | **26,8** | **27,0** | **27,2** | **26,8** | **26,4** | **26,1** | **26,0** | **26,8** | **27,8** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | 1,1 | 0,7 | 0,9 | – 1,8 | – 1,4 | – 1,0 | – 0,3 | 2,8 | 3,9 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 11,0 | 10,8 | 10,6 | 10,6 | 10,1 | 10,0 | 9,6 | 9,4 | 9,6 |
| Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 15,8 | 15,6 | 15,7 | 15,4 | 15,4 | 14,9 | 14,9 | 14,8 | 40,8 |
| **Zinsausgaben** | Mrd.€ | **37,6** | **37,1** | **36,9** | **36,3** | **37,4** | **37,5** | **38,7** | **41,8** | **41,5** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | – 3,9 | – 1,5 | – 0,5 | – 1,6 | 3,0 | 0,3 | 3,3 | 8,0 | – 0,8 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 15,5 | 14,9 | 14,4 | 14,4 | 14,4 | 14,4 | 14,3 | 14,8 | 14,4 |
| Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 56,8 | 56,2 | 56,1 | 56,0 | 58,3 | 58,1 | 57,9 | 61,3 | 60,5 |
| **Investive Ausgaben** | Mrd.€ | **27,3** | **24,1** | **25,7** | **22,4** | **23,8** | **22,7** | **26,2** | **24,7** | **25,9** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | – 3,1 | – 11,7 | 6,9 | – 13,0 | 6,2 | – 4,4 | 15,4 | – 5,9 | 4,9 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 11,2 | 9,7 | 10,0 | 8,9 | 9,1 | 8,7 | 9,7 | 8,7 | 9,0 |
| Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 34,1 | 32,9 | 35,4 | 34,0 | 34,2 | 34,0 | 40,0 | 35,8 | 37,0 |
| **Steuereinnahmen[1]** | Mrd.€ | **193,8** | **192,0** | **191,9** | **187,0** | **190,1** | **203,9** | **230,0** | **238,0** | **248,7** |
| Veränderung gegen Vorjahr | % | – 2,5 | – 0,9 | – 0,1 | – 2,5 | 1,7 | 7,2 | 12,8 | 3,4 | 4,5 |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 79,7 | 77,0 | 74,7 | 74,3 | 73,2 | 78,1 | 85,1 | 84,0 | 86,2 |
| Anteil an den Bundeseinnahmen | % | 88,0 | 88,7 | 88,2 | 88,3 | 83,2 | 87,6 | 90,0 | 87,8 | 89,6 |
| Anteil am gesamten Steueraufkommen[3] | % | 43,4 | 43,5 | 43,4 | 42,2 | 42,1 | 41,7 | 42,7 | 42,9 | 43,6 |
| **Nettokreditaufnahme** | Mrd.€ | **– 22,8** | **– 31,9** | **– 38,6** | **– 39,5** | **– 31,2** | **– 27,9** | **– 14,3** | **– 11,9** | **– 10,5** |
| Anteil an den Bundesausgaben | % | 9,4 | 12,8 | 15,1 | 15,7 | 12,0 | 10,7 | 5,3 | 4,2 | 3,6 |
| Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes | % | 83,7 | 132,4 | 150,2 | 176,7 | 131,3 | 122,8 | 54,7 | 48,3 | 40,6 |
| Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts[3] | % | 57,6 | 61,0 | 59,3 | 60,1 | 58,6 | 71,2 | 955,7 | X | X |
| **nachrichtlich: Schuldenstand[3]** | | | | | | | | | | |
| öffentliche Haushalte[2] | Mrd.€ | 1203,9 | 1253,2 | 1325,7 | 1395,0 | 1447,5 | 1497,1 | 1502,9 | 1508½ | 1516 |
| darunter: Bund | Mrd.€ | 697,3 | 719,4 | 760,5 | 803,0 | 872,7 | 917,6 | 937,5 | 949 | 959½ |

[1] Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.
[2] Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
[3] Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

# 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

| | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006[2] | 2007[2] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mrd. € | | | | | | |
| **Öffentlicher Gesamthaushalt[1]** | | | | | | | |
| Ausgaben | 604,3 | 611,3 | 619,6 | 614,6 | 627,7 | 636,9 | 646,8 |
| Einnahmen | 557,7 | 554,6 | 551,7 | 549,0 | 575,2 | 597,0 | 647,3 |
| Finanzierungssaldo | – 46,6 | – 57,1 | – 68,0 | – 65,5 | – 52,5 | – 39,2 | 1,5 |
| darunter: | | | | | | | |
| Bund | | | | | | | |
| Ausgaben | 243,1 | 249,3 | 256,7 | 251,6 | 259,9 | 261,0 | 270,5 |
| Einnahmen | 220,2 | 216,6 | 217,5 | 211,8 | 228,4 | 232,8 | 255,7 |
| Finanzierungssaldo | – 22,9 | – 32,7 | – 39,2 | – 39,8 | – 31,4 | – 28,2 | – 14,7 |
| Länder | | | | | | | |
| Ausgaben | 255,5 | 257,7 | 259,7 | 257,1 | 260,0 | 258,7 | 263,9 |
| Einnahmen | 230,9 | 228,5 | 229,2 | 233,5 | 237,2 | 248,7 | 267,3 |
| Finanzierungssaldo | – 24,6 | – 29,4 | – 30,5 | – 23,5 | – 22,7 | – 10,0 | 3,4 |
| Gemeinden | | | | | | | |
| Ausgaben | 148,3 | 150,0 | 149,9 | 150,1 | 153,2 | 155,7 | 160,7 |
| Einnahmen | 144,2 | 146,3 | 141,5 | 146,2 | 150,9 | 158,6 | 169,3 |
| Finanzierungssaldo | – 4,1 | – 3,7 | – 8,4 | – 3,9 | – 2,2 | 3,0 | 8,6 |
| | Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | |
| **Öffentlicher Gesamthaushalt** | | | | | | | |
| Ausgaben | 0,9 | 1,2 | 1,4 | – 0,8 | 2,1 | 1,5 | 1,6 |
| Einnahmen | – 1,3 | – 0,6 | – 0,5 | – 0,5 | 4,8 | 3,8 | 8,4 |
| darunter: | | | | | | | |
| Bund | | | | | | | |
| Ausgaben | – 0,5 | 2,5 | 3,0 | – 2,0 | 3,3 | 0,5 | 3,6 |
| Einnahmen | – 0,1 | – 1,6 | 0,4 | – 2,6 | 7,8 | 1,9 | 9,8 |
| Länder | | | | | | | |
| Ausgaben | 1,9 | 0,9 | 0,7 | – 1,0 | 1,1 | – 0,5 | 2,0 |
| Einnahmen | – 3,9 | – 1,0 | 0,3 | 1,9 | 1,6 | 4,9 | 7,4 |
| Gemeinden | | | | | | | |
| Ausgaben | 1,6 | 1,1 | – 0,0 | 0,1 | 2,1 | 1,7 | 3,2 |
| Einnahmen | – 2,5 | 1,4 | – 3,3 | 3,3 | 3,3 | 5,1 | 6,7 |

[1] Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

[2] Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

[3] Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juli 2008.

# 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

| | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006[2] | 2007[2] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anteile in % | | | | | | |
| **Finanzierungssaldo** | | | | | | | |
| (1) in % des BIP (nominal) | | | | | | | |
| Öffentlicher Gesamthaushalt | – 2,2 | – 2,7 | – 3,1 | – 3,0 | – 2,3 | – 1,7 | 0,1 |
| darunter: | | | | | | | |
| Bund | – 1,1 | – 1,5 | – 1,8 | – 1,8 | – 1,4 | – 1,2 | – 0,6 |
| Länder | – 1,2 | – 1,4 | – 1,4 | – 1,1 | – 1,0 | – 0,4 | 0,1 |
| Gemeinden | – 0,2 | – 0,2 | – 0,4 | – 0,2 | – 0,1 | 0,1 | 0,4 |
| (2) in % der Ausgaben | | | | | | | |
| Öffentlicher Gesamthaushalt | – 7,7 | – 9,3 | – 11,0 | – 10,7 | – 8,4 | – 6,2 | 0,2 |
| darunter: | | | | | | | |
| Bund | – 9,4 | – 13,1 | – 15,3 | – 15,8 | – 12,1 | – 10,8 | – 5,4 |
| Länder | – 9,6 | – 11,4 | – 11,7 | – 9,1 | – 8,7 | – 3,9 | 1,3 |
| Gemeinden | – 2,8 | – 2,4 | – 5,6 | – 2,6 | – 1,5 | 1,9 | 5,4 |
| **Ausgaben in % des BIP (nominal)** | | | | | | | |
| Öffentlicher Gesamthaushalt | 28,6 | 28,5 | 28,6 | 27,8 | 28,0 | 27,4 | 26,7 |
| darunter: | | | | | | | |
| Bund | 11,5 | 11,6 | 11,9 | 11,4 | 11,6 | 11,2 | 11,2 |
| Länder | 12,1 | 12,0 | 12,0 | 11,6 | 11,6 | 11,1 | 10,9 |
| Gemeinden | 7,0 | 7,0 | 6,9 | 6,8 | 6,8 | 6,7 | 6,6 |
| Gesamtwirtschaftliche Steuerquote[3] | 21,1 | 20,6 | 20,4 | 20,0 | 20,1 | 21,0 | 22,2 |

[1] Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.
[2] Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.
[3] Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.
Stand: Juli 2008.

# 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen[1]

| Jahr | Steueraufkommen | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | davon | | | |
| | | Direkte Steuern | Indirekte Steuern | Direkte Steuern | Indirekte Steuern |
| | Mrd. € | | | % | |
| Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 | | | | | |
| 1950 | 10,5 | 5,3 | 5,2 | 50,6 | 49,4 |
| 1955 | 21,6 | 11,1 | 10,5 | 51,3 | 48,7 |
| 1960 | 35,0 | 18,8 | 16,2 | 53,8 | 46,2 |
| 1965 | 53,9 | 29,3 | 24,6 | 54,3 | 45,7 |
| 1970 | 78,8 | 42,2 | 36,6 | 53,6 | 46,4 |
| 1975 | 123,8 | 72,8 | 51,0 | 58,8 | 41,2 |
| 1980 | 186,6 | 109,1 | 77,5 | 58,5 | 41,5 |
| 1981 | 189,3 | 108,5 | 80,9 | 57,3 | 42,7 |
| 1982 | 193,6 | 111,9 | 81,7 | 57,8 | 42,2 |
| 1983 | 202,8 | 115,0 | 87,8 | 56,7 | 43,3 |
| 1984 | 212,0 | 120,7 | 91,3 | 56,9 | 43,1 |
| 1985 | 223,5 | 132,0 | 91,5 | 59,0 | 41,0 |
| 1986 | 231,3 | 137,3 | 94,1 | 59,3 | 40,7 |
| 1987 | 239,6 | 141,7 | 98,0 | 59,1 | 40,9 |
| 1988 | 249,6 | 148,3 | 101,2 | 59,4 | 40,6 |
| 1989 | 273,8 | 162,9 | 111,0 | 59,5 | 40,5 |
| 1990 | 281,0 | 159,5 | 121,6 | 56,7 | 43,3 |
| Bundesrepublik Deutschland | | | | | |
| 1991 | 338,4 | 189,1 | 149,3 | 55,9 | 44,1 |
| 1992 | 374,1 | 209,5 | 164,6 | 56,0 | 44,0 |
| 1993 | 383,0 | 207,4 | 175,6 | 54,2 | 45,8 |
| 1994 | 402,0 | 210,4 | 191,6 | 52,3 | 47,7 |
| 1995 | 416,3 | 224,0 | 192,3 | 53,8 | 46,2 |
| 1996 | 409,0 | 213,5 | 195,6 | 52,2 | 47,8 |
| 1997 | 407,6 | 209,4 | 198,1 | 51,4 | 48,6 |
| 1998 | 425,9 | 221,6 | 204,3 | 52,0 | 48,0 |
| 1999 | 453,1 | 235,0 | 218,1 | 51,9 | 48,1 |
| 2000 | 467,3 | 243,5 | 223,7 | 52,1 | 47,9 |
| 2001 | 446,2 | 218,9 | 227,4 | 49,0 | 51,0 |
| 2002 | 441,7 | 211,5 | 230,2 | 47,9 | 52,1 |
| 2003 | 442,2 | 210,2 | 232,0 | 47,5 | 52,5 |
| 2004 | 442,8 | 211,9 | 231,0 | 47,8 | 52,2 |
| 2005 | 452,1 | 218,8 | 233,2 | 48,4 | 51,6 |
| 2006 | 488,4 | 246,4 | 242,0 | 50,5 | 49,5 |
| 2007 | 538,2 | 272,1 | 266,2 | 50,6 | 49,4 |
| 2008[2] | 554,4 | 281,9 | 272,5 | 50,8 | 49,2 |
| 2009[2] | 571,1 | 293,4 | 277,6 | 51,4 | 48,6 |
| 2010[2] | 595,2 | 312,0 | 283,2 | 52,4 | 47,6 |
| 2011[2] | 620,0 | 331,7 | 288,3 | 53,5 | 46,5 |
| 2012[2] | 645,3 | 351,4 | 293,8 | 54,5 | 45,5 |

[1] Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

[2] Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008.

Stand: Mai 2008.

# 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten[1]
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

| Jahr | Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[2] | | Abgrenzung der Finanzstatistik | |
|---|---|---|---|---|
| | Steuerquote | Abgabenquote | Steuerquote | Abgabenquote |
| | Anteile am BIP in % | | | |
| 1960 | 23,0 | 33,4 | 22,6 | 32,2 |
| 1965 | 23,5 | 34,1 | 23,1 | 32,9 |
| 1970 | 23,0 | 34,8 | 22,4 | 33,5 |
| 1971 | 23,3 | 35,6 | 22,6 | 34,2 |
| 1972 | 23,1 | 36,1 | 23,6 | 35,7 |
| 1973 | 24,2 | 38,0 | 24,1 | 37,0 |
| 1974 | 24,0 | 38,2 | 23,9 | 37,4 |
| 1975 | 22,8 | 38,1 | 23,1 | 37,9 |
| 1980 | 23,8 | 39,6 | 24,3 | 39,7 |
| 1981 | 22,8 | 39,1 | 23,7 | 39,5 |
| 1982 | 22,5 | 39,1 | 23,3 | 39,4 |
| 1983 | 22,5 | 38,7 | 23,2 | 39,0 |
| 1984 | 22,6 | 38,9 | 23,2 | 38,9 |
| 1985 | 22,8 | 39,1 | 23,4 | 39,2 |
| 1986 | 22,3 | 38,6 | 22,9 | 38,7 |
| 1987 | 22,5 | 39,0 | 22,9 | 38,8 |
| 1988 | 22,2 | 38,6 | 22,7 | 38,5 |
| 1989 | 22,7 | 38,8 | 23,4 | 39,0 |
| 1990 | 21,6 | 37,3 | 22,7 | 38,0 |
| 1991 | 22,0 | 38,9 | 22,0 | 38,0 |
| 1992 | 22,4 | 39,6 | 22,7 | 39,2 |
| 1993 | 22,4 | 40,2 | 22,6 | 39,6 |
| 1994 | 22,3 | 40,5 | 22,5 | 39,8 |
| 1995 | 21,9 | 40,3 | 22,5 | 40,2 |
| 1996 | 22,4 | 41,4 | 21,8 | 39,9 |
| 1997 | 22,2 | 41,4 | 21,3 | 39,5 |
| 1998 | 22,7 | 41,7 | 21,7 | 39,5 |
| 1999 | 23,8 | 42,5 | 22,5 | 40,2 |
| 2000 | 24,2 | 42,5 | 22,7 | 40,0 |
| 2001 | 22,6 | 40,8 | 21,1 | 38,3 |
| 2002 | 22,3 | 40,5 | 20,6 | 37,7 |
| 2003 | 22,3 | 40,6 | 20,4 | 37,7 |
| 2004[3] | 21,8 | 39,7 | 20,0 | 36,9 |
| 2005[3] | 22,0 | 39,6 | 20,1 | 36,7 |
| 2006[3] | 22,8 | 40,1 | 21,0 | 37,3 |
| 2007[3] | 23,8 | 40,3 | 22,2 | 37,7 |

[1] Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
[2] Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
[3] Vorläufige Ergebnisse; Stand: Mai 2008.

# 10 Entwicklung der Staatsquote[1, 2]

| Jahr | Ausgaben des Staates | | |
|---|---|---|---|
| | insgesamt | darunter | |
| | | Gebietskörperschaften[3] | Sozialversicherungen[3] |
| | Anteile am BIP in % | | |
| 1960 | 32,9 | 21,7 | 11,2 |
| 1965 | 37,1 | 25,4 | 11,6 |
| 1970 | 38,5 | 26,1 | 12,4 |
| 1975 | 48,8 | 31,2 | 17,7 |
| 1980 | 46,9 | 29,6 | 17,3 |
| 1981 | 47,5 | 29,7 | 17,9 |
| 1982 | 47,5 | 29,4 | 18,1 |
| 1983 | 46,5 | 28,8 | 17,7 |
| 1984 | 45,8 | 28,2 | 17,6 |
| 1985 | 45,2 | 27,8 | 17,4 |
| 1986 | 44,5 | 27,4 | 17,1 |
| 1987 | 45,0 | 27,6 | 17,4 |
| 1988 | 44,6 | 27,0 | 17,6 |
| 1989 | 43,1 | 26,4 | 16,7 |
| 1990 | 43,6 | 27,3 | 16,4 |
| 1991 | 46,3 | 28,2 | 18,0 |
| 1992 | 47,2 | 28,0 | 19,2 |
| 1993 | 48,2 | 28,3 | 19,9 |
| 1994 | 47,9 | 27,8 | 20,0 |
| 1995 | 48,1 | 27,6 | 20,6 |
| 1996 | 49,3 | 27,9 | 21,4 |
| 1997 | 48,4 | 27,1 | 21,2 |
| 1998 | 48,0 | 27,0 | 21,1 |
| 1999 | 48,1 | 26,9 | 21,1 |
| 2000 | 47,6 | 26,5 | 21,1 |
| 2000[4] | 45,1 | 24,0 | 21,1 |
| 2001 | 47,6 | 26,3 | 21,3 |
| 2002 | 48,1 | 26,4 | 21,7 |
| 2003 | 48,5 | 26,5 | 22,0 |
| 2004[5] | 47,1 | 25,9 | 21,2 |
| 2005[5] | 46,9 | 26,1 | 20,8 |
| 2006[5] | 45,4 | 25,3 | 20,1 |
| 2007[5] | 43,8 | 24,6 | 19,2 |

1 Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
2 Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
3 Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).
4 Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.
5 Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2008.
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

# 11 Schulden der öffentlichen Haushalte
## ohne Kassenverstärkungskredite

| | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | **Schulden in Mio. €[1]** | | | | | |
| **Öffentlicher Gesamthaushalt** | **1 253 194** | **1 325 731** | **1 395 004** | **1 447 505** | **1 497 122** | **1 502 196** |
| Bund[2] | 719 397 | 760 453 | 802 994 | 872 653 | 917 554 | 937 545 |
| Sonderrechnungen Bund (SR) | 59 210 | 58 830 | 57 250 | 15 367 | 14 556 | 100 |
| Länder | 384 773 | 414 950 | 442 972 | 468 214 | 480 486 | 482 752 |
| Gemeinden | 82 661 | 84 069 | 84 257 | 83 804 | 81 877 | 79 239 |
| Zweckverbände | 7 153 | 7 429 | 7 531 | 7 467 | 2 649 | 2 560 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Bund + SR | 778 607 | 819 283 | 860 244 | 888 020 | 932 110 | 937 645 |
| Länder + Gemeinden | 467 434 | 499 019 | 527 229 | 552 018 | 562 362 | 561 991 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Länder (West)[3] | 322 900 | 348 111 | 372 352 | 394 148 | 405 914 | 408 548 |
| Länder (Ost) | 61 873 | 66 840 | 70 620 | 74 066 | 74 572 | 74 204 |
| Gemeinden (West) | 67 155 | 68 726 | 68 981 | 69 030 | 68 387 | 68 488 |
| Gemeinden (Ost) | 15 506 | 15 343 | 15 276 | 14 774 | 13 489 | 13 310 |
| Länder und Gemeinden (West) | 390 055 | 416 837 | 441 333 | 463 178 | 474 301 | 477 036 |
| Länder und Gemeinden (Ost) | 77 379 | 82 183 | 85 896 | 88 840 | 88 061 | 87 514 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Sonderrechnungen Bund | 59 210 | 58 830 | 57 250 | 15 367 | 14 556 | 100 |
| ERP | 19 400 | 19 261 | 18 200 | 15 066 | 14 357 | 0 |
| Fonds „Deutsche Einheit“ | 39 441 | 39 099 | 38 650 | | | |
| Entschädigungsfonds | 369 | 469 | 400 | 301 | 199 | 100 |
| | **Anteil der Schulden am BIP (in %)** | | | | | |
| **Öffentlicher Gesamthaushalt** | **58,5** | **61,3** | **63,1** | **64,5** | **64,5** | **62,0** |
| Bund[2] | 33,6 | 35,1 | 36,3 | 38,9 | 39,5 | 38,7 |
| Sonderrechnungen Bund | 2,8 | 2,7 | 2,6 | 0,7 | 0,6 | 0,0 |
| Länder | 18,0 | 19,2 | 20,0 | 20,9 | 20,7 | 19,9 |
| Gemeinden | 3,9 | 3,9 | 3,8 | 3,7 | 3,5 | 3,3 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Bund + SR | 36,3 | 37,9 | 38,9 | 39,6 | 40,1 | 38,7 |
| Länder + Gemeinden | 21,8 | 23,1 | 23,8 | 24,6 | 24,2 | 23,2 |
| nachrichtlich: | 15,1 | 16,1 | 16,8 | 17,6 | 17,5 | 16,9 |
| Länder (West)[3] | 2,9 | 3,1 | 3,2 | 3,3 | 3,2 | 3,1 |
| Länder (Ost) | 3,1 | 3,2 | 3,1 | 3,1 | 2,9 | 2,8 |
| Gemeinden (West) | 0,7 | 0,7 | 0,7 | 0,7 | 0,6 | 0,5 |
| Gemeinden (Ost) | | | | | | |
| Länder und Gemeinden (West) | 18,2 | 19,3 | 20,0 | 20,6 | 20,4 | 19,7 |
| Länder und Gemeinden (Ost) | 3,6 | 3,8 | 3,9 | 4,0 | 3,8 | 3,6 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Maastricht-Schuldenstand[4] | 60,3 | 63,8 | 65,6 | 67,8 | 67,6 | 65,0 |
| | **Schulden insgesamt (€)** | | | | | |
| je Einwohner | 15195 | 16066 | 16909 | 17559 | 18188 | 18310 |
| je Erwerbstätigen | 32054 | 34234 | 35880 | 37263 | 38301 | 37904 |
| nachrichtlich: | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €) | 2143,2 | 2163,8 | 2211,2 | 2244,6 | 2322,2 | 2423,8 |
| Einwohner (in Mio.) (30.6.) | 82,475 | 82,518 | 82,498 | 82,438 | 82,315 | 82,261 |
| Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.) | 39,096 | 38,726 | 38,880 | 38,846 | 39,088 | 39,737 |

[1] Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.
[2] Ab 2006 inkl. Extrahaushalt BPS-PT (Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.); ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.
[3] West- und Ost-Berlin.
[4] Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

# 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte[1]

| Jahr | Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[2] | | | | | | Abgrenzung der Finanzstatistik | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Staat | Gebietskörperschaften | Sozialversicherungen | Staat | Gebietskörperschaften | Sozialversicherungen | Öffentlicher Gesamthaushalt[3] | |
| | Mrd. € | | | Anteile am BIP in % | | | Mrd. € | Anteile am BIP in % |
| 1960 | 4,7 | 3,4 | 1,3 | 3,0 | 2,2 | 0,9 | . | . |
| 1965 | – 1,4 | – 3,2 | 1,8 | – 0,6 | – 1,4 | 0,8 | – 4,8 | – 2,0 |
| 1970 | 1,9 | – 1,1 | 2,9 | 0,5 | – 0,3 | 0,8 | – 4,1 | – 1,1 |
| 1975 | – 30,9 | – 28,8 | – 2,1 | – 5,6 | – 5,2 | – 0,4 | – 32,6 | – 5,9 |
| 1980 | – 23,2 | – 24,3 | 1,1 | – 2,9 | – 3,1 | 0,1 | – 29,2 | – 3,7 |
| 1981 | – 32,2 | – 34,5 | 2,2 | – 3,9 | – 4,2 | 0,3 | – 38,7 | – 4,7 |
| 1982 | – 29,6 | – 32,4 | 2,8 | – 3,4 | – 3,8 | 0,3 | – 35,8 | – 4,2 |
| 1983 | – 25,7 | – 25,0 | – 0,7 | – 2,9 | – 2,8 | – 0,1 | – 28,3 | – 3,1 |
| 1984 | – 18,7 | – 17,8 | – 0,8 | – 2,0 | – 1,9 | – 0,1 | – 23,8 | – 2,5 |
| 1985 | – 11,3 | – 13,1 | 1,8 | – 1,1 | – 1,3 | 0,2 | – 20,1 | – 2,0 |
| 1986 | – 11,9 | – 16,2 | 4,2 | – 1,1 | – 1,6 | 0,4 | – 21,6 | – 2,1 |
| 1987 | – 19,3 | – 22,0 | 2,7 | – 1,8 | – 2,1 | 0,3 | – 26,1 | – 2,5 |
| 1988 | – 22,2 | – 22,3 | 0,1 | – 2,0 | – 2,0 | 0,0 | – 26,5 | – 2,4 |
| 1989 | 1,0 | – 7,3 | 8,2 | 0,1 | – 0,6 | 0,7 | – 13,8 | – 1,2 |
| 1990 | – 24,8 | – 34,7 | 9,9 | – 1,9 | – 2,7 | 0,8 | – 48,3 | – 3,7 |
| 1991 | – 43,8 | – 54,7 | 10,9 | – 2,9 | – 3,6 | 0,7 | – 62,8 | – 4,1 |
| 1992 | – 40,7 | – 39,1 | – 1,6 | – 2,5 | – 2,4 | – 0,1 | – 59,2 | – 3,6 |
| 1993 | – 50,9 | – 53,9 | 3,0 | – 3,0 | – 3,2 | 0,2 | – 70,5 | – 4,2 |
| 1994 | – 40,9 | – 42,9 | 2,0 | – 2,3 | – 2,4 | 0,1 | – 59,5 | – 3,3 |
| 1995 | – 59,1 | – 51,4 | – 7,7 | – 3,2 | – 2,8 | – 0,4 | – 55,9 | – 3,0 |
| 1996 | – 62,5 | – 56,1 | – 6,4 | – 3,3 | – 3,0 | – 0,3 | – 62,3 | – 3,3 |
| 1997 | – 50,6 | – 52,1 | 1,5 | – 2,6 | – 2,7 | 0,1 | – 48,1 | – 2,5 |
| 1998 | – 42,7 | – 45,7 | 3,0 | – 2,2 | – 2,3 | 0,2 | – 28,8 | – 1,5 |
| 1999 | – 29,3 | – 34,6 | 5,3 | – 1,5 | – 1,7 | 0,3 | – 26,9 | – 1,3 |
| 2000 | – 23,7 | – 24,3 | 0,6 | – 1,2 | – 1,2 | 0,0 | – 34,0 | – 1,6 |
| 2000[4] | 27,1 | 26,5 | 0,6 | 1,3 | 1,3 | 0,0 | X | X |
| 2001 | – 59,6 | – 55,8 | – 3,8 | – 2,8 | – 2,6 | – 0,2 | – 46,6 | – 2,2 |
| 2002 | – 78,3 | – 71,5 | – 6,8 | – 3,7 | – 3,3 | – 0,3 | – 57,1 | – 2,7 |
| 2003 | – 87,3 | – 79,5 | – 7,7 | – 4,0 | – 3,7 | – 0,4 | – 68,0 | – 3,1 |
| 2004[5] | – 83,6 | – 82,2 | – 1,3 | – 3,8 | – 3,7 | – 0,1 | – 65,5 | – 3,0 |
| 2005[5] | – 75,6 | – 71,5 | – 4,0 | – 3,4 | – 3,2 | – 0,2 | – 52,5 | – 2,3 |
| 2006[5] | – 37,3 | – 40,8 | 3,5 | – 1,6 | – 1,8 | 0,2 | – 39,2 | – 1,7 |
| 2007[5] | 3,5 | – 5,8 | 9,3 | 0,1 | – 0,2 | 0,4 | 1,5 | 0,1 |

[1] Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
[2] Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
[3] Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.
[4] Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.
[5] Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2008.

# 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden[1]

| Land | in % des BIP | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | **– 2,8** | **– 1,1** | **– 1,9** | **– 3,2** | **– 1,2** | **– 4,0** | **– 3,8** | **– 3,4** | **– 1,6** | **0,0** | **– 0,5** | **– 0,2** |
| Belgien | – 9,2 | –10,0 | – 6,6 | – 4,4 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | – 2,3 | 0,3 | – 0,2 | – 0,4 | – 0,6 |
| Griechenland | – | – | –14,3 | – 9,3 | – 3,7 | – 5,6 | – 7,4 | – 5,1 | – 2,6 | – 2,8 | – 2,0 | – 2,0 |
| Spanien | – | – | – | – 6,5 | – 1,1 | – 0,2 | – 0,3 | 1,0 | 1,8 | 2,2 | 0,6 | 0,0 |
| Frankreich | – 0,1 | – 3,0 | – 2,4 | – 5,5 | – 1,5 | – 4,1 | – 3,6 | – 2,9 | – 2,4 | – 2,7 | – 2,9 | – 3,0 |
| Irland | – | –10,7 | – 2,8 | – 2,0 | 4,7 | 0,4 | 1,4 | 1,6 | 3,0 | 0,3 | – 1,4 | – 1,7 |
| Italien | – 7,0 | –12,4 | –11,4 | – 7,4 | – 2,0 | – 3,5 | – 3,5 | – 4,2 | – 3,4 | – 1,9 | – 2,3 | – 2,4 |
| Zypern | – | – | – | – | – 2,3 | – 6,5 | – 4,1 | – 2,4 | – 1,2 | 3,3 | 1,7 | 1,8 |
| Luxemburg | – | – | 4,3 | 2,4 | 6,0 | 0,5 | – 1,2 | – 0,1 | 1,3 | 2,9 | 2,4 | 2,3 |
| Malta | – | – | – | – 4,2 | – 6,2 | – 9,8 | – 4,6 | – 3,0 | – 2,5 | – 1,8 | – 1,6 | – 1,0 |
| Niederlande | – 4,0 | – 3,6 | – 5,3 | – 4,3 | 1,3 | – 3,1 | – 1,7 | – 0,3 | 0,5 | 0,4 | 1,4 | 1,8 |
| Österreich | – 1,6 | – 2,7 | – 2,5 | – 5,7 | – 2,1 | – 1,4 | – 3,7 | – 1,5 | – 1,5 | – 0,5 | – 0,7 | – 0,6 |
| Portugal | – 7,2 | – 8,6 | – 6,3 | – 5,0 | – 3,2 | – 2,9 | – 3,4 | – 6,1 | – 3,9 | – 2,6 | – 2,2 | – 2,6 |
| Slowenien | – | – | – | – 8,5 | – 3,8 | – 2,7 | – 2,3 | – 1,5 | – 1,2 | – 0,1 | – 0,6 | – 0,6 |
| Finnland | 3,8 | 3,5 | 5,4 | – 6,2 | 6,9 | 2,6 | 2,4 | 2,9 | 4,1 | 5,3 | 4,9 | 4,6 |
| Euroraum | – | – | – | – 5,0 | – 1,1 | – 3,1 | – 2,9 | – 2,5 | – 1,3 | – 0,6 | – 1,0 | – 1,1 |
| Bulgarien | – | – | – | – 3,4 | – 0,5 | 0,0 | 1,4 | 1,8 | 3,0 | 3,4 | 3,2 | 3,2 |
| Dänemark | – 2,3 | – 1,4 | – 1,3 | – 2,9 | 2,3 | 0,0 | 1,9 | 5,0 | 4,8 | 4,4 | 3,9 | 2,9 |
| Estland | – | – | – | 1,1 | – 0,2 | 1,8 | 1,6 | 1,8 | 3,4 | 2,8 | 0,4 | – 0,7 |
| Lettland | – | – | 6,8 | – 2,0 | – 2,8 | – 1,6 | – 1,0 | – 0,4 | – 0,2 | 0,0 | – 1,1 | – 2,1 |
| Litauen | – | – | – | – 1,6 | – 3,2 | – 1,3 | – 1,5 | – 0,5 | – 0,5 | – 1,2 | – 1,7 | – 1,5 |
| Polen | – | – | – | – 4,4 | – 3,0 | – 6,3 | – 5,7 | – 4,3 | – 3,8 | – 2,0 | – 2,5 | – 2,6 |
| Rumänien | – | – | – | – | – 4,6 | – 1,5 | – 1,2 | – 1,2 | – 2,2 | – 2,5 | – 2,9 | – 3,7 |
| Schweden | – | – | – | – 7,4 | 3,7 | – 0,9 | 0,8 | 2,2 | 2,3 | 3,5 | 2,7 | 2,3 |
| Slowakei | – | – | – | – 3,4 | –12,2 | – 2,7 | – 2,4 | – 2,8 | – 3,6 | – 2,2 | – 2,0 | – 2,3 |
| Tschechien | – | – | – | –13,4 | – 3,7 | – 6,6 | – 3,0 | – 3,6 | – 2,7 | – 1,6 | – 1,4 | – 1,1 |
| Ungarn | – | – | – | – | – 2,9 | – 7,2 | – 6,5 | – 7,8 | – 9,2 | – 5,5 | – 4,0 | – 3,6 |
| Vereinigtes Königreich | – 3,2 | – 2,8 | – 1,8 | – 5,9 | 1,2 | – 3,3 | – 3,4 | – 3,4 | – 2,6 | – 2,9 | – 3,3 | – 3,3 |
| EU-27 | – | – | – | – | 0,6 | – 3,1 | – 2,8 | – 2,5 | – 1,4 | – 0,9 | – 1,2 | – 1,3 |
| USA | – 2,6 | – 5,1 | – 4,3 | – 3,2 | 1,6 | – 4,9 | – 4,4 | – 3,6 | – 2,6 | – 3,0 | – 5,0 | – 5,9 |
| Japan | – 4,5 | – 1,4 | 2,1 | – 4,7 | – 7,6 | – 7,9 | – 6,2 | – 6,7 | – 1,4 | – 1,6 | – 1,9 | – 2,7 |

[1] Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, April 2008.
Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Stand: April 2008.

# 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

| Land | in % des BIP | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | **30,3** | **39,5** | **41,3** | **55,6** | **59,7** | **63,8** | **65,6** | **67,8** | **67,6** | **65,0** | **63,1** | **61,6** |
| Belgien | 74,0 | 115,1 | 125,6 | 129,8 | 107,8 | 98,6 | 94,2 | 92,1 | 88,2 | 84,9 | 81,9 | 79,9 |
| Griechenland | 22,8 | 49,0 | 72,6 | 99,2 | 101,8 | 97,9 | 98,6 | 98,0 | 95,3 | 94,5 | 92,4 | 90,2 |
| Spanien | 16,4 | 41,4 | 42,6 | 62,7 | 59,2 | 48,7 | 46,2 | 43,0 | 39,7 | 36,2 | 35,3 | 35,2 |
| Frankreich | 20,7 | 30,6 | 35,2 | 55,1 | 56,7 | 62,9 | 64,9 | 66,4 | 63,6 | 64,2 | 64,4 | 65,1 |
| Irland | 69,0 | 100,5 | 93,1 | 81,0 | 37,8 | 31,1 | 29,5 | 27,4 | 25,1 | 25,4 | 26,9 | 28,8 |
| Italien | 56,9 | 80,5 | 94,7 | 121,2 | 109,1 | 104,3 | 103,8 | 105,8 | 106,5 | 104,0 | 103,2 | 102,6 |
| Zypern | - | - | - | - | 58,8 | 68,9 | 70,2 | 69,1 | 64,8 | 59,8 | 47,3 | 43,2 |
| Luxemburg | 9,9 | 10,3 | 4,7 | 7,4 | 6,4 | 6,3 | 6,3 | 6,1 | 6,6 | 6,8 | 7,4 | 7,6 |
| Malta | - | - | - | - | 55,9 | 69,3 | 72,6 | 70,4 | 64,2 | 62,6 | 60,6 | 58,8 |
| Niederlande | 45,8 | 70,1 | 76,8 | 76,1 | 53,8 | 52,0 | 52,4 | 52,3 | 47,9 | 45,4 | 42,4 | 39,0 |
| Österreich | 35,4 | 48,1 | 56,1 | 67,9 | 65,5 | 64,6 | 63,8 | 63,5 | 61,8 | 59,1 | 57,7 | 56,8 |
| Portugal | 30,6 | 58,4 | 55,3 | 61,0 | 50,4 | 56,9 | 58,3 | 63,6 | 64,7 | 63,6 | 64,1 | 64,3 |
| Slowenien | - | - | - | - | 27,2 | 27,9 | 27,6 | 27,5 | 27,2 | 24,1 | 23,4 | 22,5 |
| Finnland | 11,3 | 16,0 | 14,0 | 56,7 | 43,8 | 44,3 | 44,1 | 41,3 | 39,2 | 35,4 | 31,9 | 29,1 |
| Euroraum | 33,5 | 50,3 | 56,6 | 72,3 | 69,2 | 69,1 | 69,6 | 70,2 | 68,5 | 66,4 | 65,2 | 64,3 |
| Bulgarien | - | - | - | - | 74,3 | 45,9 | 37,9 | 29,2 | 22,7 | 18,2 | 14,1 | 10,8 |
| Dänemark | 39,1 | 74,7 | 62,0 | 72,5 | 51,7 | 45,8 | 43,8 | 36,4 | 30,4 | 26,0 | 21,7 | 18,4 |
| Estland | - | - | - | 9,0 | 5,2 | 5,5 | 5,1 | 4,5 | 4,2 | 3,4 | 3,4 | 3,5 |
| Lettland | - | - | - | - | 12,3 | 14,6 | 14,9 | 12,4 | 10,7 | 9,7 | 10,0 | 11,2 |
| Litauen | - | - | - | 11,9 | 23,7 | 21,2 | 19,4 | 18,6 | 18,2 | 17,3 | 17,0 | 16,8 |
| Polen | - | - | - | - | 36,8 | 47,1 | 45,7 | 47,1 | 47,6 | 45,2 | 44,5 | 44,1 |
| Rumänien | - | - | - | - | 24,7 | 21,5 | 18,8 | 15,8 | 12,4 | 13,0 | 13,6 | 14,9 |
| Schweden | 40,0 | 61,9 | 42,0 | 72,1 | 53,6 | 52,3 | 51,2 | 50,9 | 45,9 | 40,6 | 35,5 | 31,9 |
| Slowakei | - | - | - | 22,2 | 50,4 | 42,4 | 41,4 | 34,2 | 30,4 | 29,4 | 29,2 | 29,7 |
| Tschechien | - | - | - | 14,6 | 18,5 | 30,1 | 30,4 | 29,7 | 29,4 | 28,7 | 28,1 | 27,2 |
| Ungarn | - | - | - | 85,1 | 54,3 | 58,0 | 59,4 | 61,6 | 65,6 | 66,0 | 66,5 | 65,7 |
| Vereinigtes Königreich | 52,3 | 51,7 | 33,3 | 50,7 | 41,0 | 38,7 | 40,4 | 42,1 | 43,1 | 43,8 | 45,6 | 48,2 |
| EU-27 | - | - | - | - | 61,7 | 61,7 | 62,1 | 62,6 | 61,3 | 58,7 | 58,9 | 58,4 |
| USA | 42,0 | 55,8 | 63,6 | 71,3 | 55,5 | 61,3 | 62,3 | 62,8 | 62,3 | 62,5 | 65,6 | 69,8 |
| Japan | 55,0 | 72,2 | 68,6 | 87,6 | 136,7 | 159,5 | 167,1 | 177,3 | 179,7 | 180,7 | 182,8 | 185,5 |

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, April 2008.
Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, April 2008.
Stand: April 2008.

# 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich[1]

| Land | Steuern in % des BIP | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1970 | 1980 | 1990 | 1995 | 2000 | 2004 | 2005 | 2006 |
| **Deutschland[2,3]** | **22,0** | **23,9** | **21,8** | **22,7** | **22,7** | **20,7** | **20,9** | **22,0** |
| Belgien | 24,1 | 29,4 | 28,1 | 29,2 | 31,0 | 30,8 | 31,5 | 31,1 |
| Dänemark | 37,1 | 42,5 | 45,6 | 47,7 | 47,6 | 48,1 | 49,2 | 48,0 |
| Finnland | 28,7 | 27,4 | 32,4 | 31,6 | 35,3 | 31,8 | 32,0 | 31,4 |
| Frankreich | 21,7 | 23,0 | 23,5 | 24,5 | 28,4 | 27,3 | 27,8 | 28,1 |
| Griechenland | 12,2 | 12,6 | 15,9 | 17,0 | 20,5 | 17,4 | 17,7 | 17,4 |
| Irland | 26,1 | 26,6 | 28,2 | 27,3 | 27,5 | 25,8 | 26,1 | 27,1 |
| Italien | 16,0 | 18,4 | 25,4 | 27,5 | 30,2 | 28,6 | 28,4 | 29,9 |
| Japan | 15,3 | 18,0 | 21,4 | 17,9 | 17,5 | 16,4 | 17,3 | 18,0 |
| Kanada | 27,9 | 27,7 | 31,5 | 30,6 | 30,8 | 28,6 | 28,4 | 28,5 |
| Luxemburg | 16,7 | 25,4 | 26,0 | 27,3 | 29,1 | 27,0 | 27,8 | 26,2 |
| Niederlande | 23,0 | 26,9 | 26,9 | 24,1 | 24,2 | 23,6 | 25,8 | 25,1 |
| Norwegen | 29,0 | 33,5 | 30,2 | 31,3 | 33,7 | 33,9 | 34,8 | 34,9 |
| Österreich | 25,3 | 26,9 | 26,6 | 26,3 | 28,1 | 28,3 | 27,6 | 27,5 |
| Polen | – | – | – | 25,2 | 22,4 | 20,0 | 20,7 | . |
| Portugal | 14,0 | 16,1 | 20,2 | 22,1 | 23,8 | 22,7 | 22,7 | 24,0 |
| Schweden | 32,5 | 33,4 | 38,4 | 34,8 | 38,7 | 36,2 | 37,2 | 37,3 |
| Schweiz | 16,6 | 19,4 | 19,9 | 20,3 | 23,1 | 22,0 | 22,6 | 23,0 |
| Slowakei | – | – | – | – | 19,8 | 18,4 | 18,8 | 17,7 |
| Spanien | 10,0 | 11,6 | 21,0 | 20,5 | 22,2 | 22,6 | 23,7 | 24,6 |
| Tschechien | – | – | – | 22,0 | 19,7 | 22,1 | 21,6 | 20,4 |
| Ungarn | – | – | – | 26,6 | 26,9 | 26,3 | 25,6 | 25,4 |
| Vereinigtes Königreich | 31,9 | 29,3 | 30,1 | 28,5 | 30,9 | 28,9 | 29,6 | 30,6 |
| Vereinigte Staaten | 22,7 | 20,6 | 20,5 | 20,9 | 23,0 | 19,2 | 20,6 | 21,4 |

[1] Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.
[2] Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik .
[3] 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.
Stand: Oktober 2007.

# 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich[1]

| Land | Steuern und Sozialabgaben in % des BIP | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1970 | 1980 | 1990 | 1995 | 2000 | 2004 | 2005 | 2006 |
| **Deutschland[2,3]** | **31,5** | **36,4** | **34,8** | **37,2** | **37,2** | **34,8** | **34,8** | **35,7** |
| Belgien | 33,9 | 41,3 | 42,0 | 43,6 | 44,9 | 44,8 | 45,4 | 44,8 |
| Dänemark | 38,4 | 43,0 | 46,5 | 48,8 | 49,4 | 49,3 | 50,3 | 49,0 |
| Finnland | 31,5 | 35,7 | 43,5 | 45,7 | 47,2 | 43,4 | 44,0 | 43,5 |
| Frankreich | 34,1 | 40,1 | 42,0 | 42,9 | 44,4 | 43,5 | 44,1 | 44,5 |
| Griechenland | 17,4 | 18,8 | 22,8 | 25,2 | 29,7 | 27,1 | 27,3 | 27,4 |
| Irland | 28,4 | 31,0 | 33,1 | 32,0 | 31,7 | 30,2 | 30,6 | 31,7 |
| Italien | 25,7 | 29,7 | 37,8 | 40,1 | 42,3 | 41,1 | 41,0 | 42,7 |
| Japan | 19,6 | 25,4 | 29,1 | 26,8 | 27,0 | 26,3 | 27,4 | . |
| Kanada | 30,9 | 31,0 | 35,9 | 35,6 | 35,6 | 33,6 | 33,4 | 33,4 |
| Luxemburg | 23,5 | 35,7 | 35,7 | 37,1 | 39,1 | 37,9 | 38,6 | 36,3 |
| Niederlande | 35,4 | 43,4 | 42,9 | 41,5 | 39,7 | 37,4 | 39,1 | 39,5 |
| Norwegen | 34,5 | 42,4 | 41,0 | 40,9 | 42,6 | 43,3 | 43,7 | 43,6 |
| Österreich | 33,9 | 39,0 | 39,6 | 41,1 | 42,6 | 42,8 | 42,1 | 41,9 |
| Polen | – | – | – | 36,2 | 31,6 | 33,4 | 34,3 | . |
| Portugal | 18,4 | 22,9 | 27,7 | 31,7 | 34,1 | 33,8 | 34,8 | 35,4 |
| Schweden | 38,2 | 46,9 | 52,7 | 48,1 | 52,6 | 49,9 | 50,7 | 50,1 |
| Schweiz | 19,8 | 25,3 | 26,0 | 27,8 | 30,5 | 29,1 | 29,7 | 30,1 |
| Slowakei | – | – | – | – | 32,9 | 31,6 | 31,6 | 29,6 |
| Spanien | 15,9 | 22,6 | 32,5 | 32,1 | 34,2 | 34,7 | 35,8 | 36,7 |
| Tschechien | – | – | – | 37,5 | 35,3 | 38,3 | 37,8 | 36,7 |
| Ungarn | – | – | – | 41,3 | 38,0 | 37,6 | 37,2 | 37,1 |
| Vereinigtes Königreich | 37,0 | 35,2 | 36,3 | 34,7 | 37,3 | 35,6 | 36,5 | 37,4 |
| Vereinigte Staaten | 27,0 | 26,4 | 27,3 | 27,9 | 29,9 | 26,0 | 27,3 | 28,2 |

[1] Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.
[2] Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.
[3] 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.
Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.
Stand: Oktober 2007.

# 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

| Land | Gesamtausgaben des Staates in % des BIP | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland**[1] | **46,6** | **44,9** | **43,4** | **48,3** | **45,1** | **46,9** | **45,4** | **43,9** | **43,3** | **43,0** |
| Belgien | 54,7 | 58,3 | 52,1 | 51,9 | 49,0 | 51,7 | 48,4 | 48,8 | 49,0 | 49,3 |
| Finnland | 40,1 | 46,3 | 47,9 | 61,6 | 48,3 | 50,2 | 48,8 | 47,4 | 47,5 | 47,4 |
| Frankreich | 45,7 | 51,8 | 49,5 | 54,4 | 51,6 | 53,3 | 52,7 | 52,6 | 52,5 | 52,5 |
| Griechenland | – | – | 45,8 | 46,6 | 46,6 | 43,0 | 42,0 | 43,1 | 42,4 | 42,4 |
| Irland | – | 53,2 | 42,8 | 41,1 | 31,6 | 33,8 | 34,2 | 36,4 | 38,1 | 38,5 |
| Italien | 40,8 | 49,8 | 52,9 | 52,5 | 46,2 | 48,0 | 48,8 | 48,5 | 48,7 | 48,7 |
| Luxemburg | – | – | 37,7 | 39,7 | 37,6 | 41,8 | 38,6 | 37,5 | 38,8 | 39,4 |
| Malta | – | – | – | 39,7 | 41,0 | 45,0 | 43,9 | 42,5 | 42,5 | 41,8 |
| Niederlande | 55,8 | 57,5 | 54,9 | 51,6 | 44,2 | 45,2 | 46,1 | 45,9 | 45,9 | 45,7 |
| Österreich | 50,2 | 53,7 | 51,5 | 56,0 | 51,3 | 49,6 | 49,1 | 48,0 | 47,7 | 47,5 |
| Portugal | 33,5 | 38,8 | 40,0 | 43,4 | 43,1 | 47,7 | 46,3 | 45,7 | 45,7 | 45,9 |
| Slowenien | – | – | – | 53,3 | 47,5 | 46,0 | 45,3 | 43,3 | 43,3 | 42,5 |
| Spanien | – | – | – | 44,4 | 39,1 | 38,5 | 38,6 | 38,8 | 39,7 | 40,2 |
| Euroraum | – | – | – | – | 37,0 | 43,6 | 43,6 | 43,9 | 43,9 | 43,8 |
| Bulgarien | – | – | – | – | 46,2 | 47,4 | 46,8 | 46,3 | 46,2 | 46,2 |
| Dänemark | – | – | – | – | – | 39,2 | 36,4 | 37,8 | 37,7 | 37,7 |
| Estland | 52,7 | 55,5 | 55,9 | 59,3 | 53,5 | 52,5 | 51,1 | 50,6 | 51,0 | 50,8 |
| Lettland | – | – | – | 41,4 | 36,5 | 33,5 | 33,0 | 33,7 | 36,1 | 36,5 |
| Litauen | – | – | 31,6 | 38,9 | 37,3 | 35,6 | 37,9 | 38,0 | 38,2 | 38,5 |
| Polen | – | – | – | 35,7 | 39,1 | 33,6 | 33,9 | 35,6 | 36,4 | 36,7 |
| Rumänien | – | – | – | 47,7 | 41,1 | 43,3 | 43,8 | 42,4 | 42,6 | 42,3 |
| Schweden | – | – | – | – | 48,4 | 33,5 | 35,3 | 36,9 | 38,5 | 39,9 |
| Slowakei | – | – | – | 65,2 | 55,6 | 55,0 | 54,2 | 52,5 | 52,8 | 52,6 |
| Tschechien | – | – | – | 48,4 | 50,7 | 38,1 | 37,2 | 36,9 | 36,3 | 36,1 |
| Ungarn | – | – | – | 54,5 | 41,8 | 44,9 | 43,6 | 42,4 | 42,2 | 41,8 |
| Vereinigtes Königreich | – | – | – | – | 46,5 | 49,9 | 51,9 | 50,1 | 49,1 | 48,4 |
| Zypern | 47,2 | 48,7 | 41,1 | 43,9 | 36,8 | 44,0 | 43,8 | 43,6 | 44,1 | 44,3 |
| EU-27 | – | – | – | – | – | 46,8 | 46,3 | 45,8 | 45,8 | 45,8 |
| USA | 33,8 | 36,1 | 36,0 | 35,4 | 32,5 | 34,8 | 34,7 | 35,6 | 36,8 | 37,9 |
| Japan | 33,5 | 33,2 | 32,3 | 36,9 | 40,6 | 40,4 | 37,9 | 38,2 | 38,7 | 40,0 |

[1] 1980–1990: nur alte Bundesländer.
Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".
Stand: April 2008.

# 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

| | EU-Haushalt 2007[1] | | | | EU-Haushalt 2008[2] | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Verpflichtungen | | Zahlungen | | Verpflichtungen | | Zahlungen | |
| | Mio. Euro | % | Mio. Euro | % | Mio. Euro | % | Mio. Euro | % |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| **Rubrik** | | | | | | | | |
| 1. Nachhaltiges Wachstum | 54 854,3 | 43,4 | 43 590,1 | 38,3 | 57 963,9 | 44,9 | 50 324,2 | 41,8 |
| davon Globalisierungsanpassungsfonds | 500,0 | | | | 500,0 | 0,4 | 0,0 | 0,0 |
| 2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen | 55 850,2 | 44,2 | 54 210,4 | 47,6 | 55 041,1 | 42,6 | 53 177,3 | 44,2 |
| 3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht | 1 443,6 | 1,1 | 1 270,1 | 1,1 | 1 342,9 | 1,0 | 1 241,4 | 1,0 |
| 4. Die EU als globaler Akteur | 6 812,5 | 5,4 | 7 352,7 | 6,5 | 7 311,0 | 5,7 | 8 112,7 | 6,7 |
| davon Soforthilfereserve (40 - Reserven) | 234,5 | 0,2 | | 0,0 | 239,2 | 0,2 | 0,0 | 0,0 |
| 5. Verwaltung | 6 977,9 | 5,5 | 6 977,8 | 6,1 | 7 283,9 | 5,6 | 7 284,4 | 6,1 |
| 6. Ausgleichszahlungen | 444,6 | 0,4 | 444,6 | 0,4 | 206,6 | 0,2 | 206,6 | 0,2 |
| **Gesamtbetrag** | **126 383,2** | **100,0** | **113 845,8** | **100,0** | **129 149,7** | **100,6** | **120 346,8** | **100,0** |

[1] = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1–7/2007).
[2] = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

# 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

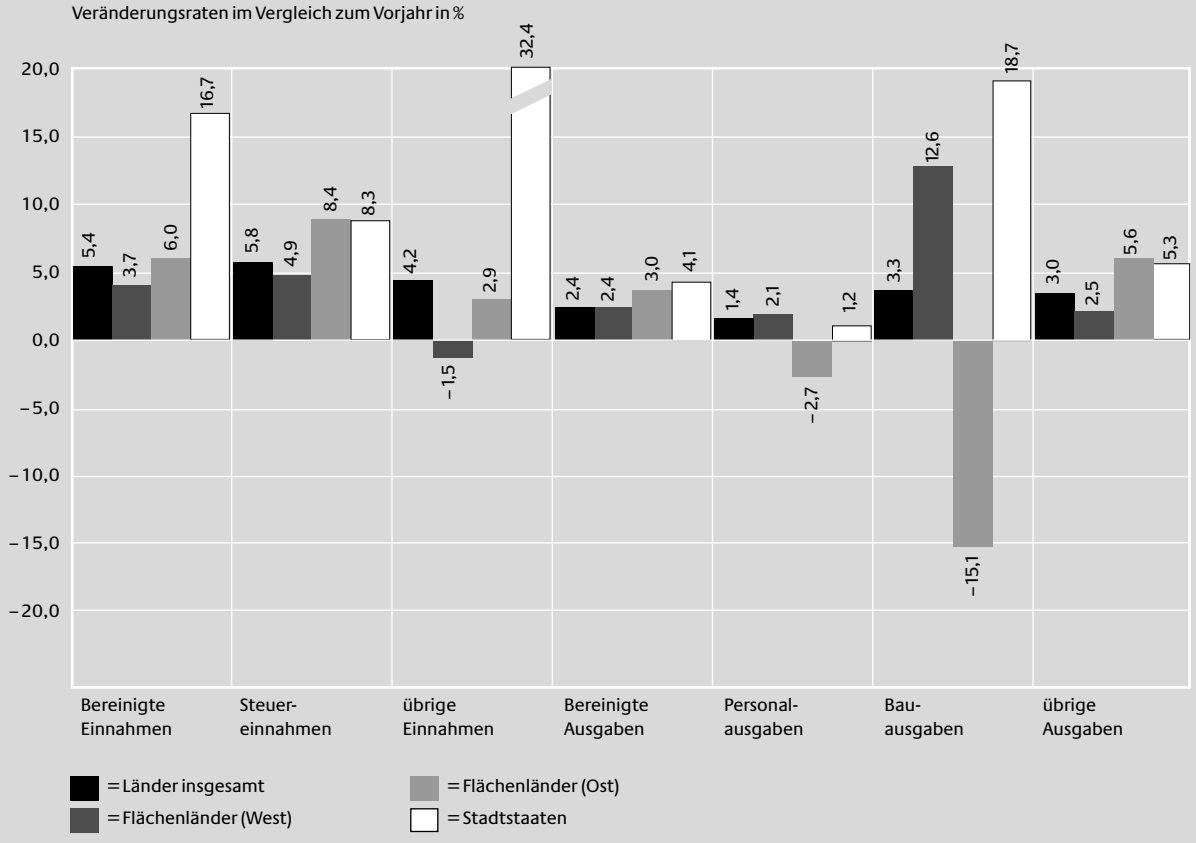
| | Differenz in % | | Differenz in Mio. € | |
|---|---|---|---|---|
| | Sp. 6/2 | Sp. 8/4 | Sp. 6–2 | Sp. 8–4 |
| | 10 | 11 | 10 | 11 |
| **Rubrik** | | | | |
| 1. Nachhaltiges Wachstum | 5,7 | 15,4 | 3 109,6 | 6 734,1 |
| davon Globalisierungsanpassungsfonds | 0,0 | – | 0,0 | 0,0 |
| 2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen | –1,4 | – 1,9 | – 809,1 | – 1 033,1 |
| 3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht | – 7,0 | – 2,3 | – 100,8 | – 28,7 |
| 4. Die EU als globaler Akteur | 7,3 | 10,3 | 498,8 | 760,0 |
| davon Soforthilfereserve (40 - Reserven) | 2,0 | – | 4,7 | 0,0 |
| 5. Verwaltung | 4,4 | 4,4 | 306,0 | 306,7 |
| 6. Ausgleichszahlungen | – 53,5 | – 53,5 | – 238,0 | – 238,0 |
| **Gesamtbetrag** | **2,2** | **5,7** | **2 766,5** | **6 500,9** |

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

| | Flächenländer (West) | | Flächenländer (Ost) | | Stadtstaaten | | Länder zusammen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Soll | Ist | Soll | Ist | Soll | Ist | Soll | Ist |
| | in Mio. € | | | | | | | |
| **Bereinigte Einnahmen** | **185 455** | **75 604** | **52 358** | **20 375** | **33 778** | **14 792** | **265 325** | **107 861** |
| darunter: | | | | | | | | |
| Steuereinnahmen | 151 937 | 61 844 | 27 422 | 11 850 | 20 636 | 8 978 | 199 996 | 82 672 |
| übrige Einnahmen | 33 518 | 13 760 | 24 936 | 8 524 | 13 142 | 5 814 | 65 329 | 25 189 |
| **Bereinigte Ausgaben** | **191 111** | **77 392** | **52 373** | **20 514** | **34 364** | **14 981** | **271 583** | **109 976** |
| darunter: | | | | | | | | |
| Personalausgaben | 73 854 | 31 615 | 12 335 | 4 932 | 10 695 | 4 654 | 96 883 | 41 201 |
| Bauausgaben | 2 616 | 657 | 1 644 | 349 | 705 | 162 | 4 964 | 1 168 |
| übrige Ausgaben | 114 642 | 45 120 | 38 395 | 15 233 | 22 964 | 10 165 | 169 735 | 67 608 |
| **Finanzierungssaldo** | **– 5 654** | **– 1 788** | **– 15** | **– 139** | **– 870** | **– 189** | **– 6 539** | **– 2 116** |

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008



# 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2008

| Lfd. Nr. | Bezeichnung | Mai 2007 | | | April 2008 | | | Mai 2008 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Bund | Länder | Insgesamt | Bund | Länder | Insgesamt | Bund | Länder | Insgesamt |
| | | in Mio. € | | | | | | | | |
| 1 | Seit dem 1. Januar gebuchte | | | | | | | | | |
| **11** | **Bereinigte Einnahmen[1]** | | | | | | | | | |
| | für das laufende Haushaltsjahr | **96 991** | **102 332[5]** | **192 498[5]** | **79 300** | **85 868** | **159 496** | **103 037** | **107 861** | **204 258** |
| 111 | darunter: Steuereinnahmen | 85 241 | 78 151[5] | 163 393[5] | 67 867 | 64 420 | 132 287 | 88 518 | 82 672 | 171 190 |
| 112 | Länderfinanzausgleich[1] | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 113 | nachr.: Kreditmarktmittel (brutto) | 91 117[3] | 25 384 | 116 501 | 71 352[3] | 20 487 | 91 839 | 82 420[3] | 25 756 | 108 176 |
| **12** | **Bereinigte Ausgaben[1]** | | | | | | | | | |
| | für das laufende Haushaltsjahr | 115 617 | 107 417 | 216 209 | 99 457 | 90 885 | 184 670 | 119 379 | 109 976 | 222 715 |
| 121 | darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung) | 11 227 | 40 643 | 51 870 | 9 035 | 33 566 | 42 602 | 11 212 | 41 201 | 52 413 |
| 122 | Bauausgaben | 1 359 | 1 130 | 2 489 | 1 072 | 847 | 1 919 | 1 465 | 1 168 | 2 632 |
| 123 | Länderfinanzausgleich[1] | – | 185 | 185 | – | – 88 | – 88 | – | – 51 | – 51 |
| 124 | nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln | 82 130 | 33 853 | 115 983 | 83 208 | 35 260 | 118 468 | 90 034 | 38 062 | 128 096 |
| **13** | **Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)** | **– 18 626** | **– 5 085[5]** | **– 23 711[5]** | **– 20 157** | **– 5 018** | **– 25 174** | **– 16 342** | **– 2 116** | **– 18 457** |
| 14 | Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres | – | 524 | 524 | – | 541 | 541 | – | – | – |
| 15 | Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres | – | 115 | 115 | – | 121 | 121 | – | – | – |
| 16 | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15) | – | 409 | 409 | – | 420 | 420 | – | – | – |
| 17 | Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen[2] | 9 990 | – 9 213 | 776 | – 10 990 | – 14 329 | – 25 319 | – 6 625 | – 11 724 | – 18 349 |
| 2 | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) | | | | | | | | | |
| 21 | des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode) | – | 122 | 122 | – | – 382 | – 382 | – | 1 399 | 1 399 |
| 22 | der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss) | – | 165 | 165 | – | 1 220 | 1 220 | – | 1 220 | 1 220 |
| 3 | Verwahrungen, Vorschüsse usw. | | | | | | | | | |
| 31 | Verwahrungen | 7 430 | 8 398[5] | 15 828[5] | 4 428 | 14 101 | 18 529 | 9 804 | 14 568 | 24 371 |
| 32 | Vorschüsse | – | 10 332 | 10 332 | – | 18 942 | 18 942 | – | 22 871 | 22 871 |
| 33 | Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen | – | 9 312 | 9 312 | – | 13 223 | 13 223 | – | 12 940 | 12 940 |
| 34 | Saldo (31–32+33) | 7 430 | 7 377[5] | 14 807[5] | 4 428 | 8 382 | 12 810 | 9 804 | 4 637 | 14 441 |
| 4 | Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34) | – 1 207 | – 6 225 | – 7 432 | – 26 719 | – 9 708 | – 36 426 | – 13 163 | – 6 583 | – 19 746 |
| 5 | Schwebende Schulden | | | | | | | | | |
| 51 | Kassenkredit von Kreditinstituten | 1 207 | 4 576 | 5 783 | 26 719 | 6 414 | 33 132 | 13 163 | 3 840 | 17 003 |
| 52 | Schatzwechsel | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 53 | Unverzinsliche Schatzanweisungen | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 54 | Kassenkredit vom Bund | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 55 | Sonstige | – | 1 107 | 1 107 | – | 310 | 310 | – | 763 | 763 |
| 56 | Zusammen | 1 207 | 5 683 | 6 890 | 26 719 | 6 724 | 33 442 | 13 163 | 4 603 | 17 766 |
| 6 | Kassenbestand insgesamt (4+56) | 0 | – 542 | – 542 | 0 | – 2 984 | – 2 984 | 0 | – 1 980 | – 1 980 |
| 7 | Nachrichtl. Angaben (oben enthalten) | | | | | | | | | |
| 71 | Innerer Kassenkredit[4] | – | 1 071 | 1 071 | – | 2 181 | 2 181 | – | 1 843 | 1 843 |
| 72 | Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71) | – | 3 270 | 3 270 | – | 3 827 | 3 827 | – | 3 489 | 3 489 |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. [1] In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. [2] Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. [3] Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. [4] Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. [5] Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung Mai 2007.

# 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2008

| Lfd. Nr. | Bezeichnung | Baden-Württ. | Bayern | Brandenburg | Hessen | Mecklbg.-Vorpom. | Niedersachsen | Nordrh.-Westf. | Rheinl.-Pfalz | Saarland |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | in Mio. € | | | | | | | | |
| 1 | Seit dem 1. Januar gebuchte | | | | | | | | | |
| **11** | **Bereinigte Einnahmen[1]** | | | | | | | | | |
| | für das laufende Haushaltsjahr | **13 743,7** | **16 574,5** | **3 917,4** | **8 073,9** | **2 629,3** | **8 363,3** | **20 008,4** | **5 079,1** | **1 072,5** |
| 111 | darunter: Steuereinnahmen | 10 954,4 | 13 675,3 | 2 403,7 | 6 799,8 | 1 444,4 | 6 281,4 | 17 062,9 | 3 830,2 | 912,0 |
| 112 | Länderfinanzausgleich[1] | – | – | 147,9 | – | 217,3 | 130,4 | – | 110,5 | 30,0 |
| 113 | nachr.: Kreditmarktmittel (brutto) | 5 252,9 | 953,1 | 601,9 | 208,4 | 290,7 | 2 010,3 | 5 482,4 | 2 799,1 | 662,3 |
| **12** | **Bereinigte Ausgaben[1]** | | | | | | | | | |
| | für das laufende Haushaltsjahr | **13 319,1** | **15 333,8** | **4 017,1** | **8 796,7** | **2 705,6** | **9 233,5** | **20 158,8** | **5 701,0** | **1 410,5** |
| 121 | darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung) | 6 120,4 | 7 090,2 | 916,6 | 2 931,3 | 609,3 | 3 640,6[3] | 7 574,3[3] | 2 235,3 | 579,3 |
| 122 | Bauausgaben | 107,8 | 272,5 | 7,2 | 128,8 | 44,6 | 52,0 | 29,0 | 12,3 | 15,1 |
| 123 | Länderfinanzausgleich[1] | 944,0 | 1 204,6 | – | 1 242,3 | – | – | –235,6 | – | – |
| 124 | nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln | 5 311,9 | 1 978,8 | 1 368,6 | 2 322,3 | 723,5 | 3 572,8 | 7 693,1 | 3 390,4 | 617,2 |
| **13** | **Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)** | **424,6** | **1 240,7** | **–99,7** | **–722,8** | **–76,3** | **–870,2** | **–150,4** | **–621,9** | **–338,0** |
| 14 | Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 15 | Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 16 | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15) | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 17 | Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse[2] | –85,0 | –851,0 | –409,9 | –2 154,1 | –428,5 | –1 538,2 | –2 241,5 | –576,1 | 46,7 |
| 2 | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) | | | | | | | | | |
| 21 | des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode) | 715,3 | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 22 | der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss) | 356,3 | 863,3 | – | 0,1 | – | – | – | – | – |
| 3 | Verwahrungen, Vorschüsse usw. | | | | | | | | | |
| 31 | Verwahrungen | 3 670,4 | 1 488,5 | 462,5 | 1 001,3 | 300,6 | 118,5 | 1 619,6 | 1 472,0 | 136,5 |
| 32 | Vorschüsse | 5 461,1 | 7 926,4 | 882,7 | 238,6 | 0,7 | 611,7 | 136,8 | 1 144,1 | –8,7 |
| 33 | Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen | 336,5 | 5 184,8 | – | 897,5 | 349,3 | 1 480,3 | 805,5 | 1,4 | 13,6 |
| 34 | Saldo (31–32+33) | –1 454,2 | –1 253,1 | –420,2 | 1 660,2 | 649,2 | 987,1 | 2 288,3 | 329,3 | 158,8 |
| 4 | Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34) | –43,0 | 0,0 | –929,8 | –1 216,6 | 144,4 | –1 421,3 | –103,6 | –868,6 | –132,5 |
| 5 | Schwebende Schulden | | | | | | | | | |
| 51 | Kassenkredit von Kreditinstituten | – | – | 661,0 | 695,8 | – | 613,0 | 135,0 | 869,4 | 207,2 |
| 52 | Schatzwechsel | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 53 | Unverzinsliche Schatzanweisungen | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 54 | Kassenkredit vom Bund | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 55 | Sonstige | – | – | – | 482,0 | – | 281,0 | – | – | – |
| 56 | Zusammen | – | – | 661,0 | 1 177,8 | – | 894,0 | 135,0 | 869,4 | 207,2 |
| 6 | Kassenbestand insgesamt (4+56)[4] | –43,0 | 0,0 | –268,8 | –38,8 | 144,4 | –527,3 | 31,4 | 0,8 | 74,7 |
| 7 | Nachrichtl. Angaben (oben enthalten) | | | | | | | | | |
| 71 | Innerer Kassenkredit[7] | – | – | – | – | – | 1 112,8 | – | – | – |
| 72 | Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71) | – | – | – | – | – | 1 480,3 | 778,4 | – | – |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. [1] In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. [2] Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. [3] Ohne Juni-Bezüge. [4] Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. [5] SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. [6] Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juni 2008.

# 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2008

| Lfd. Nr. | Bezeichnung | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Schlesw.-Holst. | Thüringen | Berlin | Bremen | Hamburg | Länder zusammen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | in Mio. € | | | | | | | |
| 1 | Seit dem 1. Januar gebuchte | | | | | | | | |
| **11** | **Bereinigte Einnahmen[1]** | | | | | | | | |
| | für das laufende Haushaltsjahr | **6 418,6** | **3 653,2** | **2 984,6** | **3 756,2** | **9 018,9** | **1 454,7** | **4 411,4** | **107 860,9** |
| 111 | darunter: Steuereinnahmen | 3 775,9 | 2 087,7 | 2 328,2 | 2 138,7 | 4 416,2 | 935,9 | 3 625, | 82 672,3 |
| 112 | Länderfinanzausgleich[1] | 468,2 | 270,7 | 24,7 | 272,7 | 1 408,6 | 217,8 | – | – |
| 113 | nachr.: Kreditmarktmittel (brutto) | –555,2 | 3 444,9 | 706,9 | 626,6 | 3 018,4 | 834,1 | –581,3 | 25 755,5 |
| **12** | **Bereinigte Ausgaben[1]** | | | | | | | | |
| | für das laufende Haushaltsjahr | **5 896,1** | **4 045,9** | **3 734,6** | **3 848,8** | **8 654,7** | **1 824,3** | **4 594,7** | **109 976,4** |
| 121 | darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung) | 1 686,6 | 868,2 | 1 443,9 | 851,2 | 2 841,3 | 547,4 | 1 265,2 | 41 201,1 |
| 122 | Bauausgaben | 205,6 | 46,0 | 39,7 | 45,3 | 32,2 | 29,2 | 100,2 | 1 167,5 |
| 123 | Länderfinanzausgleich[1] | – | – | – | – | – | – | 93,0 | –50,5 |
| 124 | nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln | 1 745,0 | 2 471,2 | 830,5 | 813,5 | 4 453,0 | 770,0 | – | 38 061,8 |
| **13** | **Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)** | **522,5** | **–392,7** | **–750,0** | **–92,6** | **364,2** | **–369,6** | **–183,3** | **–2 115,5** |
| 14 | Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 15 | Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 16 | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15) | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 17 | Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse[2] | –2 301,7 | 1 001,1 | –94,3 | –190,6 | –1 436,5 | 105,7 | –570,3 | –11 724,2 |
| 2 21 | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode) | 683,2 | – | – | – | – | – | – | 1 398,5 |
| 22 | der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss) | – | – | – | – | – | – | – | 1 219,7 |
| 3 | Verwahrungen, Vorschüsse usw. | | | | | | | | |
| 31 | Verwahrungen | 410,3 | 1 344,8 | 0,0 | 8,7 | 304,0 | 56,5 | 2 173,4 | 14 567,6 |
| 32 | Vorschüsse | 1 571,8 | 2 181,7 | 0,0 | 3,2 | – | –28,2 | 2 748,6 | 22 870,5 |
| 33 | Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen | 2 174,9 | 82,1 | 0,0 | 206,5 | 437,7 | 239,8 | 730,0 | 12 939,9 |
| 34 | Saldo (31–32+33) | 1 013,4 | –754,8 | 0,0[5] | 212,0 | 741,7 | 324,5 | 154,8 | 4 637,0 |
| 4 | Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34) | –82,6 | –146,4 | –844,3 | –71,2 | –329,6 | 60,6 | –598,8 | –6 583,3 |
| 5 | Schwebende Schulden | | | | | | | | |
| 51 | Kassenkredit von Kreditinstituten | 0,0 | 125,0 | – | 76,2 | 339,0 | 17,4 | 101,0 | 3 840,0 |
| 52 | Schatzwechsel | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 53 | Unverzinsliche Schatzanweisungen | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 54 | Kassenkredit vom Bund | – | – | – | – | – | – | – | – |
| 55 | Sonstige | – | – | – | – | – | – | – | 763,0 |
| 56 | Zusammen | 0,0 | 125,0 | – | 76,2 | 339,0 | 17,4 | 101,0 | 4 603,0 |
| 6 | Kassenbestand insgesamt (4+56)[4] | –82,6 | –21,4 | –844,3 | 5,0 | 9,4 | 78,0 | –497,8 | –1 980,3 |
| 7 | Nachrichtl. Angaben (oben enthalten) | | | | | | | | |
| 71 | Innerer Kassenkredit[7] | – | – | – | – | – | – | 730,0 | 1 842,8 |
| 72 | Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71) | – | – | – | – | 437,7 | 63,0 | 730,0 | 3 489,4 |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. [1] In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. [2] Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. [3] Ohne Juni-Bezüge. [4] Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. [5] SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. [6] Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juni 2008.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

| Jahr | Erwerbstätige im Inland[1] | | Erwerbsquote[2] | Erwerbslose | Erwerbslosenquote[3] | Bruttoinlandsprodukt (real) | | | Investitionsquote[4] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. | Veränderung in % p. a. | in % | Mio. | in % | gesamt | je Erwerbstätigen | je Stunde | in % |
| | | | | | | Veränderung in % p. a. | | | |
| 1991 | 38,6 | . | 51,0 | 2,2 | 5,3 | . | . | . | 23,2 |
| 1992 | 38,1 | – 1,5 | 50,4 | 2,5 | 6,2 | 2,2 | 3,7 | 2,5 | 23,6 |
| 1993 | 37,6 | – 1,3 | 50,0 | 3,1 | 7,5 | – 0,8 | 0,5 | 1,6 | 22,5 |
| 1994 | 37,5 | – 0,1 | 50,1 | 3,3 | 8,1 | 2,7 | 2,8 | 2,9 | 22,6 |
| 1995 | 37,6 | 0,2 | 49,9 | 3,2 | 7,9 | 1,9 | 1,7 | 2,6 | 21,9 |
| 1996 | 37,5 | – 0,3 | 50,0 | 3,5 | 8,6 | 1,0 | 1,3 | 2,3 | 21,3 |
| 1997 | 37,5 | – 0,1 | 50,2 | 3,8 | 9,2 | 1,8 | 1,9 | 2,5 | 21,0 |
| 1998 | 37,9 | 1,2 | 50,7 | 3,7 | 9,0 | 2,0 | 0,8 | 1,2 | 21,1 |
| 1999 | 38,4 | 1,4 | 50,9 | 3,4 | 8,2 | 2,0 | 0,7 | 1,4 | 21,3 |
| 2000 | 39,1 | 1,9 | 51,3 | 3,1 | 7,4 | 3,2 | 1,3 | 2,6 | 21,5 |
| 2001 | 39,3 | 0,4 | 51,5 | 3,2 | 7,5 | 1,2 | 0,8 | 1,8 | 20,0 |
| 2002 | 39,1 | – 0,6 | 51,5 | 3,5 | 8,3 | 0,0 | 0,6 | 1,5 | 18,3 |
| 2003 | 38,7 | – 0,9 | 51,6 | 3,9 | 9,2 | – 0,2 | 0,7 | 1,2 | 17,9 |
| 2004 | 38,9 | 0,4 | 52,1 | 4,2 | 9,7 | 1,1 | 0,7 | 0,5 | 17,5 |
| 2005 | 38,8 | – 0,1 | 52,5 | 4,6 | 10,6 | 0,8 | 0,9 | 1,3 | 17,4 |
| 2006 | 39,1 | 0,6 | 52,5 | 4,3 | 9,8 | 2,9 | 2,2 | 2,4 | 18,0 |
| 2007 | 39,8 | 1,7 | 52,6 | 3,6 | 8,3 | 2,5 | 0,7 | 0,7 | 18,5 |
| 2002/1997 | 38,6 | 0,9 | 51,0 | 3,5 | 8,3 | 1,7 | 0,8 | 1,7 | 20,5 |
| 2007/2002 | 39,1 | 0,3 | 52,1 | 4,0 | 9,3 | 1,4 | 1,0 | 1,2 | 17,9 |

[1] Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. [2] Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. [3] Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. [4] Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
Stand: Mai 2008.

## 2 Preisentwicklung

| Jahr | Bruttoinlandsprodukt (nominal) | Bruttoinlandsprodukt (Deflator) | Terms of Trade | Inlandsnachfrage (Deflator) | Konsum der privaten Haushalte (Deflator)[1] | Verbraucherpreisindex (2000 = 100) | Lohnstückkosten[2] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Veränderung in % p. a. | | | | | | |
| 1991 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1992 | 7,3 | 5,0 | 3,2 | 4,1 | 4,1 | 5,1 | 6,3 |
| 1993 | 2,9 | 3,7 | 2,0 | 3,2 | 3,4 | 4,4 | 3,8 |
| 1994 | 5,1 | 2,4 | 1,0 | 2,2 | 2,5 | 2,8 | 0,2 |
| 1995 | 3,8 | 1,9 | 1,5 | 1,5 | 1,3 | 1,7 | 2,1 |
| 1996 | 1,5 | 0,5 | – 0,7 | 0,7 | 1,0 | 1,5 | 0,4 |
| 1997 | 2,1 | 0,3 | – 2,2 | 0,9 | 1,4 | 1,9 | – 0,9 |
| 1998 | 2,6 | 0,6 | 1,6 | 0,1 | 0,5 | 1,0 | 0,1 |
| 1999 | 2,4 | 0,3 | 0,5 | 0,2 | 0,3 | 0,6 | 0,5 |
| 2000 | 2,5 | – 0,7 | – 4,8 | 0,9 | 0,9 | 1,4 | 0,7 |
| 2001 | 2,5 | 1,2 | – 0,1 | 1,3 | 1,7 | 1,9 | 0,6 |
| 2002 | 1,4 | 1,4 | 2,1 | 0,8 | 1,1 | 1,5 | 0,6 |
| 2003 | 1,0 | 1,2 | 1,0 | 1,0 | 1,5 | 1,0 | 0,8 |
| 2004 | 2,2 | 1,1 | – 0,4 | 1,3 | 1,6 | 1,7 | – 0,4 |
| 2005 | 1,5 | 0,7 | – 1,3 | 1,2 | 1,6 | 1,5 | – 0,7 |
| 2006 | 3,5 | 0,6 | – 1,5 | 1,1 | 1,4 | 1,6 | – 1,1 |
| 2007 | 4,4 | 1,8 | 0,6 | 1,7 | 1,7 | 2,3 | 0,2 |
| 2002/1997 | 2,3 | 0,6 | – 0,2 | 0,7 | 0,9 | 1,3 | 0,5 |
| 2007/2002 | 2,5 | 1,1 | – 0,3 | 1,3 | 1,6 | 1,6 | – 0,2 |

[1] Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. [2] Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2008.

## 3 Außenwirtschaft[1]

| Jahr | Exporte | Importe | Außenbeitrag | Finanzierungssaldo übrige Welt | Exporte | Importe | Außenbeitrag | Finanzierungssaldo übrige Welt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Veränderung in % p. a. | | Mrd. € | | Anteile am BIP in % | | | |
| 1991 | . | . | – 6,09 | – 23,08 | 25,8 | 26,2 | – 0,4 | – 1,5 |
| 1992 | 0,2 | 0,6 | – 7,48 | – 18,62 | 24,1 | 24,5 | – 0,5 | – 1,1 |
| 1993 | – 4,8 | – 6,4 | – 0,46 | – 17,82 | 22,3 | 22,3 | – 0,0 | – 1,1 |
| 1994 | 8,9 | 8,1 | 2,59 | – 28,44 | 23,1 | 22,9 | 0,1 | – 1,6 |
| 1995 | 7,7 | 6,2 | 8,67 | – 23,96 | 24,0 | 23,5 | 0,5 | – 1,3 |
| 1996 | 5,5 | 3,7 | 16,87 | – 12,26 | 24,9 | 24,0 | 0,9 | – 0,7 |
| 1997 | 12,7 | 11,6 | 23,91 | – 8,61 | 27,5 | 26,2 | 1,2 | – 0,4 |
| 1998 | 7,0 | 6,8 | 26,82 | – 13,43 | 28,7 | 27,3 | 1,4 | – 0,7 |
| 1999 | 5,0 | 7,0 | 17,44 | – 23,96 | 29,4 | 28,5 | 0,9 | – 1,2 |
| 2000 | 16,4 | 18,7 | 7,25 | – 26,70 | 33,4 | 33,0 | 0,4 | – 1,3 |
| 2001 | 6,9 | 1,8 | 42,51 | – 0,90 | 34,8 | 32,8 | 2,0 | 0,0 |
| 2002 | 4,1 | – 3,6 | 97,72 | 45,89 | 35,7 | 31,2 | 4,6 | 2,1 |
| 2003 | 0,7 | 2,6 | 85,93 | 44,76 | 35,6 | 31,7 | 4,0 | 2,1 |
| 2004 | 9,9 | 7,5 | 111,03 | 98,51 | 38,3 | 33,3 | 5,0 | 4,5 |
| 2005 | 8,3 | 9,2 | 113,33 | 105,76 | 40,9 | 35,8 | 5,0 | 4,7 |
| 2006 | 14,0 | 14,3 | 126,38 | 121,80 | 45,1 | 39,6 | 5,4 | 5,2 |
| 2007 | 8,2 | 4,6 | 169,84 | 167,66 | 46,7 | 39,7 | 7,0 | 6,9 |
| 2002/1997 | 7,8 | 5,9 | 35,9 | – 4,6 | 31,6 | 29,8 | 1,7 | – 0,3 |
| 2007/2002 | 8,1 | 7,6 | 117,4 | 97,4 | 40,4 | 35,2 | 5,2 | 4,3 |

[1] In jeweiligen Preisen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2008.

## 4 Einkommensverteilung

| Jahr | Volkseinkommen | Unternehmens- und Vermögenseinkommen | Arbeitnehmerentgelte (Inländer) | Lohnquote | | Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) | Reallöhne (je Arbeitnehmer)[3] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | unbereinigt[1] | bereinigt[2] | | |
| | Veränderung in % p. a. | | | in % | | Veränderung in % p. a. | |
| 1991 | . | . | . | 71,0 | 71,0 | . | . |
| 1992 | 6,5 | 2,0 | 8,3 | 72,2 | 72,5 | 10,3 | 4,2 |
| 1993 | 1,4 | – 1,1 | 2,4 | 72,9 | 73,4 | 4,3 | 1,1 |
| 1994 | 4,1 | 8,7 | 2,5 | 71,7 | 72,4 | 1,9 | – 2,4 |
| 1995 | 4,2 | 5,6 | 3,7 | 71,4 | 72,1 | 3,1 | – 0,6 |
| 1996 | 1,5 | 2,7 | 1,0 | 71,0 | 71,7 | 1,4 | – 1,1 |
| 1997 | 1,5 | 4,1 | 0,4 | 70,3 | 71,1 | 0,1 | – 2,6 |
| 1998 | 1,9 | 1,4 | 2,1 | 70,4 | 71,3 | 0,9 | 0,6 |
| 1999 | 1,4 | – 1,4 | 2,6 | 71,2 | 72,0 | 1,4 | 1,5 |
| 2000 | 2,5 | – 0,8 | 3,8 | 72,2 | 72,9 | 1,5 | 1,2 |
| 2001 | 2,4 | 3,7 | 1,9 | 71,8 | 72,6 | 1,8 | 1,5 |
| 2002 | 1,0 | 1,7 | 0,7 | 71,6 | 72,5 | 1,4 | – 0,1 |
| 2003 | 1,5 | 4,4 | 0,3 | 70,8 | 71,9 | 1,2 | – 0,7 |
| 2004 | 4,2 | 13,4 | 0,4 | 68,2 | 69,6 | 0,6 | 0,8 |
| 2005 | 1,4 | 5,9 | – 0,6 | 66,8 | 68,4 | 0,3 | – 1,2 |
| 2006 | 3,6 | 7,2 | 1,7 | 65,6 | 67,2 | 0,9 | – 1,5 |
| 2007 | 4,1 | 6,6 | 2,9 | 64,8 | 66,4 | 1,5 | – 0,6 |
| 2002/1997 | 1,8 | 0,9 | 2,2 | 71,2 | 72,1 | 1,4 | 0,9 |
| 2007/2002 | 3,0 | 7,5 | 0,9 | 68,0 | 69,3 | 0,9 | – 0,7 |

[1] Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. [2] Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). [3] Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
Stand: Mai 2008.

# 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

| Land | jährliche Veränderungen in % | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | **2,3** | **5,3** | **1,9** | **3,2** | **– 0,2** | **1,1** | **0,8** | **2,9** | **2,5** | **1,8** | **1,5** |
| Belgien | 1,7 | 3,1 | 2,4 | 3,7 | 1,0 | 3,0 | 1,7 | 2,8 | 2,7 | 1,7 | 1,5 |
| Griechenland | 2,5 | 0,0 | 2,1 | 4,5 | 5,0 | 4,6 | 3,8 | 4,2 | 4,0 | 3,4 | 3,3 |
| Spanien | 2,3 | 3,8 | 2,8 | 5,0 | 3,1 | 3,3 | 3,6 | 3,9 | 3,8 | 2,2 | 1,8 |
| Frankreich | 1,7 | 2,6 | 2,1 | 3,9 | 1,1 | 2,5 | 1,7 | 2,0 | 1,9 | 1,6 | 1,4 |
| Irland | 3,1 | 7,6 | 9,8 | 9,4 | 4,5 | 4,4 | 6,0 | 5,7 | 5,3 | 2,3 | 3,2 |
| Italien | 2,8 | 2,1 | 2,8 | 3,6 | 0,0 | 1,5 | 0,6 | 1,8 | 1,5 | 0,5 | 0,8 |
| Zypern | – | – | 9,9 | 5,0 | 1,9 | 4,2 | 3,9 | 4,0 | 4,4 | 3,7 | 3,7 |
| Luxemburg | 2,9 | 5,3 | 1,4 | 8,4 | 2,1 | 4,9 | 5,0 | 6,1 | 5,1 | 3,6 | 3,5 |
| Malta | – | – | 6,2 | 6,4 | – 0,3 | 0,2 | 3,4 | 3,4 | 3,8 | 2,6 | 2,5 |
| Niederlande | 2,7 | 4,2 | 3,1 | 3,9 | 0,3 | 2,2 | 1,5 | 3,0 | 3,5 | 2,6 | 1,8 |
| Österreich | 2,6 | 4,6 | 1,9 | 3,4 | 1,2 | 2,3 | 2,0 | 3,3 | 3,4 | 2,2 | 1,8 |
| Portugal | 2,8 | 4,0 | 4,3 | 3,9 | – 0,8 | 1,5 | 0,9 | 1,3 | 1,9 | 1,7 | 1,6 |
| Slowenien | – | – | 4,1 | 4,1 | 2,8 | 4,4 | 4,1 | 5,7 | 6,1 | 4,2 | 3,8 |
| Finnland | 3,3 | 0,1 | 3,9 | 5,0 | 1,8 | 3,7 | 2,8 | 4,9 | 4,4 | 2,8 | 2,6 |
| Euroraum | 2,3 | 3,5 | 2,4 | 3,8 | 0,8 | 2,1 | 1,6 | 2,8 | 2,6 | 1,7 | 1,5 |
| Bulgarien | – | – | 2,9 | 5,4 | 5,0 | 6,6 | 6,2 | 6,3 | 6,2 | 5,8 | 5,6 |
| Dänemark | 4,0 | 1,5 | 3,1 | 3,5 | 0,4 | 2,3 | 2,5 | 3,9 | 1,8 | 1,3 | 1,1 |
| Estland | – | – | 4,5 | 9,6 | 7,2 | 8,3 | 10,2 | 11,2 | 7,1 | 2,7 | 4,3 |
| Lettland | – | – | – 0,9 | 6,9 | 7,2 | 8,7 | 10,6 | 12,2 | 10,3 | 3,8 | 2,5 |
| Litauen | – | – | 3,3 | 4,1 | 10,3 | 7,3 | 7,9 | 7,7 | 8,8 | 6,1 | 3,7 |
| Polen | – | – | 7,0 | 4,3 | 3,9 | 5,3 | 3,6 | 6,2 | 6,5 | 5,3 | 5,0 |
| Rumänien | – | – | 7,1 | 2,1 | 5,2 | 8,5 | 4,2 | 7,9 | 6,0 | 6,2 | 5,1 |
| Schweden | 2,2 | 1,0 | 4,0 | 4,4 | 1,9 | 4,1 | 3,3 | 4,1 | 2,6 | 2,2 | 1,8 |
| Slowakei | – | – | 5,8 | 1,4 | 4,8 | 5,2 | 6,6 | 8,5 | 10,4 | 7,0 | 6,2 |
| Tschechien | – | – | 5,9 | 3,6 | 3,6 | 4,5 | 6,4 | 6,4 | 6,5 | 4,7 | 5,0 |
| Ungarn | – | – | 1,5 | 5,2 | 4,2 | 4,8 | 4,1 | 3,9 | 1,3 | 1,9 | 3,2 |
| Vereinigtes Königreich | 3,5 | 0,8 | 2,9 | 3,8 | 2,8 | 3,3 | 1,8 | 2,9 | 3,0 | 1,7 | 1,6 |
| EU-27 | – | – | 2,6 | 3,9 | 1,3 | 2,5 | 1,9 | 3,1 | 2,8 | 2,0 | 1,8 |
| Japan | 5,1 | 5,2 | 2,0 | 2,9 | 1,4 | 2,7 | 1,9 | 2,4 | 2,0 | 1,2 | 1,1 |
| USA | 3,8 | 1,7 | 2,5 | 3,7 | 2,5 | 3,6 | 3,1 | 2,9 | 2,2 | 0,9 | 0,7 |

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, April 2008.
Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Stand: April 2008.

# 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

| Land | jährliche Veränderungen in % | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | **1,0** | **1,8** | **1,9** | **1,8** | **2,3** | **2,9** | **1,8** |
| Belgien | 1,5 | 1,9 | 2,5 | 2,3 | 1,8 | 3,6 | 2,3 |
| Griechenland | 3,4 | 3,0 | 3,5 | 3,3 | 3,0 | 3,7 | 3,6 |
| Spanien | 3,1 | 3,1 | 3,4 | 3,6 | 2,8 | 3,8 | 2,6 |
| Frankreich | 2,2 | 2,3 | 1,9 | 1,9 | 1,6 | 3,0 | 2,0 |
| Irland | 4,0 | 2,3 | 2,2 | 2,7 | 2,9 | 3,3 | 2,4 |
| Italien | 2,8 | 2,3 | 2,2 | 2,2 | 2,0 | 3,0 | 2,2 |
| Zypern | 4,0 | 1,9 | 2,0 | 2,2 | 2,2 | 3,8 | 2,5 |
| Luxemburg | 2,5 | 3,2 | 3,8 | 3,0 | 2,7 | 4,2 | 2,5 |
| Malta | 1,9 | 2,7 | 2,5 | 2,6 | 0,7 | 3,4 | 2,2 |
| Niederlande | 2,2 | 1,4 | 1,5 | 1,7 | 1,6 | 2,7 | 2,9 |
| Österreich | 1,3 | 2,0 | 2,1 | 1,7 | 2,2 | 3,0 | 1,9 |
| Portugal | 3,3 | 2,5 | 2,1 | 3,0 | 2,4 | 2,8 | 2,3 |
| Slowenien | 5,7 | 3,7 | 2,5 | 2,5 | 3,8 | 5,4 | 3,3 |
| Finnland | 1,3 | 0,1 | 0,8 | 1,3 | 1,6 | 3,4 | 2,3 |
| Euroraum | 1,9 | 2,1 | 2,2 | 2,2 | 2,1 | 3,2 | 2,2 |
| Bulgarien | 2,3 | 6,1 | 6,0 | 7,4 | 7,6 | 9,9 | 5,9 |
| Dänemark | 2,0 | 0,9 | 1,7 | 1,9 | 1,7 | 3,3 | 2,3 |
| Estland | 1,4 | 3,0 | 4,1 | 4,4 | 6,7 | 9,5 | 5,1 |
| Lettland | 2,9 | 6,2 | 6,9 | 6,6 | 10,1 | 15,8 | 8,5 |
| Litauen | – 1,1 | 1,2 | 2,7 | 3,8 | 5,8 | 10,1 | 7,2 |
| Polen | 0,7 | 3,6 | 2,2 | 1,3 | 2,6 | 4,3 | 3,4 |
| Schweden | 2,3 | 1,0 | 0,8 | 1,5 | 1,7 | 2,4 | 1,9 |
| Slowakei | 8,4 | 7,5 | 2,8 | 4,3 | 1,9 | 3,8 | 3,2 |
| Tschechien | – 0,1 | 2,6 | 1,6 | 2,1 | 3,0 | 6,2 | 2,7 |
| Ungarn | 4,7 | 6,8 | 3,5 | 4,0 | 7,9 | 6,3 | 3,7 |
| Vereinigtes Königreich | 1,4 | 1,3 | 2,1 | 2,3 | 2,3 | 2,8 | 2,2 |
| EU-27 | 2,1 | 2,3 | 2,3 | 2,3 | 2,4 | 3,6 | 2,4 |
| Japan | – 0,3 | 0,0 | – 0,3 | 0,3 | 0,1 | 0,7 | 0,6 |
| USA | 2,3 | 2,7 | 3,4 | 3,2 | 2,8 | 3,6 | 1,6 |

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Stand: April 2008.

# 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

| Land | in % der zivilen Erwerbsbevölkerung | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | **7,2** | **4,8** | **8,0** | **7,5** | **9,3** | **9,7** | **10,7** | **9,8** | **8,4** | **7,3** | **7,1** |
| Belgien | 10,1 | 6,6 | 9,7 | 6,9 | 8,2 | 8,4 | 8,4 | 8,2 | 7,5 | 7,3 | 7,5 |
| Griechenland | 7,0 | 6,4 | 9,2 | 11,2 | 9,7 | 10,5 | 9,8 | 8,9 | 8,3 | 8,3 | 8,0 |
| Spanien | 17,8 | 13,0 | 18,4 | 11,1 | 11,1 | 10,6 | 9,2 | 8,5 | 8,3 | 9,3 | 10,6 |
| Frankreich | 9,6 | 8,4 | 11,0 | 9,0 | 9,0 | 9,3 | 9,2 | 9,2 | 8,3 | 8,0 | 8,1 |
| Irland | 16,8 | 13,4 | 12,3 | 4,2 | 4,7 | 4,5 | 4,3 | 4,4 | 4,5 | 5,6 | 5,8 |
| Italien | 8,2 | 8,9 | 11,2 | 10,1 | 8,4 | 8,0 | 7,7 | 6,8 | 6,1 | 6,0 | 5,9 |
| Zypern | – | – | 2,6 | 4,9 | 4,1 | 4,6 | 5,2 | 4,6 | 3,9 | 3,7 | 3,5 |
| Luxemburg | 2,9 | 1,7 | 2,9 | 2,3 | 3,7 | 5,1 | 4,5 | 4,7 | 4,7 | 4,5 | 4,4 |
| Malta | – | 4,8 | 4,9 | 6,7 | 7,6 | 7,4 | 7,3 | 7,3 | 6,4 | 6,3 | 6,2 |
| Niederlande | 7,9 | 5,8 | 6,6 | 2,8 | 3,7 | 4,6 | 4,7 | 3,9 | 3,2 | 2,9 | 2,8 |
| Österreich | 3,1 | 3,1 | 3,9 | 3,6 | 4,3 | 4,8 | 5,2 | 4,7 | 4,4 | 4,2 | 4,3 |
| Portugal | 9,1 | 4,8 | 7,1 | 3,9 | 6,3 | 6,7 | 7,6 | 7,7 | 8,0 | 7,9 | 7,9 |
| Slowenien | – | – | 6,9 | 6,7 | 6,7 | 6,3 | 6,5 | 6,0 | 4,8 | 4,7 | 4,7 |
| Finnland | 4,9 | 3,2 | 15,4 | 9,8 | 9,0 | 8,8 | 8,4 | 7,7 | 6,9 | 6,3 | 6,1 |
| Euroraum | 9,3 | 7,5 | 10,4 | 8,3 | 8,6 | 8,8 | 8,8 | 8,2 | 7,4 | 7,2 | 7,3 |
| Bulgarien | – | – | 12,7 | 16,4 | 13,7 | 12,0 | 10,1 | 9,0 | 6,9 | 6,0 | 5,4 |
| Dänemark | 6,7 | 7,2 | 6,7 | 4,3 | 5,4 | 5,5 | 4,8 | 3,9 | 3,7 | 3,1 | 3,2 |
| Estland | – | – | 9,7 | 12,8 | 10,0 | 9,7 | 7,9 | 5,9 | 4,7 | 6,0 | 6,0 |
| Lettland | – | 0,5 | 18,9 | 13,7 | 10,5 | 10,4 | 8,9 | 6,8 | 6,0 | 6,4 | 6,9 |
| Litauen | – | 0,0 | 6,9 | 16,4 | 12,4 | 11,4 | 8,3 | 5,6 | 4,3 | 4,5 | 4,8 |
| Polen | – | – | 13,2 | 16,1 | 19,6 | 19,0 | 17,7 | 13,8 | 9,6 | 7,1 | 6,1 |
| Rumänien | – | – | 6,1 | 7,2 | 7,0 | 8,1 | 7,2 | 7,3 | 6,4 | 6,1 | 5,9 |
| Schweden | – | – | 13,2 | 18,8 | 17,6 | 18,2 | 16,3 | 13,4 | 11,1 | 9,8 | 9,3 |
| Slowakei | 2,9 | 1,7 | 8,8 | 5,6 | 5,6 | 6,3 | 7,4 | 7,0 | 6,1 | 6,2 | 6,5 |
| Tschechien | – | – | 5,8 | 8,7 | 7,8 | 8,3 | 7,9 | 7,1 | 5,3 | 4,5 | 4,4 |
| Ungarn | – | – | 10,0 | 6,4 | 5,9 | 6,1 | 7,2 | 7,5 | 7,4 | 8,3 | 7,8 |
| Vereinigtes Königreich | 11,2 | 6,9 | 8,5 | 5,5 | 4,9 | 4,7 | 4,8 | 5,3 | 5,2 | 5,4 | 5,7 |
| EU-27 | – | – | – | 8,7 | 8,9 | 9,0 | 8,9 | 8,1 | 7,1 | 6,8 | 6,8 |
| Japan | 2,6 | 2,1 | 3,1 | 4,7 | 5,3 | 4,7 | 4,4 | 4,1 | 3,9 | 4,0 | 4,2 |
| USA | 7,2 | 5,5 | 5,6 | 4,0 | 6,0 | 5,5 | 5,1 | 4,6 | 4,6 | 5,4 | 6,2 |

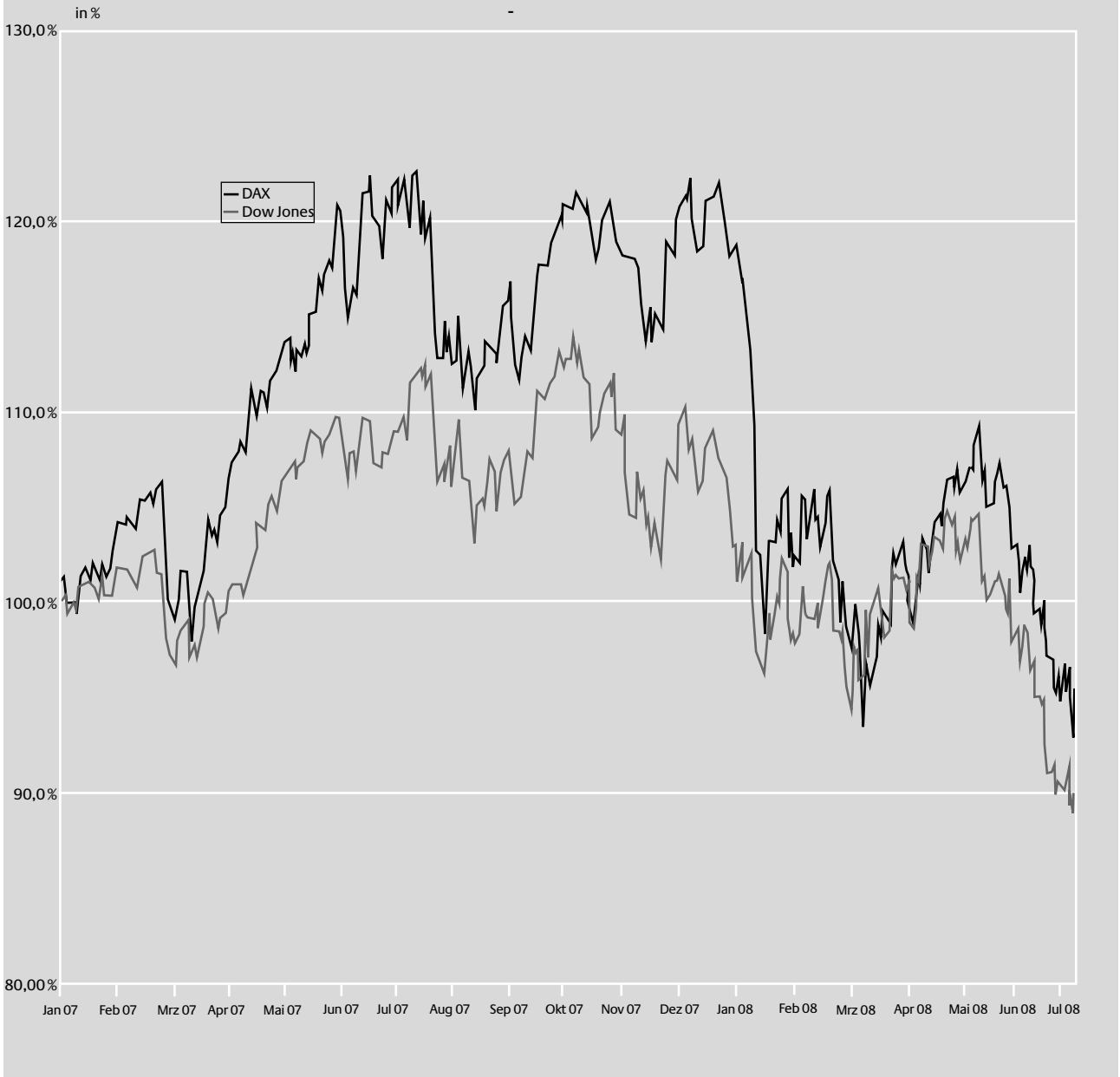
Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, April 2008.
Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Stand: April 2008.

# 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

| | Reales Bruttoinlandsprodukt | | | | Verbraucherpreise | | | | Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Veränderungen gegenüber Vorjahr in % | | | | | | | | | | | |
| | 2006 | 2007 | 2008[1] | 2009[1] | 2006 | 2007 | 2008[1] | 2009[1] | 2006 | 2007 | 2008[1] | 2009[1] |
| **Gemeinschaft unabhängiger Staaten** | **8,2** | **8,5** | **7,0 ↓** | **6,5 ↓** | **9,5** | **9,7 ↓** | **13,1↑** | **9,5↑** | **7,5** | **4,5 ↓** | **4,8↑** | **2,4↑** |
| darunter | | | | | | | | | | | | |
| Russische Föderation | 7,4 | 8,1 | 6,8 ↓ | 6,3 ↓ | 9,7 | 9,0 | 11,4↑ | 8,4 | 9,5 | 5,9 | 5,8↑ | 2,9↑ |
| Ukraine | 7,1 | 7,3 | 5,6 | 4,2 ↓ | 9,0 | 12,8 | 21,9↑ | 15,7↑ | – 1,5 | – 4,2 ↓ | – 7,6 ↓ | – 9,7 ↓ |
| **Asien** | **8,9** | **9,1↑** | **7,5 ↓** | **7,8↓** | **3,7** | **4,8** | **5,5↑** | **3,9 ↓** | **5,7** | **6,5 ↓** | **5,3 ↓** | **5,2↓** |
| darunter | | | | | | | | | | | | |
| China | 11,1 | 11,4 | 9,3 ↓ | 9,5↓ | 1,5 | 4,8 | 5,9↑ | 3,6 ↓ | 9,4 | 11,1 | 9,8↓ | 10,0↓ |
| Indien | 9,7 ↓ | 9,2 ↑ | 7,9↓ | 8,0 ↓ | 6,2 | 6,4 | 5,2↑ | 4,0 ↑ | – 1,1↑ | – 1,8 ↓ | – 3,1↓ | – 3,4↓ |
| Indonesien | 5,5 | 6,3 | 6,1 | 6,3 ↓ | 13,1 | 6,4 | 7,1↑ | 5,9 | 3,0↑ | 2,5 ↑ | 1,8↑ | 1,2↑ |
| Korea | 5,1 ↑ | 5,0 ↑ | 4,2 ↓ | 4,4↓ | 2,2 | 2,5 | 3,4↑ | 2,9↑ | 0,6 | 0,6 | – 1,0↓ | – 0,9↓ |
| Thailand | 5,1 | 4,8 ↑ | 5,3↑ | 5,6↑ | 4,6 | 2,2 | 3,5 | 2,5 | 1,1↓ | 6,1↑ | 3,4↑ | 1,3↓ |
| **Lateinamerika** | **5,5** | **5,6** | **4,4↑** | **3,6 ↓** | **5,3** | **5,4** | **6,6↑** | **6,1↑** | **1,5** | **0,5 ↑** | **– 0,3 ↑** | **– 0,9** |
| darunter | | | | | | | | | | | | |
| Argentinien | 8,5 | 8,7 | 7,0↑ | 4,5 | 10,9 | 8,8 | 9,2 | 9,1 | 2,5 | 1,1↑ | 0,4 ↑ | –0,5↑ |
| Brasilien | 3,8 | 5,4 ↑ | 4,8↑ | 3,7 ↓ | 4,2 | 3,6 | 4,8 | 4,3 | 1,3 | 0,3 | –0,7 ↓ | –0,9 ↓ |
| Chile | 4,0 | 5,0 | 4,5↓ | 4,5↓ | 3,4 | 4,4 | 6,6↑ | 3,6↑ | 3,6 | 3,7↓ | –0,5 ↓ | –1,3 ↓ |
| Mexiko | 4,8 | 3,3 | 2,0↓ | 2,3↓ | 3,6 | 4,0 | 3,8↓ | 3,2↓ | –0,3 | – 0,8 | –1,0 ↑ | –1,6 ↑ |
| Venezuela | 10,3 | 8,4 | 5,8 | 3,5 | 13,7 | 18,7 | 25,7 ↑ | 31,0↑ | 14,7 | 9,8 ↑ | 7,2 ↑ | 5,0 ↑ |
| **Sonstige** | | | | | | | | | | | | |
| Türkei | 6,9 ↑ | 5,0 ↑ | 4,0 ↓ | 4,3↓ | 9,6 | 8,8 | 7,5↑ | 4,5↓ | –6,1↑ | –5,7↑ | –6,7↑ | –6,3↑ |
| Südafrika | 5,4 | 5,1 ↑ | 3,8 ↓ | 3,9 ↓ | 4,7 | 7,1 | 8,7↑ | 5,9 | –6,5 | –7,3↑ | –7,7↓ | –7,9↓ |

[1] Prognosen des IWF [↑ / ↓= aktuelle Progose ggü. der vorigen (Oktober 2007) angehoben/gesenkt].
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2008.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones
Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %
(2. Januar 2007 bis 11. Juli 2008)



# 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

**Aktienindizes**

| | Aktuell 11.7.2008 | Ende 2007 | Änderung in % zu Ende 2007 | Tief 2008 | Hoch 2008 |
|---|---|---|---|---|---|
| Dow Jones | 11 101 | 13 265 | – 16,32 | 11 101 | 13 058 |
| Eurostoxx 50 | 2 756 | 3 684 | – 25,18 | 2 756 | 3 635 |
| Dax | 6 153 | 8 067 | – 23,73 | 6 153 | 7 949 |
| CAC 40 | 4 101 | 5 614 | – 26,96 | 4 101 | 5 550 |
| Nikkei | 13 040 | 15 308 | – 14,82 | 11 788 | 14 691 |

**Renditen staatlicher Benchmarkanleihen**

| 10 Jahre | Aktuell 11.7.2008 | Ende 2007 | Spread zu US-Bond | Tief 2008 | Hoch 2008 |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | in % | | |
| USA | 3,97 | 4,03 | – | 3,31 | 4,26 |
| Bund | 4,46 | 4,36 | 0,49 | 3,69 | 4,66 |
| Japan | 1,60 | 1,50 | – 2,38 | 1,25 | 1,88 |
| Brasilien | 14,74 | 13,23 | 10,76 | 12,37 | 15,16 |

**Währungen**

| | Aktuell 11.7.2008 | Ende 2007 | Änderung in % zu Ende 2007 | Tief 2008 | Hoch 2008 |
|---|---|---|---|---|---|
| Dollar/Euro | 1,59 | 1,46 | 9,27 | 1,44 | 1,60 |
| Yen/Dollar | 106,26 | 111,00 | – 4,60 | 97,00 | 112,00 |
| Yen/Euro | 169,42 | 162,00 | 4,26 | 153,00 | 169,00 |
| Pfund/Euro | 0,80 | 0,74 | 8,96 | 0,73 | 0,81 |

# 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
## G 7-Länder / Euroraum / EU-27

| | BIP (real) | | | | Verbraucherpreise | | | | Arbeitslosenquote | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,9 | 2,5 | 1,8 | 1,5 | 1,8 | 2,3 | 2,9 | 1,8 | 9,8 | 8,4 | 7,3 | 7,1 |
| OECD | 3,1 | 2,6 | 1,9 | 1,1 | 1,8 | 2,3 | 2,9 | 2,1 | 9,7 | 8,3 | 7,4 | 7,4 |
| IWF | 2,9 | 2,5 | 1,4 | 1,0 | 1,8 | 2,3 | 2,5 | 1,6 | 9,8 | 8,4 | 7,9 | 7,7 |
| **USA** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,9 | 2,2 | 0,9 | 0,7 | 3,2 | 2,8 | 3,6 | 1,6 | 4,6 | 4,6 | 5,4 | 6,2 |
| OECD | 2,9 | 2,2 | 1,2 | 1,1 | 3,2 | 2,9 | 3,9 | 2,2 | 4,6 | 4,6 | 5,4 | 6,1 |
| IWF | 2,9 | 2,2 | 0,5 | 0,6 | 3,2 | 2,9 | 3,0 | 2,0 | 4,6 | 4,6 | 5,4 | 6,3 |
| **Japan** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,4 | 2,0 | 1,2 | 1,1 | 0,3 | 0,1 | 0,7 | 0,6 | 4,1 | 3,9 | 4,0 | 4,2 |
| OECD | 2,4 | 2,1 | 1,7 | 1,5 | 0,2 | 0,1 | 0,9 | 0,4 | 4,1 | 3,9 | 3,8 | 3,8 |
| IWF | 2,4 | 2,1 | 1,4 | 1,5 | 0,3 | - | 0,6 | 1,3 | 4,1 | 3,9 | 3,9 | 3,9 |
| **Frankreich** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,0 | 1,9 | 1,6 | 1,4 | 1,9 | 1,6 | 3,0 | 2,0 | 9,2 | 8,3 | 8,0 | 8,1 |
| OECD | 2,4 | 2,1 | 1,8 | 1,5 | 1,9 | 1,6 | 3,5 | 2,4 | 8,8 | 7,9 | 7,5 | 7,6 |
| IWF | 2,0 | 1,9 | 1,4 | 1,2 | 1,9 | 1,6 | 2,5 | 1,7 | 9,2 | 8,3 | 7,8 | 7,9 |
| **Italien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 1,8 | 1,5 | 0,5 | 0,8 | 2,2 | 2,0 | 3,0 | 2,2 | 6,8 | 6,1 | 6,0 | 5,9 |
| OECD | 1,9 | 1,4 | 0,5 | 0,9 | 2,2 | 2,0 | 3,6 | 2,1 | 6,8 | 6,1 | 6,2 | 6,5 |
| IWF | 1,8 | 1,5 | 0,3 | 0,3 | 2,2 | 2,0 | 2,5 | 1,9 | 6,8 | 6,0 | 5,9 | 5,8 |
| **Vereinigtes Königreich** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,9 | 3,0 | 1,7 | 1,6 | 2,3 | 2,3 | 2,8 | 2,2 | 5,3 | 5,2 | 5,4 | 5,7 |
| OECD | 2,9 | 3,0 | 1,8 | 1,4 | 2,3 | 2,3 | 3,0 | 2,5 | 5,5 | 5,4 | 5,5 | 5,8 |
| IWF | 2,9 | 3,1 | 1,6 | 1,6 | 2,3 | 2,3 | 2,5 | 2,1 | 5,4 | 5,4 | 5,5 | 5,4 |
| **Kanada** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| OECD | 2,8 | 2,7 | 1,2 | 2,0 | 2,0 | 2,1 | 1,3 | 1,3 | 6,3 | 6,0 | 6,1 | 6,3 |
| IWF | 2,8 | 2,7 | 1,3 | 1,9 | 2,0 | 2,1 | 1,6 | 2,0 | 6,3 | 6,0 | 6,1 | 6,3 |
| **Euroraum** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,8 | 2,6 | 1,7 | 1,5 | 2,2 | 2,1 | 3,2 | 2,2 | 8,2 | 7,4 | 7,2 | 7,3 |
| OECD | 2,9 | 2,6 | 1,7 | 1,4 | 2,2 | 2,1 | 3,4 | 2,4 | 8,2 | 7,4 | 7,2 | 7,4 |
| IWF | 2,8 | 2,6 | 1,4 | 1,2 | 2,2 | 2,1 | 2,8 | 1,9 | 8,2 | 7,4 | 7,3 | 7,4 |
| **EU-27** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,1 | 2,8 | 2,0 | 1,8 | 2,3 | 2,4 | 3,6 | 2,4 | 8,1 | 7,1 | 6,8 | 6,8 |
| IWF | 3,3 | 3,1 | 1,8 | 1,7 | 2,3 | 2,4 | 3,1 | 2,2 | – | – | – | – |

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: Juni 2008.

# 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
## Übrige Länder des Euroraums

| | BIP (real) | | | | Verbraucherpreise | | | | Arbeitslosenquote | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Belgien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,8 | 2,7 | 1,7 | 1,5 | 2,3 | 1,8 | 3,6 | 2,3 | 8,2 | 7,5 | 7,3 | 7,5 |
| OECD | 2,9 | 2,8 | 1,7 | 1,7 | 2,3 | 1,8 | 3,7 | 2,0 | 8,2 | 7,5 | 7,0 | 7,2 |
| IWF | 2,9 | 2,7 | 1,4 | 1,2 | 2,3 | 1,8 | 3,1 | 1,9 | 8,2 | 7,5 | 7,6 | 8,3 |
| **Finnland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 4,9 | 4,4 | 2,8 | 2,6 | 1,3 | 1,6 | 3,4 | 2,3 | 7,7 | 6,9 | 6,3 | 6,1 |
| OECD | 4,8 | 4,3 | 2,8 | 2,3 | 1,3 | 1,6 | 3,5 | 2,5 | 7,7 | 6,9 | 6,3 | 6,0 |
| IWF | 4,9 | 4,4 | 2,4 | 2,1 | 1,3 | 1,6 | 2,8 | 1,9 | 7,7 | 6,8 | 6,7 | 6,7 |
| **Griechenland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 4,2 | 4,0 | 3,4 | 3,3 | 3,3 | 3,0 | 3,7 | 3,6 | 8,9 | 8,3 | 8,3 | 8,0 |
| OECD | 4,2 | 4,0 | 3,5 | 3,4 | 3,3 | 3,0 | 4,2 | 3,2 | 8,6 | 8,0 | 7,7 | 7,7 |
| IWF | 4,2 | 4,0 | 3,5 | 3,3 | 3,3 | 3,0 | 3,5 | 2,7 | 8,9 | 8,3 | 7,5 | 7,4 |
| **Irland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 5,7 | 5,3 | 2,3 | 3,2 | 2,7 | 2,9 | 3,3 | 2,4 | 4,4 | 4,5 | 5,6 | 5,8 |
| OECD | 5,7 | 4,0 | 1,5 | 3,3 | 2,7 | 2,9 | 3,4 | 2,1 | 4,4 | 4,5 | 5,7 | 6,5 |
| IWF | 5,7 | 5,3 | 1,8 | 3,0 | 2,7 | 3,0 | 3,2 | 2,1 | 4,4 | 4,6 | 5,3 | 5,0 |
| **Luxemburg** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 6,1 | 5,1 | 3,6 | 3,5 | 3,0 | 2,7 | 4,2 | 2,5 | 4,7 | 4,7 | 4,5 | 4,4 |
| OECD | 5,9 | 4,6 | 3,0 | 4,0 | 3,0 | 2,7 | 4,0 | 2,1 | 4,4 | 4,4 | 4,5 | 4,9 |
| IWF | 6,1 | 5,4 | 3,1 | 3,2 | 2,7 | 2,3 | 2,9 | 2,1 | 4,5 | 4,4 | 4,8 | 4,9 |
| **Malta** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,4 | 3,8 | 2,6 | 2,5 | 2,6 | 0,7 | 3,4 | 2,2 | 7,3 | 6,4 | 6,3 | 6,2 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 3,4 | 3,8 | 2,2 | 2,0 | 2,6 | 0,7 | 3,4 | 2,5 | 7,3 | 6,3 | 6,5 | 6,8 |
| **Niederlande** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,0 | 3,5 | 2,6 | 1,8 | 1,7 | 1,6 | 2,7 | 2,9 | 3,9 | 3,2 | 2,9 | 2,8 |
| OECD | 3,0 | 3,5 | 2,3 | 1,8 | 1,7 | 1,6 | 2,4 | 3,0 | 4,1 | 3,3 | 2,6 | 2,7 |
| IWF | 3,0 | 3,5 | 2,1 | 1,6 | 1,7 | 1,6 | 2,4 | 1,8 | 3,9 | 3,2 | 2,8 | 2,9 |
| **Österreich** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,3 | 3,4 | 2,2 | 1,8 | 1,7 | 2,2 | 3,0 | 1,9 | 4,7 | 4,4 | 4,2 | 4,3 |
| OECD | 3,3 | 3,3 | 2,3 | 1,7 | 1,7 | 2,2 | 3,1 | 2,2 | 5,4 | 5,0 | 4,8 | 4,8 |
| IWF | 3,3 | 3,4 | 1,9 | 1,7 | 1,7 | 2,2 | 2,8 | 1,9 | 4,8 | 4,4 | 4,4 | 4,5 |
| **Portugal** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 1,3 | 1,9 | 1,7 | 1,6 | 3,0 | 2,4 | 2,8 | 2,3 | 7,7 | 8,0 | 7,9 | 7,9 |
| OECD | 1,3 | 1,9 | 1,6 | 1,8 | 3,0 | 2,4 | 3,0 | 2,2 | 7,7 | 8,0 | 7,9 | 7,9 |
| IWF | 1,3 | 1,9 | 1,3 | 1,4 | 3,0 | 2,4 | 2,4 | 2,0 | 7,7 | 7,7 | 7,6 | 7,4 |
| **Slowenien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 5,7 | 6,1 | 4,2 | 3,8 | 2,5 | 3,8 | 5,4 | 3,3 | 6,0 | 4,8 | 4,7 | 4,7 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 5,7 | 6,1 | 4,1 | 3,5 | 2,5 | 3,6 | 4,0 | 2,4 | 5,9 | 4,8 | 4,8 | 5,0 |
| **Spanien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,9 | 3,8 | 2,2 | 1,8 | 3,6 | 2,8 | 3,8 | 2,6 | 8,5 | 8,3 | 9,3 | 10,6 |
| OECD | 3,9 | 3,8 | 1,6 | 1,1 | 3,6 | 2,8 | 4,6 | 3,0 | 8,5 | 8,3 | 9,7 | 10,7 |
| IWF | 3,9 | 3,8 | 1,8 | 1,7 | 3,6 | 2,8 | 4,0 | 3,0 | 8,5 | 8,3 | 9,5 | 10,4 |
| **Zypern** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 4,0 | 4,4 | 3,7 | 3,7 | 2,2 | 2,2 | 3,8 | 2,5 | 4,6 | 3,9 | 3,7 | 3,5 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 4,0 | 4,4 | 3,4 | 3,5 | 2,2 | 2,2 | 4,0 | 2,9 | 4,6 | 3,9 | 3,9 | 3,9 |

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: Juni 2008.

# 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
## Andere EU-Mitgliedstaaten

| | BIP (real) | | | | Verbraucherpreise | | | | Arbeitslosenquote | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Bulgarien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 6,3 | 6,2 | 5,8 | 5,6 | 7,4 | 7,6 | 9,9 | 5,9 | 9,0 | 6,9 | 6,0 | 5,4 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 6,3 | 6,2 | 5,5 | 4,8 | 7,4 | 7,6 | 9,7 | 6,0 | – | – | – | – |
| **Dänemark** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,9 | 1,8 | 1,3 | 1,1 | 1,9 | 1,7 | 3,3 | 2,3 | 3,9 | 3,7 | 3,1 | 3,2 |
| OECD | 3,9 | 1,8 | 1,2 | 0,6 | 1,9 | 1,7 | 3,3 | 2,6 | 3,9 | 3,7 | 3,3 | 3,7 |
| IWF | 3,9 | 1,8 | 1,2 | 0,5 | 1,9 | 1,7 | 2,3 | 2,0 | 4,0 | 2,8 | 3,1 | 3,2 |
| **Estland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 11,2 | 7,1 | 2,7 | 4,3 | 4,4 | 6,7 | 9,5 | 5,1 | 5,9 | 4,7 | 6,0 | 6,0 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 11,2 | 7,1 | 3,0 | 3,7 | 4,4 | 6,6 | 9,8 | 4,7 | – | – | – | – |
| **Lettland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 12,2 | 10,3 | 3,8 | 2,5 | 6,6 | 10,1 | 15,8 | 8,5 | 6,8 | 6,0 | 6,4 | 6,9 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 11,9 | 10,2 | 3,6 | 0,5 | 6,5 | 10,1 | 15,3 | 9,2 | – | – | – | – |
| **Litauen** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 7,7 | 8,8 | 6,1 | 3,7 | 3,8 | 5,8 | 10,1 | 7,2 | 5,6 | 4,3 | 4,5 | 4,8 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 7,7 | 8,8 | 6,5 | 5,5 | 3,8 | 5,8 | 8,3 | 6,1 | – | – | – | – |
| **Polen** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 6,2 | 6,5 | 5,3 | 5,0 | 1,3 | 2,6 | 4,3 | 3,4 | 13,8 | 9,6 | 7,1 | 6,1 |
| OECD | 6,2 | 6,6 | 5,9 | 5,0 | 1,3 | 2,5 | 4,5 | 5,5 | 13,8 | 9,6 | 7,8 | 6,9 |
| IWF | 6,2 | 6,5 | 4,9 | 4,5 | 1,0 | 2,5 | 4,1 | 3,8 | – | – | – | – |
| **Rumänien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 7,9 | 6,0 | 6,2 | 5,1 | 6,6 | 4,9 | 7,6 | 4,8 | 7,3 | 6,4 | 6,1 | 5,9 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 7,9 | 6,0 | 5,4 | 4,7 | 6,6 | 4,8 | 7,0 | 5,1 | – | – | – | – |
| **Schweden** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 4,1 | 2,6 | 2,2 | 1,8 | 1,5 | 1,7 | 2,4 | 1,9 | 7,0 | 6,1 | 6,2 | 6,5 |
| OECD | 4,5 | 2,8 | 2,1 | 2,1 | 1,4 | 2,2 | 3,2 | 2,8 | 5,3 | 4,6 | 4,3 | 4,4 |
| IWF | 4,1 | 2,6 | 2,0 | 1,7 | 1,5 | 1,7 | 2,8 | 2,1 | 7,0 | 6,1 | 6,6 | 7,1 |
| **Slowakei** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 8,5 | 10,4 | 7,0 | 6,2 | 4,3 | 1,9 | 3,8 | 3,2 | 13,4 | 11,1 | 9,8 | 9,3 |
| OECD | 8,5 | 10,4 | 7,3 | 6,1 | 4,5 | 2,8 | 4,0 | 3,6 | 13,3 | 11,0 | 10,3 | 9,6 |
| IWF | 8,5 | 10,4 | 6,6 | 5,6 | 4,4 | 2,8 | 3,6 | 3,8 | – | – | – | – |
| **Tschechien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 6,4 | 6,5 | 4,7 | 5,0 | 2,1 | 3,0 | 6,2 | 2,7 | 7,1 | 5,3 | 4,5 | 4,4 |
| OECD | 6,4 | 6,5 | 4,5 | 4,8 | 2,6 | 3,0 | 6,8 | 2,9 | 7,2 | 5,3 | 4,6 | 4,4 |
| IWF | 6,4 | 6,5 | 4,2 | 4,6 | 2,5 | 2,8 | 6,0 | 3,5 | – | – | – | – |
| **Ungarn** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,9 | 1,3 | 1,9 | 3,2 | 4,0 | 7,9 | 6,3 | 3,7 | 7,5 | 7,4 | 8,3 | 7,8 |
| OECD | 3,9 | 1,3 | 2,0 | 3,1 | 3,9 | 8,0 | 6,3 | 3,7 | 7,5 | 7,4 | 7,7 | 7,6 |
| IWF | 3,9 | 1,3 | 1,8 | 2,5 | 3,9 | 7,9 | 5,9 | 3,5 | – | – | – | – |

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: Juni 2008.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G 7-Länder / Euroraum / EU-27

| | öffentl. Haushaltssaldo | | | | Staatsschuldenquote | | | | Leistungsbilanzsaldo | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Deutschland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,6 | 0,0 | –0,5 | –0,2 | 67,6 | 65,0 | 63,1 | 61,6 | 5,2 | 6,9 | 7,2 | 7,3 |
| OECD | –1,6 | 0,0 | –0,5 | –0,2 | 67,5 | 64,9 | 63,7 | 62,6 | 6,1 | 7,7 | 7,9 | 7,7 |
| IWF | –1,6 | 0,0 | –0,7 | –0,4 | 66,0 | 63,2 | 62,4 | 61,9 | 5,0 | 5,6 | 5,2 | 4,9 |
| **USA** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,6 | –3,0 | –5,0 | –5,9 | – | – | – | – | –6,1 | –5,1 | –5,0 | –4,0 |
| OECD | –2,6 | –3,0 | –5,5 | –5,2 | 61,8 | 62,8 | 65,8 | 69,8 | –6,2 | –5,3 | –5,0 | –4,4 |
| IWF | –2,6 | –2,5 | –4,5 | –4,2 | 60,1 | 60,8 | 63,2 | 66,5 | –6,2 | –5,3 | –4,3 | –4,2 |
| **Japan** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,4 | –1,6 | –1,9 | –2,7 | – | – | – | – | 3,9 | 4,8 | 5,1 | 5,0 |
| OECD | –1,4 | –2,4 | –1,4 | –2,2 | 171,9 | 170,3 | 170,9 | 170,3 | 3,9 | 4,8 | 4,4 | 4,4 |
| IWF | –3,8 | –3,4 | –3,4 | –3,3 | 194,7 | 195,5 | 197,5 | 196,0 | 3,9 | 4,9 | 4,0 | 3,9 |
| **Frankreich** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,4 | –2,7 | –2,9 | –3,0 | 63,6 | 64,2 | 64,4 | 65,1 | –2,2 | –2,6 | –2,9 | –3,0 |
| OECD | –2,4 | –2,7 | –3,0 | –2,9 | 63,6 | 63,9 | 65,5 | 67,1 | –1,2 | –1,2 | –1,8 | –1,6 |
| IWF | –2,5 | –2,4 | –2,8 | –3,0 | 64,1 | 64,0 | 64,6 | 65,6 | –1,3 | –1,3 | –2,4 | –2,5 |
| **Italien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –3,4 | –1,9 | –2,3 | –2,4 | 106,5 | 104,0 | 103,2 | 102,6 | –2,0 | –1,7 | –2,0 | –2,0 |
| OECD | –3,4 | –1,9 | –2,5 | –2,7 | 106,4 | 104,0 | 104,2 | 104,0 | –2,7 | –2,6 | –2,4 | –2,8 |
| IWF | –3,4 | –1,9 | –2,5 | –2,5 | 106,5 | 104,0 | 103,6 | 104,0 | –2,6 | –2,2 | –2,4 | –2,3 |
| **Großbritannien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,6 | –2,9 | –3,3 | –3,3 | 43,1 | 43,8 | 45,6 | 48,2 | –3,9 | –4,2 | –3,2 | –3,2 |
| OECD | –2,8 | –3,0 | –3,8 | –3,7 | 44,0 | 44,7 | 47,1 | 49,5 | –3,9 | –4,2 | –3,3 | –3,1 |
| IWF | –2,6 | –3,0 | –3,1 | –3,2 | 43,0 | 43,0 | 43,5 | 43,5 | –3,9 | –4,9 | –4,8 | –4,4 |
| **Kanada** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| OECD | 1,0 | 1,0 | –0,2 | –0,5 | 68,1 | 64,4 | 64,4 | 65,3 | 1,6 | 0,9 | –0,2 | –0,8 |
| IWF | 1,0 | 1,0 | 0,1 | 0,0 | 73,5 | 68,4 | 66,2 | 63,8 | 1,6 | 0,9 | –0,9 | –1,2 |
| **Euroraum** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,3 | –0,6 | –1,0 | –1,1 | 68,5 | 66,4 | 65,2 | 64,3 | –0,2 | 0,0 | –0,1 | –0,1 |
| OECD | –1,3 | –0,6 | –1,1 | –1,2 | 68,6 | 66,5 | 65,9 | 65,7 | – | 0,2 | 0,1 | 0,0 |
| IWF | –1,4 | –0,6 | –1,1 | –1,1 | 68,6 | 66,3 | 65,4 | 64,8 | –0,1 | –0,2 | –0,7 | –0,9 |
| **EU-27** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,4 | –0,9 | –1,2 | –1,3 | 61,3 | 58,7 | 58,9 | 58,4 | –0,9 | –0,9 | –0,9 | –0,9 |

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: Juni 2008.

# 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
## Übrige Länder des Euroraums

| | öffentl. Haushaltssaldo | | | | Staatsschuldenquote | | | | Leistungsbilanzsaldo | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Belgien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 0,3 | –0,2 | –0,4 | –0,6 | 88,2 | 84,9 | 81,9 | 79,9 | 3,3 | 3,3 | 2,7 | 2,5 |
| OECD | 0,3 | –0,2 | –0,3 | –0,9 | 88,1 | 84,6 | 82,5 | 81,1 | 2,7 | 1,4 | 1,1 | 0,9 |
| IWF | 0,4 | –0,1 | –0,3 | – | 88,1 | – | – | – | 2,7 | 3,2 | 2,9 | 2,8 |
| **Finnland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 4,1 | 5,3 | 4,9 | 4,6 | 39,2 | 35,4 | 31,9 | 29,1 | 4,9 | 4,4 | 3,4 | 3,2 |
| OECD | 4,0 | 5,3 | 4,4 | 3,8 | 39,2 | 35,4 | 34,4 | 33,3 | 4,5 | 4,3 | 3,4 | 2,4 |
| IWF | 4,1 | 5,3 | 5,0 | – | 39,2 | – | – | – | 4,6 | 4,6 | 3,8 | 3,9 |
| **Griechenland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,6 | –2,8 | –2,0 | –2,0 | 95,3 | 94,5 | 92,4 | 90,2 | –14,4 | –16,2 | –16,2 | –16,2 |
| OECD | –2,9 | –3,1 | –2,1 | –2,1 | 95,3 | 94,5 | 91,8 | 89,8 | –11,1 | –14,1 | –15,3 | –15,2 |
| IWF | –2,5 | –2,7 | –1,6 | – | 95,3 | – | – | – | –11,0 | –13,9 | –13,9 | –14,1 |
| **Irland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,0 | 0,3 | –1,4 | –1,7 | 25,1 | 25,4 | 26,9 | 28,8 | –4,2 | –5,0 | –4,8 | –4,7 |
| OECD | 3,0 | 0,3 | –1,3 | –2,6 | 25,0 | 25,6 | 27,9 | 30,1 | –4,2 | –5,0 | –5,0 | –3,8 |
| IWF | 2,9 | 0,5 | –1,3 | – | 25,0 | – | – | – | –4,2 | –4,5 | –3,2 | –2,9 |
| **Luxemburg** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 1,3 | 2,9 | 2,4 | 2,3 | 6,6 | 6,8 | 7,4 | 7,6 | 10,3 | 9,1 | 6,2 | 6,3 |
| OECD | 1,3 | 3,0 | 1,7 | 1,3 | 6,6 | 6,9 | 6,0 | 5,4 | 10,5 | 9,9 | 9,0 | 9,2 |
| IWF | 0,7 | 1,1 | 0,0 | – | 4,6 | – | – | – | 10,3 | 9,5 | 8,2 | 7,3 |
| **Malta** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,5 | –1,8 | –1,6 | –1,0 | 64,2 | 62,6 | 60,6 | 58,8 | –8,3 | –5,5 | –5,9 | –5,6 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | –2,5 | –2,7 | –2,7 | – | 64,3 | – | – | – | –6,7 | –6,2 | –6,1 | –5,8 |
| **Niederlande** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 0,5 | 0,4 | 1,4 | 1,8 | 47,9 | 45,4 | 42,4 | 39,0 | 7,6 | 8,4 | 9,0 | 10,0 |
| OECD | 0,5 | 0,4 | 1,1 | 1,4 | 47,9 | 45,4 | 43,3 | 41,4 | 8,3 | 6,5 | 6,1 | 5,9 |
| IWF | 0,6 | – | – | – | 48,0 | – | – | – | 8,3 | 6,6 | 5,9 | 5,6 |
| **Österreich** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,5 | –0,5 | –0,7 | –0,6 | 61,8 | 59,1 | 57,7 | 56,8 | 3,5 | 4,7 | 5,0 | 5,2 |
| OECD | –1,6 | –0,7 | –0,7 | –0,8 | 61,8 | 59,1 | 57,9 | 57,8 | 2,8 | 3,1 | 3,5 | 3,2 |
| IWF | –1,5 | –0,8 | –0,8 | – | 61,7 | – | – | – | 2,4 | 2,7 | 2,9 | 2,9 |
| **Portugal** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –3,9 | –2,6 | –2,2 | –2,6 | 64,7 | 63,6 | 64,1 | 64,3 | –9,8 | –9,8 | –10,1 | –9,4 |
| OECD | –3,9 | –2,7 | –2,2 | –2,0 | 64,7 | 63,6 | 63,9 | 64,3 | –10,1 | –9,8 | –11,6 | –11,6 |
| IWF | –3,9 | –3,0 | –2,4 | – | 64,7 | – | – | – | –9,4 | –9,4 | –9,5 | –9,5 |
| **Slowenien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,2 | –0,1 | –0,6 | –0,6 | 27,2 | 24,1 | 23,4 | 22,5 | –2,8 | –4,8 | –4,9 | –4,3 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | –0,8 | –0,1 | –0,6 | – | 27,5 | – | – | – | –2,8 | –4,8 | –4,8 | –4,9 |
| **Spanien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 1,8 | 2,2 | 0,6 | 0,0 | 39,7 | 36,2 | 35,3 | 35,2 | –8,8 | –10,0 | –11,0 | –11,2 |
| OECD | 1,8 | 2,2 | 0,7 | –0,3 | 39,7 | 36,2 | 34,4 | 34,1 | –8,6 | –10,1 | –10,1 | –9,8 |
| IWF | 1,8 | 2,2 | 0,5 | – | 39,8 | – | – | – | –8,6 | –10,1 | –10,5 | –10,3 |
| **Zypern** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –1,2 | 3,3 | 1,7 | 1,8 | 64,8 | 59,8 | 47,3 | 43,2 | –5,9 | –7,3 | –8,5 | –8,0 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | –1,2 | 1,4 | 0,3 | – | 64,8 | – | – | – | –5,9 | –7,1 | –7,7 | –7,1 |

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: Juni 2008.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
### Andere EU-Mitgliedstaaten

| | öffentl. Haushaltssaldo | | | | Staatsschuldenquote | | | | Leistungsbilanzsaldo | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| **Bulgarien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,0 | 3,4 | 3,2 | 3,2 | 22,7 | 18,2 | 14,1 | 10,8 | –16,3 | –22,0 | –21,2 | –20,9 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 3,5 | 3,7 | 3,7 | - | 24,6 | – | – | – | –15,6 | –21,4 | –21,9 | –18,9 |
| **Dänemark** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 4,8 | 4,4 | 3,9 | 2,9 | 30,4 | 26,0 | 21,7 | 18,4 | 2,6 | 1,1 | 0,9 | 1,1 |
| OECD | 4,9 | 4,5 | 3,9 | 3,0 | 30,4 | 26,0 | 21,9 | 19,2 | 2,7 | 1,1 | 0,6 | 0,7 |
| IWF | 4,9 | 4,5 | 3,6 | – | 30,3 | – | – | – | 2,7 | 1,1 | 0,7 | 1,3 |
| **Estland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 3,4 | 2,8 | 0,4 | –0,7 | 4,2 | 3,4 | 3,4 | 3,5 | –15,7 | –15,7 | –11,2 | –9,3 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | 3,3 | 2,9 | 0,0 | – | 4,0 | – | – | – | –15,5 | –16,0 | –11,2 | –11,2 |
| **Lettland** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –0,2 | 0,0 | –1,1 | –2,1 | 10,7 | 9,7 | 10,0 | 11,2 | –22,5 | –22,9 | –17,7 | –15,5 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | –0,4 | 0,7 | 0,3 | – | 9,9 | – | – | – | –22,3 | –23,3 | –15,0 | –10,5 |
| **Litauen** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –0,5 | –1,2 | –1,7 | –1,5 | 18,2 | 17,3 | 17,0 | 16,8 | –10,5 | –13,8 | –12,3 | –11,2 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | –1,5 | –1,9 | –1,2 | – | 18,2 | – | – | – | –10,8 | –13,0 | –10,5 | –8,8 |
| **Polen** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –3,8 | –2,0 | –2,5 | –2,6 | 47,6 | 45,2 | 44,5 | 44,1 | –3,1 | –3,7 | –4,6 | –5,5 |
| OECD | –3,8 | –2,0 | –2,6 | –2,7 | 47,6 | 45,2 | 48,0 | 48,7 | –2,7 | –3,7 | –4,5 | –5,6 |
| IWF | –4,0 | –2,6 | –2,9 | – | 47,6 | – | – | – | –3,2 | –3,7 | –5,0 | –5,7 |
| **Rumänien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,2 | –2,5 | –2,9 | –3,7 | 12,4 | 13,0 | 13,6 | 14,9 | –10,4 | –13,9 | –16,1 | –16,2 |
| OECD | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| IWF | –1,5 | –2,3 | –1,7 | – | 12,4 | – | – | – | –10,4 | –13,9 | –14,5 | –13,0 |
| **Schweden** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | 2,3 | 3,5 | 2,7 | 2,3 | 45,9 | 40,6 | 35,5 | 31,9 | 8,5 | 6,5 | 5,9 | 5,6 |
| OECD | 2,2 | 3,4 | 3,1 | 2,7 | 45,9 | 40,6 | 34,6 | 30,6 | 8,5 | 8,3 | 8,6 | 8,4 |
| IWF | 2,3 | 3,2 | 2,1 | – | 45,9 | – | – | – | 8,5 | 8,3 | 6,4 | 6,7 |
| **Slowakei** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –3,6 | –2,2 | –2,0 | –2,3 | 30,4 | 29,4 | 29,2 | 29,7 | –7,7 | –5,4 | –4,0 | –3,1 |
| OECD | –3,6 | –2,2 | –2,0 | –1,6 | 30,4 | 29,4 | 30,8 | 31,8 | –7,0 | –5,3 | –4,3 | –3,1 |
| IWF | –3,7 | –2,2 | –2,0 | – | 30,4 | – | – | – | –7,1 | –5,3 | –5,0 | –4,7 |
| **Tschechien** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –2,7 | –1,6 | –1,4 | –1,1 | 29,4 | 28,7 | 28,1 | 27,2 | –3,1 | –2,4 | –2,9 | –2,6 |
| OECD | –2,6 | –1,6 | –1,5 | –1,3 | 29,4 | 28,6 | 27,1 | 26,3 | –3,1 | –2,5 | –2,6 | –1,8 |
| IWF | –2,9 | –2,8 | –2,2 | – | 30,1 | – | – | – | –3,1 | –2,5 | –3,0 | –2,8 |
| **Ungarn** | | | | | | | | | | | | |
| EU-KOM | –9,2 | –5,5 | –4,0 | –3,6 | 65,6 | 66,0 | 66,5 | 65,7 | –6,5 | –5,0 | –4,4 | –3,9 |
| OECD | –9,3 | –5,5 | –4,1 | –3,5 | – | – | – | – | –6,1 | –5,0 | –4,4 | –4,1 |
| IWF | –9,2 | –5,8 | –4,0 | – | 65,6 | – | – | – | –6,5 | –5,6 | –5,5 | –5,1 |

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2008.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: Juni 2008.

Herausgeber:
Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstrasse 97
10117 Berlin
http://www.bundesfinanzministerium.de
oder
http://www.bmf.bund.de

Redaktion:
Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de
Berlin, Juli 2008

Satz und Gestaltung:
heimbüchel pr,
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:
Köllen Druck GmbH, Bonn

Bezugsservice für Publikationen des
Bundesministeriums der Finanzen:
telefonisch 0 18 05 / 77 80 90[1]
per Telefax 0 18 05 / 77 80 94[1]

[1] Jeweils 0,12 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X